REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 339 · 10.2.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Es geht nicht um Gnade, sondern um Recht! Erneut Streit um die Freilassung von Gefangenen aus der RAF
2. Zwei Welten. Zu den Ereignissen in Algerien
3. Die Politik der Guerilla Kolumbiens - Geschichte, Hintergründe und aktuelle Entwicklung
4. Der Vertrag zwischen Guerilla und Regierung: Frieden in El Salvador
5. Guatemala: Verhandlungen festgefahren
6. "Den Kreis des Schweigens durchbrechen ..." Interview mit Commandante Gaspar Ilom (OPRA)
7. Nahost: Verhandeln als Selbstzweck
8. Putsch in Georgien
9. Umbau der Planwirtschaften: CSFR, Polen, Ungarn - Frank Schelm
10. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Das Erbe der UdSSR erzwingt Zusammenarbeit Andreas Skrypietz
11. Überleben - aber wie? Nach der Freigabe der der Preise in der Ex-UdSSR - Andreas Skrypietz
12. Schüttelfrost: Die Rote Armee in Auflösung
13. Das Fehlen der alten Strukturen von Andreas Skrypietz
14. Ghaddafi im Visier - Verkehrsflugzeug getroffen. Der Fall Ustica: ein mißglückter NATO- Putsch?
15. Asylverfahrensgesetz: Kampfgesetz gegen Asylsuchende - Ulla Jelpke, Albrecht Maurer, Helmut Schröder
16. Schnelle Abschiebung: Sechs-Wochen-Frist in Baden-Württemberg
17. Antisemitismus und Rassismus im größeren Deutschland. Anmerkungen zu einer SPIEGEL- Umfrage
18. Eine Bilanz des Schreckens: Offiziell 2074 rassistische Übergriffe 1991
19. "... Übergriffe gegen Roma und Sinti sind nicht bekannt." BVerfG hebt negativen Asylbeschluß gegen Detmolder Roma auf
20. Grüne Grenzen. Zur Einwanderungspolitik von Bündnis "90/Grüne - Ulla Jelpke, Dieter Liehmann
21. Hungerstreik in Norderstedt. Erklärung der Flüchtlinge aus Norderstedt vom 8.2.1992 (Dokumentation)
22. Disziplinierung durch Schnüffelei: Eine legale Methode den Krankenstand zu senken?
23. Chance oder Anpassung? Frauenförderung in der Privatwirtschaft
24. Von Gleichheit keine Spur. Erwerbstätige Frauen in den alten Bundesländern
25. Männerphantasien
26. "Eine gemeinsame politische Identität"? Gegen jegliche MfS-Romantik - Claudia Gohde
27. Ein großer therapeutischer Prozeß. Die Entstasiierung Deutschlands
28. Die Renaissance der Atomindustrie
29. Ralf und Knud sind raus! ... der Prozeß geht weiter
30. 3 mal 3 ist ungefähr 13 - Knut Mellenthin (Zu einer falsch-richtigen Zitierung durch Henryk M. Broder)
31. Verbrecherische Ideologie oder Befreiungsnationalismus? Zur Kritik des linken Antizionismus
32. Nach dem Ableben der Radikalen Linken
33. Globale Flucht vor dem Linksradikalismus. von Christian Schmidt (Antwort auf "Armut und Rassismus", ak 338)
34. Shvaygn = Toyt. Interview mit Frank London von den "Klezmatics"
35. Quelldatei 15.htm
36. Quelldatei 17.htm
37. Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen
38. Quelldatei 27.htm
39. Quelldatei 29.htm
40. Osteuropas "reicher" Westen
41. Quelldatei 40.htm
42. Quelldatei 47.htm

1. Es geht nicht um Gnade, sondern um Recht! Erneut Streit um die Freilassung von Gefangenen aus der RAF

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:03

Der Stern zündete in seinem ersten Heft dieses Jahr die Bombe: "Eine Reihe einstiger Top-Terroristen soll dieses Jahr vorzeitig aus der Haft freikommen. ... Noch läuft die geplante Aktion unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit ...", wie die Stern-Berichterstattung zeigt. Unter Berufung auf die höchste justizpolitische Ebene in Bonn wird dann berichtet, damit soll "... der Teufelskreis zwischen Haftbedingungen, Solidarisierungs- und Rekrutierungsmaßnahmen und dann erneuten Attentaten durchbrochen werden ... Der Staat wird beweisen, daß er die RAF-Gefangenen wie alle anderen behandeln wird. Und das heißt: nach 15 Jahren Haft Überprüfung bei Lebenslänglichen, bei den Zeitstrafen nach zwei Dritteln der verbüßten Haft."

Was dann kam

Die Politiker aller Parteien kommentierten den angeblich so normalen Vorgang ziemlich aufgeregt. Johannes Gerster, der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, machte sofort deutlich, daß es keine Entlassung geben könne ohne Reue und Abkehr von den Tatmotiven. Im Klartext heißt das: erst abschwören. Heribert Hellenbroich, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, verkündete: Eine Freilassung schwer erkrankter Häftlinge sei absolut kein übliches Verfahren. Schließlich gebe es auch für Häftlinge spezielle Kliniken. Die bayerische Justizministerin Mathilde Berghofer-Weichner (CSU) geht sogar so weit, Klaus Kinkel als "Gefahr für unsere Sicherheit" zu bezeichnen. Die sozialdemokratisch geführte Justiz in Schleswig-Holstein dagegen verspricht sich positive Signale an die aktive Terrorszene, während der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Bernrath (SPD), eine Haftentlassung nur nach Abschwören für möglich hält.

Aber alles das ist im Kern nichts Neues. Die unterschiedlichen Positionen der zuständigen Stellen zur Zusammenlegung, zur Freilassung der Haftunfähigen und zu den Sonderbehandlungen der politischen Gefangenen sind bekannt: Die Haftbedingungen schaffen neue Terroristen, sagen die einen und begründen damit ihre Vorschläge für eine andere Behandlung der Gefangenen. Z.B. hat Lochte mit dieser Begründung die Forderung nach Zusammenlegung gestellt. Der Staat darf sich nicht erpressen lassen, sagen die anderen und begründen damit die fortdauernde Sonderbehandlung der Gefangenen.

Theo Waigel forderte ein Spitzengespräch der Koalitionspartner, auf dem die Frage der Haftentlassungen diskutiert werden solle. Alles ein ganz normaler Vorgang?

Und die Presse

tat ein übriges. Da erschien dann plötzlich in einem großen Artikel die Meldung, daß Irmgard Möller und Hanna Krabbe ihre vorzeitige Entlassung aus politischen Gründen ablehnen würden. Das Dementi, das aufgrund der Intervention der Anwältinnen erfolgte, war dagegen nur schwer zu finden. Als nächstes wurden die führenden Köpfe der RAF beschuldigt, sie würden Druck auf die Gefangenen ausüben, deren Haftüberprüfung anstehe, weil sie verhindern wollten, daß die Knastfront zusammenbricht. Auch hier mußten die Anwältinnen wieder eingreifen, um ein - kleines - Dementi zu erreichen.

Öffentlich genannt sind inzwischen - außer Christa Eckes und Gabriele Rollnik, deren Haftstrafen dieses Jahr vollständig abgesessen sind - Christine Kuby, Irmgard Möller, Bernd Rössner, Günter Sonnenberg, Lutz Taufer, Claudia Wannersberger, Karl-Friedrich Grosser, Knut Folkerts, Stefan Wisniewski und Hanna Krabbe. Daß es sich eben doch nicht um ein normales rechtsstaatliches Verfahren der gesetzlich anstehenden Überprüfung handelt, zeigt sich daran, daß - wenn mensch die Kriterien zwei Drittel bzw. 15 Jahre bei Lebenslänglich anlegt - ein Teil der Gefangenen fehlt, z.B. Sieglinde Hofmann, Karl-Heinz Dellwo, Ingrid Jakobsmeier, Rolf-Clemens Wagner.

Alle Gefangenen sind seit ihrer Inhaftierung nicht wie normale Gefangene behandelt worden. Sie waren und sind in Hochsicherheitstrakten und in Isolationshaft. Sie haben immer einer besonderen Kontrolle unterlegen: Postzensur, An- waltsüberwachung, Trennscheibenbesuch, Kontaktsperre, um nur einiges zu nennen. Die

diskutierte Strategie im Falle von Entlassungen macht deutlich, daß sie auch jetzt alles andere als normal behandelt werden sollen. "Erst sollen die kranken Gefangenen entlassen werden, und wenn das gut läuft, in der zweiten Hälfte des Jahres die anderen." Das heißt, wenn die einen sich nicht wohlverhalten, bleiben die anderen sowieso drin. Das mit dem Begriff normale Behandlung zu belegen, ist nicht nur scheinheilig, sondern zynisch. Was letztlich von dem jetzt veranstaltetem großen Getöse übrig bleibt, wird sich schon bald zeigen.

Koordinierungsgruppe Terrorismus

Neu an der Situation ist, daß das, was gegenwärtig als Versöhnungsgeste diskutiert wird, im Rahmen der auf Beschluß der Innenministerkonferenz am 3. Mai 1991 neu eingerichteten Koordinierungsgruppe Terrorismus (KGT) entwickelt, abgestimmt und dann als Marschroute vorgeschlagen worden ist. Den jetzigen Vorschlägen zur Haftüberprüfung einiger Gefangener liegt eine knallharte Kosten-Nutzen-Ana- lyse zugrunde - und kein Versöhnungsgedanke -, deren Ursprünge möglicherweise in dem Papier des Hamburger Verfassungsschutz (Lochte?) vom 17.6.91 zu finden sind. Auf zwanzig Seiten wird eine politische Einschätzung der Gefangenen und der Unterstützerszene nach dem letzten Hungerstreik der Gefangenen gegeben. Ausgangsdenken ist weiterhin das Vier-Ebenen-Konstrukt der RAF: der Kommandobereich, die Gefangenen, die Militanten und die in der Legalität lebenden Unterstützer. Die Rede ist dann von Konkurrenz zwischen alten und neuen Unterstützern. Behauptet wird eine Verunsicherung der - vor allem alten - Unterstützerszene aufgrund des Kommunikationswillens der Gefangenen. Bezug genommen wird u.a. auf das Hanna Casch Papier, daß wochenlang draußen und drinnen mit unterschiedlichen Bewertungen diskutiert worden sei, von der Lochte-Vorschlag sei nicht dumm bis Verräterin. Insgesamt, so die Einschätzung in dem Verfassungsschutzpapier, bestehe das Problem der RAF darin, "daß weder Kommando noch Gefangene oder Unterstützer ein Konzept für ein weiteres Vorgehen haben. Sie sind im Prinzip mit dem, was sie Politik nennen, am Ende." Und weiter: "Obwohl das Ergebnis einer Zusammenlegung der Gefangenen in größere Gruppen als heute vorhanden nicht voraussehbar ist, gibt die Entwicklung hin zum Realismus bei den Unterstützern, die durch die Diskussion und Konfrontation mit der Wirklichkeit entstanden ist, begründeten Anlaß zu der Hoffnung, daß dadurch zumindest bei einigen Gefangenen ein Umdenken zu erreichen wäre."

So ausgerüstet konnte die KGT dann ihre Arbeit aufnehmen. Die KGT, angesiedelt beim Bundeskriminalamt, setzt sich zusammen aus Vertretern des Bundesamts für Verfassungsschutz und der einzelnen Landesämter für Verfassungsschutz, dem Generalbundesanwalt und den einzelnen Innenministern bzw. Innensenatoren. Mit dieser Zusammensetzung ist die vorgeschriebene strikte Trennung zwischen Verfassungsschutz und Polizei praktisch aufgehoben worden, diese Trennung war den Erfahrungen mit der Gestapo geschuldet. Daß in einem so zusammengesetzten Kreis nicht das Recht und das Wohl der Gefangenen aus der RAF, sondern das Interesse der Kapitalistenvertreter im Vordergrund steht, bedarf wohl keines weiteren Nachweises.

Wie aus einem Antrag der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke zu entnehmen ist, war es dieser Kreis, der "... über Wochen und Monate eine gezielte Kampagne gegen die Inhaftierten aus der RAF und ihre Anwälte über angebliche Zellensteuerung und Kurierdienste in den Medien geführt (hat). ... Die Kampagne führte dazu, daß Inhaftierte aus der RAF völlig grundlos verlegt und ihre Haftbedingungen verschärft worden sind, daß ebenfalls grundlos Ermittlungsverfahren gegen Rechtsanwälte der Inhaftierten eingeleitet worden sind. ..."

ga.

Quellen: Hamburger Abendblatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Spiegel, Stern, Taz und Welt von Januar 1992; Anfragen und Anträge der PDS.

Die Bundesregierung begründet ihre Absicht, acht Gefangene aus der RAF und dem anti-imperialistischen Widerstand freizulassen, mit dem Argument, diese Gefangenen sollten wie alle anderen Gefangenen auch behandelt werden. Die genannte Gruppe von Gefangenen wurde und wird jedoch, seit es sie gibt, d.h. seit 1970, einheitlich einer systematischen Sonderbehandlung unterworfen. Die Prozesse gegen sie werden von Staatsschutzgerichten geführt, die eigens auf diese Gefangenen zugeschnittene Sondergesetze, vor allem zur Einschränkung des Rechts auf Verteidigung, gegen sie anwenden. Ihre Haftsituation ist durch die Verhinderung oder Einschränkung der Kommunikation mit anderen Gefangenen und mit Anwälten, Angehörigen und Freunden gekennzeichnet. Die Isolation, einschließlich der Kleingruppenisolation in Hochsicherheitstrakten, führt, wie seit langem wissenschaftlich belegt, zu schweren gesundheitlichen Schäden

bei allen betroffenen Gefangenen. Geringe Haftverbesserungen mußten sie sich immer erst durch Hungerstreiks erkämpfen. Acht Gefangene starben in der Isolation.

Die Isolationshaft verstößt gegen das Verbot der unmenschlichen Behandlung gemäß Art. 7 des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte, die Einschränkungen des Rechts auf Verteidigung sind mit Art. 14 des Paktes unvereinbar, zu dessen Einhaltung die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verpflichtet ist. Die Isolationshaft ist eine Menschenrechtsverletzung. Der UN-Menschenrechtsausschuß hat die Bundesregierung deshalb mehrfach (1978, 1986 und 1990) massiv kritisiert.

Wenn die Bundesregierung nun einige wenige, von ihr ausgewählte Gefangene freilassen will, versucht sie, die über zwanzigjährige Geschichte der Mißhandlung der Gefangenen aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit zu drängen und ihre Verantwortlichkeit dafür zu vertuschen. Die Bundesregierung ist verpflichtet, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Gefangenen ihre Gesundheit wiederherstellen können, so weit dies möglich ist. Nach über 20 Jahren, deren einziger Zweck darin besteht, die Gefangenen zu zerstören und jeder Lebensperspektive zu berauben, kann es nur eine Konsequenz geben: die Freilassung aller betroffenen Gefangenen.

"UNO-Gruppe gegen Isolationshaft in der BRD"

Zu Zeitstrafen verurteilte Gefangene:

Christa Eckes, RAF-Gefangene, Verhaftung Juli 84, Urteil: 8 Jahre.

Karl Grosser, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung September 85, Urteil: 9 Jahre und 6 Monate.

Manuela Happe, RAF-Gefangene, Verhaftung Juni 84, Urteil: 15 Jahre.

Sieglinde Hofmann, RAF-Gefangene, Verhaftung Mai 80, Urteil: 15 Jahre.

Norbert Hofmeier, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: August 86, Urteil: 8 Jahre.

Luitgard Hornstein, Gefangene aus dem Widerstand, Verhaftung: August 86, Urteil: 9 Jahre.

Ingrid Jakobsmeier, RAF-Gefangene, Verhaftung: August 84, Urteil: 9 Jahre.

Christian Kluth, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: August 86, Urteil: 9 Jahre.

Barbara Perau, Gefangene aus dem Widerstand, Verhaftung: August 86, Urteil: 8 Jahre.

Erik Prauss, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: Dezember 87, Urteil: 9 Jahre.

Gabriele Rollnik, RAF-Gefangene, Verhaftung: Juni 78, Urteil: 15 Jahre.

Andrea Sievering, Gefangene aus dem Widerstand, Verhaftung: Dezember 87, Urteil: 9 Jahre.

Thomas Thoene, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: August 85, Urteil: 8 Jahre.

Claudia Wannersdorfer, Gefangene aus dem Widerstand, Verhaftung: Januar 85, Urteil: 8 Jahre.

Ali Jansen, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: 88, Urteil: 6 Jahre.

Michi Dietiker, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: 88, Urteil: 5 Jahre.

Bernhard Rosenkötter, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: 88, Urteil: 5 Jahre.

Isabel Jakob, Gefangene aus dem Widerstand, noch 3 Jahre Reststrafe.

Sigi Happe, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: April 89, Urteil: 7 Jahre.

Gabi Hanka, Gefangene aus dem Widerstand, Verhaftung: April 89, Urteil: 7 Jahre.

Stefan Feifel, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: ??, Urteil: 7 Jahre.

Sven Schmid, Gefangener aus dem Widerstand, Verhaftung: April 89, Urteil: 7 Jahre.

Eva Haule, Gefangene aus dem Widerstand, Verhaftung: August 86, in Untersuchungshaft. Gefangene mit lebenslanger Haftstrafe:

Karl-Heinz Dellwo, RAF-Gefangener, Verhaftung: April 75.

Knut Folkerts, RAF-Gefangener, Verhaftung: September 77.

Rolf Heissler, RAF-Gefangener, Verhaftung: Juni 79.

Christian Klar, RAF-Gefangener, Verhaftung: November 82.

Hanna Krabbe, RAF-Gefangene, Verhaftung: April 75.

Christine Kuby, RAF-Gefangene, Verhaftung: Januar 78.

Irmgard Möller, RAF-Gefangene, Verhaftung: Juni 72.

Brigitte Mohnhaupt, RAF-Gefangene, Verhaftung: November 82.

Helmut Pohl, RAF-Gefangener, Verhaftung: Juli 84.

Bernd Rössner, RAF-Gefangener, Verhaftung: April 75.

Adelheid Schulz, RAF-Gefangene, Verhaftung: November 82.

Günter Sonnenberg, RAF-Gefangener, Verhaftung: Mai 77.

Lutz Taufer, RAF-Gefangener, Verhaftung: April 75.

Rolf-Clemens Wagner, RAF-Gefangener, Verhaftung: November 79.

Stefan Wisniewski, RAF-Gefangener, Verhaftung: Mai 78.

2. Zwei Welten. Zu den Ereignissen in Algerien

Rubrik: Algerien; Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:46

"Sucht man nach einem Präzedenzfall für den Coup in Algerien", schreibt "le nouvel observateur", "wird man auf den ersten Blick keinen finden". Denn dies sei sicher "der erste feministische Putsch in der Geschichte".

Unsinn? Sicher, denn die Putschisten sind Männer aus dem Militär, der herrschenden gesellschaftlichen Kreise und, als Beigabe, alte Widerstandskämpfer gegen die französische Kolonialherrschaft. Mit Frauenrechten hat dies soviel zu tun, wie die katholische Kirche ein Freund des Lebens ist. Aber dennoch haben viele Frauen vor allem in Algier und anderen größeren Städten erleichtert aufgeatmet, als am 13. Januar der bis dahin amtierende Staatspräsident Chadli Bendjedid zurücktrat und an seine Stelle ein neu gebildeter Staatsrat trat, der sogleich den zweiten Wahlgang zu den Parlamentswahlen absetzte. Aufgeatmet nicht aus politischer Sympathie mit den Putschisten, sondern weil damit die drohende Übernahme der Staatsmacht durch die Islamische Heilsfront (FIS) verhindert wurde. Aufgeatmet haben auch viele westlich orientierte Intellektuelle. Betrogen wurde die große Mehrheit derjenigen, die am 26.12.1991 am ersten pluralistischen Wahlgang Algeriens teilnahmen und ihre Stimme der FIS gaben.

Hat das Militär "provisorisch" die Demokratie (Claude Cheysson, Sozialist, ehemaliger französischer Außenminister) verteidigt, hat es Algerien vor einer schlimmen Diktatur geschützt, oder hat es doch nur die Interessen einer kleiner Schicht des militärisch-industriellen Komplexes abgesichert?

Als nach dem Wahlgang am 26. Dezember die Stimmen ausgezählt wurden, war die Überraschung und der Schrecken bei allen westlich (wobei ich hier die realsozialistische Richtung mit einbeziehe) orientierten Kräften noch größer als schon befürchtet. Von den 430 Wahlkreisen hatte die FIS in 188 die absolute Mehrheit erhalten, die FLN gewann lediglich 15 Sitze, die sozialistische FFS 25. Da es sich um eine reine Mehrheitswahl handelt, sagen jedoch die absoluten Stimmzahlen genauer etwas über das Kräfteverhältnis aus. Die FIS erhielt 3,26 Mio., die FLN 1,6 Mio., die FFS 510.000. Von den insgesamt 7,8 Mio. abgegebenen Stimmen sollen 1,2 Mio. ungültig gewesen sein, 1,5 Mio. verteilen sich auf kleine politische Parteien und regionale Organisationen. Die größte Gruppe stellen die Nichtwähler mit 5,4 Mio. oder 41%.

Alle auf diesen Zahlen einsetzende Arithmetik, die FIS verfüge eben doch nicht über die Mehrheit im Land, führt jedoch letztlich nicht an der Tatsache vorbei, daß sie die einzige Partei ist, die eine Mehrheit gewinnen kann und diese auch im zweiten Wahlgang gewonnen hätte. Die Regierung und die Regierungspartei FLN hatten sich völlig verrechnet. Sie hatten darauf gesetzt, einen Gleichstand mit der FIS erzielen zu können, wobei sie dann mit der Macht des Staatspräsidenten und des Militärs weiter den Ausschlag gegeben hätten. Da nach den Stimmergebnissen zu erwarten war, daß die FLN auch im zweiten Wahlgang kaum mehr Sitze hätte gewinnen können, war sie auf der Ebene der Wahlen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

Die FIS war damit ihrem Ziel, die Errichtung einer islamischen Republik, die nach den Gesetzen der Scharia (die übrigens von den unterschiedlichen Strömungen im Islam sehr unterschiedlich interpretiert wird) aufgebaut wird, sehr nahe gekommen. Dies würde tiefgreifende Veränderungen der algerischen Gesellschaft mit sich bringen, vor allem für den Teil der Gesellschaft, der an der Alleinherrschaft der FLN partizipierte und dem Teil, der auf ein nach westlichen Maßstäben aufgebautes Staats- und Gesellschaftssystem setzt. Für diese Teile ist die islamische Republik eine wirkliche Bedrohung.

Der Ruf, den zweiten Wahlgang abzusetzen, um die Machtergreifung durch die FIS zu verhindern, kam so nicht überraschend. Sie wurde zunächst von kleineren linken Parteien, wie der KP und der RCD (Vorsitzender Said Saidi, auch einer der später unter Ben Bella ins Exil geschickten FLN-Gründer), von Gewerkschaftsverbänden, Frauenorganisationen, Unternehmerverbänden erhoben. Sie argumentierten, daß mit der Machtübernahme durch die FIS die demokratischen Rechte eingeschränkt, die individuellen Freiheiten beschnitten und die in Ansätzen vorhandene Gleichberechtigung aufgehoben würde. Andere, wie die sozialistische FFS, beharrten jedoch darauf, den einmal eingeschlagenen Weg, über Wahlen demokratische Verhältnisse zu installieren, beizubehalten.

Die FLN hielt sich bedeckt. Wie später zu erkennen war, war sie in dieser Frage tief gespalten. Eine Fraktion um den bisherigen Staatspräsidenten Bendjedid und den Parteivorsitzenden Mehri wollte sich mit der FIS

arrangieren. Ein anderer Flügel um die maßgeblichen Militärs und den Ministerpräsidenten Ghozali setzten auf Putsch.

Am 2.1. demonstrierten in Algier zwischen zwei- und dreihunderttausend Menschen gegen die FIS. Hauptsächliche Organisatoren waren die FFS, Frauenverbände und Gewerkschaften. Dies war zwar eine eindrucksvolle Mobilisierung, aber in der Folgezeit zeigte sich doch, daß es einer solchen Gegenmobilisierung an einer gesellschaftlichen Durchsetzungfähigkeit fehlt. Die FFS ist vor allem in der Kabylei verankert, den Gewerkschaften haftet die FLN-Nähe an und die Frauenorganisationen ringen überhaupt noch um eine gesellschaftliche Akzeptanz.

Eine gemeinsame Stoßrichtung der Gegner einer islamischen Republik gibt es nicht, geschweige denn, daß diese sich auf eine Partei bei den Wahlen einigen könnten. Deshalb war die Demonstration der 300.000 auch keine für die FLN, keine für die Beibehaltung der bestehenden Verhältnisse, sondern "nur" eine zur Abwehr der drohenden Islamisierung, ohne die Möglichkeit und Fähigkeit in ähnlichem Maße wie die FIS einen gesellschaftlichen Aufbruch zu verkörpern. Dies ist eine der entscheidenden Schwächen der Gegenbewegung und ihr großer Nachteil gegenüber der FIS.

Ein verfassungsmäßiger Putsch

So blieb nur das Militär. Mit einem ausgeklüngelten System von Maßnahmen wurde ein Putsch vorbereitet, der nach den Buchstaben der Verfassung diese nur schrammt, nicht aber wirklich verletzt.

Völlig unbemerkt wurde schon Anfang Januar das nur aus FLN-Abgeordneten bestehende Parlament aufgelöst. Der Staatspräsident wurde zum Rücktritt gedrängt und an seine Stelle ein Staatskomitee eingesetzt. Dieses besteht aus dem Innenminister, dem Verteidigungsminister (beide Militärs), dem Mitbegründer der FLN, Mohammed Boudiaf, der 1963 unter Ben Bella wegen "Verschwörung" zum Tode verurteilt wurde und dann nach Marokko ins Exil entlassen wurde, als Vorsitzenden, einem weiteren Veteranen des Befreiungskampfes und dem bisherigen Vorsteher der Pariser Moschee.

Die erste Maßnahme des Staatskomitees war die Absetzung des für den 16. Januar angesetzten zweiten Wahlgangs. Die Begründung unterscheidet sich nicht von denen anderer Putschisten: die Sicherheit des Landes sei nicht garantiert. Verfassungsmäßig ist diese Handlung abgedeckt, da sie in den Rahmen der durch den Staatspräsidenten zu entscheidenden Fragen fällt.

Die zweite Maßnahme war das Verbot der politischen Betätigung in den Moscheen. Die FIS hat mit den Moscheen ihre natürlichen Versammlungsstätten und mit dem Freitagsgebet eine wöchentliche, im ganzen Land stattfindende, Massenmobilisierung. Die Begründung, Politik und Religion müßten getrennt werden, ist jedoch nur nach den europäisch-bürgerlichen und sozialistischen Vorstellungen schlüssig. Einer Partei, die sich auf die Religion als durchzusetzendes Weltbild stützt, eine Religion zumal, die keine Trennung zwischen Geistigem und Weltlichem kennt, kann man kaum die Agitation in den Moscheen verbieten. Und das Verbot ist auch scheinheilig, da in der Zeit nach der Unabhängigkeit unter den Staatspräsidenten Ben Bella und Boumedienne die alte französische Kolonialpraxis beibehalten wurde, daß im ganzen Land bei den Freitagsgebeten die gleichen, von der staatlichen Zensur überwachten Predigten gehalten werden mußten.

Zwangsläufig mußte dies zu Zusammenstößen mit der FIS führen und man muß annehmen, daß diese gewollt sind, um diese zu militanten Aktionen zu provozieren, um sie so wiederum "begründet" verbieten zu können.

Um das Verbot der politischen Betätigung durchzusetzen, umstellte das Militär in Algier die El-Sunna- und die Kuba- Moschee, kontrolliert alle Passanten und ließ nur die passieren, die im Bezirk wohnen. Damit sollte verhindert werden, daß die Freitagsgebete zu politischen Veranstaltungen würden. Nach Stein- und Flaschenwürfen von Jugendlichen wurde am 31.1. zum ersten Mal seit dem Putsch auf eine Menschenmenge geschossen, wobei es die ersten Verletzten gab.

Ein Riß in der Gesellschaft

Fragt man nach den Ursachen für den Erfolg der FIS, kommt man immer wieder zunächst auf die Frage der sozialen und ökonomischen Verhältnisse. Wie in fast allen Ländern der 3. Welt hat es in Algerien in den vergangenen Jahrzehnten einen enormen Bevölkerungszuwachs gegeben. Von 1970 mit 14 Mio. stieg die Einwohnerzahl 1990 auf über 25 Mio. Mit dieser Entwicklung hat die industrielle und landwirtschaftliche

Produktion nicht Schritt gehalten. Schien Anfang der 70er Jahre ein eigenständiger Entwicklungsweg noch möglich, da mit den Erölvorkommen ein gewisser Reichtum organisiert werden konnte, brach diese Vorstellung mit dem Verfall der Rohstoff- und Erdölpreise in den 80er Jahren in sich zusammen. Da sehr einseitig auf die industrielle Entwicklung gesetzt worden war, hat dies mittlerweile dazu geführt, daß selbst ein großer Teil der Lebensmittel eingeführt werden muß. War Algerien Anfang der 70er gegenüber dem Ausland noch fast schuldenfrei, muß es heute für den Schuldendienst (insgesamt 26 Mrd. Dollar) fast den gesamten Exportüberschuß bezahlen.

Dies hat zu einer rapiden Verarmung großer Teile der Bevölkerung geführt. 25% sind ohne Einkommen aus Arbeit, drei Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 haben noch nie eine feste Arbeit gehabt. Schmuggel und Schwarzmarkt haben das früher abgeschlossene Algerien längst erreicht und sind für viele die einzige Verdienstmöglichkeit.

Dies ist aber nur eine Seite und auch nur die halbe Wahrheit für den Erfolg der FIS. Denn diese wirbt nicht einmal in erster Linie mit Versprechungen einer erfolgreicheren Wirtschaft, materieller Besserstellung u.ä. Sie greift das System als unsozial und korrupt an. Sie verspricht keine andere Wirtschaftspolitik, eher noch mehr Marktwirtschaft als schon die FLN eingeführt hat. Aber sie verspricht eine sozial gerechtere Verteilung und die Beseitigung der in fast allen Einparteisystemen üblichen Bereicheung durch die Funktionäre der FLN. Noch entscheidender aber ist, daß der Islam dieser Masse der Verarmten eine neue und eigene Identität gibt. Die Identität, die früher aus der Befreiung von der Kolonialmacht gezogen wurde, hielt solange, wie eine eigenständige und materiell abgesicherte Rolle am Rande der westlichen Welt möglich schien. Da aber Algerien, wie die übrigen Länder der 3.Welt, für die westlichen Industrieländer zwar als Markt interessant ist, von einer gleichberechtigten Teilnahme jedoch ausgeschlossen ist, spiegelt sich in der Hinwendung zum Islam als Weltbild die Abwendung von den Idealen der bürgerlich demokratischen Gesellschaften wider, die eben, wie diese selbst demonstrieren, nichts für die Armen dieser Erde sind.

Dieser Prozeß durchzieht jedoch nicht in gleicher Weise die gesamte Gesellschaft. Zunächst gibt es die bisher herrschende Schicht, das weitverzeigte Netz der FLN, die in materieller Hinsicht am meisten zu verlieren hätte. Ähnlich wie in den realsozialistischen Staaten funktioniert die Bereicherung über die Kontrolle der politischen und ökonomischen Schalthebel. Mit der Ersetzung durch die FIS würden diese Quellen unmittelbar versiegen und zwar unwiderruflich. Insofern gibt es von diesen Teilen der Gesellschaft, die aber allen Schätzungen nach nicht mehr als 10% ausmachen dürften, ein unmittelbares Interesse an der Verhinderung einer FIS-Regierung.

Gesellschaftspolitisch wichtiger ist jedoch die Gruppe der europäisierten Algerier. Kein Land des Maghreb ist so von den Ideen der europäischen Aufklärung durchdrungen wie Algerien. Es gibt einen hohen Anteil von Menschen, die lange Zeit in Frankreich gearbeitet haben, ein großer Teil der AkademikerInnen hat ihre Ausbildung in Frankreich gemacht. Nach wie vor ist Französisch neben dem Arabischen die zweite Hauptsprache, auch wenn angestrebt wird, ab 1995 Arabisch als alleinige Amtssprache zu etablieren. Ein großer Teil der in Algier herauskommenden Zeitungen erscheint in französisch. Und schon gibt es auch einen Anteil von Frauen und Männern der zweiten Generation aus Frankreich, d.h. in Frankreich geborene und aufgewachsene AlgerierInnen.

Diese Gruppe würde gesellschaftlich am meisten von der Einführung einer islamischen Republik getroffen. Die in dieser Europäisierung angenommenen Sitten und Gebräuche, die individuellen Freiheitsrechte, werden von den Islamisten nicht geachtet. Gerade deshalb sind es heute vor allem Frauenorganisationen, die gegen die FIS mobilisieren. Das noch in den 70er Jahren übliche Bild von europäisch gekleideten Frauen in Algiers Straßen hat sich jetzt schon stark gewandelt. Fast nur Männer beherrschen die Straße. Auch ohne die staatliche Macht hat es die FIS geschafft, ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in der von der Norm abweichende Frauen auf der Straße beschimpft, angespuckt und tätlich angegriffen werden. (Siehe hierzu bspw. eine Zusammenstellung in der EMMA 2/92, die leider nur den Zeitraum bis Anfang 1991 umfaßt). Zwar hat die FIS öffentlich erklärt, sie würde bei Regierungsübernahme ihre Vorstellungen von der Rolle der Frauen in der Gesellschaft nicht per Gesetz durchsetzen, aber die jetzigen Verhältnisse zeigen, daß die gesellschaftliche Diskriminierung auch ohne Gesetze funktioniert.

Aber auch für die Frauen ist der Putsch keine Lösung, denn auch die bisher herrschende FLN hat während der vergangenen Jahrzehnte immer wieder versucht, die islamischen Vorstellungen in Bezug auf die Frauen

durchzusetzen. So zuletzt 1984 mit der Einführung eines Familienrechts, das dem Ehemann weitgehende Rechte über das Leben der Ehefrau zusprach.

Und wenn in anderer Hinsicht noch darauf gesetzt werden kann, daß Algerien nicht der Iran ist, so würde doch jede noch so milde Form einer islamischen Republik den Teil der Frauen, die sich an den westlichen Maßstäben der Gleichberechtigung orientieren, brutal zurückwerfen. Dies würde einerseits Frauen in Algier, andererseits Frauen in den traditionellen gesellschaftlichen Verhältnissen im ganzen Land in sehr unterschiedlichem Maße treffen.

Ein Konflikt, der nur mit Gewalt zu lösen ist?

Schon wird von einem möglichen Bürgerkrieg gesprochen. Noch reduziert sich dabei alles auf die Auseinandersetzung zwischen dem Militär und der FIS. Inwieweit das Militär in einer zugespitzten Situation überhaupt einheitlich handeln kann, ist zumindest fraglich. 70% der 170.000 Soldaten sind Wehrpflichtige, unter denen sich vergleichsweise genau so viele Anhänger der FIS finden werden wie in der übrigen Gesellschaft. Das Militär verteidigt noch die herrschende Schicht. Wie schnell die herrschenden Strukturen in sich zusammenbrechen können, haben uns die Verhältnisse in Osteuropa vor Augen geführt. Der Putsch könnte den Islamisten gerade zu der revolutionären Perspektive verhelfen, die bisher von ihnen noch nicht durchzusetzen war.

Es wird die Auseinandersetzung zwischen den islamisch und den europäisch orientierten Teilen der Gesellschaft folgen. Alles deutet darauf hin, daß die Gewalt entscheiden wird. Heute noch für die eher westlich orientierten Kräfte, morgen vielleicht schon für die Gegenseite. Die Kräfte, die ein tolerantes Verhältnis der beiden Welten propagieren, sind politisch schwach und es ist davon auszugehen, daß sie in einer solchen Umbruchsituation wenig Chancen haben.

he.

Die sieben Punkte der Heilsfront

1. Die Heilsfront wirkt für die islamische Einheit und die islamische Gemeinschaft (Umma) gemäß dem Koranvers: "Dies ist Eure Umma, und ich bin Euer Herr, verehrt mich."

2. Die Front legt im Rahmen des Islam und nach der Vorschrift des Korans und der Tradition eine allgemeingültige Ersatzlösung für sämtliche ideologischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme vor. Sie beachtet die psychologischen, sozialen, geografischen und gesellschaftlichen Bedingungen.

3. Die Mäßigung, der Weg der Mitte und die Allgemeingültigkeit charakterisieren die Methoden der Front gemäß dem Vers "Wir haben eine Umma des Mittelwegs gemacht" und dem Sinnspruch "Erleichtert die Dinge und kompliziert sie nicht, lenkt ein und lehnt euch nicht auf".

4. Die Heilsfront verbindet zur Durchsetzung ihrer Ziele die Forderung und den friedlichen Druck. Sie ist nicht fanatisch aber auch nicht nachlässig.

5. Die Gemeinschaftsarbeit und die gemeinschaftliche Anstrengung (...) sind Teil der wissenschaftlichen Methode der Heilsfront. So werden der Individualismus, die Improvisation, das Günstlingswesen und die Durchsetzung des persönlichen Interesses (...) verhindert.

6. Es ist Aufgabe der Heilsfront, in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen (...) Entwicklung die Initiative zu ermutigen, die Intelligenz und den Genius sowie alles Wohlwollen zu nutzen.

7. Wir streben das prophetische und geschichtliche Heil der Zivilisation nach dem Vorbild des Propheten an. So helfe uns Gott.

(Auszug aus dem Programm der FIS, nach "Tagesanzeiger", Bern, 27.12.91

3. Die Politik der Guerilla Kolumbiens - Geschichte, Hintergründe und aktuelle Entwicklung

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:11

Kolumbiens Guerilla ist die älteste Lateinamerikas. Sie hat Persönlichkeiten wie den Priester Camillo Torres hervorgebracht, der 1965 erschossen wurde, als er einem gefallenen Soldaten das Gewehr entreißen wollte. Die Nachrichten über spektakuläre Aktionen wie den Raub des Schwerts von Simón Bolívar (1974), den Raub von über 5.000 Waffen aus dem zentralen Depot der Armee (1980) oder die Besetzung des Justizpalastes in der Hauptstadt Bogotá (1985) wurden weltweit verbreitet. 1987 wurde die "

Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) gegründet. 1989 gaben einige Gruppen den bewaffneten Kampf auf. Seit Juni 1991 gibt es Verhandlungen zwischen der CGSB und der Regierung. Die dritte Gesprächsrunde wurde in Caracas (Venezuela) am 10. Februar aufgenommen. Obwohl weiterhin aktiv, sind die Befreiungsbewegungen Kolumbiens in Europa wenig bekannt. Sie werden auch kaum unterstützt. Das hat Gründe.

Die verschiedenen Guerillagruppen waren lange gespalten. Sie sind zum Teil seit beinahe vier Jahrzehnten aktiv, stellten aber zu keinem Zeitpunkt eine reale Machtalternative dar. Sie sind in der Vergangenheit u. a. aufgrund ihres Sektierertums, der behaupteten Zusammenarbeit mit der Drogenmafia und infolge von Morden an politischen Gegnern in Mißkredit geraten. Hier hat sich - unbeachtet von der Öffentlichkeit - viel verändert.

Wir berichten in diesem Artikel über die wichtigsten Phasen der Geschichte der kolumbianischen Guerilla. In einem der nächsten aks werden wir genauer auf die laufenden Gespräche mit der Regierung eingehen.

Die Politik der Guerilla Kolumbiens

- Geschichte, Hintergründe und aktuelle Entwicklungen -

Kolumbiens Guerilla ist die älteste Lateinamerikas. Sie hat Persönlichkeiten wie den Priester Camillo Torres hervorgebracht, der 1965 erschossen wurde, als er einem gefallenen Soldaten das Gewehr entreißen wollte. Die Nachrichten über spektakuläre Aktionen wie den Raub des Schwerts von Simón Bolívar (1974), den Raub von über 5.000 Waffen aus dem zentralen Depot der Armee (1980) oder die Besetzung des Justizpalastes in der Hauptstadt Bogotá (1985) wurden weltweit verbreitet. 1987 wurde die "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) gegründet. 1989 gaben einige Gruppen den bewaffneten Kampf auf. Seit Juni 1991 gibt es Verhandlungen zwischen der CGSB und der Regierung. Die dritte Gesprächsrunde wurde in Caracas (Venezuela) am 10. Februar aufgenommen. Obwohl weiterhin aktiv, sind die Befreiungsbewegungen Kolumbiens in Europa wenig bekannt. Sie werden auch kaum unterstützt. Das hat Gründe.

Die verschiedenen Guerillagruppen waren lange gespalten. Sie sind zum Teil seit beinahe vier Jahrzehnten aktiv, stellten aber zu keinem Zeitpunkt eine reale Machtalternative dar. Sie sind in der Vergangenheit u. a. aufgrund ihres Sektierertums, der behaupteten Zusammenarbeit mit der Drogenmafia und infolge von Morden an politischen Gegnern in Mißkredit geraten. Hier hat sich - unbeachtet von der Öffentlichkeit - viel verändert.

Wir berichten in diesem Artikel über die wichtigsten Phasen der Geschichte der kolumbianischen Guerilla. In einem der nächsten aks werden wir genauer auf die laufenden Gespräche mit der Regierung eingehen.

Manuel Marulanda, auch Tirofijo genannt, lebt seit gut vierzig Jahren im Untergrund. Er ist bis heute Kommandant der "Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (FARC), der größten bewaffneten Organisation des Landes. Er ging 1950 in die Berge, um gemeinsam mit anderen Campesinos Milizen zur Selbstverteidigung der Landbevölkerung aufzubauen. Der Hintergrund: Nach der Ermordung des linksliberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán im April 1948 brach die Konservative Partei mit Unterstützung der Großgrundbesitzer und der Armee eine beispiellose Repressionswelle vom Zaun. Die Konservative Partei wollte einen Staat ähnlich dem francistischen Spanien errichten. Die etwas fortschrittlichere Liberale Partei sollte auf Dauer von der politischen Macht ferngehalten werden.

La Violencia (1948 - 1958)

Von 1949 - 1953 wurden mindestens 200.000 Menschen (andere Quellen sprechen von bis zu 400.000) infolge des flächendeckenden konservativen Terrors und des liberalen Gegenterrors getötet. Etwa eine Million mußte fliehen. Vielerorts begannen sich die Campesinos spontan und ohne einheitliche politische oder militärische Führung zu bewaffnen, um ihr Leben zu verteidigen. Die Liberale Partei rief ihre Anhänger dazu auf, Guerillatruppen gegen die Angriffe der Konservativen zu organisieren. 1952 traten einige liberale Guerillachefs in die Kommunistische Partei ein, die mit ihren geringen Kräften ebenfalls die Selbstverteidigung der Campesinos propagierte. An einigen Orten gelang es den Kommunisten die Kontrolle zu erringen und selbstverwaltete "unabhängige Republiken" zu gründen.

1953 machte die Liberale Partei einen Kursschwenk und einigte sich mit den Konservativen auf den Militär Rojas Pinilla als neuen Präsidenten. Dieser versprach die Beendigung des Krieges. Die Liberalen wurden zur Waffenniederlegung aufgefordert und amnestiert, wobei wichtige Guerillaführer hinterher von Killern ermordet wurden. Die verbleibenden liberalen Guerillas, die sich teilweise in marodierende Banden verwandelt hatten, und die kommunistischen Selbstverteidigungsgruppen wurden nun von Konservativen und Liberalen gemeinsam blutig verfolgt (1954 - 1958: 16.000 Tote). Die KP wurde 1955 verboten. 1957 schlossen die Konservativen und die Liberalen einen Pakt, der eine "Nationale Front" (FN) vorsah und 16 Jahre Gültigkeit hatte. Alle wichtigen Ämter des Landes wurden nach einem festen Schlüssel ausschließlich zwischen diesen zwei Parteien aufgeteilt. Das Präsidentenamt wurde ab 1958 abwechselnd je einer Partei zugestanden. Dieses abgeschottete Zweiparteiensystem, das alle anderen politischen Parteien aus dem legalen politischen Leben ausschloß, galt formal bis 1974! Dem Wesen nach - ohne den formalen Ausschluß anderer Parteien - wird es bis heute praktiziert. (1) Die "Nationale Front" (FN) war ein vertraglich abgesichertes Machtkartell der Reichen. Die Opposition gruppierte sich um legale Massenbewegungen (Gewerkschaften; Campesinoorganisationen und Studentenverbände) einerseits und die Guerillagruppen andererseits.

Guerillagruppen: die erste Generation

Die in den sechziger Jahren entstandenen Guerillagruppen hatten zwei Wurzeln: a) die Reste der kommunistischen Bauernmilizen, die aus den Wirren der fünfziger Jahre übriggeblieben waren und sich in abgelegene Landesteile zurückgezogen hatten. Sie widmeten sich dort dem Aufbau von selbstverwalteten Landgemeinden; b) städtische Intellektuelle, die aus dem politischen Machtkartell der "Nationalen Front" ausgeschlossen waren und von der kubanischen Revolution beeinflußt wurden.

- Die "Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens" (FARC) entstanden 1964 aus den Resten der Bauernmilizen. Die Armee griff, das Beispiel Kuba vor Augen, mit 16.000 Soldaten die Landgemeinde Marquetilia an, um die wenigen Dutzend kommunistischen Milizionäre auszuheben, die sich dort der Subsistenzlandwirtschaft widmeten. Die Gemeinde wurde zerstört. Ihr Konzept der Selbstverteidigung war gescheitert. 48 Überlebende gründeten 1964 die FARC und begannen den beweglichen Guerillakrieg. Die FARC stehen der Kommunistischen Partei sehr nahe, haben jedoch eigene, von dieser unabhängige Führungsstrukturen. Die Hauptstoßrichtung der FARC ist gegen die Großgrundbesitzer gerichtet. Sie fordern vor allem die Durchführung einer tiefgreifenden Agrarreform. Die FARC operieren in kleinen beweglichen Einheiten und bauten schrittweise im ganzen Land Guerillafronten auf. Gegen Mitte der siebziger Jahre konnten sie in neun Fronten auf eine nennenswerte Streitkraft zurückgreifen, die sie jedoch recht defensiv einsetzten; d.h. sie versetzten der Armee eher Nadelstiche, verzichteten jedoch auf größere Angriffe. Gegenwärtig sind die FARC die militärisch stärkste Organisation (zwischen 8.000 und 10.000 Bewaffnete) und kämpfen mit jeweils 100 - 400 Guerillas an ca. 50 Fronten, die weite Teile des Landes abdecken. Ihre hauptsächlichen Operationsgebiete liegen in schwer zugänglichen Gebieten (zentrale Kordillere, Valle de Cauca und Huila), die von Campesinos neu besiedelt und vom Staat lange vernachlässigt wurden. Die FARC spielen dort zum Teil die Rolle einer Ordnungsmacht. (2) In dieser Rolle werden sie von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung dieser Regionen akzeptiert.

Die FARC duldeten in dieser Rolle, daß in den achtziger Jahren in Regionen wie dem "Magdalena Medio", im Guaviare oder dem Caquetá auf Betreiben der Kokainmafia Koka angebaut oder verarbeitet wurde. Es liegen glaubwürdige Aussagen vor, daß sich die FARC in einigen Zonen mit der Kokainmafia arrangierte und von dieser Abgaben erhob. Sie schütze die Kokaanbauenden Campesinos vor den Betrügereien der Zwischenhändler, förderte den Anbau von Grundnahrungsmitteln und bestrafte Zuwiderhandlungen hart. (3) Erst nachdem die FARC 1984/85 ihre Politik änderten und versuchten, die Kokainmafia zu vertreiben, begannen deren Killertrupps gegen die FARC-Anhänger vorzugehen. Sie verübten im "Magdalena Medio" -

einem riesigen, schwer zugänglichen Gebiet - ungezählte Greueltaten. Viele Campesinos, die mit dem Anbau von Koka ihr Überleben fristeten, forderten die FARC schließlich auf, diese Gebiete zu verlassen. Damit soll nicht behauptet werden, bei der FARC handele es sich statt einer Befreiungsbewegung mit politischen Zielen um eine "Narco-Guerilla" oder gar "Narco-Terrorristen", wie dies von der rechten Propaganda tagtäglich verbreitet wird. Dies wird dann zum Vorwand genommen, um unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung gegen die Befreiungsbewegung und ihr soziales Umfeld Counterinsurgency-Maßnahmen durchzuführen. Die FARC sprechen sich programmatisch gegen den Anbau von Drogen aus. In ihren öffentlichen Verlautbarungen streiten sie ab, daß sie sich in der Praxis teilweise mit vorgefundenen Realitäten arrangierten. Die Guerillagruppe M-19 ging in ähnlicher Weise "pragmatisch" mit der Tatsache des Kokaanbaues und dessen Vermarktung um und handelte sich ähnliche Folgeprobleme ein. Andere Organisationen wie die EPL oder ELN gehen davon aus, daß der massive Drogenanbau und -handel die Gesellschaft zersetze. Sie betonen, daß die Guerilla der Drogenmafia gegenüber keine Kompromisse eingehen dürfe und eine "glasklare Position" einnehmen müsse. Die Abgrenzung der FARC gegenüber dem Anbau und der Vermarktung von Kokain fällt deutlich weicher aus, als die der EPL oder der ELN. Alle Gruppen lehnen die US-Einmischung ab, die unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung stattfindet.

- Das "Nationale Befreiungsheer" (ELN) trat am 7. Januar 1965 erstmals an die Öffentlichkeit, als 27 Männer und eine Frau die Ortschaft Simacota besetzten und eine Erklärung hinterließen. Die Kerntruppe des ELN bildeten Studenten, die Kuba kennengelernt hatten und einen ähnlichen Weg einschlagen wollten. Im Gegensatz zu den FARC traten sie mit offensiven militärischen Aktionen an. Ihr erklärtes Ziel: die politische Macht. Das ELN hielt sich aus dem ideologischen Streit zwischen der UdSSR und China heraus, betonte bündnispolitische Elemente und hob die Bedeutung der Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Linken hervor. Der bekannte Priester Camillo Torres, der eine breite Massenbewegung aufgebaut und angeführt hatte, trat in das ELN ein. Die Massenbewegung zerfiel, weil die dynamische und integrative Kraft des Priesters fehlte. Camillo Torres kam am 15. Februar 1966 bei seiner ersten Aktion ums Leben. Danach stießen einige weitere Geistliche zum ELN; 1969 unter anderem der spanische Arbeiterpriester Miguel Pérez, der heute die Organisation leitet. Das ELN entwickelte sich sehr langsam, war nahezu ausschließlich auf rein militärische Arbeit fixiert und mußte 1973 - es hatte damals etwa 250 Personen unter Waffen - eine entscheidende Niederlage hinnehmen. Als eine Kolonne mit ca. 120 Personen - wie damals üblich - ohne politische Vorarbeit in ein neues Gebiet, Anorí, einrückte, entdeckte sie die Armee, mobilisierte 33.000 Soldaten und löschte den Guerillafocus aus. Weitere Schläge reduzierten das ELN auf 36 Guerillas (1978). Von 1973 - 1983 befand sich die Organisation in einer schweren Krise, die sie schließlich durch die Verbreiterung der Massenarbeit, verstärkte innerorganisatorische Debatten und eine kollektive Führungsstruktur überwand. Heute ist das ELN wohl die effizienteste politisch-militärische Organisation, wächst sehr schnell und ist mit 3.000 - 4.000 Bewaffneten in 20% des Territoriums (v.a. Norte de Santander, Cesar, Magdalena, Bolívar und Sucre) präsent. Dabei ist vor allem bedeutend, daß das "Nationale Befreiungsheer" im Erdölfördergebiet des Landes hochaktiv ist und die internationalen Ölmultis erfolgreich attackiert. Das ELN ist heute von allen kolumbianischen Guerillabewegungen noch am ehesten mit den politisch-militärischen Organisationen Mittelamerikas vergleichbar. In Interviews wird betont, daß man viel von der Erfahrung der FSLN, FMLN und der URNG gelernt habe. (4)

- Das Volksbefreiungsheer (EPL) wurde 1967 von 10 Personen als bewaffneter Arm der KP (ML) gegründet. Diese hatten sich infolge des sino-sowjetischen Streits als pro-chinesischer Flügel von der KP gelöst und betrachtete FARC und KP als revisionistische Feinde. Das EPL wollte weder mit FARC noch mit dem ELN etwas zu tun haben. Gemäß dem klassischen maoistischen Konzept wollte das EPL die Städte vom Land her einkreisen. Es versuchte ursprünglich im Nord-Westen des Landes (Alto Sinú und San Jorge) ein befreites Gebiet zu errichten, scheiterte aber. Im Unterschied zum ELN jener Zeit erkannte das EPL bereits damals die Bedeutung der Massenarbeit und baute eine breite Unterstützung in der Bananenarbeiterschaft und unter den Campesinos im Nord-Westen des Landes auf. Schwere ideologische Zerwürfnisse hatten Mitte der siebziger Jahre mehrfache Spaltungen und den weitgehenden Einflußverlust zur Folge. Davon erholte sich der Rest des EPL, der an den ursprünglichen ideologischen Prämissen zum Teil festhielt, erst zwischen 1975 und 1980 wieder und konnte bis 1985 vor allem im Norden des Landes (Cordobá, Antioquia, Sucre und Golf von Urabá) wieder mehrere Fronten aufbauen. Das EPL galt seit jeher als besonders gefährlich, weil es den Ruf hatte, im militärischen Gefecht nicht zurückzuweichen. (5) Im Juni 1990 spaltete sich das EPL erneut. Der Mehrheitsflügel unter der Führung von B. Gutierrez gab die Waffen ab und integrierte sich als

sozialdemokratische Strömung ins legale politische Leben. Die Minderheit hält unter der Führung von F. Caraballo am bewaffneten Kampf fest und blieb unter dem alten Namen "Volksbefreiungsheer" (EPL) auch Teil der Guerillakoordination CGSB, wenngleich ihre praktische militärische Kapazität nach der Spaltung als sehr gering zu veranschlagen ist. Die politischen Linien und einige Einzelheiten dieses Streits werden - da sie m. E. grundsätzliche Bedeutung haben, die über den Rahmen der EPL hinausgehen - in Teil 2 dieser Untersuchung dargestellt. (6)

Die Bedeutung der Guerillas der ersten Generation

Die Übersicht zeigt, daß es sich bei den kommunistischen Guerillas der sechziger Jahre um winzige Gruppen handelte, die kaum in der Bevölkerung verankert waren und zu relevanten Angriffen nicht in der Lage waren. Die tief verfeindeten Gruppen opererierten 10 - 15 Jahre lang in kaum zugänglichen Zonen. Sie profitierten von den für den Guerillakampf hervorragend geeigneten geographischen Gegebenheiten, waren jedoch in den Städten so gut wie nicht präsent. Sie sprachen - mit Ausnahme des ELN in seiner ersten Gründungsphase - eine dogmatische und schematisierte Sprache, die mit den vielfältigen konkreten Problemen der Armen Kolumbiens wenig zu tun hatte. Die Wichtigkeit einer legalen und politisierenden Massenarbeit wurde - dies gilt für das EPL nur eingeschränkt - völlig unterbewertet. Hierin lag ein entscheidendes politisches Defizit. Trotz dieser gravierenden Schwächen kam diesen Gruppen große Bedeutung zu: Erstens stellten sie eine frontale Ablehnung des bürgerlichen Herrschaftskartells "Nationale Front" dar; zweitens gelang es der Armee nicht, sie, wie in den übrigen Staaten Südamerikas, zu vernichten. Sie verkörperten drittens, wenngleich in verzerrter Form, einen revolutionären Ausweg aus der sozialen Misere.

Guerillagruppen: die zweite Generation

Eine neue Guerillagruppe, die Bewegung 19. April (M-19), trat 1974 erstmals an die Öffentlichkeit, als die übrigen mehr oder weniger schwere Krisen durchmachten. Bereits die erste Aktion hatte Symbolwert: Die M-19 raubte das Schwert des kolumbianischen Unabhängigkeitskämpfers und Freiheitshelden Simón Bolívar. Die Verankerung in der Realität Kolumbiens und der Hang zu spektakulären und kühnen Aktionen konnte nicht deutlicher dokumentiert werden. Die M-19 entstanden als Stadtguerilla - im Unterschied zu allen anderen existierenden Guerillagruppen, die nahezu ausschließlich auf dem Land verankert waren. Die M-19 wurde von Personen gegründet, die sich aus der KP und der FARC abgespalten hatten, denen sie eine defensive, lediglich agrarreformorientierte Politik vorwarfen.

Dazu kamen enttäuschte Anhänger - auch Militärs - einer populistischen Partei, ANAPO, die von den Liberalen und Konservativen am 19. April 1974 um ihren Wahlsieg betrogen wurde. Die M-19 war eine antiimperialistische, unorthodoxe und klassenübergreifende Front ohne klares politisches Programm, welche Avantgardekonzepte verwarf und ein breites Bündnis zum Sturz des Regimes anstrebte. Hinsichtlich der Bündnisbreite und der Aktionsformen hatte die M-19 viele Elemente in Anlehnung an die Erfahrungen der Tupamaros entwickelt. Diese hatten in Uruguay Anfang der siebziger Jahre eine erfolgreiche Stadtguerilla aufgebaut. Spektakuläre Robin-Hood-Aktionen wie die Kaperung von Milch-LKWs mit nachfolgender Milchverteilung in Armenvierteln machten sie zur in Kolumbien wohl beliebtesten bewaffnet kämpfenden Organisation.

Sie genoß als einzige Guerillagruppe auch in den Mittelschichten viel Sympathie. Es gelang der M-19 bis gegen Ende der siebziger Jahre, sich massiv in den Elendsvierteln der großen Städte zu verankern. Als die Regierung ab 1978 begann, erbarmunglos gegen opponierende Elendsviertelbewohner vorzugehen, zog sich die M-19 auf das Land zurück (Valle de Cauca, Cauca, Narino und Caquetá) und versuchte von dort aus den militärischen Kampf zu reorganisieren. Während die anderen Gruppen mit kleinen Einheiten operierten und der Armee lediglich Nadelstiche versetzten, bildete die M-19 von Beginn an große Einheiten (bis 300 Leute). Sie zielte auf die Bildung eines revolutionären Heeres ab, um die Armee herauszufordern. Das Versäumnis: Die M-19 ging ohne politische Vorarbeit in neue Gebiete.

Der Raub von 5.000 Armeewaffen - die M-19 grub einen Tunnel bis in die Waffenkammern des zentralen Armeedepots im Norden Bogotás - im Januar 1979 und die Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik mit Gefangennahme von zwölf Botschaftern am Nationalfeiertag 1980 machten die M-19 auch international bekannt. Sie avancierte zum meistgehaßten Feind der Militärs. Die Armee antwortete mit einer Welle von harten Angriffen, baute Todesschwadronen auf und füllte die Gefängnisse mit M-19-Leuten, die

systematischer Folter ausgesetzt waren. Anfang der achtziger Jahre verlor die M-19 mehrere wichtige Führungskader und mußte, aufgrund mangelnder politischer Verankerung auf dem Lande, schwere militärische Schlappen einstecken. Sie kehrte, um die verbliebene Operationskapazität zu demonstrieren, mit einem Kommando in die Stadt zurück und besetzte im November 1985 den Justizpalast in Bogotá. Die Armee ließ sich auf keinerlei Gespräche ein, stürmte den Justizpalast, brachte alle Guerillas - darunter einige wichtige Kommandanten - um, tötete zwölf Richter des höchsten Gerichts und verbrannte alle Akten über Menschenrechtsverletzungen von Militärs. Der Sturm des Justizpalastes kostete etwa 120 Menschen das Leben und war im Grunde der Anfang vom militärische Ende der M-19. (7)

Im März 1990, sie war militärisch bereits weitgehend bedeutungslos, unterzeichnete die M-19 einen Friedensvertrag. Sie gab die Waffen ab, integrierte sich in das bestehende politische System und nahm als "Demokratische Aktion M-19" (AD M-19) mit sozialdemokratisch-populistischer Ausrichtung erfolgreich an mehreren Wahlen teil.

Zwei weitere Organisation, die "Revolutionäre Arbeiterpartei" (PRT), eine Abspaltung der FARC, und die von Indianern gebildete Gruppe "Quintín Lame" gaben ebenfalls 1990 die Waffen ab. Sie waren in den siebziger und achtziger Jahren ebenso wie die - "Arbeiterselbstverteidigung" (ADO) oder "Patria libre" - eine Abspaltung des EPL und seit 1987 Teil der ELN - als kleine Gruppen entstanden, die überwiegend der ML-Strömung zuzurechnen waren. Ihnen kam lediglich lokale oder regionale Bedeutung zu.

Die indianische Guerilla "Quintín Lame" wurde als Organisation zur Selbstverteidigung gegen die ständige militärische Niederschlagung von legalen indianischen Organisationen gegründet. Sie verfolgte keine explizit sozialistische Zielsetzung, koordinierte aber mit den übrigen Gruppen ihre Aktivitäten gegen den gemeinsamen Feind: das Militär. Von der PRT dürften 1990 etwa 250 Militante und von "Qintín Lame" etwa 500 Personen die Waffen gestreckt haben.

Dunkle Flecken

Um den Überblick über die bewaffneten Bewegungen zu komplettieren darf auch ein trauriges Kapitel, insbesondere die Rolle der "Frente Ricardo Franco", nicht verschwiegen werden: Es geht um Übergriffe, Hinrichtungen und sogar bis hin zu einem Massaker, wofür bewaffnete Organisationen verantwortlich waren. Die "Frente Ricardo Franco" war eine Front mit etwa 300 Personen im Valle de Cauca, die sich Anfang der achtziger Jahre von der FARC abgespalten hatte. Der nationalen FARC-Führung waren ab 1979 vermehrt Informationen über Erpressungen, Drohungen, Bestrafungsaktionen und Hinrichtungen von Zivilpersonen zu Ohren gekommen, die im Einflußbereich dieser Front im Namen der FARC erfolgten. Als sie versuchte, die politisch Verantwortlichen zur Räson zu bringen und die Übergriffe einzudämmen, spaltete sich die Front unter der Führung des Verantwortlichen vor Ort, Ricardo Franco, ab und setzte ihre Politik "auf eigene Rechnung" fort. Den traurigen Höhepunkt bildete 1985 ein Massaker an 154 Männern und Frauen, Angehörigen der Frente Ricardo Franco. Sie wurden von Mitgliedern dieser Gruppe im Beisein von Pressevertretern demonstrativ hingerichtet, weil es sich um "Infiltranten" gehandelt habe. Die Ermordeten wurden in Massengräbern in Tacueyo (Departament Cauca) verscharrt. Nach diesem Massaker verschwand die Gruppe von der Bildfläche. Über ihren Verbleib ist nichts bekannt. Ihre Untaten werfen jedoch bis heute Schatten auf die Guerilla Kolumbiens.

Aber auch andere Organisationen griffen auf Praktiken zurück, die sie in die Nähe von Bandenkriminalität brachten: So besserten vor allem FARC und M-19 ihre Finanzen jahrelang mit "unpolitischen" Entführungen von Landbesitzern und Unternehmern auf. Heute hat es die Guerilla schwer, glaubhaft zu versichern, daß sie mit den Entführungen krimineller Banden, die jetzt an der Tagesordnung sind, nichts zu tun hat. EPL und ELN richteten in der Vergangenheit "Verräter" hin. Die FARC werden für die Ermordung führender regionaler Indianervertreter verantwortlich gemacht. (8)

Durch diese und andere Praktiken hat die Glaubwürdigkeit der kolumbianischen Guerilla schwer gelitten. Es zeichnet sich jedoch im Bereich der "revolutionären Moral" ein Wandel ab. Vor allem ELN- und FARC-Vertreter äußerten sich in den vergangenen Jahren wiederholt selbstkritisch zu den genannten Vorfällen. In der gegenwärtigen Praxis ist z. B. die Behandlung mehrerer hundert gefangener Armeesoldaten offenbar vorbildlich. Es wird jedoch Jahre dauern, bis die letzten Reste dieser politischen Haltungen und das daraus resultierende Mißtrauen ausgeräumt sind.

Spektakuläre Wende: die Abkommen von 1984

Die repressive Politik unter Präsident Turbay Ayala (1978 - 1982) führte dazu, daß alle Guerillagruppen Unterstützung gewannen. Sie galten in immer größeren Kreisen der Gesellschaft als politische Alternative gegen ein völlig repressives und zur Erneuerung unfähiges System. Die versuchte gewaltsame Niederschlagung der Guerillagruppen hatte nicht zu deren Schwächung, sondern zu deren Stärkung geführt. Sie waren jedoch weit davon entfernt, das Herrschaftssystem militärisch oder politisch wirklich gefährden zu können. Dennoch grassierte bei großen Teilen der Bourgeoisie die Angst vor der Zentralamerikanisierung des Konflikts, seiner Ausweitung als entscheidende Kraftprobe zwischen den antagonistischen gesellschaftlichen Polen.

Vor diesem Hintergrund startete der Präsident der Konservativen Partei, Belisario Betancur (1982 - 1986), einen innen- und außenpolitischen Befreiungsschlag, welcher der Regierung den dringend benötigten politischen Spielraum verschafften sollte: Er distanzierte sich im Unterschied zu seinem US-treuen Vorgänger von der kriegerischen Zentralamerikapolitik der USA und gründete als Gegengewicht die Contadora-Gruppe mit; er vermittelte 1983 Gespräche zwischen den USA und der FMLN; Kolumbien schloß 1984 ein bilaterales Handelsabkommen mit Nicaragua und näherte sich an Kuba an; er verkündete im November 1982 ohne Vorbedingungen eine weitgefaßte Amnestie für politische Gefangene, die für 250 Gefangene - darunter viele M-19-Angehörige - das Haftende bedeutete. Schließlich trat die Regierung mit der Guerilla in Verhandlungen ohne Vorbedingungen ein. Die Regierung zielte auf eine kontrollierte politische Öffnung und eine Modernisierung der politischen Institutionen ab. Die Befreiungsbewegungen wollten ihr gewachsenes Ansehen und ihre erhöhte militärische Kapazität in politischen Einfluß zugunsten tiefgreifender gesellschaftlicher Reformen umsetzen.

Die Gespräche erfolgten mit jeder Organisation (M-19, FARC, EPL und ADO) einzeln, waren sehr langwierig und zogen sich von 1982 - 1984 hin. Die Regierung schloß mit der FARC (Mai 1984) und mit M-19, EPL sowie ADO (August 1984) bilaterale Waffenstillstandsabkommen. Die Texte der Abkommen sind von den Formulierungen her unterschiedlich, im Kern jedoch ähnlich: Regierung und Guerilla stimmten einer Unterbrechung der bewaffneten Kämpfe zu, wobei die Guerilla die Waffen nicht abgeben mußte. Während die Waffen schwiegen, sollte ein breiter nationaler Dialog unter Beteiligung aller wichtigen Sektoren begonnen werden, welcher tiefgreifende Reformen vorantreiben sollte. Danach sollte über die Waffenniederlegung der Guerilla und einen Friedensvertrag verhandelt werden. Die FARC erreichte, daß die Linke erstmals mit einer eigenen Partei, der "Patriotischen Union" (UP), die sich im wesentlichen aus ehemaligen FARC- und KP-Leuten rekrutierte, an den Wahlen teilnehmen konnte. Die Abkommen sollten von einer nationalen Kommission überwacht werden. (9)

Stärkung der Linken

Die Waffenstillstandsabkommen demonstrierten nicht nur die politische Bedeutung der Guerilla, sondern eröffneten auch neue Räume für die Arbeit der legalen Massenbewegung. Sie nützte diese Phase, um ihre Organisationen zu konsolidieren. Die Guerilla profitierte ebenso von den Abkommen. Sie verstärkte ihre politische Arbeit auf dem Land und auch in den großen Städten. Die Befürchtungen des "Nationalen Befreiungsheers" (ELN), das kein Abkommen unterzeichnete, die Verhandlungen mit der Regierung würden entpolitisierende Illusionen in der Bevölkerung schüren, bewahrheiteten sich nicht.

Das Ziel der Regierung Betancur, eine von den Konservativen kontrollierte Befriedung des Landes herbeizuführen und dadurch die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Modernisierung des Landes zu schaffen, wurde nicht erreicht. Militärs, Großgrundbesitzer und die im Aufstieg befindliche Drogenmafia lehnten den gemäßigten Kurs des Präsidenten ab und verschärften den "schmutzigen Krieg" gegen die legale Massenbewegung erheblich. So wurden in wenigen Jahren hunderte Aktivisten der linken "Patriotischen Union" (UP), unter ihnen Abgeordnete und zwei Präsidentschaftskandidaten, ermordet. Spätestens im November 1985, als das Militär den Justizpalast stürmte und vom Präsidenten nicht daran gehindert wurde, ein Blutbad anzurichteten, war klar, daß von Seiten der Herrschenden der Waffenstillstand de facto aufgekündigt worden war. (10)

In einem der nächsten aks beleuchten wir u. a. die Umstände und Beweggründe, welche M-19, PRT, Quintín Lame und einen Teil des EPL dazu bewogen haben, den bewaffneten Kampf aufzugeben. Wir gehen auch auf

die laufenden Verhandlungen zwischen der "Guerillakoordination Simón Bolívar" (CGSB) und der Regierung ein.

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

Ich möchte mich herzlich bei der Kolumbiengruppe e.V., Postfach 13 47, 7440 Nürtingen bedanken, die mir sehr hilfreiches Material zur Verfügung gestellt hat.

1) Alle Zahlen nach: Jenny Pearce, Colombia - inside the labyrinth, London 1990, S. 49ff

2) Die Zahlenangaben über die Stärke der Guerilla schwanken naturgemäß. Die Aussagen über die FARC basieren auf folgenden Quellen: Marta Harnecker, Colombia: Combinación de todas las formas de lucha, Havanna Oktober 1988; Werner Hoertner, Entrevista con Manuel Marulanda, Kolumbien 24. Februar 1990, unveröff. Interview 12 S.; Jenny Pearce, Colombia - ...a.a.O., S. 167ff

3) Jenny Pearce, Colombia - ...a.a.O., S. 173

4) Siehe: Marta Harnecker, Colombia: ELN - Primera historia, Havanna September 1988; Marta Harnecker, Colombia: ELN - Unidad que multiplica, Havanna September 1988; Colectivo 15 de febrero, Gramsci, Volxmacht und kontinentale Befreiung, Berlin 1990

5) Diese Informationen sind aus mehreren Gesprächen zusammengetragen, die ich im Januar 1992 mit EPL-Leuten beider Fraktionen führen konnte. Über die Organisation liegt kaum schriftliches Material vor, das für die Zwecke dieser Arbeit aufschlußreich wäre. Ihre Zeitung "Revolución", die 14-tägig mit 8 Seiten erscheint, ist dazu mangels Tiefgang völlig untauglich.

6) Siehe: EPL, Iniciamos: Proceso de Paz Gobierno - EPL, Colombia 1990

7) Siehe: Jenny Pearce, Colombia - ... a.a.O., S. 181

8) Amnesty international, Kolumbien - ein Land im Ausnahmezustand, Bonn 1988, S. 40

9) Siehe: Ricarda Knabe, Kolumbien: Amnestie und konservative Befriedung, in: M. Ehrke, T. Evers, et. al (Hg), Lateinamerika Analysen und Berichte 9, Hamburg 1985, S. 252 - 266; Martín Roca, Historia de la Confrontación: Los Liberales Empezaron, in: Colombia Hoy Informa Nr. 92, Bogotá Juli 1991, S. 19 - 21

10) Siehe: Adolfo Puentes, Las FARC y la Negociación por la Paz, in: Tribuna Internacional, Bogotá Dezember 1990, S. 12 - 14.

4. Der Vertrag zwischen Guerilla und Regierung: Frieden in El Salvador

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:14

México D.F., 16.01.1992: Regierung und Guerilla unterzeichneten 95-seitiges Abkommen; Guerillaführung arbeitet offen in San Salvador

Seit dem 1. Februar schweigen in El Salvador die Waffen. Der seit 12 Jahren geführte Krieg wird definitiv beendet, wenn die nun unterzeichneten Abkommen in die Praxis umgesetzt werden. Jetzt beginnt eine neunmonatige und sehr dynamische Übergangsphase, der "bewaffnete Friede", in der beide Seiten ihre Waffen behalten. Bis Ende Oktober soll die FMLN ihre militärischen Kräfte demobilisieren und die Waffen abgeben. Indessen soll die Armee verkleinert und gesäubert und eine neue "zivile Nationalpolizei" unter Beteiligung von Ex-Kombattanten der FMLN aufgebaut werden.

Wir fassen die wichtigsten Punkte der neun Kapitel auf Grundlage einer eigenen Übersetzung des uns vorliegenden Originaldokuments zusammen und bewerten es. In nachfolgenden Artikeln ist zu überprüfen, ob und inwieweit das Abkommen auch verwirklicht wird.

Drei Tage nachdem es UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar in seiner letzten Amtshandlung gelungen war, die ultrarechte Regierung El Salvadors zur Unterschrift unter die "Akte von New York" (31.12.1991) zu nötigen, schlugen in El Salvador die Verhandlungsgegner zu: Die Nationalgarde, deren Auflösung in New York vereinbart wurde, nahm den Priester José Ignacio Meza fest. Am 6. Januar erhielten 11 Geistliche Todesdrohungen, darunter Medardo Gómez, Bischof der lutherischen Kirche, und der drei Tage vorher verhaftete José Ignacio Meza. Das "Geheime Heer zur Nationalen Rettung", eine Todesschwadron, schrieb: "Wir sind nicht bereit, unser Vaterland in die Hände des Kommunismus zu übergeben. Wir verurteilen die Leitungsmitglieder des nationalen Rates der Kirchen zum Tode. Sie gehören alle der Kommunistischen Partei an und haben im Krieg die FMLN logistisch und ökonomisch unterstützt." Am 22. Januar, eine Woche nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen FMLN und Regierung, "verschwand" die Universitätsangestellte Nuria Esmeralda de Grande. Sie ist die Schwester eines der 11 bedrohten Priester. Diese Vorfälle zeigen deutlich, daß zwar ein Friedensvertrag geschlossen wurde, dies jedoch nicht heißt, daß nun sofort alle Attacken gegen die legalen Bewegungen und die FMLN aufhören werden. Es gibt in El Salvador nach wie vor Großgrundbesitzer und Teile der Armee, die gegen die politische Lösung des Konfliktes opponieren. Sie verfügen weiterhin über eine gewisse praktische Störkapazität. Wie bedeutend diese ist, muß sich - so makaber das auch klingen mag - erst in der Praxis erweisen. Am 1. Februar endete die bewaffnete Konfrontation zwischen Armee und der Guerilla, der Friede muß erst noch erkämpft werden!

Die Abkommen von San José, México D.F. und New York

Bereits vor dem Friedensvertrag, der am 16.1.1992 in México D.F. unterzeichnet wurde, hatten sich die ultrarechte Regierung El Salvadors und die Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" auf drei Dokumente geeinigt, die laut Präambel des Friedensvertrags zusammen mit diesem eine Einheit bilden.

- Im "Abkommen von San José" (26. Juli 1990) wurde die Einhaltung der Menschenrechte, im wesentlichen die Gültigkeit und Garantie der bürgerlichen Freiheitsrechte, niedergeschrieben. Ausführungsbestimmungen und Maßnahmen zur Verifikation durch die UNO wurden in Nachverhandlungen erst infolge heftiger Proteste der unabhängigen Menschenrechtsorganisationen des Landes festgelegt.

- Das "Abkommen von México" (27. April 1991) beinhaltet Verfassungsänderungen, Justiz- und Wahlrechtsreformen und die Einrichtung einer dreiköpfigen "Wahrheitskommission", die vom UNO-Generalsekretär bestimmt wird und innerhalb eines halben Jahres einen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen seit 1980 vorlegen soll.

- Im "Abkommen von New York" (25. September 1991) legten beide Seiten die wichtigsten Grundlinien der zukünftigen Armee und Polizei fest, deren Details dann in "komprimierten Verhandlungen" weiter zu klären waren. Außerdem wurde die Bildung einer zehnköpfigen "Nationalen Kommission für die Konsolidierung des Friedens" (COPAZ) angekündigt. Sie wird von zwei FMLN-Mitgliedern, zwei Regierungsmitgliedern (darunter ein Offizier) und je einem Vertreter, der sechs im Parlament vertretenen Parteien (zwei Linke, ein

Christdemokrat, drei Rechte) gebildet. COPAZ hat beratende und kontrollierende Funktionen und soll Spezialkommissionen für besondere Aufgaben bilden. COPAZ spielt als Koordinierungsgremium eine wichtige Rolle bei der Suche nach Kompromißlösungen, die zur Umsetzung der Abkommen notwendig sind.

Der Friedensvertrag von México (16.1.1992)

In der Einleitung des Friedensvertrags (Acuerdo de Paz) wird als Ziel festgelegt, "den bewaffneten Konflikt auf politischem Wege in der kürzest möglichen Frist zu beenden, die Demokratisierung des Landes voranzutreiben, den uneingeschränkten Respekt der Meschenrechte zu garantieren und die salvadorianische Gesellschaft wieder zu einigen."

Auf insgesamt 95 Seiten enthält der Friedensvertrag neun Kapitel, sechs Anhänge und eine Schlußerklärung. Er wurde von allen fünf Mitgliedern der FMLN-Generalkommandantur, fünf Mitgliedern der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN, vier Zivilisten und zwei Militärs auf Regierungsseite und dem UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali unterzeichnet. Für die Umsetzung aller Punkte gelten Fristen, die in einem detaillierten zehnseitigen Kalendarium (Kapitel 9, S. 85-94) zusammengefaßt sind. Aus Platzgründen können nur einige Daten/Zeiträume zitiert werden.

Kapitel 1: Streitkräfte

Das Kapitel (S. 2 - 16) hat 13 Artikel. Einleitend wird die zukünftige Aufgabe der Armee beschrieben: "die Verteidigung der Souveränität des Staates und der Integrität seines Territoriums gegen eine äußere militärische Bedrohung". Dabei müsse jedoch zwischen Sicherheit und Verteidigung differenziert werden. "Die Aufrechterhaltung des inneren Friedens von Ruhe, Ordnung und öffentlicher Sicherheit liegt außerhalb der gewöhnlichen Aufgabe der Streitkräfte. In dieser Hinsicht ist eine mögliche Rolle der Streitkräfte die völlige Ausnahme." Die Richtlinien dafür sind in der Verfassungsreform vom April 1991 festgelegt. Die Streitkräfte sind den zivilen Autoritäten untergeordnet. Sie haben die politische Ordnung und jeglichen politischen oder sozialen Wandel zu respektieren, die auf dem souveränen Willen des Volkes basieren und auf demokratischen und verfassungsgemäßen Wegen zustandekommen. Diese Werte sollen durch eine pluralistische Ausbildung (Art. 2), neue Lehrpläne, Dozenten und einer neuen Leitung der Militärakademie in den Streitkräften verankert werden.

"Ein Prozeß der Säuberung der Streitkräfte" (Art. 3) wird durch eine dreiköpfige "Ad-hoc-Kommission" in Form einer "Evaluation aller Offiziere" durchgeführt. Kriterien: a) Respektierung der Menschenrechte; b) professionelle Eigenschaften; c) Fähigkeit, sich an die neue Realität anzupassen. Die Ad-hoc-Kommission besteht aus Salvadorianern, wird vom UNO-Generalsekretär benannt und hat drei Monate Zeit, die Evaluation durchzuführen. "Zwei Offiziere mit unzweifelhafter demokratischer Vergangenheit" nehmen an den Beratungen teil und haben Zugang zur Beschlußfassung, jedoch nicht zur Untersuchungsphase. Die Beschlüsse sollten einstimmig verabschiedet werden. Wenn dies nicht möglich ist, reicht die einfache Mehrheit. 30 Tage nach Übergabe des Berichtes an die Regierung werden die entsprechenden administrativen Entscheidungen getroffen und nach 60 Tagen in die Praxis umgesetzt.

Die "Reduzierung der Streitkräfte" (Art. 4) wird nicht en Detail abgehandelt. Zu diesem Zweck legte die Regierung dem UNO-Generalsekretär vor Unterzeichnung des Friedensvertrags einen eigenen Plan vor, den dieser der FMLN zur Kenntnis gab. Der Öffentlichkeit sind die Einzelheiten dieses Planes nicht bekannt, so daß über Phasen der Reduktion, betroffene Truppenteile und Zeiträume keine gesicherten Aussagen getroffen werden können. Die in der Presse häufig genannte Reduzierung auf die Hälfte (von 56.000 auf etwa 27.500) wird im Vertrag selbst nicht genannt. "Auf jeden Fall werden Einheiten reduziert, die infolge des Konfliktes aufgebaut wurden", heißt es dort. Damit sind die fünf Elitebataillone zur Guerillabekämpfung (Batallones de infantería de reacción inmediata) gemeint, welche die Hauptrolle bei der Aufstandsbekämpfung spielten. Sie werden zwischen dem sechsten und zehnten Monat nach Beginn des Waffenstillstands aufgelöst (Art. 8). Damit verliert die Armee ihre offensive Kapazität zur Aufstandsbekämpfung.

Die "Überwindung der Straflosigkeit" (Art. 5) ist notwendig. Dieser Punkt soll von der "Wahrheitskommission" erörtert und gelöst werden. Beide Seiten stimmen darin überein, daß Menschenrechtsverletzungen, unabhängig davon, wer die Täter sind, beispielhaft von den Gerichten bestraft werden sollen.

Die "Sicherheitskräfte" (Nationalgarde und Finanzpolizei) werden innerhalb von dreißig Tagen nach Waffenstillstand aufgelöst und ihre Mitglieder zur Armee überführt (Art. 6). Für die bisherige Nationalpolizei, die ebenfalls aufgelöst wird, gilt eine besondere Regelung, die weiter unten dargestellt wird.

Der Geheimdienst DNI (Art. 7) wird innerhalb von vier Monaten aufgelöst, ein neuer Geheimdienst unter direkter Kontrolle des Präsidenten gegründet. Dazu wird das jetzige Personal vom zivilen Chef des Dienstes unter Hilfe und Aufsicht der UNO evaluiert. Für Personal, das nicht übernommen wird, werden "andere Arbeitsmöglichkeiten oder Abfindungen" angeboten. Paramilitärische Kräfte sind explizit verboten (Art. 10), die Zivilverteidigung wird entwaffnet und spätestens bis Ende Juni aufgelöst. Die Rolle privater Sicherheits- oder Bewachungsdienste wird geregelt und die Zwangsrekrutierung (Art. 11), das entscheidende Mittel der Armee, um Soldaten auszuheben, wird ab 1. Februar eingestellt. Eine neue Wehrgesetzgebung mit allgemeinem und obligatorischem Wehrdienst, Reservedienst etc. wird erlassen. Das Parlament überwacht die Streitkräfte und erläßt Gesetze gegen die illegale Bereicherung von Armeeangehörigen (Art. 12). Allen Soldaten, die aufgrund dieser Abkommen ausscheiden, wird eine Entschädigung in Höhe eines Jahreslohnes ausgezahlt (Art. 13). Darüberhinaus bringt die Regierung Projekte in Gang, welche die Eingliederung ins zivile Leben fördern.

Im Kapitel "Streitkräfte" ist der Verzicht der FMLN auf die "völlige Entmilitarisierung der Gesellschaft", ihr programmatisches Ziel vom September 1990, festgeschrieben. Die Armee soll von der Bekämpfung des inneren Feindes unter der "Doktrin der Nationalen Sicherheit" auf die Sicherung der Landesgrenzen umorientiert werden. Es bleiben jedoch bedenkliche Hintertüren für "Ausnahmefälle". Eine pluralistische Ausbildung, die Unterordnung unter die zivile Macht, die Säuberung und die Reduzierung soll zur Neuorientierung beitragen. Wie tiefgehend die Säuberung sein wird steht noch nicht fest, da ihre Durchführung in die Hände einer Ad-hoc-Kommission gelegt ist, in der Armeeoffiziere zwar keine Entscheidungs- aber doch eine Mitsprachemöglichkeit haben. Mit der Auflösung der Elitebataillone, des Geheimdienstes DNI und der Sicherheitskräfte verlieren die Streitkräfte ihre operativen Fähigkeiten, in einem großen strategischen Angriff offensiv gegen die Guerilla vorgehen zu können. Es dürften damit auch die logistischen Netze und die wichtigsten Kommunikationsstrukturen der Todesschwadronen zerschlagen sein. Die Einstellung der Zwangsrekrutierung und die Auflösung der paramilitärischen Zivilpatroullien ist für die Landbevölkerung sicherlich eine große Erleichterung. Es bleibt jedoch unter dem Strich übrig, daß die FMLN ab Ende Oktober über keine bewaffnete Kraft mehr verfügen wird, welche die Einhaltung der Abkommen garantiert. Die reduzierte Armee bleibt in Händen der Mächtigen des Landes, wenngleich sie durch verfassungsmäßige Einschränkungen gezähmt werden soll. Die völlige Militarisierung des Landes, die jahrzehntelang andauerte, wird mit dem Abkommen aufgehoben. Ob die Armee jedoch praktisch bereit sein wird, beispielsweise einen möglichen Wahlsieg der Linken 1994 zu akzeptieren oder nicht, ist offen. Diese Gefahr könnte nur durch die völlige Entmilitarisierung der Gesellschaft gebannt werden, wofür gegenwärtig die politische und militärische Kraft der Linken nicht ausreicht.

Kapitel 2: Zivile Nationalpolizei

Im ausführlichsten Kapitel des ganzen Abkommens (S. 17 - 40) werden in sieben Kapiteln die Schaffung, Doktrin, Aufgabe, Struktur, personelle Zusammensetzung und Ausbildung der neuen "zivilen Nationalpolizei" (PNC) ebenso geklärt, wie Übergangsregelungen.

Die neue "zivile Nationalpolizei" soll die bisherige militarisierte "Nationalpolizei" ablösen, die als eine der Sicherheitskräfte der Armeeführung unterstellt war und vor allem in den Städten mit zur Aufstandsbekämpfung beigetragen hatte. Die neue zivile Nationalpolizei wird in Zukunft die einzige Polizei sein, die im ganzen Lande agiert. Der Aufbau erfolgt mit internationaler Hilfe und Aufsicht, die von der UNO koordiniert werden (Art. 1). Die Doktrin (Art. 2) wird sehr ausführlich beschrieben. Sie regelt den demokratischen Charakter, die Respektierung der Menschenrechte, die Unabhängigkeit von Armee und Parteien und, solange irgend möglich, den Einsatz gewaltloser Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Dazu werden neue, präzise festgelegte organisatorische Strukturen geschaffen (Art. 3). Das Personal soll möglichst gut ausgebildet sein (Art. 4), über ein "würdiges Einkommen verfügen" und in einer neuen, pluralistisch besetzten "Akademie für öffentliche Sicherheit" (Art. 5) auf die Aufgaben vorbereitet werden. Wichtig ist der Punkt Übergangsregelungen (Art. 7, S. 32 -37): Dort heißt es, daß die jetzige Nationalpolizei übergangsweise ihre Aufgaben weiter ausüben soll und innerhalb 21 Monaten schrittweise durch die neue Polizei ersetzt wird. Dieser Prozeß geschieht in enger Zusammenarbeit mit der UNO. Für die konfliktiven Zonen, in denen es derzeit überhaupt keine Polizei gibt, gelten Sonderregelungen. In den ersten zwei Jahren sollen 5700 einfache Polizisten und 240 Führungskräfte

neu ausgebildet werden. In weiteren fünf Jahren soll die Anzahl auf etwa 10.000 bzw. 500 steigen. In den ersten zwei Jahren sollen pro Monat 330 Polizisten rekrutiert und in halbjährigen Kursen neu ausgebildet werden, für die klar definierte Eingangsvoraussetzungen gelten. Im gleichen Zeitraum sollen 120 Führungskräfte einjährige Kurse absolvieren. Die Mehrheit der Rekruten darf nicht direkt am bewaffneten Konflikt beteiligt gewesen sein und die Zahl der Ex-Guerillas und der Ex-Nationalpolizisten soll gleich sein. Die Ex-Nationalpolizisten müssen überprüft werden, während die Ex-Guerillas die Waffen niedergelegt haben müssen.

Die FMLN kann pro Monat ca. 100-110 Ex-Guerillas als Polizisten ausbilden lassen, in zwei Jahren knapp 2000 Ex-Guerillas. Damit hat man der Befreiungsbewegung ein entscheidendes Gewicht in der neuen Polizei zugestanden. Dies dürfte über die schriftlichen Vereinbarungen hinaus eine entscheidende Bremse dafür sein, daß die Polizei nicht mehr wie bisher als Repressionsorgan gegen die politische Opposition eingesetzt wird. Zudem ist dies eine gewisse Garantie für die tatsächliche Strafverfolgung ultrarechter Terrorbanden. Die Polizei dürfte jedoch aufgrund ihrer ebenfalls vereinbarten Demilitarisierung kein bewaffnetes Gegengewicht zur Armee sein, die weiter unter Kontrolle der Herrschenden ist.

Kapitel 3: Justizsystem

und Kapitel 4: Wahlsystem

In kurzen Absätzen werden die Unabhängigkeit der Justiz und die Schaffung eines "Menschenrechtsprokurators" festgelegt, sowie Reformen des Wahlrechts vereinbart. Die entsprechenden Gesetze sollen von der Friedenskommission COPAZ vorbereitet werden.

Kapitel 5:

wirtschaftliches und soziales Thema

Hier handelt es sich um einen "Minimalkonsens, um die Entwicklung aller Bevölkerungsschichten zu fördern, sowie die notwendige soziale Stabilität in der Übergangszeit herzustellen" (Art. 1). Die Regierung verpflichtet sich, die von den Christdemokraten abgebrochene Agrarreform voll durchzuführen und alle Güter über 245 ha zu verteilen. Ebenso soll der Staat gemäß seinen Möglichkeiten Land kaufen und in seinem Besitz befindliche Güter an Landlose verkaufen. Dazu sollen diesen günstige Kredite zur Verfügung gestellt werden (Art. 2). In den Konfliktzonen soll die derzeitige Besitzlage respektiert und innerhalb sechs Monaten abschließend rechtlich geklärt werden (Art. 3). Nach einer Inventur der betreffenden Gebiete durch die FMLN sollen die jetzigen Nutzer und die Eigentümer des Landes durch Kauf und Verkauf die Lage legalisieren. Sollten sich Eigentümer weigern, ihr Land den jetzigen Nutzern zu verkaufen, so wird die Regierung diese auf anderen Grundstücken ansiedeln, die möglichst in derselben Zone liegen sollen. Die Friedenskommission COPAZ bildet eine Spezialkommission, die für die Klärung strittiger Fragen zuständig ist. Die Regierung respektiert alle bisherigen Vereinbarungen, die Landbesetzungen legalisieren, behält sich jedoch vor, gegen Landnahmen in Zukunft mit rechtsstaatlichen Mitteln vorzugehen. Die FMLN schlägt dagegen Konsenslösungen vor (Art. 4).

Im folgenden Artikel wird die Ausweitung der Agrar- und Kleinkredite festgelegt, wobei sich die Kreditnehmer an der Gestaltung und Durchführung der Programme beteiligen können. Außerdem sollen Hilfen für extrem Arme und die Stärkung des Verbraucherschutzes die Folgen des wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogrammes abgemildern. Die Regierung verpflichtet sich, die direkte Zusammenarbeit von Gemeinden mit internationalen Partnern zu fördern (Art. 7) und ein Forum einzuberufen, das den Charakter einer konzertierten Aktion zwischen Staat, Unternehmern und Beschäftigten hat (Art. 8). Die FMLN hat das Recht, Vorschläge zum Plan für den Wiederaufbau des Landes zu machen, die auch berücksichtigt werden sollen (Art. 9). Darunter fällt auch die Hilfe für die besonders vom Krieg Betroffenen und die Integration der Ex-Guerillas.

Die FMLN konnte den Großgrundbesitzern das ökonomische Rückgrat nicht brechen, da die Agrarreform dazu nicht tiefgreifend genug ist. Die ertragreichen Kaffeefincas fallen nicht unter das zu verteilende Land. Die Situation in den Konfliktzonen wurde vorläufig zugunsten der jetzigen Nutzer, FMLN-Sympathisanten, geklärt. Eine definitive Legalisierung zeichnet sich ab. In Zukunft werden mögliche Landbesetzungen sicherlich Konfliktstoff liefern.

Für die ökonomische Perspektive des Landes sind die bilaterale Zusammenarbeit mit internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), das Forum zur wirtschaftlichen Entwicklung und der Plan zum nationalen Wiederaufbau wichtig. Hier wird die Vergabe der internationalen Gelder entschieden, eine wichtige Einkommensquelle für das Land. Nur hier könnte sich ein Programm zur Bekämpfung der städtischen Massenarmut, der wichtigsten Herausforderung der kommenden Jahre, herauskristallisieren. Die FMLN kämpft zur Überwindung der ländlichen Armut für eine Agrarreform. Für die städtischen Elendsgürtel hat sie ebensowenig ein konsistentes und praktisch durchführbares Programm, wie sie ein globales Wirtschaftskonzept für das Land hat. Hier liegt eine ihrer zentralen Schwächen. Dies kann nicht als subjektives Versagen interpretiert werden. Vielmehr kämpfen alle progressiven und revolutionären Bewegungen und Regierungen in der sog. "3. Welt" mit denselben Schwierigkeiten. Niemand hat ein Patentrezept, wie die Massenarmut überwunden und gleichzeitig die Kapitalakkumulation vorangetrieben werden kann. So gesehen ist ihr Mitspracherecht in Gremien, die über die Vergabe internationaler Gelder mitentscheiden, als Erfolg zu bewerten.

Kapitel 6:

Politische Partizipation der FMLN

In neun Artikeln werden die juristischen Schritte geklärt, welche für die Reintegration der Rebellen in das legale Leben nötig sind; die Freilassung aller politischen Gefangenen bis März, die Garantien für die Rückkehr der Exilierten und Kriegsversehrten, die Legalisierung der FMLN- Radios, die Garantie der politischen Spielräume und die Legalisierung der FMLN als politische Partei. Die Regierung ist gegenüber der UNO für spezielle Sicherheitsvorkehrungen für die Führungspersonen der Guerilla verantwortlich, von denen viele am 1. Februar offiziell ins Land zurückkehrten. Sie wird der FMLN alle gewünschten Mittel zur Verfügung stellen, damit diese selbst ihre Sicherheit organisieren kann. Einige der genannten Bedingungen sind bereits erfüllt. In Kürze wird die FMLN einen Kongreß abhalten und sich als politische Partei konstituieren.

Kapitel 7, 8 und 9:

Waffenstillstand, Verifizierung

durch die UNO und Kalendarium

zur Durchführung der Vereinbarungen

Der Waffenstillstand beginnt am 1. Februar und endet am 31. Oktober mit der Waffenübergabe der FMLN. Ab 1. Februar erfolgt die Feuereinstellung, dann werden die Truppen in zwei Phasen entflochten und in festgelegten Fristen an genau dafür festgelegten Orten (Anhang A bis D) unter Aufsicht der UNO zusammengefaßt. Bis zum 7. Februar wird die Guerilla an 15 Orten zusammengezogen und muß bis Mitte März ihre schweren Waffen, Sprengstoffe, Minen etc. in abgesperrten Gebäuden an diesen Orten deponieren. Die persönlichen Waffen und Ausrüstungen können die Guerillas behalten. Die UNO- Überwachungstruppen und die FMLN haben Schlüssel zu den Depots. Den Streitkräften ist das Betreten der Lager untersagt ebenso das Überfliegen. Die Armee muß sich zur gleichen Zeit an 62 Orten konzentrieren. Angehörige beider Seiten können die Lager nur verlassen, wenn die UNO-Truppe zustimmt.

Die UNO kontrolliert die Einhaltung aller Schritte, wofür sehr detaillierte Regelungen und genaue Fristen festgelegt sind. Die FMLN wird ihre Waffen zwischen dem 15. und 30. Oktober unter alleiniger Aufsicht der UNO zerstören.

Einige Anmerkungen

Die Befreiungsbewegung hat nach Unterzeichnung dieses Abkommens so gut wie keine Möglichkeiten mehr, erneut auf bewaffneten Druck zurückzugreifen, wenn die Vereinbarungen nicht eingehalten werden sollten. Die Fristen für die Sammlung der Guerilla, die Konzentration schweren Geräts und schließlich die ersten Phasen der Demobilisierung sind so knapp, daß dies praktisch kaum mehr möglich scheint. Bis Ende Juli müssen sich 60% der Bewaffneten ins zivile Leben reintegriert haben. In diesem Zeitraum muß auch die Säuberung der Armee durchgeführt sein und die Auflösung der Elitetruppen begonnen haben. Sollten sich Regierung und Armee plötzlich querstellen und einen überraschenden Schlag versuchen, bliebe der FMLN genügend

militärische Kapazität, um sich zu verteidigen. Ein derartiges Szenario halte ich jedoch für unwahrscheinlich, da für die Regierung der politische Preis unglaublich hoch wäre.

Es ist davon auszugehen, daß dieser Friedensvertrag eine kurze und dynamische Übergangsetappe eröffnet, die mit der Zähmung der Streitkräfte und dem Verschwinden der militärischen Struktur der revolutionären Bewegung endet. Damit wird die gesellschaftliche Auseinandersetzung unter neuen Rahmenbedingungen mit politischen Methoden weitergeführt. Es ist schwer zu beurteilen, ob die Befreiungsbewegung "quantitativ" mehr hätte herausholen können. Prinzipiell war eine Verhandlungslösung notwendig. Angesichts der internationalen Rahmenbedingungen, des militärischen Patts und vor dem Hintergrund des wirtschaftspolitischen Dilemmas, Faktoren, die von der FMLN per subjektivem Kraftakt nicht bzw. nur graduell zu beeinflussen sind, gab es zu Zugeständnissen keinerlei praktisch gangbare Alternative. Dies darf bei der Würdigung dieses Friedensvertrags nicht übersehen werden.

Besteht nun die Gefahr, daß die legalen Ex-Guerillas zu Zielscheiben für Todesschwadronen werden? Individueller Terror ist immer möglich. Es ist jedoch wenig wahrscheinlich, daß illegale paramilitärische Apparate zu systematischem Terror und Unterdrückung imstande sind, denn: Die Todesschwadronen operierten in den letzten Jahren nie unabhängig, sondern wurden vom Geheimdienst (DNI) und den Sicherheitsorganen unterhalten, geführt und bezahlt. Die Kommunikations- und Finanzierungsstruktur - Killer und Spitzel arbeiten für Geld - dürfte mit deren Auflösung weitgehend zusammenbrechen. Das breite Netz von Spitzeln wird sich ohne Führung und Finanzierung schnell verlaufen. Schließlich können Killer in Zukunft nicht mehr wie bisher auf die selbstverständliche Straflosigkeit ihrer Verbrechen bauen, sondern müssen mit empfindlichen Strafen rechnen.

Für die revolutionäre Bewegung kommt es in den kommenden Monaten darauf an, begründete Ängste in der Bevölkerung abbauen zu helfen und die neuen Rahmenbedingungen zu nutzen, um breit getragene, kämpferische politische und soziale Organisationen aufzubauen. Wenn ihr das gelingt, hat sie reale Chancen, den Kampf um tiefgreifende gesellschaftliche Transformation zu vertiefen.

Al., Nürnberg

(1. Februar 1992)

5. Guatemala: Verhandlungen festgefahren

Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:12

In Guatemala sind die Verhandlungen zwischen der "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" (URNG) und der rechten Regierung festgefahren. Im vergangenen Oktober scheiterte bereits die dritte Gesprächsrunde zum Thema "Menschenrechte". In der Folgezeit versuchten der UN-Beobachter Francesec Vendrell und der Vermittler, Bischof Rodolfo Quezada Toruno, wieder Bewegung in die Unterredungen zu bringen. Diese Versuche, das jüngste vertrauliche Gespräch fand mit reduzierten Delegationen vom 23. - 25. Januar in México D.F. statt, blieben bislang ohne sichtbaren Erfolg.

Wir berichten über die wichtigsten Entwicklungen im Land, fassen den aktuellen Stand der Verhandlungen zusammen und zitieren richtungsweisende Positionspapiere der Guerilla. In ak 334 (September 1991) und ak 336 (November 1991) wurde die Verhandlungspolitik der Guerilla bereits in den Grundzügen dargestellt. Nebenstehend dokumentieren wir ein Interview, das der ak mit dem Mitglied der Generalkommandantur der URNG, Gaspar Ilom, führte.

Regierung Serrano von allen Seiten unter Druck

Die Regierung unter Präsident Jorge Serrano Elías ist 14 Monate nach Amtsantritt von allen Seiten unter Druck geraten. Serrano Elías, Mitglied einer evangelikalen Sekte, gewann die Wahlen 1990/91 mit den Versprechen, die Wirtschaftskrise zu überwinden und den Frieden zu erreichen. Die Ziele: Gemäß den Rezepten von Weltbank und Internationalem Währungsfond soll das Land "modernisiert" werden. Der Guerilla, die militärisch nicht zu schlagen ist, soll auf dem Verhandlungswege eine politische Niederlage beigebracht werden.

Um seine wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen, verbündete sich der Präsident mit der Agroindustrie und der Finanzbourgeoisie. So ist der Finanzminister Richard Aitkenhead Mitglied der Familie Castillo (Biermonopol; Banco Industrial mit 34% des Kreditvolumens), der Wirtschaftsminister Juan Mirón gehört zur Gruppe Gutiérrez (Kontrolle der Weizenverarbeitung und des Geflügelhandels) und der Landwirtschaftsminister Adolfo Boppel ist Agroexporteur. Die Wirtschaftspolitik ist auf die Stabilisierung der Währung und die Senkung der Inflation ausgerichtet. 1990 betrug die Inflation 70%, das Haushaltsdefizit lag bei ca. 140 Mio US-Dollar, das Handelsbilanzdefizit bei 300 Mio US-Dollar und die Auslandsverschuldung bei 2,5 Mrd US-Dollar. 1991 wuchs die Wirtschaft (Brutto Inland Produkt) um 1,7%. Im lateinamerikanischen Vergleich sind diese Rahmendaten gar nicht einmal so schlecht.

Für die Bevölkerungsmehrheit, nach Angaben der UNO leben 82% in Armut, bedeuten sie dennoch eine Dauerkatastrophe. So liegt der Minimallohn für acht Stunden Landarbeit bei ca. 1,5 US-Dollar; bestenfalls 40% der Erwerbsfähigen haben feste Arbeit, der Rest ist arbeitslos oder unterbeschäftigt. Das Auftreten der Cholera, einer typischen Armutskrankheit, sagt viel über die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit Guatemalas aus. Die ohnehin bescheidenen Sozialleistungen, beispielsweise die minimale Gesundheitsversorgung, werden weiter abgebaut. Die legalen Massenbewegungen setzen der Regierung zu und kämpfen mit Streiks und Demonstrationen gegen die weitere soziale Verelendung. Die für dieses Jahr geplante Steuerreform wird zur wirtschaftspolitischen Nagelprobe: In Guatemala scheiterten sogar die Militärjuntas, als sie versuchten, über Steuerreformen die selbst für Lateinamerika extrem geringe Steuerquote der Unternehmer (1990: 7,7%) zu erhöhen. Die Regierung braucht jedoch Mittel, um den Staatshaushalt zu finanzieren. Internationale Kredite, die jährlich etwa 10% des Staatshaushaltes von ca. 1,2 Mrd US-Dollar decken, fließen angesichts der Verschuldung der öffentlichen Hand spärlicher. Ausländische Schenkungen, ebenfalls ca. 10% des Staatshaushaltes, gehen zurück. Erhöhungen der Verbrauchssteuern würden die massive politische Unzufriedenheit weiter verstärken und die Bevölkerung der politisch klug agierenden Befreiungsbewegung in die Arme treiben. (1)

Einen Vorgeschmack gaben die Vorfälle in der Stadt Jutiapa, die bisher als politisch eher "ruhige" Gegend galt. Dort demonstrierten Ende November mehrere tausend Menschen einige Tage lang, versuchten mit einem Fahrzeug die Tür des Rathauses einzurammen und es zu besetzen und verbarrikadierten sich schließlich im Sitz des Departamentsgouverneurs. Der Hintergrund: Sie warfen dem Bürgermeister, Mitglied der Regierungspartei (MAS), Korruption und mangelndes Interesse an den Gemeindeangelegenheiten vor und

forderten dessen Rücktritt. Nach mehreren Tagen rückte eine Sondereinheit der Polizei aus der Hauptstadt an und schlug die Unruhen gewaltsam nieder.

Menschenrechte und Repression

Auch beim Thema Menschenrechte sind Regierung und Armee unter Druck. Die katholische Kirche gab bekannt, daß es im ersten Amtsjahr Serranos - zwischen dem 1. Januar und dem 22. November 1991 - zu 550 außergerichtlichen Hinrichtungen, 197 Morden, 80 Attentaten, 143 Fällen gewaltsamen "Verschwindenlassens", 91 Bedrohungen und Verfolgungen und 6 Fällen von Folterungen gekommen sei. Angesichts dieser Lage "verharrten die Behörden weiterhin ohne Antwort oder Lösung" erklärte der Kirchenvertreter. Die unabhängige Menschenrechtsorganisation CDHG veröffentlichte noch etwas höhere Zahlen und wies auf das "Verschwindenlassen" von 31 Kindern und 11 Bombardements der Armee hin. Die Morde (1991: 32) an Ausländern - u. a. mehreren Journalisten - haben deutlich zugenommen. Dies setzt sich 1992 fort: So wurde zur Jahreswende ein französisches Paar, das in Guatemala-Stadt ein Restaurant betrieb, ermordet und schrecklich verstümmelt aufgefunden; eine Frau, vermutlich eine US-Bürgerin, wurde am 20. Januar tot aufgefunden. Sollten sich diese Angriffe gegen Ausländer fortsetzen, sind negative Auswirkungen auf den Tourismus, eine wichtige Devisenquelle, zu erwarten.

Zu diesen neuen Fällen kommt noch die Debatte um die Bestrafung von uniformierten Tätern, die für in der Vergangenheit verübte Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden sollen. In Guatemala (9 Mio Einwohner) geht man von etwa 100.000 Toten, 40.000 "Verschwundenen", 45.000 Witwen, 200.000 Waisenkindern und 1 Million Kriegsvertriebener (interne Flüchtlinge) aus. Anfang der achtziger Jahre waren tausende Repressionsopfer auf sog. "geheimen Friedhöfen" verscharrt worden. Die Menschenrechtsgruppe GAM hat die Existenz mindestens 233 "geheimer Friedhöfe" angezeigt. Sie führt eine Kampagne zur Öffnung der anonymen Massengräber und Übergabe der sterblichen Überreste an die betroffenen Familien durch. Damit soll der Druck erhöht werden, die Selbstamnestie der Militärs zu widerrufen und die verantwortlichen Täter zu bestrafen. Das Thema Menschenrechte ist sowohl innenpolitisch als auch international von höchster Brisanz. (2)

Druck aus den USA

Die USA lassen ihren Verbündeten nicht allein, jedoch nehmen die Widersprüche zu. Für das Haushaltsjahr 1991/92 sind ca. 120 Mio US-Dollar Wirtschaftshilfe (1990/91: 161 Mio) und 3,8 Mio US-Dollar Militärhilfe (1990: 2,9 Mio) vorgesehen. Der US-Senat versah die Auszahlung der Wirtschaftshilfe mit Auflagen zur Einhaltung der Menschenrechte, die Militärhilfe bleibt aufgrund der Verwicklung der Armee in den Mordfall Devine eingefroren. Es ist zu erwarten, daß der Kongreß, wie schon so oft, letztlich die Gelder freigeben wird. Jedoch ist dies für die guatemaltekische Regierung mit mehr Schwierigkeiten und Verzögerungen verbunden. Das Klima wird rauher. Der Aufhänger: die Entführung und Ermordung des US-Bürgers Michael Devine am 8. Juni 1990. Es wird vermutet, daß Devine für die US-Drogenbehörde (DEA) arbeitete, was auch das deutliche Interesse der US-Regierung an der Bestrafung der Täter erklären würde. Schließlich wurden nach erheblichem Druck aus den USA 11 Militärs, darunter mehrere Offiziere, festgenommen, vor ein Militärgericht gestellt und - freigesprochen! In den Fällen der ermordeten Sozialwissenschaftlerin Myrna Mack und der Entführung und Vergewaltigung der Nonne Diana Ortíz machen US-Behörden ebenfalls Angehörige der Sicherheitsorgane verantwortlich und fordern deren Verurteilung.

Dieses Insistieren auf die Einhaltung der Menschenrechte ist neu. Die vergangenen Jahre hatten die US-Administrationen zuverlässig geschwiegen oder versucht, ähnliche Übergriffe zu verniedlichen. Auf dieser Ebene, dies schlägt sich auch bereits im Abstimmungsverhalten in UNO-Gremien nieder, wird mittlerweile ein politischer Konflikt ausgetragen, der Ergebnis unterschiedlicher wirtschaftlicher und politischer Optionen ist.

Die US-Administration begann nach dem Fall des RgW ihre Strategie für Zentralamerika den neuen weltpolitischen Realitäten anzupassen. Außenminister Baker propagierte im Juni 1990 beim zentralamerikanischen Gipfel als Leitlinien: Demokratie, Entwicklung und Entmilitarisierung. Im Juli verkündete Präsident Bush seine Initiative einer kontinentweiten Freihandelszone. Unter dem Strich gesehen bedeutet dies, daß sich die USA Lateinamerika als Absatzmarkt und Quelle für Rohstoffe und billige Arbeitskräfte sichern wollen. Angesichts des Wegfalls der Blockkonkurrenz und der Verhandlungsbereitschaft der Guerillabewegungen bevorzugen sie zur Zeit eher den Weg der politischen Integration der revolutionären

Linken, als deren physische Liquidierung. Um diese Ziele zu erreichen, sind die USA durchaus mit begrenzten sozialen Reformen einverstanden. Der Einfluß der Agraroligarchie und der Armee soll beschnitten werden. Diese Perspektive stößt auf den entschiedenen Widerstand der genannten Kräfte, weil diese traditionelle politische und wirtschaftliche Privilegien verlören. Dieser Widerspruch - begrenzte Reformen zur zukünftigen Sicherung der Ausbeutbarkeit versus unbedingtes Festhalten am status quo - existierte im Grunde seit jeher. Er wurde in den siebziger und achtziger Jahren jedoch globalstrategischen Überlegungen - gemeinsame Niederschlagung von nationalen Befreiungsbewegungen, die sich mit der UdSSR verbünden könnten - untergeordnet. Dafür gibt es jetzt selbst aus der Sicht rechter US-Ideologen weniger Gründe. Diese beginnende Umorientierung der US-Politik hat auf internationaler Ebene überhaupt erst den Raum für Verhandlungslösungen geöffnet.

Zum Stand der Verhandlungen

Derzeit befinden sich die Verhandlungen zwischen Regierung und Militärs auf der einen und der "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" (URNG) auf der anderen Seite in der Sackgasse. Die direkten Verhandlungen hatten im April 1991 begonnen. (3) Damals wurde im Abkommen von México D.F. eine Agenda mit elf Punkten und eine Verfahrensweise für die weiteren Gespräche vereinbart. Der erste Punkt umfaßt die Themen Demokratisierung und Menschenrechte. Nach zwei weiteren Verhandlungsrunden (Cuernavaca/México im Juni und Querétaro/México im Juli) wurde eine sehr allgemein formulierte Übereinkunft über den Aspekt Demokratie erzielt. Dabei fehlen jedoch Ausführungsbestimmungen und ein Kalendarium zur Umsetzung, so daß dieses Dokument bisher lediglich als letztlich unverbindliche Willensbekundung zu werten ist, die außer einer Verbesserung des Verhandlungsklimas wenig praktische Bedeutung hat. Die konkrete Ausgestaltung der abstrakten Rahmenvereinbarung fehlt noch. Erst wenn diese erfolgt, wird sich zeigen, welchen politischen Wert das Abkommen über "Demokratisierung" tatsächlich hat.

Über den Punkt Menschenrechte wurde im September (México D.F.) und im Oktober (México D.F.) weiter gestritten - bisher ohne greifbares Ergebnis. Nicht einmal ein unverbindlicher Formelkompromiß kam zustande. Die Gesprächsrunde vom Oktober (21.-23.) war sogar vorzeitig abgebrochen worden. Die von beiden Seiten hochrangig besetzten Delegationen vereinbarten lediglich, daß die Kontakte mit einer neuen Verfahrensweise, einem "Pendelmechanismus", fortgesetzt werden. Der UNO-Beobachter Francesec Vendrell und der Vermittler, Bischof Rodolfo Quezada Toruno, trafen sich 1991 noch dreimal mit jeder der beiden Seiten, um auf diese Weise zwischen den Kontrahenten hin-und-her-pendelnd ein Kompromißpapier auszuarbeiten. Kurz vor Weihnachten (18.-20.12.) und im Januar (23.- 25.1.) fanden in México D.F. erneut vorher in der Öffentlichkeit nicht angekündigte Treffen mit verkleinerten Delegationen beider Seiten statt. Über Ergebnisse wurde nichts bekannt. Aufgrund der vereinbarten Vertraulichkeit der Gespräche drang über den Verlauf des Dialogs bisher nichts an die Öffentlichkeit.

Position von Regierung und Armee

Wenngleich sich die Kontrahenten nicht direkt zum Stand der Unterredungen äußern, so lassen sich doch die unterschiedlichen Positionen und die derzeit wichtigsten Differenzen einigermaßen klar darstellen.

Von Seiten der Regierung spielen dabei zwei Reden des Präsidenten Serrano eine besondere Rolle. Die erste datiert vom 27. September 1991 und wurde vor der UNO gehalten. Serrano warb dort "für den totalen Frieden". Die wichtigsten Punkte waren: Ende des bewaffneten Kampfes; mehr wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit nach dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen; Respekt und Stärkung des Rechtssystems; Wichtigkeit des demokratischen Prozesses. Serrano forderte die Waffenniederlegung der Guerilla, dann stehe der Friede unmittelbar vor der Tür. Er machte implizit alle Reformen von der vorherigen Waffenniederlegung abhängig. Die Formel vom "totalen Frieden" kam in den Medien gut an. In einer Zeitungsanzeige vom 26. November wiederholte die Regierung die Aufforderung, die Guerilla solle die Waffen niederlegen und sich in das zivile Leben integrieren. Diese unrealistische und im Kern gegen jegliche ernsthaften Gespräche gerichtete Haltung deckt sich exakt mit der Position der Armeehardliner. Am 4. Dezember hielt der Präsident vor Militärs eine Rede, die im Fernsehen übertragen wurde und erneut viele Positionen enthielt, wie sie verhandlungsunwillige Teile der Armee vertreten: die URNG müsse die Waffen niederlegen; das Land werde von einem ungerechten Kampf zerrissen, dessen Ursachen in internationalen Strategien lägen; "schlechte Guatemalteken" schadeten im Ausland dem Ansehen des Landes, etc. Indessen wurde die Armeespitze umbesetzt, was die Verhandlungsgegner stärkte. Die Repression dauert an, und der Krieg wird auf hohem

Niveau fortgeführt. Dies deutet darauf hin, daß die Regierung in absehbarer Zeit nicht zu den notwendigen Zugeständnissen bereit ist, die für eine politische Lösung des Konfliktes erforderlich sind.

Position der Guerilla

Die Befreiungsbewegung hat sich in den letzten Monaten dreimal grundlegend zum Verlauf der Verhandlungen geäußert. (4) Für die September-Runde hat sie ein 11-Punkte-Papier verfaßt, das der Öffentlichkeit erst später bekannt wurde. Darin fordert sie:

1. Entschädigung für die Opfer der Menschenrechtsverletzungen;

2. Aufnahme von folgenden Verbrechen in die guatemaltekische Gesetzgebung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit: u.a. "Verschwindenlassen", Folter, extralegale Hinrichtungen;

3. Abschaffung der paramilitärischen Zivilpatroullien (PAC), der Entwicklungspole und Modelldörfer, der Zivilbeauftragten und des Koordinationsgremiums der Polizeien (SIPROCI); einen Monat nach Annahme der Forderung Überprüfung der Umsetzung durch die UNO;

4. Abschaffung der Zwangsrekrutierungen;

5. Abbau des geheimen Repressionsapparates;

6. Aufhebung der Selbstamnestie der Militärs (Dekret 8-86);

7. Überwachung des ganzen Prozesses durch die UNO;

8. Verhandlung aller Menschenrechtsverletzungen - d.h. auch der von Militärs verübten - vor zivilen Gerichten;

9. Einrichtung einer "Kommission für Frieden und Gerechtigkeit" mit den Aufgaben: a) Untersuchung und Aufklärung der Fälle der "Verschwundenen", b) Untersuchung der individuellen und kollektiven außergerichtlichen Hinrichtungen und c) Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen.

Die Annahme dieser Forderungen würde die Herrschenden Guatemalas des wichtigsten Mittels zur Aufrechterhaltung ihrer Macht berauben: der Repression. Von daher ist es kein Wunder, daß sich die Regierung querstellte. Der Vermittler, Bischof Rodolfo Quezada Toruno, nannte vier Punkte, die von der Regierungsseite als völlig unakzeptabel betrachtet werden: die Abschaffung der Zivilpatroullien, die Einrichtung der "Kommission für Frieden und Gerechtigkeit", die internationale Überwachung des Abkommens und der Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Die URNG geht davon aus, daß es bei Gesprächen nicht nur um das Ende des bewaffneten Kampfes geht, sondern um die Grundlage einer Lösung der Ursachen, die diesem zugrundeliegen. Deshalb rechnet sie mit komplizierten und langwierigen Verhandlungen. Um diesen Prozeß in der Gesellschaft nicht zu diskreditieren, sei es notwendig, konkrete, positive und überprüfbare Schritte einzuleiten. Deshalb kommt dem Punkt "Menschenrechte" eine besondere Bedeutung zu. Die URNG fordert Sofortmaßnahmen, das Ende der Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen und die internationale Überwachung, bevor ein Globalabkommen unterschrieben ist. Die Regierung verweigert dies unter Verweis auf verfassungsrechtliche Hindernisse und möchte lediglich eine Überprüfung durch nationale Gremien.

Die Guerilla hat mehrfach erklärt, daß die Einstellung der bewaffneten Aktionen keine Vorbedingung für Verhandlungen sein könne, ebensowenig ihre Entwaffnung. Da derzeit ein Ende des Krieges nicht in Sicht ist, fordert die Guerilla die Einhaltung des internationalen humanitären Rechts, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Darüberhinaus versucht sie, parallel zu den Verhandlungen mit Regierung und Armee erneut mit den Parteien und anderen gesellschaftlichen Sektoren ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam mit diesen neue Initiativen zu entwickeln.

Wie weiter?

Es ist anzunehmen, daß gerade nach dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzung im benachbarten El Salvador sowohl der internationale als der nationale Druck zugunsten einer Verhandlungslösung zunehmen werden. Die Guerilla will eine Übereinkunft und ist dafür zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Regierung und vor allem die Armee haben sich wieder auf eine härtere Position zurückgezogen. Sie wollen zwar weiter Gespräche - allein um das Gesicht zu wahren - sträuben sich jedoch, wirkliche Zugeständnisse zu machen.

Ohne konkrete Zugeständnisse im Bereich Menschenrechte, Auflösung paramilitärischer Organisationen, Säuberung und Reduzierung der Armee, Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzern und Verfassungsreformen wird die Befreiungsbewegung die Waffen nicht niederlegen. Gleichzeitig hat die URNG aber noch nicht die nötige militärische Macht, vor allem fehlt eine relevante Stadtguerilla, um Regierung und Armee zu Zugeständnissen zu zwingen. Außerdem ist die Armee Guatemalas nicht in vergleichbarem Maß von US-Militärhilfe und Beratern abhängig, wie die Armee El Salvadors. Deshalb kann der US-Druck, selbst wenn man diesen ein Interesse an der Beendigung des Krieges unterstellte, nicht so direkt und hart sein, wie im Falle El Salvadors. Diese Kräftekonstellation wird höchstwahrscheinlich eher zu einer Verschärfung der militärischen Konflikte führen, da beide Seiten danach trachten, bessere Ausgangspositionen für das Ringen an dem Verhandlungstisch zu erringen.

Die andere entscheidende Auseinandersetzung wird auf der Ebene der Bündnispolitik ausgetragen. Die Guerilla versucht, ein breites Bündnis für die Beendigung des Krieges, zur Isolierung der Ultrarechten und zugunsten einer wirklichen Demokratisierung des Landes auf die Beine zu stellen. Die Herrschenden wollen dies mit allen Mitteln verhindern. Deshalb wurden in den vergangenen Monaten systematisch Personen aus politischen Spektren angegriffen und ermordet, die als "Brücken" zwischen Guerilla und der Gesellschaft dienen könnten. Die Kirchen, vor allem engagierte Ordensleute, Journalisten und Gewerkschafter waren die Zielgruppen dieser Attacken. Im Ringen um Bündnisse kommt der für 1992 angekündigten Rückkehr der 40.000 Exil-Guatemalteken, vorwiegend Indianer, exemplarische Bedeutung zu. Sollte es gelingen, daß die Flüchtlinge 1992 unter den von ihnen gestellten Bedingungen wie geplant ins Land zurückkehren können, wäre dies eine schwere politische Niederlage für Regierung und Armee. 1992 sind dafür die internationalen politischen Rahmenbedingungen optimal: Denn es macht sich gerade 500 Jahre nach der Ankunft von Christoph Kolumbus verdammt schlecht, wenn die Armee unter den Augen der Weltöffentlichkeit versuchen wollte, die selbstbestimmte Rückkehr der vertriebenen indianischen Flüchtlinge mit gewalttätigen Mitteln zu unterbinden, um auf diese Weise die fünfhundert Jahre währende Repression gegen die indianischen Bewohner Guatemalas fortzuführen.

Al., Nürnberg

Anmerkungen:

1) Alle Angaben nach: H.J. Rösner, Faktoren und Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung Guatemalas, in: KAS-Auslandsinformationen 2/1990, Bonn März 1990, S. 15 - 23; CERIGUA Nr. 216, Bonn 17.12.1991, S.1f

2) Alle Angaben nach: CERIGUA Nr. 210, Bonn 5.11.1991, S. 1f; CERIGUA Nr. 214, Bonn 3.12. 1991, S. 3f

3) Siehe: ak 334 (23. September 1991) und ak 336 (18. November 1991), Die Dialogpolitik der Guerilla in Guatemala (Teil 1 und 2)

4) URNG-Vorschlag für die September-Verhandlungen in: CERIGUA Nr. 204, 24. September 1991, S. 1; URNG, El Proceso de Negociación, Situación y Perspectivas, Guatemala 9.10.1991; URNG, Verdadera Situación de las Negociaciónes en el Tema de los Derechos Humanos, Guatemala 5.11.1991

6. "Den Kreis des Schweigens durchbrechen ..." Interview mit Commandante Gaspar Ilom (OPRA)

Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:13

Gaspar Ilom ist Mitglied der vierköpfigen Generalkommandantur der Befreiungsbewegung Guatemalas. Er ist Mitbegründer und seit vielen Jahren Chef der ORPA, einer der vier Organisationen, die sich 1982 zur URNG zusammengeschlossen haben. Er lebt seit beinahe dreißig Jahren im Untergrund, gab nur selten Interviews und ließ aufgrund des "

Syndroms der Geheimhaltung" (Ilom) in zwanzig Jahren nur ein Photo von sich machen. Es wurde erst vor wenigen Jahren bekannt, daß Gaspar Ilom mit bürgerlichem Namen Rodrigo Asturias heißt und Sohn des guatemaltekischen Literaturnobelpreisträgers Miguel Angel Asturias ist.

Comandante Ilom, der an den wichtigsten Verhandlungsrunden mit Regierung und Armee jeweils selbst teilgenommen hat, ist in politisch-diplomatischer Mission in Europa. Wir hatten die Gelegenheit, mit ihm ausführlich über den Verhandlungsprozeß, die militärische und politische Kräftekonstellation, über Menschenrechte und die politischen Konzepte der URNG zu sprechen.

Bonn, 25.1.1992: Interview mit Comandante Gaspar Ilom (ORPA), Mitglied der Generalkommandantur der "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" (URNG)

"Den Kreis des Schweigens durchbrechen..."

Gaspar Ilom ist Mitglied der vierköpfigen Generalkommandantur der Befreiungsbewegung Guatemalas. Er ist Mitbegründer und seit vielen Jahren Chef der ORPA, einer der vier Organisationen, die sich 1982 zur URNG zusammengeschlossen haben. Er lebt seit beinahe dreißig Jahren im Untergrund, gab nur selten Interviews und ließ aufgrund des "Syndroms der Geheimhaltung" (Ilom) in zwanzig Jahren nur ein Photo von sich machen. Es wurde erst vor wenigen Jahren bekannt, daß Gaspar Ilom mit bürgerlichem Namen Rodrigo Asturias heißt und Sohn des guatemaltekischen Literaturnobelpreisträgers Miguel Angel Asturias ist.

Comandante Ilom, der an den wichtigsten Verhandlungsrunden mit Regierung und Armee jeweils selbst teilgenommen hat, ist in politisch-diplomatischer Mission in Europa. Wir hatten die Gelegenheit, mit ihm ausführlich über den Verhandlungsprozeß, die militärische und politische Kräftekonstellation, über Menschenrechte und die politischen Konzepte der URNG zu sprechen.

ak: Comandante Ilom, warum besuchen Sie Europa?

Gaspar Ilom: Unsere Reise nach Europa trägt der Notwendigkeit Rechnung, über die Lage in unserem Land zu informieren, insbesondere über Verlauf und Entwicklung des Verhandlungsprozesses.

Mit wem treffen Sie sich in der Bundesrepublik?

Wir treffen uns mit einem sehr breiten Spektrum: mit politischen Parteien, Regierungsinstanzen, Kirchen und auch der Solidaritätsbewegung.

Handelt es sich bei den Gesprächen mit Regierung und Parteien um sehr vertrauliche diplomatische Kontakte oder eher schon um offiziellere Unterredungen?

Es können keine offiziellen Kontakte sein, schließlich sind wir nicht die Regierung, aber es sind offiziöse Kontakte.

1. Die Verhandlungen zwischen Guerilla, Regierung und Armee

Nach 12 Jahren Krieg unterzeichneten am 16. Januar die ultrarechte Regierung El Salvadors und die Befreiungsbewegung "Farabundo Martí" ein Abkommen, das die Einstellung der bewaffneten Aktionen ab 1. Februar vorsieht. Was bedeutet das für den Prozeß in Guatemala?

Die Abkommen von New York und Mexiko stärken den Verhandlungsprozeß in Guatemala. Oft wurde der Verhandlungsweg angegriffen und gesagt, er sei unpraktikabel und funktioniere nicht. Der Fall El Salvador

zeigt, wie das Zusammenspiel von nationalen und internationalen Faktoren dazu führen kann, einen Verhandlungsprozeß voranzutreiben und abzuschließen.

Haben diese Abkommen unmittelbare, konkrete Konsequenzen?

Im Falle Guatemalas gibt es zwei sehr spezifische Auswirkungen: zum einen für die Teile des Landes, die für eine politische Lösung eintreten. Wir werden gestärkt und angespornt. Aber es gibt auch gleichzeitig einen gegenteiligen Effekt bei den verstockten Verhandlungsgegnern in Armee und Gesellschaft. Bei ihnen führt es zu verstärkten Äußerungen und Aktionen gegen die Weiterentwicklung des Verhandlungsprozesses.

Diese Sektoren argumentieren, El Salvador sei eine Sache, in Guatemala lägen die Dinge jedoch anders...

Als generelle Einschätzung halte ich das für richtig. Aber damit soll ja etwas anderes gesagt werden. Wenn sie diese Differenzierung machen, dient das bei diesen Sektoren nicht dazu, eine Lösung für den Fall Guatemalas zu suchen. Sie wollen damit vielmehr vermeiden, Themen zu berühren, die beiden Fällen sehr wohl gemeinsam sind; beispielsweise das Thema Militarisierung der Gesellschaft.

Hat die Ersetzung des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuéllar, der eine sehr aktive Rolle im Fall El Salvadors spielte, durch den neuen Generalsekretärs Boutros Ghali unter Umständen negative Auswirkungen?

Die Bemühungen von Pérez de Cuéllar waren im Fall Guatemalas, nur davon kann ich reden, sehr positiv, wenngleich sie nicht spektakulär waren. Wir denken, daß es keine Gründe für die Annahme gibt, daß die UNO ihre Politik in Zentralamerika ändern wird. Die ersten Entscheidungen des neuen Generalsekretärs waren die Bestätigung der Sonderbeauftragten für Mittelamerika. Wir vertrauen auf die weitere Unterstützung der Vereinten Nationen. Das Problem liegt nicht auf der internationalen Ebene. Hier haben wir es mit günstigen Bedingungen zu tun, die den Prozeß fördern. Das Problem liegt im Land selbst.

Ich möchte gerne auf das Abkommen von Mexiko (April 1991) zu sprechen kommen. Dort einigten sich URNG und Regierung auf eine Tagesordnung mit elf Punkten und den zeitlichen Ablauf der weiteren Gespräche. Welche Bedeutung messen Sie diesem Abkommen heute bei?

Diese Runde war für den weiteren Prozeß von grundlegender Bedeutung. Denn dort wurde in der Themenliste all das zusammengefaßt, worüber im Fall Guatemalas verhandelt werden muß. Für uns stellt diese Tagesordnung einen großen Erfolg dar. Dies gilt nach wie vor.

Die Gespräche wurden im Juni 1991 in Cuernavaca ohne konkrete Ergebnisse fortgesetzt. Im Juli wurde in Querétaro in einer Vereinbarung von beiden Seiten die Notwendigkeit einer Demokratisierung des Landes anerkannt. Die Übereinkunft blieb aber auf einer sehr abstrakten Ebene. Warum?

Für uns ist das Abkommen von Querétaro sehr wichtig. Man muß dabei verstehen, daß wir das Dokument als Rahmenabkommen betrachten. Es handelt sich um eine allgemeine Übereinkunft, welche eine allgemeine Orientierung für die Behandlung der Inhalte und Richtung der übrigen Themen gibt, die auf der Tagesordnung stehen. Es umfaßt alles, was mit Demokratie zu tun hat, aber es behandelt es nicht abschließend, das ist klar. Alle Einzelpunkte werden aufgeführt und müssen im jeweiligen Zusammenhang gelöst werden.

Für die URNG ist mit diesem Abkommen der Punkt Demokratisierung des Landes also noch nicht abgehakt?

Nein, es handelt sich lediglich um einen allgemeinen Rahmen für die weitere Diskussion. So haben wir das auch bei der Unterzeichnung verstanden.

Wie soll das Thema Demokratisierung weiter behandelt werden?

Wir setzen die Auseinandersetzung mit dem Thema fort, indem wir bei Einzelaspekten wie Menschenrechte nicht mehr allgemeine Aspirationen formulieren. Wir streben auch keine Abkommen auf dieser Ebene an. Wir wollen vielmehr über konkrete Punkte und Maßnahmen reden, die angegangen werden müssen. Nach dieser Logik müssen unserer Meinung nach auch die übrigen Themen behandelt werden.

Die Konkretisierung dieses Rahmens sollten wir genauer diskutieren. Es folgten ja im September und Oktober 1991 jeweils in Mexiko-Stadt zwei weitere Runden, die beide keine konkreten Ergebnisse erbrachten. Dort schien es doch so zu sein, daß Regierung und Armee bremsten. Sie wollten nichts Konkretes. Warum scheiterten die beiden Runden?

Ich kann jetzt nicht in Einzelheiten gehen, denn für die Gespräche wurde Vertraulichkeit vereinbart. Ich kann aber sagen, daß es bei diesen Gesprächen einen positiven Aspekt gab: man konnte das Thema erstmals ausführlich und tiefgreifend diskutieren. Es handelt sich dabei um ein breites, wichtiges und sehr sensibles Thema. Es ist sehr eng mit der Problematik unseres Landes verknüpft. Ich glaube, es wird nicht einfach sein, Abkommen zu erzielen. Uns erscheint es normal, daß soviel über dieses Thema diskutiert werden mußt. Das liegt auch daran, daß von Seiten der Armee bezüglich einzelner Aspekte, die mit ihr zu tun hatten, nach wie vor sehr unnachgiebige Positionen vertreten wurden. Das gilt auch für Sofortmaßnahmen, die wir für nötig halten, um die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren.

Auf der praktischen Ebene gesehen, entzündeten sich die Widersprüche an Fragen wie nationale - die Regierungsposition - oder internationale Überwachung der Abkommen; Sofortmaßnahmen - eine Forderung der URNG - oder späteres Inkrafttreten. Gibt es weitere praktische Widersprüche?

Über die Frage der internationalen Überwachung gibt es mittlerweile eine Annäherung. Es gibt, abgesehen von den Sofortmaßnahmen, noch zwei wesentliche Streitpunkte, die weitere Fragen nach sich ziehen.

Welche denn?

Ich möchte sie noch nicht erwähnen, denn das würde bedeuten, sie außerhalb des offiziell dafür vorgesehenen Weges bekannt zu machen.

Gehen wir noch etwas weiter in die Tiefe. Ich würde behaupten, die genannten Widersprüche sind lediglich Erscheinungsformen von viel grundlegenderen Meinungsverschiedenheiten. Die URNG deutete dies in ihrer Erklärung vom 5. November 1991 auch an. Um welche Differenzen handelt es sich im Kern?

Meiner Meinung nach manifestieren sich diese grundlegenden Widersprüche in den Strömungen der Armee, die gegen demokratische Verhandlungen sind. Das bedeutet, einer gerechten politischen Lösung den Weg zu versperren. Für diese Sektoren wäre die einzige akzeptable Lösung unsere bedingungslose Waffenniederlegung. Deshalb widersetzen sie sich erstens der Diskussion aller Themen, die eine Transformation des Landes beinhalten. Zweitens aller Punkte, welche die Armee berühren oder einbeziehen. Darin liegt das Grundproblem. Diese Strömungen sind eine Minderheit, sie verfügen jedoch über viel Macht, die sie gegenüber der Regierung und Armeeführung auch zur Geltung bringen.

Heißt das, daß diese Sektoren zwar einen Dialog - unverbindliche Gespräche - wollen, jedoch keine wirklichen Verhandlungen, was die Bereitschaft zu inhaltlichen Zugeständnissen bedeutete?

Ja. Ich glaube sogar, daß sie an den Verhandlungen gegen ihren Willen teilgenommen haben. Aber da es die Verhandlungen nun einmal gibt, wollen sie an keinem Punkt Zugeständnisse machen.

Haben die zivile Regierung des Sektenpredigers Elías Serrano auf der einen Seite und die Streitkräfte auf der anderen Seite eine einheitliche Position? Gibt es Meinungsverschiedenheiten zwischen Zivilisten und Militärs oder sogar innerhalb dieser zwei Gruppen?

Es gibt einen entscheidenden Faktor, die Armee. In der Armee ist das Kräftegleichgewicht entscheidend, das im Oberkommando besteht. Das ist natürlich nicht ein für alle Mal festgelegt, es ist dynamisch. Es gibt Teile, die für etwas breitere Verhandlungen eintreten als andere. Sektoren, die zu gewissen Transformationen bereit wären. Wie sich diese Positionen an Einzelfragen äußern, ist sehr kompliziert und kaum vorherzusehen. Innerhalb der Regierung gibt es auch gewisse Abstufungen, was ihre Meinung und Positionen betrifft.

Präsident Serrano sprach in jüngster Zeit bei einigen Anlässen immer wieder davon, die URNG müsse die Waffen niederlegen. Er greift damit wieder politische Positionen auf, die man mit dem Abkommen vom April eigentlich als überwunden ansah. Geht die Regierung wieder einen Schritt zurück?

Diese Art von Thesen und die Verhärtung bei öffentlichen Reden des Präsidenten sind nicht sehr glücklich, weil sie ein Klima schaffen, das den Verhandlungen abträglich ist. Damit wird der Spielraum verringert. Man muß sehen, wie er sich weiterhin äußert, um zu bewerten, ob sich darin eine Positionsänderung ausdrückt, oder ob es sich um publizistische Manöver handelt.

Aber für die URNG ist es noch nicht klar, ob es sich um einen Positionswandel handelt?

Es ist besorgniserregend, sehr besorgniserregend, daß der Präsident diese Art von Deklarationen abgibt.

Der UNO-Beobachter Francesec Vendrell und der Vermittler, Bischof Rodolfo Quezada Toruno, begannen mit den im Oktober vereinbarten Pendelmissionen, getrennten Gesprächen mit beiden Seiten. Es gab vom 18. - 20. Dezember in Mexiko- Stadt eine unangekündigte, mehr oder weniger geheime Runde mit reduzierten Verhandlungsdelegationen. Welche Ergebnisse haben diese Anstrengungen gebracht?

Diese Verhandlungsmethode hat bis jetzt gute Ergebnisse gezeitigt. Die Pendelmissionen des UNO-Beobachters und des Vermittlers erlaubten ihnen genügend Elemente zu sammeln, um auf dieser Grundlage ein Arbeitsdokument auszuarbeiten.

Gibt es dieses Arbeitspapier schon?

Dieses Dokument existiert bereits und wird in den vertraulichen Treffen (damit sind die unangekündigten Gesprächsrunden mit reduzierten Delegationen gemeint, Anm. d. A.) diskutiert. Da es ein von beiden Seiten unabhängiger Vorschlag ist, handelt es sich dabei um eine gute Gesprächsbasis.

Wann wird die nächste Runde mit den Gesamtdelegationen stattfinden?

Das wird sich in diesen Tagen entscheiden. Bis jetzt gibt es noch kein festes Datum, es ist aber gut möglich, daß es feststeht, wenn unser Gespräch veröffentlicht wird.

Christliche Gruppen und die politischen Parteien kritisierten, daß die Verhandlungen hinter geschlossener Tür zwischen URNG, Regierung und Armee stattfinden, sie jedoch ausgeschlossen sind.

Wir stimmen der Meinung der Volksbewegung und der christlichen Sektoren zu, daß die Verhandlungen mehr mit der Gesellschaft zu tun haben sollten. Wir arbeiten an einer für beide Seiten befriedigenden Lösung, welche ermöglicht, daß auch die Gesellschaft an den Verhandlungen teilhat.

Heißt das, daß dafür irgendein paralleles Forum geschaffen werden soll?

Das Wort "parallel" könnte verwirren oder falsch verstanden werden. Ich würde eher von einem ergänzenden Mechanismus sprechen, der dazu dient, Informationen zu erhalten, zu geben und zu diskutieren.

Der letzte Punkt zu diesem Themenkomplex: viele Beobachter erwarten jetzt, nach dem Erfolg in El Salvador, daß sich auch in Guatemala das Ende des bewaffneten Kampfes bald nähert.

Diese Erwartung ist nicht überraschend. Dazu erst einmal eine zustimmende Aussage: wir Guatemalteken werden eine politische Lösung erreichen. Wann es soweit sein wird, hängt von den Rahmenbedingungen und der Verhandlungsdynamik ab. Es handelt sich dabei um sehr komplizierte Prozesse. Manchmal wird vergessen, welche Zeit und welche Anstrengung es gekostet hat, dieses Ergebnis zu erreichen. Das Abkommen für El Salvador wurde nicht in 15 Tagen erzielt,...

...die ersten Runden begannen 1984, es waren acht Jahre ...

... ein langer Kampf, der heute seine Früchte trägt. Uns kostete es vier Jahre, bevor es überhaupt zu Verhandlungen kam, wir präsentierten 35 Initiativen. Wir verhandeln noch nicht einmal ein Jahr direkt miteinander. Um nicht mißverstanden zu werden, wir wollen den Prozeß nicht verzögern, im Gegenteil, wir wollen ihn beschleunigen, jedoch ohne Verlust an politischen Inhalten.

2. Die Kräfteverhältnisse in Guatemala

Zum nächsten Thema: Die Verhandlungen sind ja im Wesenskern ein Reflex der militärischen, politischen und sozialen Kräftekonstellationen, die sich ihrerseits ständig verändern. In einem Krieg kommt der militärischen Kapazität beider Kontrahenten besondere Bedeutung zu. Die URNG verfügt dem Anschein nach über ein gewachsenes militärisches Potential. Es ist aber auch bekannt, daß die URNG nicht über die militärische Kraft verfügt, wie sie die salvadorianische Guerilla hat. Stimmt das?

Zunächst: es ist etwas problematisch, derart verabsolutierende Thesen aufzustellen. Das Kräftegleichgewicht ergibt sich aus konkreten Situationen und aus einer potentiellen Entwicklung eines jeden Landes. Manchmal wird das Kräfteverhältnis zu arithmetisch bestimmt, wobei es sich zum Teil um Faktoren handelt, die nicht so einfach quantifizierbar sind.

Welche nicht quantifizierbaren Faktoren sind denn zu berücksichtigen?

Es reicht zum Beispiel im militärischen Bereich nicht, die bewaffneten Kräfte, die aktuelle Feuerkraft etc. zu bewerten. Man muß auch die Regionen beachten, in denen die Kräfte operieren, die Entwicklung der Kampfzonen, und man muß das Potential der Kräfte, vor allem ihre Möglichkeiten zu wachsen, berücksichtigen. Hier verfügen wir, sowohl was unsere militärische Entwicklung betrifft, als auch von den politischen Bedingungen her, über gute Voraussetzungen. Hier kann sich in kurzer Zeit viel verändern, zumal es sich um einen im Kern politischen Krieg handelt. Wir verfügen über hinreichend bewaffnete Kräfte, um verhandeln zu können, um diesen Prozeß abzustützen. Wir meinen, daß die militärische Auseinandersetzung ihre eigene Gesetzmäßigkeit hat, ebenso wie die Verhandlungen als Teil des politischen Kampfes.

Aber es scheint doch schon so, daß, wenn wir vergleichen, was zugegebenermaßen nur bis zu einem gewissen Grad vergleichbar ist, eine der Schwächen der URNG ihre geringe militärische Präsenz in der Hauptstadt ist.

Die Frage der militärischen Präsenz in den Städten ist ein vorübergehendes Problem, das sich einer revolutionären Bewegung stellt. Bis vor eineinhalb Jahren waren wir in der Hauptstadt nicht aktiv, jetzt sind wir dort. Und außerdem, (beginnt zu lachen) was man öffentlich wahrnimmt, ist, glücklicherweise, nicht immer das, worüber man wirklich verfügt. In diesem Sinn muß man etwas mehr in Richtung Zukunft denken, allein darum, um nicht überrascht zu werden.

Eine wichtige neue Entwicklung ist - für viele Beobachter überraschend - bereits eingetreten. Die URNG operiert verstärkt im Departamento Escuintla, nahe an der Hauptstadt, im produktiven Herzen des Landes.

Die Operationsfähigkeit der URNG in der Nähe der Hauptstadt, im Herzen der Agrarexportwirtschaft und im Zentrum der Kommunikation hat strategische Bedeutung. Das spielt bis in die Hauptstadt eine Rolle.

Es scheint, daß die Militärs in gewissem Sinne ihre eigene Propaganda glaubten: die URNG sei eine Marionette der UdSSR, Kubas, Nicaraguas, der FMLN. Nach dem Niedergang des RgW, der Wahlniederlage der Sandinisten etc. gingen sie deshalb davon aus, daß die URNG kurz vor dem Ende sei. Steht die URNG mangels äußerer Unterstützung wirklich vor dem Aus?

Das wird nicht passieren. Die Guerilla Guatemalas hat ihre eigenen Wurzeln, ihren eigenen Kopf und kann deshalb weiterkämpfen. Wir hängen nicht davon ab, was andere denken oder nicht.

Und das Geld? Krieg ist teuer!

Die URNG hat, dies ist Teil ihrer Eigenständigkeit, auch ihre eigenen Quellen, um sich zu finanzieren.

Ist es denkbar, daß die Armee in einer gewaltigen Kraftanstrengung, ähnlich wie 1980/82, die Guerilla mit einem Konzept der "verbrannten Erde" erneut zurückschlägt? Oder anders gesagt, hat die Armee eine realistische Siegesperspektive?

Es ist ein sehr delikates Thema, zu versuchen, Prognosen über das Verhalten der Armee Guatemalas abzugeben. Zunächst ist zu sagen, daß sowohl für die Armee als auch die URNG die heutigen Bedingungen mit denen von 1982 nicht vergleichbar sind. National und international gibt es eine völlige Ablehnung eines "Krieges der verbrannten Erde". Da kann man sich sehr sicher sein, das ist einfach klar.

Gibt es auch noch andere als politische Gründe?

Was die militärische Stärke angeht, so kann man die Stärke der URNG nicht mit 1981/82 vergleichen. Heute sind wir wesentlich stärker. Wir verfügen über mehr Feuerkraft, bessere Waffen, mehr Kampferfahrung.

Gleichwohl ist zum Beispiel die Anzahl der Departements, in denen die URNG heute aktiv ist, in etwa mit 1981/82 vergleichbar; vielleicht ebenso die Anzahl der Bewaffneten.

Manchmal wird sehr vereinfacht, wenn man versucht, Stärke und Bedeutung einer revolutionären Bewegung darzustellen. Dies ist ein sehr viel komplexeres Phänomen, als in so-und-soviel Departements präsent zu sein. Das mag dazu geeignet sein, die geographische Ausbreitung abzuschätzen, aber nicht, um die Kapazität einer Bewegung zu bewerten. (beginnt zu lachen) Ich kannte den Zustand der Bewegung 1981/82 im Detail und von innen her und ich kenne ihn heute genauso. Ich kann nur sagen, daß wir heute über eine wesentlich höhere militärische Kapazität verfügen.

Welche Bedeutung hat denn das Militärische heute für die URNG noch? Ist es der Weg, um die Macht der Regierung zu zerstören, oder ist es lediglich ein Druckmittel, das man für erfolgversprechende Verhandlungen braucht?

Weder das eine noch das andere. Der militärische Faktor ist für uns wichtig, um die Möglichkeiten für Verhandlungen offenzuhalten. Deshalb sind wir soweit gekommen, daß es überhaupt Verhandlungen gibt. Wenn sich ein militärischer Sieg der Armee abzeichnete, wäre die Tür für Gespräche zu. Das würde auch der Fall sein, wenn wir unsere Kräfte vorzeitig demobilisieren würden. Deshalb müssen wir auch auf die Armeeoffensiven antworten, während wir weiter verhandeln.

3. Menschenrechte

Die Menschenrechte werden in Guatemala weiter massiv verletzt. Handelt es sich bei den Verantwortlichen um Gruppen außerhalb der Kontrolle von Regierung und Armee, wie diese behaupten?

Die Hauptcharakteristik der Repression in Guatemala: es waren Einsatzgruppen der Sicherheitskräfte, vor allem operative Kräfte des Geheimdienstes G-2 verantwortlich.

Machen sie weiter?

Diese Gruppen sind weiterhin aktiv. Es tauchen immer noch Tote auf, Menschen "verschwinden" oder werden gefoltert. Dies sind unzweifelhafte Beweise für ihr Agieren.

Passiert das außerhalb der Kontrolle der zivilen Regierung oder ist es eher so, daß die Regierung dies gar nicht kontrollieren will?

Hier sind verschiedene Faktoren zu beachten. Es ist nicht nur eine Sache oder nur die andere. Hier spielen die Probleme eine Rolle, die sich aus der Struktur der Macht in Guatemala ergeben. Hier gibt es viele Dinge, die außerhalb der Reichweite des Willens von Einzelpersonen liegen.

Gibt es relevante Faktoren, die Gewalt ausüben, jedoch außerhalb des Kontextes von versteckter politischer Repression durch die G-2 liegen? Ich denke da an Gewalt aus dem Drogenhändlermilieu, zunehmende Gewaltkriminalität etc.

Die Repression hat mit zur gesellschaftlichen Zersetzung beigetragen. Es stimmt, daß es gewöhnliche Straßenkriminalität gibt, daß der Drogenhandel neu dazukommt. Aber diese Probleme sind, wenn man sie mit den Problemen der politischen Repression vergleicht, zweitrangig. Einige Regierungsverantwortliche handeln sehr unverantwortlich, wenn sie Taten, bei denen es sich um politische Repression handelt, mit gewöhnlicher Kriminalität zu erklären versuchen.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Straflosigkeit der Täter?

Sie ist in allererster Linie für den gegenwärtigen Zustand, auch dieses große Maß an gesellschaftlicher Zersetzung, verantwortlich. Es ist kein Zufall, daß Banden, die Raubüberfälle machen, aus Mitgliedern von Sicherheitskräften bestehen. Fast immer sind auch bei unpolitischen Verbrechen ehemalige Polizisten oder Soldaten mit im Spiel.

Könnte sich die URNG vor diesem Hintergrund eine Generalamnestie oder ein Vorgehen nach dem Prinzip "vergeben und vergessen, Schwamm drüber" vorstellen, wie in einigen Ländern Südamerikas praktiziert?

Einer der Hauptfaktoren für die vielen Menschenrechtsverletzungen ist die Straflosigkeit der Täter. Deshalb müssen Initiativen ergriffen werden, um diese zu beenden und in Zukunft zu unterbinden. Man kann nicht dabei stehenbleiben. Es ist auch notwendig, daß die historische Wahrheit aufgeklärt wird.

In einem Buch, in wissenschaftlichen Untersuchungen oder auch, indem die Täter bestraft werden?

Wichtiger als juristische Schritte ist ein historisches Urteil. Guatemala, das Volk, die Repressionsopfer müssen wissen - dabei sind die Namen nicht einmal so wichtig, sondern die Formen, die Institutionen -, wer dafür verantwortlich ist.

Das Ziel ist also eher politisch, eine breite gesellschaftliche Debatte zu führen, denn eine Person X zu bestrafen?

Mehr als um die Diskussion geht es darum, die Bedingungen für eine Wiederversöhnung im Land zu schaffen. Man kann nicht an eine Wiederversöhnung, die nach einem Krieg notwendig ist, denken, wenn nicht geklärt ist, was überhaupt passiert war. Ein Kennzeichen der Repression in Guatemala ist deren mysteriöser Charakter.

4. Ethnien, Klassen und nationale Befreiung

In Guatemala leben 22 verschiedene indianische Ethnien, insgesamt etwa 60% der Gesamtbevölkerung. Eine kleine Enklave an der Karibik-Küste wird von Schwarzen bewohnt. Der Rest sind Mestizen, die vor allem in der Hauptstadt und im Osten leben. Hierin liegt ein großer Unterschied beispielsweise zum benachbarten El Salvador, wo es bis auf kleine Gruppen keine Indianer mehr gibt. Die indianischen Ethnien sind jedoch in geographischer und kultureller Hinsicht fragmentiert. Welche Rolle spielen sie im revolutionären Prozeß?

Zuerst ein wichtiger Hinweis: in der gelebten Realität existiert die Fragmentation nicht, die man anthropologisch feststellen kann. Es gibt kleine Differenzen von Ort zu Ort, man spricht verschiedene Maya-Sprachen. Aber über dem steht ein sehr tief verankertes Verständnis, sich als Indígena (1) zu fühlen. Das relativiert dieses große Mosaik etwas. Die Situation der indianischen Völker ist entscheidend für die politische Lösung des Konflikts, für die Revolution. Wer das nicht in Betracht zieht, wer ihm nicht die entsprechende Bedeutung beimißt und keine angemessenen Lösungen vorschlägt, ist von der Realität weit entfernt. Die indianischen Völker beteiligen sich zunehmend an den revolutionären Kämpfen und Basisbewegungen. Sie haben diese Kämpfe sehr belebt und haben mit anderen Teilen der Gesellschaft gemeinsame Ziele gefunden. Im Falle der ORPA, unserer Organisation, sind etwa 65-80% der Guerilla Indígenas; dies ist bei anderen in der URNG ähnlich.

Angehörige unterschiedlicher Ethnien?

Ja, aber es gibt da keinerlei interne Probleme.

Sprechen sie verschiedene Sprachen?

Ja, aber es gibt Möglichkeiten der Kommunikation. Manchmal sind die Sprachen nicht so unterschiedlich, so daß man sich verständigen kann, oder es gibt ein anderes Idiom, das weit verbreitet ist. Im Alltag ist das nicht so schwierig.

Wie sieht denn die Praxis aus? Finden die Schulungen z.B. in Spanisch statt oder zwei- oder mehrsprachig?

Das ist unterschiedlich und hängt von der jeweiligen Zone ab. Es gibt Zonen, wo die Bevölkerung nicht mehrsprachig ist, wo lediglich eine indianische Sprache gesprochen wird. Die Kader, die dort arbeiten, sprechen auch das jeweilige Idiom. Die wichtigen politischen Aktivitäten werden dann in dieser Sprache realisiert. In den Gebieten, wo wir Einfluß haben, sind auch viele Leute zweisprachig, das heißt, sie sprechen auch Spanisch.

Gibt es in der ORPA auch Indígena-Comandantes?

Ja, selbstverständlich. Einer der historischen Führer der ORPA, der stellvertretende Chef, war Indígena. Er hieß Javier Tambríz. Nach ihm ist unsere Front im Zentrum des Landes benannt.

Die indianischen Campesinos werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, als Indianer diskriminiert und als Ethnie unterdrückt. Ist für die URNG immer noch die Revolutionierung der Besitzverhältnisse von Grund und Boden der Schlüssel, um dies aufzubrechen?

Ja, aber es ist nicht der einzige. Seit über 20 Jahren, seit wir als Organisation existieren, das gilt übrigens seit ihrer Gründung auch für die URNG als ganze, ist für uns klar, das es in Guatemala wirtschaftliche Ausbeutung, rassistische Diskriminierung und kulturelle Unterdrückung gibt. Wer, wie die traditionelle Linke lange Zeit, meint, daß das Problem nur ein wirtschaftliches sei und deshalb wirtschaftliche Maßnahmen das ganze Problem lösen, liegt total falsch. Das gilt auch für Leute, die glauben, das ganze sei ein kulturelles Problem und daß deshalb kulturelle Anstrengungen das ganze Problem lösen.

Besteht der qualitative Sprung, den die guatemaltekische Guerilla in den siebziger und achtziger Jahren machte, in der Einsicht in diese Komplexität?

Für mich besteht kein Zweifel, daß die Phase der Rekonstruktion der revolutionären Bewegung in Guatemala, die etwa zwischen 1970 und 1980 stattfand, durch eine Suche nach den eigenen Wurzeln und das Verständnis der Situation der Indígenas gekennzeichnet wurde.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns vieler Befreiungsbewegungen und vor allem aufgrund der Vorgänge in Osteuropa wird hierzulande von einigen Teilen der Linken das Konzept der nationalen Befreiung infragegestellt. Sie argumentieren, daß Osteuropa unter der Forderung nach nationaler Selbstbestimmung von reaktionären Kriegen zerrissen wird. Haben diese Vorgänge Auswirkungen auf das Konzept der URNG?

Ich kann mich zu den Vorgängen in Osteuropa nicht äußern, weil ich mich da nicht auskenne. Aber was uns betrifft, so hat die Entwicklung unserer Bewegung nicht zur Destruktion geführt, sondern einen Weg zur Befreiung und gesellschaftlichen Transformation geöffnet. Deshalb bleibt für uns dieses Konzept weiterhin gültig. Das ist mit Osteuropa nicht vergleichbar. Es handelt sich um völlig unterschiedliche Dinge mit unterschiedlichen historischen Bedingungen.

Aber sieht die URNG nicht gewisse Grenzen des Konzepts? Die Aufstandsbekämpfung ist international, ebenso die Märkte und wirtschaftliche Gremien wie IWF und Weltbank.

Für uns ist der Inhalt des Konzeptes "Nationale Befreiung" befreierisch und konstruktiv. Es enthält weder chauvinistische noch fremdenfeindliche Inhalte. Unser Verständnis der Welt und unsere Suche nach Kontakten und Partnern sind so breit angelegt, wie es uns nur möglich ist. Wir vertreten keinen engstirnigen Nationalismus, der uns einengt. Wir gehen vielmehr von den Notwendigkeiten und Bedürfnissen unseres Volkes (2) aus und suchen nach Möglichkeiten, diese zu befriedigen.

Hat die URNG, ähnlich wie andere linke Strömungen des Kontinents, eine mittel- oder lateinamerikanische Perspektive, die über den nationalen Rahmen hinausreicht?

Die Idee eines geeinten Lateinamerikas ist so gerecht und so alt wie der Kampf von Simón Bolívar. Wir teilen dieses Ideal, das in Lateinamerika stark verwurzelt ist. Ein höherer Grad von gemeinsamer Identifikation und Interessenidentität ist möglich, wenn sich in den einzelnen Ländern grundlegende Transformationen vollziehen. Wir sind dafür, alle Anstrengungen zu fördern, die einen höheren Grad an Integration ermöglichen. Das sind jedoch langfristige Prozesse.

5. Die Perspektive der URNG

Die URNG spricht davon, daß sie ein wirklich demokratisches Guatemala will. Was ist damit gemeint?

Wir wollen die Institutionen des Landes demokratisieren. Dabei sollen die Zivilisten die wichtigste Rolle spielen, was auch bedeutet, daß der Armee nur noch eine spezielle Aufgabe zukommt. Die Armee soll nicht mehr allgegenwärtig und allmächtig sein, wie das bis heute der Fall ist. Es geht auch um ganz elementare Dinge, die vielleicht hier so selbstverständlich sind, daß die Bedeutung des Kampfes, den wir in Guatemala darum führen, vielfach nicht erkannt wird: zum Beispiel das Recht auf Leben, Organisations- und Bewegungsfreiheit.

Welche wirtschaftlichen und sozialen Vorstellungen sind damit verbunden?

Wir kämpfen für eine wirkliche, partizipative Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit. Wir sind uns klar, daß die Gesellschaftsstrukturen in unserem Land außerordentlich ungerecht sind und verändert werden müssen. Aber die sozialen Projekte, die wir vorantreiben, müssen durchführbar sein. Es geht nicht um Wünsche oder schöne Forderungen, sondern um umsetzbare Pläne. Guatemala hat schon zu viel Armut und Hunger durchgemacht, um lediglich hehre Wunschvorstellungen zu formulieren. Hier haben wir eine große Verantwortung.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Albert Sterr (Nürnberg)

Anmerkungen:

1) Indígena ist ein Synonym für Indio. Linke verwenden ihn häufiger als den Begriff Indio, der in Lateinamerika meist abschätzig im Sinn von "unzivilisierte Person" gebraucht wird.

2) Das spanische "pueblo" ist mit dem entsprechenden deutschen Wort "Volk" nur sehr unzureichend zu übersetzen, da es nicht so blutsmäßig-völkisch aufgeladen ist. Das zugehörige Adjektiv "popular" wird häufig gebraucht, um den Bezug auf breite Bevölkerungsschichten zum Ausdruck zu bringen.

7. Nahost: Verhandeln als Selbstzweck

Rubrik: Israel / Palästina; Nahost allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:25

Am 30. Oktober 1991 wurden mit einer "Internationalen Konferenz" in Madrid arabisch-israelische Friedensverhandlungen eingeleitet. Dieses Treffen bestand aus einer allgemeinen Auftaktveranstaltung, bei der große Politikerreden gehalten wurden, und sich anschließenden bilateralen Gesprächen, jeweils zwischen einer israelischen und einer arabischen Delegation. Dabei waren die Palästinenser, israelischen Vorstellungen entsprechend, nur als Teil einer gemeinsamen Delegation mit Jordanien vertreten.

Diese erste, kurze Gesprächsrunde brachte noch nicht einmal in einfachsten formalen Fragen - wie etwa Zeit und Ort der nächsten Gespräche - eine Einigung. Der israelische Wunsch, die Gespräche möglichst schnell nur noch im Nahen Osten stattfinden zu lassen, am liebsten abwechselnd in den jeweiligen Hauptstädten, fand auf arabischer Seite keine Zustimmung. Man legt dort Wert auf einen gewissen "internationalen" Anstrich der Verhandlungen und auf eine direkte Vermittlerrolle der USA.

Tatsächlich war es dann die US-Regierung, die eigenmächtig ein Datum (4. Dezember) und einen Ort (Washington) für die zweite Runde bilateraler Gespräche festlegte. Die israelische Regierung, unterstützt von einer empörten Öffentlichkeit, fühlte sich übergangen und zeigte Selbstbewußtsein: nicht am 4., sondern erst am 9. Dezember sei man zu Verhandlungen bereit. Dieses Datum wurde, da Jahrestag des Beginns der Intifada, von arabischer Seite als Provokation zurückgewiesen. Ergebnis: Die arabischen Delegationen demonstrierten vom 4. Dezember an Präsenz in leeren Verhandlungsräumen, während Israels Vertreter auf sich warten ließen. Vom 10. Dezember an wurde dann mehr als eine Woche lang "verhandelt".

Soweit informiert wurde, ging es in den Gesprächen zwischen Israelis einerseits, Syrern und Libanesen andererseits im Wesentlichen nur um die hochinteressante Frage, an welchem Ort man sich beim nächsten Mal treffen würde. Selbst eine scheinbar so banale Frage wie die genaue Termingestaltung bot Gelegenheit zu zeitraubenden Disputen. Die israelische Regierung hat für die bilateralen Verhandlungen drei verschiedene Delegationen gebildet, um zu zeigen, daß es sich wirklich nicht um eine internationale Konferenz, sondern um säuberlich voneinander getrennte Verhandlungen handelt. Um das noch stärker zu unterstreichen, legte die israelische Seite Wert darauf, die drei Gespräche nicht gleichzeitig beginnen zu lassen. In dieser Frage gab es schließlich ein großes israelisches Zugeständnis. Ebenso verzichtete Israel auf seine Forderung, die Verhandlungsräume dürften nicht im gleichen Stockwerk liegen. Ernsthafte Schwierigkeiten bereitete übrigens auch die Frage, wer durch welche Tür eintreten durfte oder sollte.

Durchbruch im Korridor

Der interessanteste Teil der Gesprächsrunde im Dezember waren aber zweifellos die Treffen mit der palästinensisch-jordanischen Delegationsleitung im Korridor. Dabei ging es um das Interesse der Palästinenser, nachträglich ihren Status aufzubessern, nämlich auch als eigene Delegation, ohne die Jordanier, mit den Israelis sprechen zu dürfen. Die israelische Seite wollte zwar eine Kompromißregelung für die Behandlung bestimmter Einzelthemen akzeptieren, bestand aber darauf, daß die Palästinenser zuerst einmal als Teil der gemeinsamen Delegation den Verhandlungsraum betreten müßten. Als positives Hauptergebnis einer Woche im Korridor konnte immerhin die Einigung verbucht werden, die Gespräche Anfang Januar fortzusetzen, und zwar wieder in Washington.

Pünktlich zum festgelegten Datum sorgte Israel für neue Probleme, indem es die Ausweisung von zwölf Palästinensern aus den besetzten Gebieten bekanntgab. Die Zwölf sind namhafte Organisationsfunktionäre und waren offenbar von den israelischen Behörden mit Bedacht aus sämtlichen Teilen des politischen Spektrums zusammengestellt worden: Fünf von der PFLP, vier von der Fatah, zwei von der islamisch-fundamentalistischen Hamas, und einer von der DFLP. (Al Fajr, 6.1.92) Begründet wurde der Ausweisungsbeschluß mit der Behauptung, diese Zwölf seien verantwortlich für zunehmende Mordanschläge auf jüdische Siedler.

Jetzt kehrte sich die Situation vom Dezember um: Die Israelis saßen zum festgelegten Termin allein in den Räumen, während die arabischen Delegationen auf sich warten ließen. Allzu ernst gemeint war dieses Zeichens des Protests aber offenbar nicht. Denn nachdem einige Tage später der UN-Sicherheitsrat mit Zustimmung der USA die Ausweisung "verurteilt" hatte, was Israel wie üblich ignorierte, erschienen auch die

arabischen Vertreter in Washington. Nun blieben aber, da die israelische Delegation darauf beharrte, am festgelegten Datum abzureisen, nur noch drei Tage für die Gespräche.

Hauptergebnis dieser Runde war trotzdem ein "Durchbruch" in den israelisch-palästinensischen Verhandlungen: Es können nun Unterausschüsse zu einzelnen Themen gebildet werden, bei denen sich auf der einen Seite elf Israelis und auf der anderen neun Palästinenser plus zwei Jordanier gegenübersitzen sollen. Aus israelischer Sicht bleibt damit gewährleistet, daß es sich immer noch um eine gemischte Delegation handelt. Die Palästinenser hingegen können es so darstellen, daß die zwei jordanischen Aufpasser nur symbolische Bedeutung haben und daß sie nun de facto als eigenständige Delegation anerkannt sind.

Vereinbart wurde außerdem "im Prinzip", daß die bilateralen Gespräche im Februar fortgesetzt werden sollen. Offen ist aber noch das genaue Datum sowie die heiß umstrittene Frage des Ortes.

Eine andere Verhandlungsrunde fand Ende Januar in Moskau statt. Dabei handelte es sich um die erste einer Reihe von beabsichtigten "Regionalkonferenzen", die unabhängig von den anderen Verhandlungen verlaufen sollen. Es geht dabei um allgemeine Probleme des Nahen Ostens, nämlich die Einzelpunkte Rüstungskontrolle und Sicherheit, Wasserversorgung, Umwelt, wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie - gegen anfängliches Sträuben Israels auf die Tagesordnung gesetzt - Flüchtlinge. Zu diesen fünf Themenbereichen wurde in Moskau die Bildung von Arbeitsgruppen vereinbart. Sie sollen voraussichtlich im April oder Mai in unterschiedlichen Städten tagen. Über Umweltfragen soll beispielsweise in Tokio gesprochen werden, während Brüssel als Schauplatz für Wirtschaftsgespräche unter Obhut der EG vorgesehen ist.

"Frieden gegen Frieden"

Israel scheint die Verhandlungen bisher mit zwei Zielen zu führen: Erstens an Formalstreitigkeiten Zeit zu gewinnen, um in den besetzten Gebieten verstärkt demographische Tatsachen zugunsten der jüdischen Besiedlung zu schaffen. Zweitens mittelfristig mit einzelnen arabischen Staaten zu separaten Regelungen zu kommen und radikalere Kräfte - vor allem die Palästinenser, daneben vermutlich auch Syrien - zu isolieren. Vorbild ist dabei der Friedensvertrag mit Ägypten von 1978/79.

Ein wesentlicher Unterschied zur damaligen Situation besteht allerdings darin, daß Israel mit der Rückgabe der Sinai-Halbinsel einen realen Preis anzubieten hatte. Die jetzigen Verhandlungen sind zwar von amerikanischer Seite auch unter das Motto "Land gegen Frieden" gestellt worden, aber die israelische Regierung hat dieses Prinzip ausdrücklich nicht akzeptiert. Schamir hat sich im Gegenteil von vornherein darauf festgelegt, daß kein einziger Quadratkilometer besetztes Gebiet geräumt werden wird. Neben die seit langem bekannten Argumente - erstens das in der Bibel begründete Recht auf das "ganze Land Israel", zweitens die militärische Sicherheit - ist inzwischen ein weiteres getreten: Israel brauche die neuen Gebiete, da sonst die Masseneinwanderung von Juden aus der Sowjetunion nicht zu bewältigen sei. (Schamir lt. "Frankfurter Rundschau" vom 18.11.91)

Gemäß dieser Logik hat Israel nur "Frieden gegen Frieden

" anzubieten. Nämlich die gegenseitigen Vorteile einer engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Israel und den arabischen Staaten. In bunten Farben wird ausgemalt, wie diese teils sehr armen, allesamt aber jedenfalls ganz rückständigen Länder dank der Hilfe der weit überlegenen israelischen Technologie und Organisationsfähigkeit aufblühen könnten. In erster Linie scheinen diese Visionen auf die nicht direkt am Konflikt beteiligten Staaten der arabischen Halbinsel sowie auf Ägypten abzuzielen.

Das israelische Kalkül, die arabischen Kräfte entlang unterschiedlicher Interessen aufzuspalten, könnte auch diesmal aufgehen. Bisher jedenfalls haben die arabischen Staaten und die PLO es nicht einmal vermocht, sich auf eine gemeinsame Verhandlungsstrategie zu verständigen. In der Praxis sind sie bereits gespalten, wie das Fernbleiben Syriens und Libanons von der Moskauer "Regionalkonferenz" Ende Januar zeigte. Die syrische Regierung erklärte, daß sie sich an diesem Teil der Gespräche nur beteiligen würde, wenn Israel zuvor Bereitschaft zur Rückgabe der besetzten Gebiete erkennen läßt. Zur Unterstützung mobilisiert sie nun wieder stärker die von ihr abhängigen verbal-maximalistischen Palästinenserorganisationen, um gegen die "Verratspolitik" der PLO zu protestieren.

Diese Entwicklung hatte sich schon während der Konferenz in Madrid im letzten Jahr angedeutet. Die syrische Delegation hatte sich anfangs geweigert, sich mit den Israelis zum bilateralen Teil der Konferenz

zusammenzusetzen. Als Begründung wurde gesagt, es stehe von vornherein fest, daß Israel über eine Rückgabe der besetzten Gebiete nicht verhandeln wolle. Israel sei nur an einem Friedensschluß interessiert, der seine Kriegseroberungen international legitimiert. - Die libanesische Delegation hatte die Gesprächsaufnahme in Madrid ebenfalls abgelehnt, weil die israelische Luftwaffe als "Begleitmusik" zum Verhandlungsbeginn gerade wieder einmal Ziele im Südlibanon bombardierte. - Beide Delegationen nahmen nur unter amerikanischem Druck schließlich doch noch im Verhandlungsraum Platz.

Eine Zwischenstellung nehmen die Palästinenser ein. Auch sie beteiligten sich nicht an der "Regionalkonferenz" in Moskau. Dies jedoch - nach kontroverser Debatte in der PLO-Führung - nicht mit grundsätzlichen Argumenten. Offiziell hatte die PLO sich schließlich dazu durchgerungen, eine Teilnahme zu befürworten. Knackpunkt wurde jedoch die Zusammensetzung der palästinensischen Delegation: für sie waren mehrheitlich Personen nominiert worden, die aus Jerusalem stammen oder die außerhalb von Israel/Palästina leben. Real geht es vor allem darum, Politiker wie Hanan Aschrawi, Faisal Husseini und Sari Nusseibeh, die derzeit als externe "Beratungsgruppe" praktisch sowieso schon die Verhandlungsleitung innehaben, auch als offizielle Delegierte akzeptieren zu lassen. Damit soll zugleich demonstriert werden, daß die Delegation wirklich alle Palästinenser repräsentiert, und nicht nur jenes Drittel von ihnen, das in den besetzten Gebieten lebt.

Israel hatte vor der Madrider Konferenz darauf bestanden, mit Palästinensern aus Jerusalem oder aus der "Diaspora" auf gar keinen Fall zu verhandeln. Diese Haltung war von den USA unterstützt worden. Die PLO hatte sich auf diese an sich diskriminierende Vorbedingung - und auf etliche weitere - eingelassen. Im Hintergrund stand die Hoffnung, im Verlauf der Verhandlungen schrittweise bessere Konditionen durchsetzen zu können. In Moskau scheiterte das schon am Widerspruch der Konferenz-Schirmherren USA und Rußland, ohne daß die israelischen Vertreter selbst Stellung nehmen mußten. Daraufhin erklärten die Palästinenser ihre Nichtteilnahme. Es bleibt abzuwarten, ob dies nur ein geplatzter Testballon der PLO war oder ob sie es in Zukunft auch bei den bilateralen Gesprächen "drauf ankommen lassen" will.

PLO: Viel erreicht, nichts erreicht?

Es ließe sich plausibel argumentieren, daß die Palästinenser auf der formalen Ebene eigentlich eine ganze Menge erreicht haben, wenn man die israelischen Ausgangspositionen dagegen hält. In der internationalen Öffentlichkeit wird zur Kenntnis genommen, daß die PLO-Führung die palästinensischen Delegierten nominiert hat, daß sie während der Verhandlungen in permanenter Kommunikation mit der Delegationsleitung steht, daß sie die Verhandlungslinie festgelegt hat und daß sie vor jeder noch so geringfügigen Entscheidung zu Rate gezogen wird. De facto verhandeln die Israelis also mit der PLO, obwohl sie das offiziell nach wie vor schärfstens ablehnen.

Andererseits gibt es aber auf palästinensischer Seite Einwände, man habe sich viel zu sehr den diskriminierenden Forderungen Israels unterworfen. Auch diese Position läßt sich plausibel begründen. Es sei daran erinnert, daß der Nationalrat - das palästinensische Exilparlament - auf seinem Treffen Ende September 1991 zwar die endgültige Entscheidung über die Teilnahme an den Verhandlungen an den Zentralrat delegierte, aber zugleich einige Bedingungen formulierte. Dazu gehörte ausdrücklich "das Recht der PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, die palästinensische Delegation aus Persönlichkeiten von innerhalb und außerhalb der Heimat - einschließlich Jerusalem - zu bilden". Außerdem wurde als "unverzichtbare Notwendigkeit für den Beginn des Friedensprozesses" gefordert, die Besiedlung der besetzten Gebiete, einschließlich (Ost-) Jerusalems, einzustellen. "Es müssen auch internationale Garantien für die Beendigung der Besiedlung gegeben werden." (Palästina Bulletin, 11.10.91)

Im Zentralrat der PLO fiel schließlich die Entscheidung zur Teilnahme an der Madrider Konferenz erst zwölf Tage vor deren Beginn, nach langer kontroverser Debatte und nur mit der minimalen Mehrheit von 16 gegen 15 Stimmen. Arafat teilte diesen Beschluß in einem einzigen dürren Satz mit. (Palästina Bulletin, 25.10.91) Eine entsprechende Resolution mit politischer Begründung wurde entweder nicht beschlossen oder jedenfalls nicht veröffentlicht. Das kann als Indiz dafür interpretiert werden, daß es auch unter den Verhandlungs-Befürwortern keinen inhaltlichen Konsens gibt. So heißt es beispielsweise, daß einige Fatah-Vertreter zunächst dafür waren, eine Teilnahme von mehreren Essentials abhängig zu machen, entsprechend dem Beschluß des Nationalrats; am Ende hätten sie sich dann der "Disziplin" unterworfen und mit der Mehrheit gestimmt. (Interview mit Abdel Latif Gheith, News from Within, 5.12.91)

Aus dem knappen Abstimmungsergebnis läßt sich die Vermutung herleiten, daß die palästinensische Delegation auch PLO-intern unter erheblichem Erfolgsdruck steht. Von ihr wird erwartet, sich permanent und nachdrücklich für eine Aufwertung ihres Status und für einen sofortigen Siedlungsstopp, möglichst noch vor Beginn substantieller Verhandlungen, einzusetzen.

Die ersten Reaktionen auf die Madrider Konferenz in den besetzten Gebieten waren zwar von enthusiastischer Zustimmung geprägt, was sich in jubelnden Empfängen für die heimkehrenden Delegierten ausdrückte. Grund dafür war wohl vor allem die spontane Genugtuung, sich endlich einmal auf internationaler Ebene als gleichwertige und beachtete Partner präsentiert zu sehen - ein Erlebnis, das es seit dem Auftreten Arafats in der UNO-Vollversammlung 1974 nicht mehr gegeben hatte.

Dieser Anfangsbonus scheint aber auf Dauer nicht tragfähig genug zu sein. Das Erfolgserlebnis ist konsumiert, das Gestern noch Sensationelle wurde zum Gewöhnlichen, und das Interesse wendet sich inzwischen mehr der Frage zu, was bei diesen Gesprächen eigentlich konkret passiert, wo ihre Möglichkeiten und Aussichten liegen. Kritiker der Verhandlungen argumentieren, daß diese nicht nur eine PR-Tätigkeit ohne praktischen Nutzen seien, sondern daß sich die Lage in den besetzten Gebieten tatsächlich immer mehr verschlechtere. Statistisches Material, wie es u.a. auch von israelischen Oppositionskreisen veröffentlicht wurde, belegt, daß in den letzten Monaten der Bau neuer Wohnungen und Siedlungen in beispielloser Weise vervielfacht wurde. Die "Gefahren", die sich vielleicht doch aus dem begonnenen Verhandlungsprozeß ergeben könnten, werden offenbar von der israelischen Regierung als Ansporn interpretiert, sich mit dem Schaffen vollendeter Tatsachen zu beeilen.

Formal wohl nicht zu Unrecht weisen Kritiker der Verhandlungen auch auf die Beschlußlage der Nationalratstagung im letzten September hin, die wörtlich genommen beim Stand der Dinge eine palästinensische Beteiligung ausschließen müßte. Überdies können die Kritiker sogar mit einer ziemlich radikalen Rede argumentieren, die der PLO-Vorsitzende Arafat wenige Wochen vor der Nationalratstagung gehalten hatte. Die amerikanischen Vorschläge, so Arafat damals, enthielten mehrere "extrem gefährliche" Elemente. Dazu gehöre, daß nicht über Jerusalem verhandelt werden solle und daß keine Palästinenser aus Jerusalem delegiert werden dürften. Wenn man sich diesen Forderungen unterwürfe, akzeptiere man den "israelischen Erpressungsversuch", akzeptiere man "die Annexion und die Israelisierung der Stadt". Im Grunde gehe es der amerikanischen Regierung vor allem darum, eine zwischenstaatliche "Normalisierung der arabisch-israelischen Beziehungen" auf den Weg zu bringen, auf Kosten der Palästinenser. Eine palästinensische Teilnahme an den Verhandlungen sei nur erwünscht, um diesem zentralen Ziel "Rückendeckung" zu verschaffen. "... Unser Volk wird in ein Labyrinth von Verhandlungen verstrickt, an denen wir nicht gleichberechtigt teilnehmen dürfen, und die zu einer sogenannten Selbstverwaltung führen sollen." Diese würde in der Praxis aber nur "auf eine Legitimierung der Besetzung" hinauslaufen. (Palästina Bulletin, 13.9.91)

Jetzt eine Denkpause?

Für eine Beteiligung an den Verhandlungen spricht, so gesehen, eigentlich keine Erwartung auf positive praktische Ergebnisse, sondern nur das realpolitische Argument, daß sich alle radikalen Parolen erschöpft haben und daß wohl auch die Intifada am Ende ihrer Wirkungsmöglichkeiten angekommen ist oder einem solchen Punkt jedenfalls recht nahe ist. Ein Rückzug aus den Verhandlungen könnte den Palästinensern keinerlei Vorteil bringen, würde ihnen aber vermutlich international beträchtlich schaden und der israelischen Seite wertvolle Argumente liefern, beispielsweise beim Einwerben neuer Finanzhilfen aus den USA.

Es bleibt die Tatsache, daß die PLO sich in diesem Stadium der Verhandlungen auf einen Konflikt um die Zusammensetzung ihrer Delegation eingelassen hat. Dieser Streit ist noch keineswegs ausgestanden. Wie wird er sich künftig entwickeln? Einige PLO-Politiker scheinen zu hoffen, daß sich Israel mit Hilfe amerikanischen Drucks zu einem intern vertretbaren Kompromiß bewegen läßt. Eine andere hypothetische Möglichkeit wäre, daß die palästinensische Seite ihren Anspruch erst einmal fallen läßt und vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt erneut vorträgt. Das würde aber vermutlich die ohnehin schon vorhandene Kritik beträchtlich verstärken. Eine dritte Variante wäre, an dieser Frage den Ausstieg aus den Verhandlungen in Kauf zu nehmen und den "Schwarzen Peter" in der Hand zu behalten.

So scheint einiges für die von manchen Kräften vorgeschlagene "Denkpause" zu sprechen: Bilanzierung der bisherigen Gespräche, Überprüfung der Einschätzungen und Beschlüsse, neue Beschlußfassung. Eine außerordentliche Einberufung des Nationalrats wäre dafür ein passendes Forum, denn die PLO-Führung braucht für ihre nächsten Schritte auf jeden Fall ein erneuertes demokratisches Mandat und eine breite Unterstützungsbasis.

Kt.

8. Putsch in Georgien

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:06

In ak 336 berichteten wir über das erste Jahr des Regimes von Swiad Gamsachurdia in der ehemaligen Sowjetrepublik Georgien. Angetreten im Oktober 1990 mit dem Anspruch auf Demokratie, nationalem Wohlstand und Unabhängigkeit Georgiens, hat Präsident Gamsachurdia 1991 das Land an den Rand des Bürgerkrieges und in die außenpolitische Isolation manövriert. Seine Politik hat mit zum wirtschaftlichen Niedergang der einst relativ wohlhabenden Republik beigetragen. Sein autoritärer Nationalismus, anfangs noch als probates Mittel interpretiert, das "Volk" jenseits aller sozialen Widersprüche für die nationale Unabhängigkeit und Formierung einer neuen Staatsmacht zu gewinnen, erwies sich in kürzester Zeit als kontraproduktiv.

Gamsachurdia ist am 6.1.92 nicht gestürzt worden, weil die Opposition über die besseren Waffen verfügte, sondern weil er die Basis, die er noch im Spätsommer unter allen Klassen und Schichten besaß, verloren hat. Ein Teil ist zur Opposition gegangen, der Großteil des Volkes aber verhält sich gegenüber dem Machtwechsel und seinem gewaltsamen Procedere völlig indifferent. Eher ein klassischer Putsch unter den Herrschenden als ein Bürgerkrieg!

Für die meisten internationalen Beobachter kam der schnelle Sturz des Präsidenten völlig überraschend. Noch im Frühjahr 1991 war Gamsachurdia mit 86% aller abgegebenen Stimmen von der Bevölkerung zum Präsidenten gekürt worden. Im Parlament regierte das ihn tragende Bündnis "Runder Tisch - Freies Georgien" mit absoluter Mehrheit. Die KP hatte bei den Parlamentswahlen im Oktober 1990 nur 30% erhalten (der "Runde Tisch" 54%) und konkurrierende Kräfte aus dem Lager der georgischen Nationalbewegung hatten die Teilnahme an den offiziellen Wahlen abgelehnt. Begründung war, Georgien sei durch die Präsenz der sowjetischen Armee und der bisher noch nicht von Moskau anerkannten Unabhängigkeit eine "Kolonie", von freien Wahlen könne daher keine Rede sein. Stattdessen organisiert das "Verweigerungslager" eine inoffizielle Wahl zu einem "Nationalkongreß" im September 1990, an der zwar knapp 50% der stimmberechtigten Bevölkerung teilnimmt, doch bleibt der "Nationalkongreß" nach den überwältigenden Siegen Gamsachurdias in Parlaments- und Präsidentenwahl eine politische Totgeburt.

Der Boykottflügel der Nationalbewegung hat sich selbst ins Abseits manövriert. Unterstellungen, Gamsachurdia habe die Wahlen gefälscht, machen die Runde. Teile der Opposition beginnen eine gezielte Diffamierungskampagne: Gamsachurdia sei ein Faschist oder - in umgekehrter Version - ein Agent des KGB (in seinen Dissidentenjahren hat sich Gamsachurdia tatsächlich einmal vom KGB zu einem kompromittierenden Reuebekenntnis für seine "antisowjetischen Aktionen" erpressen lassen). Die Diffamierungskampagne entbehrt jeder realen Grundlage und wird selbst aus Reihen der Opposition kritisiert. Sie ist Ausdruck der Ohnmacht der außerparlamentarischen Opposition angesichts der ungeheuren Popularität Gamsachurdias im Frühjahr 1991.

Zwischen den Präsidentschaftswahlen im Mai und dem Dezember 1991 vollzieht sich ein erdrutschartiger Popularitätsschwund des Präsidenten, der nur durch den katastrophalen wirtschaftlichen Niedergang und durch seinen autoritären Regierungsstil erklärbar ist.

Erosionsprozesse

"Auf uns wartet in diesem Winter die knochige Hand des Hungers. Das ist das Resultat der abenteuerlichen Politik des Runden Tisches und der Mißachtung gegenüber den Interessen der Werktätigen" (Interview mit Mutschaidze, Vorsitzender der Sozialdemokratie, Trud 16.11.91). Trotzdem bleibt einstweilen unklar ob die These, Gamsachurdia sei an allem schuld, den Fakten standhält. Je nach dem politischen Bekenntnis des Anklägers wird die Misere mal als Resultat der bewußten Abkoppelung von der UdSSR und mal als Resultat der zögerlichen Haltung Gamsachurdias gegenüber marktwirtschaftlichen Reformen erklärt.

Tengis Sigua, der im August 1991 abgetretene und zur Opposition übergelaufene Ministerpräsident Gamsachurdias, gibt vor allem Moskau die Schuld am wirtschaftlichen Niedergang Georgiens. So behauptet er, der sowjetische Ministerpräsident Pavlov habe durch einen Lieferboykott Georgien zur Unterschrift unter den neuen Unionsvertrag zwingen wollen. (1)

Die Unfähigkeit Gamsachurdias, die Opposition in seine Politik zu integrieren oder seine Weigerung, ihr zumindest Zugang zu den staatlichen Medien zu gewähren, hat nicht nur beträchtlich zur Eskalation der Konflikte beigetragen, sondern stieß auch auf zunehmendes Unverständnis in den Reihen des Regierungsbündnisses. Immer mehr Verantwortliche im Bündnis "Runder Tisch" verlassen im Sommer und Herbst 1991 die Regierungskoalition oder werden vom Präsidenten wegen Kritik an seinem Führungsstil entlassen: Ministerpräsident Sigua, Außenminister Chostaria, der Oberkommandierende der Nationalgarde Kitovani, der stellvertretende Verteidigungsminister Kutateladze, der Generalstaatsanwalt Rasnadze u.a.m.

Auch das Parlament schmilzt dahin, verliert immer mehr seine Funktion als Legitimationsbeschaffer für Entscheidungen des Präsidenten. Von 250 Parlamentssitzen errang der "Runde Tisch" im Oktober 1990 155 Sitze. Als Gamsachurdia im Oktober 1991 die Verhängung des Ausnahmezustands vom Parlament absegnen läßt, erhält er dafür nur noch die Stimmen von 93 Abgeordneten. Teile des "Runden Tisches", Unabhängige und die Abgeordneten der inzwischen verbotenen KP boykottierten die Abstimmung. Anfang Dezember 1991 setzt Gamsachurdia ein Gesetz durch, das die Zahl der Abgeordneten auf 201 reduziert. Der Anlaß: Die Deputierten der im August verbotenen KP verlieren ihr Mandat. Die Reduzierung der Parlamentssitze auf 201 dient einzig dem Ziel, den erforderlichen Neuwahlen für die freigewordenen 49 Mandate aus dem Weg zu gehen. Anfang Januar zählt das Parlament noch ein Sechstel der 201 Abgeordneten, von den übrigen Abgeordneten ist ein Großteil zur Opposition übergegangen.

Auch Teile der herrschenden Klasse haben sich im zweiten Halbjahr 1991 schrittweise von Gamsachurdia abgewandt. Die Opposition hat Kontakte zu den Unternehmensführungen in Industrie und Landwirtschaft ausbauen können und von ihnen finanzielle Zuwendungen erhalten; es mehren sich die Stimmen, die einen politischen Führungswechsel begrüßen.

Die verlängerten Arme des Präsidenten in den Provinzrayons, die von ihm persönlich ernannten allmächtigen Präfekten (s. ak 336), haben im Dezember - in Tbilisi tobt bereits der offene Machtkampf - kaum noch einen Finger für ihren Präsidenten gerührt. Seine Aufrufe, die regierungstreue Bevölkerung zur Unterstützung des Präsidenten nach Tbilisi zu mobilieren, werden kaum noch befolgt. Bei den Septemberunruhen waren diese Aufrufe noch recht erfolgreich.

Das Präfektursystem hat sich als ein zweischneidiges Schwert erwiesen. Es wurde gleich nach der Wahl im Oktober 1990 eingerichtet. Die Provinzpräfekten hatten die Aufgabe, den passiven Widerstand der örtlichen KP-Nomenklatura im Verwaltungsapparat zu brechen, die Durchsetzung der Beschlüsse der neuen Regierung minutiös zu überwachen. Die Posten sind im Jahr ihres Bestehens zu Schleudersitzen geworden: Machtmißbrauch, Vetternwirtschaft mit der örtlichen Schwarzmarktmafia und das Unterlaufen von Direktiven des Präsidenten haben nicht nur zu dauernder Neubesetzung der Posten geführt, sondern auch in gehörigem Maße zur Diskreditierung des Präsidenten beigetragen.

Die Opposition: wenig Alternativen

Von welchem Standpunkt auch immer die Form des Regierungswechsels bewertet werden mag: der autokratische Regierungsstil Gamsachurdias, seine politische Bewegungslosigkeit, die darin gipfelte, bis zum buchstäblich letzten Moment sich jeder Forderung nach Rücktritt oder Neuwahlen zu versperren, ließen kaum einen anderen Regierungswechsel zu als den, der stattgefunden hat.

Die Opposition ist selbst ein Konjunkturbündnis, das hauptsächlich durch die gemeinsame Gegnerschaft zu Gamsachurdia zusammengehalten wird. Die tragende Kraft der Opposition und der Motor des Umsturzes ist ihr militärischer Flügel:

- Die paramilitärische Formation der "Mchedroni" (Ritter oder Reiter) mit ca. 5.000 bewaffneten Mitgliedern. Ihr Selbstverständnis als "Landwehr für den Heimatschutz" konnte sie bereits durch aggressive Beiträge in den Auseinandersetzungen mit den nationalen Minderheiten in Abchasien und Südossetien unter Beweis stellen. Mchedroni wurde bereits 1990 (also noch unter der KP-Regierung) legalisiert. Ihr Anführer, Dzaba Ioseliani, wurde im Februar 1991 verhaftet und gilt seither als einer der ersten und prominentesten politischen Gefangenen. In ihren Anklagen gegen den repressiven Charakter des Regimes führt ihn die Opposition quasi als Kronzeugen gegen Gamsachurdia ins Feld. Allerdings wurden die Gründe für seine Verhaftung verschwiegen. Durch Überfälle auf Polizeistationen und Magazine der in Georgien stationierten Einheiten der sowjetischen Armee hat sich Mchedroni überreichlich mit Waffen versorgt. Im Februar 1991 startet die

sowjetische Militärführung in Georgien eine Großrazzia gegen Büros und Stützpunkte von Mchedroni. Erst nach Gesprächen des sowjetischen Militärkommandanten mit Gamsachurdia läßt dieser Ioseliani verhaften.

- Als Gamsachurdia am 20.8.91 den Anweisungen der Putschisten in Moskau Folge leistet und die Auflösung der im Frühjahr als Kern einer zukünftigen georgischen Armee gegründeten Nationalgarde verfügt, opponiert ihr Oberbefehlshaber Tengis Kitovani gegen den Präsidentenbeschluß. Er wird von Gamsachurdia entlassen, setzt sich mit einigen Einheiten aus Tbilisi ab und nimmt Kontakte zur Opposition auf.

Ioseliani und Kitovani machen sich beide für die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie in Georgien stark. Ihre mehr als einmal geäußerte Bewunderung für den spanischen Diktator Franco bedarf wohl kaum weiterer Kommentare.

Der zivile Flügel umfaßt ein breites Spektrum verschiedener, z.T. aber wenig einflußreicher Organisationen:

- die Nationaldemokraten (s. ak 336)

- die Monarchisten, von denen ein Flügel Mitglied des "Runden Tisches" ist, während ein anderer der Opposition angehört (s. ak 336)

- die Charta '91; sie wurde im Oktober von Parlamentsabgeordneten des "Runden Tisches" gegründet, die sich im Zuge der Septemberunruhen mit der außerparlamentarischen Opposition verbündeten. Ihr Sprecher ist der ehemalige Ministerpräsident Tengis Sigua

- die "Demokratische Bewegung Georgiens" entstand ebenfalls als Bündnis mehrerer Parteien (Volksfront, Die Grünen, Christdemokraten, Rustaveligesellschaft u.a.) im Gefolge der Septemberunruhen, verfügt aber nur über eine schmale Anhängerschaft. Von den reaktionären politischen Glaubensbekenntnissen des militärischen Oppositionsflügels unterscheidet sich die "Demokratische Bewegung" durch strikte Ablehnung des Präsidialregimes, d.h. sie fordert ein eher liberales parlamentarisches System ohne Präsidentenamt.

Es bedarf keiner großen Phantasie, um zu prognostizieren, daß die Widersprüche im Oppositionsbündnis nach dem Wegfall des gemeinsamen Gegners höchst virulent werden dürften. Das Übergewicht des militärischen Flügels geht hier einher mit der meist geringen politischen Basis bürgerlich-demokratisch ausgerichteter Organisationen.

Der Putsch

Nach dem Abflauen der Auseinandersetzungen im September bleibt die innenpolitische Situation in Georgien bis Dezember verhältnismäßig ruhig. Durch Mobilisierung einiger tausend Anhänger Gamsachurdias aus der Provinz, die mit Bussen zur Unterstützung des Präsidenten nach Tbilisi gekarrt werden, ist der bewaffnete Flügel der Opposition am 4.10. gezwungen, sich aus der Hauptstadt zurückzuziehen.

Gamsachurdia baut diesen vorläufigen Sieg nicht aus. Im Gegenteil: sein autokratischer Regierungsstil verhärtet sich. Der Präsident und die ihn tragenden politischen Kräfte an der Macht sind unfähig, den in diesen Monaten sich vollziehenden Stimmungswandel in der Bevölkerung zu erfassen. Umso besser ist dieses Gespür bei der Opposition entwickelt.

Mitte Dezember organisiert sie als Auftakt zum letzten Gefecht Demonstrationen in Tbilisi, in denen sie den Rücktritt Gamsachurdias fordert. Es kommt zwar zu Handgreiflichkeiten mit Gegendemonstranten, aber Polizeieinheiten, die gegen die regierungsfeindlichen Demonstranten eingesetzt werden sollen, laufen zur Opposition über. Wenige Tage später kontrolliert der militärische Flügel der Opposition die Hauptstadt mit Ausnahme des Regierungskomplexes, in dem sich der Präsident mit einigen Dutzend loyalen Nationalgardisten verschanzt.

Nach Augenzeugenberichten gleicht die Situation in Tbilisi einem Kampf bewaffneter Cliquen um die Symbole der Macht (Regierungsgebäude und Person des Präsidenten). Die faktische Macht in Tbilisi liegt seit Ende Dezember in den Händen der Opposition. Auf einem nur wenige Quadratkilometer großen Terrain in der Innenstadt stehen sich die militärischen Formationen gegenüber. Gamsachurdia appelliert über einen improvisierten Rundfunksender an die Bevölkerung in der Provinz, ihm zu Hilfe zu eilen. Das Echo jedoch bleibt aus.

Das Leben außerhalb der Kampfzone geht seinen gewohnheitsmäßigen Gang: Metro und Busse verkehren, lange Schlangen stehen vor den Geschäften, Fabriken und Büros arbeiten, tausende Schaulustiger drängen sich in geschützten Ecken und in den Zugängen zur Metro, um von dort das Kampfspektakel zu beobachten.

Die zwischenzeitlichen Gespräche zwischen Vertretern Gamsachurdias und der Opposition verlaufen ergebnislos. Am 28.12. geht ein Teil einer Verhandlungsdelegation des Präsidenten gemeinsam mit einem Teil der bisher neutralen Nationalgarde zur Opposition über. Beide veröffentlichen eine Rücktrittsforderung an Gamsachurdia: er habe es nicht verstanden, Einheit, Frieden und Menschenrechte zu wahren.

Am 2.1.92 bildet die Opposition einen fünfköpfigen Militärrat mit Ioseliani und Kitovani an der Spitze und - wohl eher als ziviles Aushängeschild - eine provisorische Regierung mit Tengis Sigua als Ministerpräsidenten, die die Absetzung Gamsachurdias verfügt. Dieser Verfügung verleiht Gamsachurdia selbst Realität, indem er sich in einer spektakulären Flucht mit einigen Dutzend Anhängern am 6.1. nach Armenien absetzt.

Obwohl es in den folgenden Tagen immer wieder zu Demonstrationen von Anhängern des gestürzten Präsidenten kommt, scheinen die neuen Machthaber die Lage schnell im Griff zu haben, denn schon nach wenigen Tagen wird die nächtliche Ausgangssperre aufgehoben.

Am 16.1. taucht Gamsachurdia zwar noch einmal in seiner westgeorgischen Heimat auf und ruft seine Anhänger zum Marsch auf Tbilisi auf. Die Aktion ist aber schlecht vorbereitet, seine Anhänger sind schlecht bewaffnet und anscheinend ist die Bevölkerung in den Westprovinzen wenig motiviert, für Gamsachurdia einen Bürgerkrieg vom Zaun zu brechen. Daß der Ex-Präsident seit seiner Landung nicht mehr gesehen wurde, signalisiert, daß er selbst wenig Hoffnung in diese Aktion setzt.

Gleich in den ersten Tagen nach dem Abgang Gamsachurdias hofiert Ioseliani als Sprecher des Militärrates den Ex-Außenminister der UdSSR, E. Schewardnadze. Er bietet ihm eine Regierungsbeteiligung in Georgien an. Dieses Angebot ist weniger Ausdruck für die Beliebtheit von Schewardnadze in Georgien als vielmehr Ausdruck der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der Republik und der außenpolitischen Isolation, in der sich die neue Regierung befindet.

Schewardnadze war bis 1985 KP-Chef in Georgien. Gamsachurdia und eine Reihe von heutigen Vertretern der Opposition, die damals in der Dissidentenbewegung eine Rolle spielten, haben unter Schewardnadze in Haft gesessen, so daß dieser bislang als "persona non grata" in Georgien behandelt wurde. Schewardnadze lehnt zwar das Angebot ab, kündigt aber an, einen internationalen Hilfsfond für Georgien einrichten zu wollen. Denn er verfügt vor allem in Westeuropa und in den USA über eine beachtliche Reputation und über beste Beziehungen zu Tengis Sigua, der selbst bis 1989 KP-Funktionär war. Da der Ex-Außenminister der UdSSR mittlerweile arbeitslos ist, wirkt es nur zu verständlich, wenn er gute Miene zum bösen Spiel macht und meint, der Putsch sei " ... weniger eine gewaltsame Übernahme der Macht als eher ein Konflikt zwischen einem autoritären Regime und demokratischen Kräften, die durch bewaffnete Formationen unterstützt wurden." (s. Interview in Financial Times, 7.1.92)

Der Militärrat kommt dieser Einschätzung entgegen, kündigt Parlamentswahlen für den Monat April an und stellt sogar die Auflösung seiner militärischen Verbände unter einer neuen gewählten Regierung in Aussicht.

AKE

Anmerkung:

1) Ob dieser Vorwurf den realen Fakten standhält, läßt sich aktuell kaum überprüfen, da bisher nur die Binnenhandelsdaten der ehemaligen UdSSR mit Georgien für das Jahr 1990 vorliegen.

9. Umbau der Planwirtschaften: CSFR, Polen, Ungarn

Autor: Frank Schelm · Rubrik: Polen; Ungarn; Tschechoslowakei; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:16

Aus den Parlamentswahlen im Juni 1989, bei denen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und den ehemaligen Blockparteien noch 65% der Parlamentssitze über eine Quotenregelung zugesichert wurden, ging die erste nichtkommunistische Regierung nach 1945 unter dem Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki hervor. (1)

Unter dem Finanzminister Balcerowicz wurde dem Land in Abstimmung mit dem IWF eine radikal marktwirtschaftlich orientierte Schocktherapie verordnet. Diese umfaßt folgende Maßnahmen:

- Drastische Abwertung der polnischen Währung von 6500 Zloty auf 9500 Zloty pro Dollar.

- Lohnbegrenzung durch rigorose Steuererhebung auf Lohnsteigerungen, die über den von der Regierung gesetzten Richtwerten liegen. Nur 60% des Preisanstiegs dürfen ohne Zusatzsteuer durch höhere Löhne kompensiert werden.

- Streichung von Subventionen und Steuervergünstigungen, um das Budgetdefizit auf 0,5% des Bruttoinlandsproduktes zu senken.

- Konsequent restriktive Geldpolitik (strikte Geldmengenkontrolle, kräftige Zinserhöhungen, Sparanreize).

- Preisfreigabe um den Anteil der staatlich kontrollierten Preise von 80% in der ersten Jahreshälfte 1989 und 10% im Jahresverlauf 1990 zu senken. Unmittelbare Verbraucherpreiserhöhungen für einzelne Güter: Kohle 600%, Elektrizität und Gas 400%, Benzin 100%.

- Einführung einer unabhängigen Zentralbank.

- Einführung der Binnenkonvertibilität des Zloty.

- Aufhebung der Arbeitsplatzsicherheit durch die Möglichkeit zur Schließung unrentabler Betriebe und Entlassung von Personal.

- Einleitung der Privatisierung; zunächst kleine Privatisierung vor allem in Handel, Gastronomie und Fahrzeugtransport.

- Liberalisierung des Außenhandels durch Abschaffung der Importkontingente.

- Einrichtung einer Wertpapierbörse - sowie Aufhebung aller Formen der administrativen Verteilung von Waren und Dienstleistungen. (2)

Die Auslandsverschuldung

Ende 1990 betrug die gesamte Bruttoauslandsverschuldung gegenüber den westlichen Staaten rund 46,1 Mrd. US-Dollar. Sie ist ebenso wie in Ungarn eine realsozialistische Erblast und erschwert die marktwirtschaftliche Transformation. Die Verschuldung resultierte aus dem Scheitern des "Giereckschen Keynesianismus". Giereck, von 1971 bis 1980 erster Sekretär der PVAP, wollte die Nachfrage im Lande mit Hilfe von (West-)Verschuldung steigern und mit steigenden Arbeitslöhnen auch die Produktivität anregen. Doch die kreditfinanzierte Investitionspolitik scheiterte. Während die Investitionsausgaben sowie Löhne und Preise stiegen, blieb die Nutzung der Kapazitäten weit hinter den Erwartungen zurück. Entgegen den ursprünglichen Zielen hatte Polen nicht die Importe von Maschinen und Technologien und die damit verbundenen hohen Belastungen durch Lizenzgebühren und Schuldendienst mit einer entsprechenden Steigerung der Exporte zu kompensieren vermocht. (3)

Polens Auslandsschulden teilen sich nach Gläubigern folgendermaßen auf: 33 Mrd. Dollar gegenüber westlichen Regierungen (Pariser Club), 11 Mrd. Dollar bei westlichen Geschäftsbanken (davon 4 Mrd. DM bei deutschen Banken) und rund 2,1 Mrd. Dollar auf sonstige Gläubiger. Polen ist das einzige osteuropäische Land, dessen Auslandsschulden zum Großteil aus Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Gläubigern bestehen. Die Bruttoauslandsverschuldung entsprach Ende 1990 gut 68% des Bruttoinlandsprodukts. Zum

Vergleich: Ungarns Auslandsverschuldung (21 Mrd. Dollar) entsprach 52,2% des Bruttoinlandsprodukts, die Auslandsverschuldung der CSFR (7,8 Mrd. Dollar) entsprach 16,5% des Bruttoinlandprodukts. (4)

"Von allen osteuropäischen Ländern trug Polen die schwerste Schuldenlast. Die Schuldendienstleistungen blieben seit Jahren deutlich hinter den Verpflichtungen zurück. 1990 waren Zinszahlungen in Höhe von etwa 4 Mrd. Dollar fällig, von denen rund ein Zehntel tatsächlich geleistet wurden. Die an den tatsächlichen Zahlungen orientierten Schuldendienstquoten sind daher niedrig und zudem in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. 1989 entsprachen die Schuldendienstleistungen mit 1,5 Mrd. Dollar knapp 14% der Exporterlöse in Hartwährungen (Güter und Dienstleistungen). Ungarn, das zweite hochverschuldete osteuropäische Reformland, wandte dagegen 1990 knapp 35% seiner Exporterlöse für den Schuldendienst auf." (5)

Am 15. März 1991 einigte sich Polen mit dem Pariser Club, dem "informellen" Verein der westlichen Regierungen in Verschuldungsangelegenheiten auf eine Schuldenerleichterung von 50% (Polen hatte ursprünglich einen Schuldenerlaß von 80% gefordert). Die Vereinbarung bezieht sich auf die öffentlichen polnischen Verbindlichkeiten gegenüber den westlichen Industrienationen, die Anfang März etwa 33 Mrd. Dollar betrugen. Größter Gläubiger ist die BRD, gefolgt von Frankreich, Japan, Österreich und den USA. Mit diesem Schuldenerlaß wollen die westlichen Regierungen die marktwirtschaftliche Transformationsbemühungen belohnen. (6)

"Nach den leicht modifizierten Absprachen von Mitte April soll der Schulderlaß (...) in einem formalen Umschuldungsabkommen festgelegt werden. Als Voraussetzung ist vorher allerdings noch das neue Beistandabkommen mit dem IWF zu unterzeichnen. Als Optionen für die Schuldenerleichterung werden Forderungsverzicht, Zinskapitalisierung und Zinsreduktion angeboten. Der Schulderlaß soll in zwei Schritten erfolgen:

1. 30% des Netto-Gegenwartswertes der Verbindlichkeiten sollen noch 1991 erlassen werden.

2. 20% der Verbindlichkeiten werden 1994 annulliert, sofern das dann abgelaufene Abkommen mit dem IWF eingehalten wird."

Über einen teilweisen Schuldenverzicht wird auch mit den Privatbanken verhandelt. Polen hat angeboten, die Zinszahlung an die Privatbanken und teilweise an die öffentlichen Gläubiger wiederaufzunehmen. Dadurch werden die Zinszahlungen trotz Schuldenerleichterung wieder steigen.

Die USA haben im März eine 70%ige Erleichterung auf ihre vergleichsweise geringen Forderungen von 3,5 Mrd. Dollar gewährt. Die BRD, mit 9 Mrd. DM (5,7 Mrd. Dollar) öffentlicher Forderungen der Hauptgläubiger Polens, erließ Polen zusätzlich rückständige Zahlungsverpflichtungen von 760 Mio. DM für den sogenannten "Jumbo"-Kredit. Die verbleibenden Zahlungsverpflichtungen (570 Mio. DM) aus diesem Kredit sollen der neuen "Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit" zufließen. (Was die Stiftung fördern soll, ist mir nicht bekannt.) Außerdem stellte die BRD einen neuen Kreditrahmen von 2,5 Mrd. DM bereit. Polen hat mit dem IWF ein auf drei Jahre angelegtes "Kredit- und Rahmenprogramm" abgeschlossen, dessen Kreditrahmen 2,487 Mrd. Dollar umfaßt.

"1,665 Mrd. Dollar entfallen auf einen gewöhnlichen Beistandskredit, 0,221 Mrd. Dollar auf Unterstützung aus dem Exportausfall- und Krisenfonds zur Dämpfung der höheren Kosten für Öl-und Erdgasimporte. Schließlich werden Kredite von 0,601 Mrd. Dollar zusätzlich zur Verfügung gestellt, falls in den kommenden Jahren Zahlungsschwierigkeiten wegen unerwarteter Energieschwankungen auftreten sollten."

Außerdem wurden von den OECD-Ländern laut EG-Angaben weitere 9,6 Mrd. Dollar zugesagt.

Da dies alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, und weiteres Auslandskapital zur Umwandlung der Wirtschaft dringend benötigt wird, prognostiziert die FAZ-Länderanalyse, daß trotz des vereinbarten Schuldenerlasses die Bruttoverschuldung Ende 1992 42 Mrd. Dollar betragen wird. (7)

Durch einen unerwartet hohen Handelsüberschuß konnte Polen seine offiziellen Währungsreserven im Jahresverlauf 1990 von 2,3 auf 5,2 Mrd. Dollar aufstocken. Dieser Bestand schützt Polen vor Liquiditätsengpässen. Dies war nicht immer so. Ende 1986 beliefen sich die Währungsreserven nur auf 0,7 Mrd. Dollar. Polen stand kurz vor der Zahlungsunfähigkeit.

Die Wirtschaftsstruktur

Der durchschnittliche Lebensstandard in Polen war auch schon vor der marktwirtschaftlichen Transformation, d.h. in der "realsozialistischen Ära" niedriger als in anderen osteuropäischen Staaten. Ein Indikator dafür ist die relativ niedrige Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner.

Während in Polen 112 PKW auf je 1.000 Einwohner kommen, sind es in Ungarn 169, in der Tschechoslowakei 176 und waren es in der DDR 224 PKW. Auch die Anzahl der Telefonanschlüsse (je 1.000 Einwohner) wies 1989 mit 82 einen der niedrigsten Werte in Europa auf. Parallel dazu sind die Mängel in der Infrastruktur, z.B. in der Telekommunikation und im Verkehrswesen (Straßen-Schienenbau) wohl noch gravierender als in Ungarn, der CSFR oder der ehemaligen DDR. (8)

Die Ursachen hierfür sind in der Wirtschaftsstruktur Polens zu suchen. Der landwirtschaftliche Anteil ist mit 31,4% des Bruttoinlandsprodukts noch höher als in Ungarn (24,5%). Der Anteil der Industrie beträgt demgegenüber nur 26,7% des Bruttoinlandsproduktes (Ungarn 40%).

Die Landwirtschaft

Der private Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion betrug 1989 gut drei Viertel (77,9%). Die übrige landwirtschaftliche Nutzfläche verteilt sich folgendermaßen: 19% sind Staatsgüter, 3,7% sind landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und 0,5% werden von landwirtschaftlichen Zirkeln bewirtschaftet. Die Durchschnittsgröße der Privathöfe liegt unter 5 ha. Die eines Staatsgutes beträgt ca. 2.800 ha. Die kleinen Bauernhöfe sind für eine Großproduktion kaum geeignet. Der gegenwärtige Mechanisierungsgrad entspricht etwa dem Niveau der USA in den späten 40er Jahren. Angebaut wird Getreide (Roggen, Weizen, Gerste), Kartoffeln sowie Zuckerrüben, Raps, Hopfen und Tabak. Die tierische Produktion umfaßt Schweine-, Rinder-, Schafs- und Geflügelzucht. (9) Der privaten Landwirtschaft galt nach jeder politischen Wende ein besonderes Wohlwollen der Regierung. Garantien für private Bauern, erhöhte Produktionsmittelzulieferungen und starke ökonomische Stimulierung kennzeichneten die Agrarpolitik der PVAP. Andererseits gab es auch immer wieder Phasen, in denen die private Landwirtschaft nicht ausreichend mit Brennstoffen, chemischen Düngemitteln, Maschinen und Ersatzteilen versorgt wurde. (10)

Die jetzige marktwirtschaftliche Transformation bekommen auch die privaten Bauern zu spüren. Denn die restriktive Finanz- und Kreditpolitik der Regierung sieht keine Sonderbedingungen für die private Landwirtschaft mehr vor. (11)

"Die polnische Landwirtschaft geriet 1991 in eine prekäre Lage, die durch eine sinkende Nachfrage nach Nahrungsmitteln und durch wachsende Privatimporte von Agrargütern gekennzeichnet war. Aufgrund des erschwerten Absatzes landwirtschaftlicher Produkte auf dem heimischen Markt hat sich die Finanzlage der Landwirte im 1. Halbjahr 1991 rapide verschlechtert. Die Bauern kauften daraufhin auch erheblich weniger Dünger und Pflanzenschutzmittel sowie Landmaschinen. Immer unrentabler wurde auch die Tierhaltung. Dies bezog sich insbesondere auf die Schweinezucht." (12)

Dieser wachsende Einkommensrückgang führt dazu, daß viele, vor allem junge Bauern das Land verlassen und in die Städte ziehen. (13)

Die Industrie

Die Schwerpunkte der polnischen Industrie sind: Nahrungsmittel, Kohle, Metallurgie, Chemie sowie Maschinenbau.

"Der hohe Anteil der Schwerindustrie - verbunden mit veralteten Anlagen - hat zu hoher Umweltbelastung geführt. Durch den Kapitalmangel ist für die Umweltschäden kurzfristig wenig Besserung in Sicht. Das Problem der stark veralteten Anlagen gilt für alle Branchen. Es besteht ein außerordentliche hoher Modernisierungs- und Rationalisierungbedarf im Produktionsapparat. Markant zurückgehen wird die Bedeutung der Rüstungsindustrie, in der bis vor kurzem noch 80 Betriebe mit etwa 270.000 Beschäftigte tätig waren. Der Anteil der Waffen und der militärischen Ausrüstung am Wert der gesamten Industrieproduktion betrug 1989 rund 20%. Zwei der traditionellen Hauptabnehmer der Rüstungsgüter, die Sowjetunion und der Irak, werden in den nächsten Jahren als Kunden weitestgehend ausfallen." (14)

Polen hat hohe Rohstoffvorkommen von Kohle, Kupfer und Schwefel, die aber weitgehend erschöpft sind, so daß Polen sehr stark abhängig ist von sowjetischen Rohstofflieferungen. Seit 1980 ist Polen Nettoimporteur von Energie.

Die Privatisierung der Staatsbetriebe kommt ähnlich wie in Ungarn nur schleppend voran. Es gibt die sogenannte "kleine Privatisierung" und die "große Privatisierung". Die kleine Privatisierung verläuft zügiger und bezieht sich auf etwa 2.500 kleinere Industriebetriebe sowie rund 3.000 Bau-, Transport-, Handels-und Touristikunternehmen. Die Privatisierung großer Staatsunternehmen - sogenannte "große Privatisierung" - schreitet dagegen in Polen - ähnlich wie in Ungarn - nur schleppend voran. Die ersten fünf Großunternehmen wurden erst nach zwei Monaten Ende 1990 für zusammen 35 Mio. Dollar verkauft.

Es haben sich folgende Probleme bei der Privatisierung herauskristallisiert:

- Chronischer Kapitalmangel der polnischen Bevölkerung

- Fehlender Kapitalmarkt. Zwar wurde in Warschau im April diese Jahres eine Börse eröffnet, aber das Problem ist damit noch nicht gelöst.

- Ungeklärte Bewertungsfragen der Unternehmen.

- Ungeklärte Ansprüche von Alteigentümern.

- Vorbehalte ausländischer Investoren angesichts der desolaten Wirtschaftslage in Polen.

- Weitgehende Präferenz der polnischen Investoren für den Handelsbereich aufgrund des obengenannten chronischen Kapitalmangels. Hier ist das Risiko bei Investitionen geringer als bei längerfristigen Kapitalanlagen in der Industrie. (15)

Der Binnenmarkt

Die Preisfreigabe nach dem Balcerowicz-Plan am Jahresbeginn 1990 führte zu folgenden Preissteigerungen: Lebensmittel waren zum Teil doppelt so teuer wie Ende 1989. Der Preis für Steinkohle stieg um 600%, für Strom und Erdgas um 400%, für die Personenbeförderung um 250%, für die Güterbeförderung um 200%, für die Post um 150% und für das Telefon um 100%.

"Ein Kilo Brot kostete 2.400 Zloty, ein Liter Benzin 2.000 Zloty, und dies bei einem Mindestlohn von 160.000 Zloty und dem Durchschnittslohn eines Industriearbeiters von 500.000 Zloty (rund 100,-DM) pro Monat. "(16)

Der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten ist 1990 weiter gefallen. Durch die Lohnbegrenzungen des Balcerowicz-Plans mußte 1990 ein Reallohnverlust von 28% hingenommen werden. (17) Durch diese Einkommensverluste wurde der Konsum merklich eingeschränkt.

"Außerdem veränderten die privaten Haushalte sehr stark ihre Ausgabenstruktur. Für den Erwerb von Nahrungsmitteln mußten immer mehr Mittel aufgewendet werden. Bereits im 1. Halbjahr 1990 entfielen in Arbeitnehmerhaushalten auf Nahrungsmittel 52,6% der Gesamtausgaben (Vergleichszeitraum 1989: 37,5%)." (18)

Zwar sind die typischen Angebotsengpässe der realsozialistischen Ära verschwunden; die Regale in den Läden füllten sich; dafür sind aber viele höhere Konsumgüter aufgrund der explodierenden Preise für den Durchschnittsverdiener unbezahlbar geworden. Weil die Realeinkommen ständig sinken, stoßen die Industrie und der Handel inzwischen an die Höchstgrenze der Nachfrage. Die Lager füllen sich mit nicht verkauften Waren. Die Betriebe suchen nach verschiedenen Absatzmöglichkeiten außerhalb der Handelskette und begrenzen die Produktion ..." (19)

Die industrielle Produktion ging deshalb in fast allen Branchen zurück, sowohl im gesamten Jahreszeitraum 1990, als auch von Januar bis März 1991 mit leicht abnehmender Tendenz. Während die Erzeugung im staatlichen Sektor um durchschnittlich 25% fiel, stieg die von Klein- und Mittelbetrieben dominierte private Industrieproduktion um 8,5%. Auch in diesem Bereich gibt es Ähnlichkeiten mit Ungarn, wo ebenfalls nur Klein- und Mittelbetriebe positive Wachstumsraten verzeichnen können. (20)

Die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch "von knapp 10.000 am Jahresanfang auf 1,124 Millionen am Jahresende, obwohl im privaten Bereich annähernd 600.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden ..."

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres nahm die Arbeitslosenzahl weiter um 135.000 auf 1,259 Millionen zu. Das entspricht nach polnischen Angaben einer Arbeitslosenquote von 9%. Bis zum Jahresende wird eine Arbeitslosenzahl von annähernd 2 Mio. erwartet.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung beträgt

- in den ersten 3 Monaten 70% des letzten Arbeitslohnes

- in den weiteren 6 Monaten 50% des Arbeitslohnes und

- nach 9 Monaten 40% des Arbeitslohnes. (21)

Ob mit diesen Unterstützungssätzen Arbeitslose angesichts der hohen Reallohnverluste und massiven Preissteigerungen noch ihr Existenzminimum bestreiten können, ist mehr als fraglich.

Durch die Kürzung der Subvention und die gesunkenen Reallöhne konnte die polnische Regierung 1990 den Staatshaushalt vorläufig konsolidieren. Nach dem Vorjahrsdefizit von 3% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt weist der Staatshaushalt für 1990 nach vorläufigen Ergebnissen einen Überschuß von 0,5% auf. Dieser Überschuß läßt sich 1991 kaum wieder wiederholen. Eine Schätzung der FAZ-Länderanalyse geht für 1991 von einem Defizit von etwa 1,5% des Bruttoinlandsprodukts aus. (22)

Der Außenhandel

Durch die einschneidenden Maßnahmen des Balcerowicz-Plans sank 1990 die Inlandsnachfrage drastisch und damit gleichzeitig auch der Import. Im ersten Halbjahr 1990 ging das Einfuhrvorkommen um mehr als 30% zurück. Wegen der schlechten Absatzmöglichkeiten ins Inland verstärken die polnischen Unternehmen gleichzeitig ihre Exportanstrengungen in den Westen. Ähnlich wie in Ungarn förderte die Abwertung des Zloty die Exporte und drosselte die nun verteuerten Importe. (23)

Die starken Preiserhöhungen sowie die Umstellung des Handels auf sogenannte Hartwährung 1991 verteuerten die Exporte und verschlechterten damit die Ausfuhrchancen. "Während die Exporte rückläufig waren (Januar - März - 3,9%), sind die Importe kräftig gestiegen (Januar - März +27,1%)." (24)

Dieser Trend wird nach Prognosen der FAZ-Länderanalyse und der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen auch das ganze Jahr 1991 anhalten, so daß wieder mit einem Handelsbilanzdefizit zu rechnen ist. (25)

"Nachdem 1991 der Außenhandel mit den Ländern des früheren Ostblocks weitgehend auf Hartwährungen umgestellt worden ist, traten sowohl in der Waren- als auch in der Regionalstruktur der polnischen Ein- und Ausfuhren deutliche Veränderungen ein. Polen richtete seinen Außenhandel immer stärker auf die Westmärkte aus, insbesondere auf die EG. Schon im 1. Quartal 1991 steigerte das Land seine Ausfuhren dorthin um 25,5%. Zugleich stiegen die polnischen Bezüge aus der Gemeinschaft um 63%. Die Exporte in die bisherigen RGW-Länder sanken hingegen um 45% und die entsprechenden Importe um 6,3%." (26)

Dies ist ein Ergebnis der sowjetischen Wirtschaftskrise (insbesondere der Liquiditätsprobleme) sowie der tiefen Rezession bedingt durch den marktwirtschaftlichen Umbau in den anderen osteuropäischen Ländern. (27)

Mit der polnischen Westorientierung wird sich auch die Güterstruktur des Handels ändern. In der Ausfuhr wird die relative Bedeutung von Maschinen und Ausrüstungsgütern, die bisher vornehmlich in RGW-Länder geliefert wurden, aufgrund der mangelnden Konkurrenzfähigkeit sinken. Überdurchschnittlich zunehmen werden dagegen die Ausfuhren der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sowie die Lieferungen von Rohstoffen und Vorerzeugnissen. In der Einfuhr wird der Bedarf an westlichen Investitionsgütern zur Modernisierung der polnischen Industrie erheblich wachsen. Die Sowjetunion wird trotz der gegenwärtigen Probleme wichtigster polnischer Lieferant für Energierohstoffe bleiben. (28)

Ähnlich wie in Ungarn hat auch in Polen die BRD den bisher wichtigsten Handelspartner UdSSR sowohl im Import als auch im Export abgelöst.

"Auf den deutsch-polnischen Handel entfallen bereits über 20% des gesamten polnischen Außenhandelsumsatzes und fast 40% desjenigen mit den westlichen Industrieländern." (29)

Bei den deutschen Exporten dominierten 1990 Maschinenbauerzeugnisse. Unter den einzelnen Zweigen des Maschinenbaus waren Werkzeugmaschinen führend, gefolgt von Pumpen und Druckluftmaschinen, Textilmaschinen, Büromaschinen sowie Nahrungsmittelmaschinen. Weitere bedeutende Warengruppen waren Gewebe, elektrotechnische Erzeugnisse, Kunststoffwaren sowie Kraftstoffe und Schmieröle. Eine verstärkte Arbeitsteilung scheint sich in der Textilindustrie zu entwickeln: Einerseits werden Gewebe nach Polen exportiert, dort zu Kleidung verarbeitet und dann wieder in die BRD importiert. (30)

Kleidung war deshalb 1990 das wichtigste deutsche Importprodukt aus Polen, gefolgt von Holzwaren, Steinkohle, Maschinen und chemischen Vorerzeugnissen. Bei den Eisenwaren verlagerte sich ein Teil der Einfuhr von Vorerzeugnissen auf Enderzeugnisse.

Ähnlich wie Ungarn wird auch Polen große Probleme mit dem Erdölimport bekommen, da die Sowjetunion es jetzt zu Weltmarktpreisen auf Dollarbasis verkauft. Außerdem muß Polen 2/3 des jährlichen Bedarfs auf dem Weltmarkt kaufen, da die UdSSR aufgrund ihrer Wirtschaftskrise nur 1/3 des Bedarfs zugesagt hat. (31)

Der Umfang der Direktinvestition ist ähnlich wie in Ungarn noch sehr gering. Zwar erhöhte sich 1990 die Anzahl der genehmigten Joint Ventures von 864 auf 2616. (In den ersten beiden Monaten dieses Jahres kamen weiter 450 hinzu.)

"Die hohe Zahl ist bisher aber keineswegs mit einem starken ausländischen Kapitalfluß nach Polen verbunden. Denn in der Regel handelt es sich bisher um Kleinengagement - häufig Handelsgesellschaften - mit einer Kapitaleinlage von weniger als 0,1 Mio Dollar. Das Gründungskapital aller Joint Ventures betrug Ende 1990 insgesamt nur 506,2 Mio. Dollar, von denen wiederum 352,6 Mio. Dollar auf die ausländischen Investoren entfielen." (32) Führend bei den Joint Ventures sind deutsche Firmen mit 981 Joint Ventures. Danach folgen schwedische und amerikanische Unternehmen.

Frank Schelm

Anmerkungen:

1) FAZ-Informationsdienste, Länderanalysen Polen, April 1991, S. 5-6

2) ebenda S.4

3) vgl.: Friedhelm Wachs: Mit Gewalt und Reform aus der Krise; S. 242-252, in: Die Armut der Nationen, Hrg.: Altvater, Hübner, Lorentzen, Rojas; Berlin 1987

4) FAZ-Länderanalyse, S. 16/17

5) ebenda, S.17

6) ebenda, S. 15/16

7) ebenda, S. 17

8) ebenda, S.6/7

9) Andreas Polkowski: Polens Wirtschaft an der Wende zu den neunziger Jahren, HWWA 1990, S. 104/105

10) ebenda, S. 104/105

11) ebenda, S. 104/105 sowie Weltgeschehen und Berichte zur Weltpolitik, IV 1990

12) Polen zur Jahresmitte 1991, Mai 1991, von Udo-Peter Bartsch, Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai), S. 2. Der Autor berichtet von ähnlichen Tendenzen in den bfai Berichten. Polen zur Jahresmitte 1990, S. 2 sowie Polen am Jahreswechsel 1990/91, Januar 91, S. 3/4

13) Polkowski, S. 105

14) FAZ-Länderanalyse, S. 8

15) ebenda, S. 8

16) Weltgeschehen, IV 90, S. 40 (Die Umrechnung von Zloty in DM ist ungenau. Zum betreffenden Zeitpunkt entsprechen ca. 6.500 Zloty einer DM, 500.000 Zloty also ca. 75 DM. - Anm. ak)

17) FAZ-Länderanalyse, S. 9

18) Polen am Jahreswechsel 1990/91, Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai), Januar 1991, von Udo Peter Bartsch

19) Polkowski, S. 103

20) FAZ-Länderanalyse, S. 9/10

21) Polkowski, S. 88

22) FAZ-Länderanalyse, S. 12

23) FAZ-Länderanalyse, S. 12/13

24) bfai, Mai 91, S. 3

25) vgl. bfai, S. 3; FAZ-Länderanalyse, S. 12

26) bfai, S. 3

27) FAZ-Länderanalyse, S. 13

28) ebenda, S. 14

29) bfai, Mai 91, S. 3

30) FAZ-Länderanalyse, S. 20

31) vgl. ebenda, S. 14

32) ebenda, S. 15

10. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Das Erbe der UdSSR erzwingt Zusammenarbeit Andreas Skrypietz

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:38

Fast siebzig Jahre nach ihrer Gründung hat die UdSSR aufgehört zu existieren. Mit dem Beschluß, einen Staatenbund zu gründen, haben zehn ehemalige Sowjetrepubliken formal und faktisch der Sowjetunion das Ende bereitet. Dem bisherigen Staatschef Michail Gorbatschow wurde am 21. Dezember - dem Geburtstag eines gewissen Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili - die Aufgabe nahegelegt. Aber der Zusammenschluß dieser Staaten ist nicht gerade freiwillig.

Spätestens nach dem Doppelputsch vom August letzten Jahres wurde offensichtlich, daß die bisherigen Republiken so schnell wie möglich die Zentrale loswerden wollten. Einer der Hauptbetreiber war und ist der russische Präsident Jelzin. Mit ihm wollen die Ukraine und Belorußland in die EG marschieren. So lautet jedenfalls das langfristige Ziel. Vordergründig soll erst die Marktwirtschaft eingeführt und das alte System grundlegend beseitigt werden.

Erster Akt: Der Vertrag von Brest

Eigentlich sollte der bisherige Verbund der Republiken ganz aufgelöst werden. Die Präsidenten von Rußland, Belorußland und der Ukraine beschlossen in Brest im November letzten Jahres ein Bündnis der slawischen Republiken. Es hatte den Anschein, daß sich die drei europäischen Republiken, die ökonomisch stärksten der alten Union, vom Rest der Union verabschieden wollten. Zum eigenen Nutzen wollte mensch die vermeintlichen Kostgänger im Osten und Süden der alten SU loswerden und sich stärker als bisher dem Westen, der europäischen Gemeinschaft, zuwenden.

Doch die übrigen Republiken spielten nicht mit. Sie beklagten zu Recht, daß nicht ein Land - Rußland - das Erbe der SU für sich beanspruchen könne, die daraus resultierenden Pflichten aber außer acht lassen wolle. Kasachstan meldete sofort seinen Beitrittswunsch an und brachte drohend das atomare Potential des Landes ins Gespräch. Aber auch die übrigen Republiken fühlten sich von Jelzin verschaukelt.

Denn lange war dieser ihr mächtigster Fürsprecher im Kampf gegen die Zentrale unter Gorbatschow, doch dieses Bündnis erschien jetzt als reine Taktiererei, um nach der Krone der Vorherrschaft greifen zu können.

Aber auch das Gerede von der Wiedererstehung der slawischen Nation, der Gedanke an eine rein slawische Gemeinschaft erschreckte die übrigen Völker der alten SU. Denn damit wurden überwunden geglaubte Vorstellungen der zaristischen Epoche wieder ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die nichtslawischen Nationen der alten Union sahen sich schon mit einer Neuauflage des Romanowschen Politikverständnisses konfrontiert.

Der zweite Akt: der Vertrag von Alma Ata

Im Dezember wurde dann in Alma Ata, der Hauptstadt Kasachstans, ein neuer Vertrag geschlossen, der zehn der bisherigen Republiken umfaßt. Neben dem slawischen Dreierbund traten noch Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kyrgystan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan der neuen Gemeinschaft bei. Diese Gemeinschaft soll ausdrücklich keinen staatlichen Charakter haben. Sie hat weder eine Hauptstadt noch eine Staatsbürgerschaft. Nach außen hin wurde signalisiert, daß die GUS alle Verpflichtungen der ehemaligen UdSSR übernähme, aber Konkreteres wird von Fall zu Fall auszuhandeln sein. Denn schon streiten sich die neuen alten Partner über die Aufteilungsquoten der alten Schulden. Aber auch alle anderen Bereiche der anvisierten Zusammenarbeit sind noch völlig unklar. Und über allem thront der russische Präsident, kraft der ökonomischen und politischen Stärke Rußlands.

Das dieser das Gewicht Rußlands ausnutzen würde, wurde schon bei Beginn des neuen Bundes klar: Rußland reklamierte für sich den ständigen Sitz der ehemaligen UdSSR im UNO-Sicherheitsrat, Rußland garantierte gegenüber dem Ausland die Schuldentilgung der Kredite der alten SU, Rußland versicherte dem Westen die Kontrolle über die Nuklearwaffen der alten Union usw. Da blieb es nicht aus, daß Nasarbajew, der Präsident Kasachstans, Krawtschuk, der Präsident der Ukraine, und Schuschkewitsch, der Präsident Belorußlands, die Atomwaffen auf ihrem Staatsgebiet ins Spiel brachten und auf die Auflösung der Sowjetarmee drängten. Für

Kasachstan ist die Verfügung über die Atomwaffen eines der wenigen Druckmittel gegen Jelzins Politik. Wie die Durchführung der Preisreform in Rußland zeigt, werden die übrigen Mitglieder dieses Bundes Druckmittel benötigen, um dem russischen Großmachtanspruch Einhalt zu gebieten.

Der Alltag der GUS

Die russische Regierung beschloß im Alleingang, die Preisbindung aufzuheben, obwohl in Alma Ata die Beibehaltung einer einheitlichen Wirtschaftszone beschlossen worden war. Etwas ausführlicher: Noch ist der Rubel das alleinige Zahlungsmittel auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR. Sicher, er ist nicht besonders beliebt, da er unter einem immensen inflationären Druck steht. Dennoch ist er die Berechnungsgröße für alles, was wirtschaftlich und finanztechnisch auf offizieller Ebene läuft. Zwar überlegen verschiedene ehemalige Republiken, eigene Währungen einzuführen, doch fängt dieser Prozeß gerade erst an. Auch muß bedacht werden, daß die Ökonomien der Republiken auf Rubelbasis funktionieren. Alle Austausch- und Preisverhältnisse sind über den Rubel bestimmt.

Im Vertrag von Alma Ata haben nun die unterzeichnenden Präsidenten beschlossen, daß sie sowohl eine Wirtschaftsgemeinschaft anstreben, als auch den Rubel als alleiniges Zahlungsmittel erhalten wollen. Dennoch geht Rußland ohne Absprache daran, die Preisbindung aufzuheben. Folglich sind alle übrigen Republiken diesem Sog gleichermaßen ausgesetzt. Die Ukraine versucht durch die Ausgabe von Kupons, die mehr wert sind als der Rubel, die Kaufkraft seiner BürgerInnen zu erhalten und den Abfluß von Waren gen Rußland zu verhindern, Kasachstan und andere Republiken machen den Schritt - notgedrungen - mit, um ihn allerdings am folgenden Tage einzuschränken oder - wie in Usbekistan und Kyrgystan - wieder ganz außer Kraft zu setzen. Allein an diesem Punkt wird deutlich, daß die Regierung Jelzin nur auf ihr Land schaut und die Auswirkungen auf die übrigen Staaten nicht beachtet resp. schulterzuckend zur Kenntnis nimmt.

Die Ukraine versucht derzeit als einziger Partner in der GUS eine eigene Währung einzuführen. Krawtschuk und seine Regierungsmannschaft erhoffen sich davon bessere Ausgangsbedingungen für den Handel mit den westlichen Staaten, aber auch ein Ende der Sogwirkung des inflationären Rubels. Wie allerdings eine eigene ukrainische Währung auf dem internationalen Devisenmarkt und auch im eigenen Land Vertrauen erwecken soll, weiß niemand. Es ist ein ungedeckter Wechsel, getragen von der Maxime: "Bloß weg vom Rubel", in der Hoffnung, darüber die eigene Ökonomie etwas zu stabilisieren. Allerdings hat die Ukraine - ähnlich wie Rußland und die baltischen Staaten - eine eigenständige Wirtschaft. Sie ist in der Landwirtschaft nicht monokulturell ausgerichtet und verfügt im Produktionsmittelbereich über diverse Industriezentren und mit dem Donezbecken über eines der ergiebigsten europäischen Kohlereviere. Sie ist nur auf dem Papier eine eigenständige Ökonomie, denn nach wie vor ist sie ein enger Bestandteil der Arbeitsteilung innerhalb der alten Union. Es ergeben sich zwar gute Startbedingungen für die Ukraine als eventuell eigenständige Ökonomie, aber diese Bedingungen sagen nichts über die nach wie vor existierende Verknüpfung mit den übrigen Ökonomien der alten SU.

So existieren zwar die formalen Strukturen nicht mehr, die Betriebe aber arbeiten nach wie vor auf der Grundlage der alten Verträge. Folglich können sie auch nicht mehr richtig arbeiten, da die gesamte Lieferstruktur mit den Betrieben in den übrigen Republiken über das Aufkündigen der alten Verbindlichkeiten zusammengebrochen ist. Verstärkend kommt hinzu, daß viele Betriebe im Handel innerhalb der GUS nur noch harte Devisen, sprich Dollar, DM oder Yen akzeptieren.

Der Alltag innerhalb der GUS unterscheidet sich in nichts von dem in der UdSSR. Außer, daß sich der Grad des Undurchsichtigen, des Sich-Durchwursteln noch vergrößert hat. Und in alledem agiert die Mafia als Staatsersatz in Union mit Teilen der alten Nomenklatura. Glückliches Rußland, pflegte mensch in Zeiten von Katharina der Zweiten dazu zu sagen.

Großmachtträume

Eines ist bei der derzeitigen Konstellation der Nachfolgestaaten der UdSSR offensichtlich: der russische Großmachtanspruch. So will sich Jelzin fast in jeder Situation als Alleinerbe des sowjetischen Imperiums darstellen. Besonders war dies bei seinen Auslandsaufenthalten der letzten Tage zu erkennen. Sei es in den USA, Canada, Frankreich oder GB, überall der Versuch, in die Fußstapfen Gorbatschows zu treten. Ob ihm dies gelingt, sei im Moment dahingestellt, fest steht aber, daß dies bei seinen neuen alten Partnern in der GUS auf arges Mißtrauen stößt.

Denn auch innerhalb der GUS versucht die Regierung Jelzin, den Ton anzugeben. Sei es die Art und Weise der Preisreform, das Festhalten an der Sowjetarmee als Einheit um fast jeden Preis, der Streit mit der Ukraine um die Schwarzmeerflotte, stets wird versucht, russische Interessen als die alleinigen gelten zu lassen. Nach denen der neuen Partner wird - ganz wie in alten Tagen - nicht gefragt, es sei denn, sie drohen mit ihren A-Waffen. Eine Politik auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und Anerkennung kann mensch dies wohl kaum nennen. Oder mensch ist der Auffassung, was für Rußland gut ist, sei auch gut für den Rest der Gemeinschaft.

Im Umgang mit den asiatischen Republiken wird klar, daß Jelzins Regierung sie als Ballast betrachtet, den sie eigentlich so schnell wie möglich loswerden möchte. Doch dies ist nicht so einfach, denn der Westen will Rußland als Vermittler, Ordnungsfaktor oder als Bollwerk, je nach politischer Lesart, gegenüber den islamischen Staaten der GUS. Aber auch im Inneren Rußlands ist aus Sicht des Westens eine Zentralmacht eher zu begrüßen. Mit einem Geschäftspartner ist halt besser zu handeln als mit vielen kleinen, die obendrein noch divergierende Interessen haben. Außerdem versauen viele Partner in der Regel das Geschäft.

Die russische Wirtschaft ist von der Verfügung über die Rohstoffe in Sibirien und im Süden des Landes abhängig. Würde mensch dort auch die Prinzipien von Selbstbestimmung gelten lassen, die in der übrigen GUS Anwendung finden, dann käme der Devisenfluß in die Kassen Jelzins bald zum Erliegen. Gold, Diamanten, Kohle, Erdöl und viele Metalle liegen nun einmal in Sibirien begraben, meistens unter der Erde zahlreicher Autonomer Gebiete, die die Bodenschätze für sich beanspruchen. Auf lange Sicht wird dieses Problem nicht durch die Ignoranz der Regierung Jelzin zu lösen sein.

Neben dem Gebaren der Regierung tritt auf den Straßen Rußlands, insbesondere Moskaus, der großrussische Chauvinismus immer offener zu Tage. Da läßt mensch auf Demonstrationen Peter den Großen, Stalin und den Moskowiter Patriarchen hochleben und es wird an die gute, alte Zeit erinnert, die es angeblich unter diesen Menschen gegeben habe. Hinter dieser Sehnsucht, der Hoffnung auf bessere Zeiten stecken auch die Träume von einer ungebrochenen russischen Vorherrschaft. Gerade das Bündnis mit der russisch-orthodoxen Kirche muß jedem einigermaßen liberal denkenden Menschen einen Schrecken in die Glieder jagen.

Kaum eine Ausrichtung des christlichen Glaubens ist derartig eng mit dem Staat und seinen Zielen verflochten. Unter einer aggressiven Verzichtsideologie gelang es der Kirche nicht nur, ihre Reichtümer zu mehren, sondern auch sich selbst als staatstragend zu etablieren. Egal ob es irgendwelche Romanows, Stalin oder Gorbatschow waren, sie alle appellierten an die Kirche, um Unterstützung für ihre Politik beim Volk zu bekommen. Zugleich tritt die russisch-orthodoxe Kirche unter ihrem derzeitigen Patriarchen Alexij II. als rückwärtsgewandte Kraft auf.

Alle Versuche, sich den westeuropäischen Vorstellungen von Gesellschaftsordnung, Kultur und Moral zu öffnen, steht sie ablehnend bis offen feindlich gegenüber. Sie ist eine der Kräfte, die an einem wiedererstarkten slawisch ausgerichteten Rußland ein massives Interesse haben, würde es doch ihre eigene Machtposition entscheidend verbessern, verglichen mit den Verhältnissen in manchen westeuropäischen Staaten.

In der Not frißt der Teufel Fliegen

Die Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten hat zwar in ihren Gründungsdokumenten und in späteren Verlautbarungen erklärt, daß es sich bei dieser Gemeinschaft um ein freiwilliges Staatenbündnis handeln würde. Doch wie die nähere Betrachtung zeigt, ist dies aufgrund der gemeinsamen Vergangenheit als UdSSR mit dieser Freiwilligkeit nicht besonders weit her. So würden die drei von Brest (Rußland, die Ukraine und Belorußland) lieber allein ihren Weg gen Europa machen. Die fünf zentralasiatischen neuen Staaten wollen eng mit Rußland verbunden sein, um nicht allzu schnell auf den Status von Trikontstaaten zurückgeworfen zu werfen. Die übrigen wollen sich solange an den Partner Rußland halten, bis ihre eigene Position in der Welt gefestigt ist und die gröbsten Wirren des Auseinanderbrechens der UdSSR überstanden sind. Die Dauer dieses Zeitraumes kann niemand bestimmen, und genau dies sind auch die Befürchtungen der Regierung Jelzin, nämlich auf ewig und drei Tage diese Staaten im Bündnis zu haben.

Die GUS ist eine Zwangsgemeinschaft. Gebildet aus dem Willen, nie wieder ein gemeinsames politisches Zentrum zu haben und aus der momentanen Überzeugung, allein noch nicht in der Welt des Kapitalismus existieren zu können. Aber diese Gemeinschaft ist brüchig. Nicht nur aufgrund der Begehrlichkeiten der angrenzenden Staaten, sondern auch aufgrund der inneren Widersprüchlichkeit und der Ablehnung jeglichen

großrussischen Chauvinismus. Allein die aufkommende Debatte um die zwischenstaatlichen Grenzen der GUS birgt Sprengstoff genug, um dieses Gebäude zum Einsturz zu bringen. Aber auch die ungeklärten Fragen der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zusammenarbeit sind so brisant, daß sie von keinem der derzeitigen Präsidenten freiwillig angesprochen werden. Eine Ausnahme bildet allein Boris Jelzin, dies allerdings hauptsächlich, um durch möglichst frühes Aufwerfen von derlei Fragen die Antworten im russischen Sinne geben zu können. Ob dies für den asiatischen Teil der GUS Sinn macht, ist anzuzweifeln. Zur Zeit sind sie auf Jelzin angewiesen, fragt sich nur, wie lange noch?

Andreas Skrypietz

11. Überleben - aber wie? Nach der Freigabe der der Preise in der Ex-UdSSR

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:09

Mit dem Beginn des neuen Jahres haben sich die Lebensbedingungen der Menschen in Rußland drastisch verändert. So scheint es jedenfalls nach der bedingten Freigabe der Preise für Waren und Dienstleistungen in Rußland. Vom 23. Januar an haben sich die Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch, Butter und Kartoffeln verdrei- bis vervierfacht, ebenso die Preise für den öffentlichen Transport und Benzin; Wodka ist fast fünfmal teurer geworden. Diese Preise gelten allerdings nur für die staatlichen Läden und die angeführten Waren, alles andere unterliegt den Gesetzen des sog. freien Marktes. Völlig unklar ist, ob und wann Löhne und Renten an das neue Preisniveau angepaßt werden.

Für den russischen Präsidenten Jelzin und seine Reformen hat mit dem 1. Januar das Zeitalter der Marktwirtschaft in Rußland begonnen. Mit der bedingten Freigabe der Preise für Grundnahrungsmittel sowie einige Güter des täglichen Bedarfs und der Aufhebung der staatlichen Preiskontrolle für alle weiteren Waren und Dienstleistungen ist der erste Schritt in Richtung Marktwirtschaft getan. Diese Überlegungen ihrer Regierung sind den Leuten dagegen einerlei, für sie ist interessant, was es wo, in welchem Umfang, zu welchem Preis zu kaufen gibt.

Im Dezember hatten die Planer der Preisreform die Hoffnung genährt, daß sich durch eine spürbare Anhebung der Verbraucherpreise auch das Warenangebot in den Läden verbessern würde. Begründet wurde diese Hoffnung mit der Annahme, daß die Grossisten und Produzenten die Produkte in Erwartung höherer Preise bislang zurückgehalten hätten. Doch bislang wurde diese Hoffnung nicht eingelöst. Die Menschen standen vor den gleichen leeren Regalen resp. dem gleichen spärlichen Warenangebot, nur die Preisschilder waren anders, mit astronomischen Zahlen gespickt. Für ein Kilo Weißbrot gleicher Qualität wie am Ende des Jahres mußten jetzt 150 Kopeken über den Ladentisch geschoben werden. Im Dezember waren es noch 52 gewesen. Doch diese Preissteigerung ist für einen großen Teil der Menschen zu bezahlen, soweit sie nicht auf eine Rente oder andere staatliche Zuwendungen angewiesen sind.

Die durchschnittliche Rente beträgt in Rußland derzeit 342 Rubel im Monat, wovon Miete, Nahrungsmittel und alles weitere bezahlt werden muß. Bei den derzeitigen Preisen und der nach wie vor undurchsichtigen Versorgungslage insbesondere in den großen Städten des Landes stehen viele RentnerInnen, aber auch StudentInnen vor einem echten Überlebenskampf. Denn gerade in den Städten ist es nicht ausschließlich eine Frage der Versorgungslage, sondern der Preise, ob der Versuch, etwas einzukaufen, erfolgreich ist oder nicht. Denn wenn ein staatlicher Laden gerade keine Milch führt, heißt es nicht, daß es sie nicht gibt. Im benachbarten - privaten - Kiosk wird sie für 14 Rubel pro Liter angeboten. Umgerechnet auf das Lohn-Preisverhältnis in der BRD müßte ein Liter Milch ca. 100 DM kosten. Ähnlich läuft es mit fast allen anderen Produkten, die in den staatlichen Läden nicht zu haben sind.

Transportchaos - Versorgungskrise - Hunger

Täglich erreichen uns Meldungen über die Medien, daß in der ehemaligen UdSSR ein Hungerwinter drohe, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht gesichert sei. Diese Meldungen sind sowohl richtig wie falsch. Fakt ist, daß es in den großen Städten des Landes zu Versorgungsengpässen mit allem möglichen gekommen ist und auch weiterhin kommt. Gleichzeitig ist zu erfahren, daß Lagerhäuser der Kommunen und Kolchosen bis an die Decke gefüllt sind, daß die staatlichen Verteilungsstellen mit Waren aller Art eingedeckt sind. Dennoch gelangen sie nicht auf den Markt, jedenfalls nicht in die staatlichen Läden.

Ein Grund ist das organisierte Verbrechen, die Mafia. Die Straßen Moskaus beispielsweise werden derzeit von acht Banden beherrscht, die den gesamten privaten Handel, den Straßenverkauf und den Schwarzmarkt kontrollieren. Da werden die Inhalte ganzer Lagerhäuser am staatlichen Handel vorbei verschoben. Leidtragende sind die BezieherInnen kleiner Einkommen. Daneben versucht sich - mit oder auch gegen die Mafia - die alte Nomenklatura Einkünfte und Einfluß zu sichern. In einigen Landesteilen entwickelt sie sich zu einer halbstaatlichen Form der Mafia. Zusätzlich gibt es Verteilungs- und Koordinationsprobleme, die aus dem Zusammenbruch der alten Strukturen und Verträge resultieren (siehe nebenstehenden Artikel).

Die Befürchtungen, daß einige Städte Rußlands den Winter nicht ohne Hungertote überstehen werden, ist nicht unbegründet. Sie resultiert allerdings weniger aus dem konkreten Mangel an Lebensmitteln als vielmehr aus dem Umstand der katastrophalen Verteilung in Kombination mit astronomischen Preisen. Nach der fast völligen Aufhebung der staatlichen Kontrolle in diesem Bereich kann jede Kolchose, jeder Betrieb eigenverantwortlich darüber entscheiden, was er resp. sie produziert und zu welchen Bedingungen - sprich Preisen - etwas verkauft wird. Oder aber getauscht. Denn viele Betriebe aus dem Bereich Rüstungs- und Schwerindustrie, aber auch zahlreiche andere versuchen über den Tauschhandel ihre Belegschaften mit Lebensmitteln und ähnlichem zu versorgen. Die Kolchosen und andere Betriebe der Lebensmittelverarbeitung erhalten dafür entweder bevorzugt Ersatzteile und Maschinen oder andere Güter, die sich auf dem Tauschmarkt lukrativ einsetzen lassen. Diese Form der Schattenwirtschaft ist derzeit der einzige Bereich der Ökonomie, der Wachstumsraten zu verzeichnen hat.

Egal, ob es sich um die Versorgung des Einzelhaushaltes oder die einer ganzen Betriebsbelegschaft handelt: "Gibst Du mir, was ich gebrauchen kann, gebe oder besorge ich Dir, was Du brauchst", lautet in weiten Teilen des Landes die Geschäftsdevise. Schlecht dran in diesem Geschäft sind die schon des öfteren erwähnten RentnerInnen und StudentInnen, aber auch alle, die im Bereich Verwaltung, Forschung, Wissenschaft und Lehre arbeiten. Sie haben kaum reale Tauschobjekte zu bieten. Allerdings haben die zuletzt Genannten sehr oft die Möglichkeit, neben ihren Hauptberufen noch anderen bezahlten Tätigkeiten nachzugehen. So gibt es in Moskau und St. Petersburg (warum in drei Teufels Namen eigentlich der Name eines Heiligen?) sehr viele Menschen, die über zwei oder drei Einkommen verfügen. Sie nennen oft über 1.000 Rubel im Monat ihr eigen und sind somit auch dazu in der Lage, die Preise auf dem freien Markt zu zahlen. Die Hauptopfer der Preisentwicklung sind die, die der Sowjetunion ihren größten Sieg einbrachten: Es sind die HeldInnen des Großen Vaterländischen Krieges, des Sieges über den Faschismus. Sie sind auf die staatliche Rente angewiesen, und die wird derzeit von den Preisen schneller gefressen als der Sand, der einem zwischen den Fingern zerrinnt.

Hausgemachte Krisenverstärker

Bei der Debatte um die Versorgungslage in der GUS darf eines nicht ganz außer acht gelassen werden: die private Lagerhaltung der einzelnen Haushalte. Gewarnt durch jahrelange Erfahrung mit dem wechselhaften Angebot diverser Güter, legen sich eigentlich alle Haushalte in der ehemaligen SU mehr oder weniger große Verräte von allem möglichen an. Sei es Dauerwurst, Konserven, Seife, Zuk- ker, Kerzen oder ähnliches. Alles wird gehortet, wenn es auf den Markt kommt. Erstens ist es immer ungewiß, wann und ob es Nachschub gibt, und zweitens wird stets etwas für den privaten Tauschhandel benötigt. Gerade in Städten wie Moskau und St. Petersburg mit ihren Erfahrungen aus dem Kampf gegen den deutschen Faschismus ist diese Vorratshaltung weit verbreitet, aber auch in allen anderen großen Städten der GUS anzutreffen. Sie ist sicherlich kein Krisengrund, trägt aber dennoch zur Verschärfung der angespannten, undurchsichtigen Versorgungslage bei. Träte auf diesem Gebiet eine spürbare Entspannung ein, würde auch die private Hortung von haltbaren Lebensmitteln zurückgehen.

Auch auf staatlicher Ebene gibt es diese "hausgemachten" Probleme. So erfüllt seit Wochen die russische Regierung einen Tauschvertrag mit Frankreich nicht mehr. Dieser sah vor, daß die UdSSR Erdölprodukte liefert und Frankreich im Gegenzug Fleisch und Zucker. Die russische Regierung weigert sich, das russische Erdöl für Fleisch und Zucker zu liefern; Waren, die der gesamten Union zugute kommen sollen. Ergo gibt es gar nichts. Dieses Verhalten trägt weder zur Entspannung der Versorgungslage bei noch zu einem besseren Verhältnis der GUS-Staaten untereinander.

Erst einmal ist die Aufhebung der staatlichen Preiskontrolle der Versuch, die überhängende Kaufkraft in Rußland und den übrigen GUS-Staaten abzuschöpfen. Diese wird auf 300 Millionen Rubel geschätzt. Allerdings wird davon bald nichts mehr übrig sein. Denn der aktuelle Haushaltsplan der russischen Regierung geht von einer Inflationsrate von 400% für das laufende Jahr aus. Diese kann allerdings nur eingehalten werden, wenn die russische Regierung die Rubelemission unterbindet, wenn das Warenangebot steigt und die Produktivität der Wirtschaft insgesamt zulegt. Es ist im Moment aber nicht zu erkennen, daß auch nur einer dieser Punkte in diesem Jahr realisiert werden kann, zu groß sind die Probleme, zu groß die Widersprüche innerhalb der verschiedenen Regierungen.

Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die Inflationsrate in diesem Jahr auf 1.000% ansteigen wird. Diese Zahlen erinnern sehr stark an südamerikanische Verhältnisse. Die Regierungen der GUS-Staaten verlieren pro Prozentpunkt steigender Inflationsrate immer mehr an Handlungsspielraum, sie geraten in die Gefahr, zu Handlangern, Erfüllungsgehilfen von IWF, Weltbank und westeuropäischen Bankenkonsortien zu werden. Das Schicksal der Menschen in diesen Staaten ist damit endgültig besiegelt, der Sieg des Imperialismus perfekt.

Andreas Skrypietz

12. Schüttelfrost: Die Rote Armee in Auflösung

Rubrik: Militarismus; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:49

Nach Auflösung der Sowjetunion ist die international brisanteste Frage die Auflösung der sogenannten 16. Sowjetrepublik, der Roten Armee. Die ehemalige Sowjet- Armee besteht nach unterschiedlichen Angaben aus 3,5 bis über 4,5 Mio. Mann, sie soll 27.000 bis 35.000 Atombomben besitzen. Der Armee-Etat soll noch vor wenigen Jahren 900 Mrd. DM jährlich betragen haben.

Wo war der schwarze Koffer?

Das erste Mal brach international während des Putsches im August vergangenen Jahres fast eine Panik aus. Entgegen späteren beruhigenden Erklärungen waren auch die Kommandeure der Atomtruppen der USA in Alarmzustand versetzt worden. Nach dem Putsch haben in der Sowjetunion Gorbatschow, Jelzin und der Oberbefehlshaber Schaposchnikow versichert, daß die Verfügung über die Atomwaffen jederzeit in sicheren Händen gelegen hätte, und sie fügten hinzu, daß ihre Kontrollmechanismen strenger als in den USA seien. Auch wenn niemand davon ausging, daß die Putschisten ausgerechnet mit Atomwaffen herumfuchteln wollten, hat es trotzdem offenbar Großalarm gegeben. Vom Oberbefehlshaber der Luftwaffe Igor Malzew stammt die Aussage: "Die Instabilität unserer Gesellschaft hat natürlich in der ganzen Welt einen Schüttelfrost ausgelöst. Wir haben hier aber auch Schüttelfrost bekommen, als der rasende Wettlauf um die Maschine begann." (1) Es würde hier zu weit führen, die hochkomplizierten und Milliarden teuren Absicherungsmechanismen beschreiben zu wollen, mit denen das Paradoxon gelöst werden soll, einerseits zu verhindern, daß irgendjemand auf eigene Faust Atomexplosionen auslösen könnte, während andererseits innerhalb von 20 Minuten per Druck auf den "roten Knopf" der Start sämtlicher Atomwaffen möglich sein soll. Die Aufregung während des Putsches in der Sowjetunion rührte daher, daß die zentrale Kommandogewalt unübersichtlich geworden war. Es gab hektische Aktivitäten der Militärs, um die drei elektronischen Auslöser der Atomwaffen zu sichern oder unbrauchbar zu machen.

Der Generalstabschef Mojssejew gab später an, seinen Koffer mit den elektronischen Atomcodes sofort unbrauchbar gemacht zu haben, der zweite Koffer war beim putschenden Verteidigungsminister Jasow und der dritte von Gorbatschow war zeitweise nicht auffindbar, da sich der zuständige Offizier bei der Internierung Gorbatschows offenbar hatte absetzen können. Daraufhin begannen unabhängig voneinander KGB und Armeeführung einen Wettlauf, um die entsprechenden Einrichtungen zu sichern. Die mobilen Interkontinentalraketen wurden vom zuständigen Befehlshaber in die Hangars zurückbeordert, es gab Absprachen zwischen den Befehlshabern der drei Waffengattungen, dafür zu sorgen, daß die Nuklearwaffen nicht mehr durch die elektronischen Codes und Köfferchen ausgelöst werden könnten.

Wieviele Atommächte?

Als klar war, daß die Sowjetunion sich auflösen würde, begann im Westen das Raketenzählen nach neuer Art. In welcher Republik befinden sich wieviele Atomwaffen welcher Art?

In den USA wurde vom Verteidigungsministerium und einigen Instituten der Stand der Atomwaffen auf Basis ihrer Erkenntnisse von 1990 folgendermaßen zusammengetragen:

Rußland: 17.505 (9.650 strategische)

Ukraine: 4.356 (1.300 strategische)

Kasachstan: 1.800 (1.150 strategische)

Belorußland: 1.222 (110 strategische)

In anderen Republiken gab es ausschließlich taktische Atomwaffen (2):

Litauen . 325

Georgien . 320

Aserbaidschan . 300

Estland . 270

Armenien . 200

Lettland . 185

Turkmenien . 125

Usbekistan . 105

Moldawien . 90

Tadschikistan . 75

Kirgisien . 75

Ende 1991, als es um die Aufteilung der sowjetischen Armee ging, konnte man vier Staaten von dieser Liste streichen: sämtliche Atomwaffen aus Kirgisien seien abgezogen. Etwas widersprüchliche Meldungen gibt es darüber, ob tatsächlich auch aus den baltischen Staaten alle Atomwaffen verschwunden sind, jedenfalls sind sie nicht in der Kontrolle der baltischen Staaten, die darauf auch keinerlei Anspruch erheben.

Der Leib der ehemaligen Sowjetunion könne bis zu zwölf "atomare Monster gebären", meinte der pensionierte Bundeswehrgeneral Schmückle. "Wir möchten diese Waffen unter einem einheitlichen Befehl sehen. Wir wünschen keine weitere Ausweitung unabhängiger Nuklearmächte in der Welt", warnte die Sprecherin des US-Außenministeriums, während ihr Chef sogar die Gefahr eines "Jugoslawien mit Atomwaffen" heraufziehen sah. (3)

Ende des Jahres kam es bei der Gründung der GUS hauptsächlich zu Streitigkeiten um die Armee. Die russische Seite plädierte für eine einheitliche Armee und ein einheitliches Kommando insbesondere über die Atomwaffen, Boris Jelzin war bereits im Dezember mit einem entsprechenden Kommandoköfferchen ausgerüstet worden, und Rußland wollte auch den ständigen Sitz der Sowjetunion im UNO- Sicherheitsrat übernehmen. Die übrigen neuen Staaten sahen darin keineswegs einfach eine Maßnahme der Bewahrung der Kontinuität und zur Kontrolle über die Atomwaffen und die Armee, sondern auch die Gefahr einer neuen, zukünftigen russischen Vorherrschaft. Sie drängten auf eine schnellstmögliche Aufteilung der Armee, denn die meisten Republiken hatten schon damit begonnen oder sich vorbereitet, eigene Armeen aufzubauen. Sie warten auf das alten Waffenerbe. In diesem Sinne wurde das Mandat für ein zentrales Oberkommando nur für ein halbes Jahr gegeben. Bis dahin sollen Rußland 60% und die Ukraine 17% der Kosten tragen, der Rest verteilt sich auf die übrigen Republiken. Die Zahlungszusicherung wurde allerdings erst einmal bis Ende Januar gegeben.

Bei den Atomwaffen einigte man sich auf folgendes Verfahren: Die Atomwaffen sollten unter dem zentralen Kommando der Armee bleiben. Die KGB-Truppen, die für die Sicherung der verbunkerten Depots taktischer Atomwaffen zuständig sind, waren schon nach dem Putsch der Armee unterstellt worden. Die taktischen Atomwaffen sollen schrittweise bis 1994 nach Rußland geschafft und dort weitgehend zerstört werden, wie es durch entsprechende Abrüstungserklärungen inzwischen als vereinbart gilt. Angeblich sind inzwischen rund 70% dieser Waffen für einen Atomwaffeneinsatz untauglich gemacht worden.

Bei den strategischen Waffen gibt es einen Kompromiß. Jelzin erhält das Oberkommando, darf aber einen Einsatz nur in Abstimmung mit den Präsidenten der drei übrigen Republiken verfügen, in denen auch strategische Atomwaffen stationiert sind. Ob deren Forderung erfüllt worden ist, auch mit entsprechenden Kommandokoffern ausgerüstet zu werden, die nur durch gemeinsamen Knopfdruck elektronisch ausgelöst werden könnten, entzieht sich unserer Kenntnis.

Auf der einen Seite haben sämtliche Republiken mit Ausnahme Rußlands - und völlig im Gegensatz zu den westlichen Verdächtigungen - ihre Absicht erklärt, atomwaffenfreie oder sogar neutrale Staaten zu werden. Andererseits ist es keineswegs sicher, daß es dabei auch bleiben wird. Am deutlichsten hat die Regierung von Kasachstan ihre Position dazu erklärt. Präsident Nasarbajew verkündete, Kasachstan sei bereit zur Vernichtung der Atomwaffen - auf globaler Ebene. Das beziehe dann aber die russischen und US-amerikanischen mit ein. Bis dahin wolle man ein Abkommen unterzeichnen, um die ehemals sowjetischen Atomwaffen unter gemeinsame Kontrolle zu stellen. (4)

Die Ukraine nimmt eine etwas undurchsichtige Haltung ein. Man werde, erklärte der ukrainische Präsident wiederholt, das Land möglichst bis Mitte der 90er Jahre, spätestens aber bis zum Jahre 2000 atomwaffenfrei machen. Andererseits gibt es dort auch nationalistische Kreise, die gegebenenfalls auf eigene Atomwaffen drängen, da auch Rußland sie behalte, und es gibt Kräfte, die eine Vernichtung der Atomwaffen in der Ukraine selbst wollen oder die Atomwaffen in der Ukraine als Faustpfand für Abrüstung betrachten.

Der Prozeß der atomaren Verlagerung wird sich über Jahre erstrecken; für die atomare Abrüstung dürfte eher mindestens ein Jahrzehnt zu veranschlagen sein. Wieweit hier auf Dauer angesichts massiver Talfahrt und Auflösungstendenzen zentrale Strukturen aufrechterhalten bleiben, ist unklar. So gab es nicht nur aus dem westlichen Lager dramatische Warnungen, sondern auch aus der Sowjetunion selbst. Der ehemalige Außenminister Schewardnadse befürchtet, daß in den früheren Sowjetrepubliken Atomwaffen in die Hände paramilitärischer Gruppen fallen könnten. Er wäre im höchsten Grade beunruhigt über diese Gefahr, wenn er Außenminister eines westlichen Staates wäre. Es könnten sich Dinge ereignen, die zu einem "Trauma und zur Zerstörung in Europa und der Welt" führen könnten. (5)

Atomwaffen in alle Welt?

Inzwischen wurde dann aber eine neue Hauptgefahr für den Verbleib des sowjetischen Atompotentials entdeckt. Der Chef der norwegischen Atom-Aufsichtsbehörde, Knut Gussgard, warnte "in dramatischer Form" davor, daß Atomsprengköpfe aus der UdSSR "künftig unkontrolliert ins Ausland gelangen könnten". Als Beleg, daß eine solche Entwicklung möglich sei, wurde auf die Moskauer Firma Tschetek Corporation verwiesen, die in Zusammenarbeit mit einem kanadischen Unternehmen Angebote vorgelegt habe, hochgiftigen Müll mit Hilfe von Atomsprengköpfen zu vernichten. Daran seien sowjetische Forscher beteiligt, die seit längerem daran arbeiteten, Chemiemüll sowie chemische Waffen mit Hilfe der enormen Hitze bei unterirdischen Atomsprengungen zu vernichten. (6) Bei dieser Gelegenheit sei hinzugefügt, daß die gesamten 50.000 Tonnen chemischer Waffen, die die Sowjetunion besaß, in der russischen Republik lagern und auf ihre Vernichtung warten. Außerdem war in diesem Zusammenhang zu erfahren, daß sowohl die USA als auch die Sowjetunion lange Jahre solche Verfahren unter militärischer Geheimhaltung erprobt haben und bereits mehr als 100 solcher "zivilen" Atomsprengungen stattgefunden haben.

Der "Spiegel" verbreitete die Auffassung, von den "islamischen Staaten" der ehemaligen Sowjetunion gehe eine besondere Gefahr der weiteren Verbreitung von Atomwaffen aus: "In allen neuen islamischen Staaten sind nach wie vor taktische Atomwaffen gelagert, in Kasachstan überdies strategische. Eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen, (...) könnte diese Staaten in Versuchung führen, ihre Arsenale auf dem freien Markt gegen harte Devisen zu verscherbeln. Tadschikistan erklärte bereits, angereichertes Uran und Atomtechnologie ins Ausland verkaufen zu wollen. Interessenten dafür haben sich auch in Kasachstans Hauptstadt Alma-Ata gemeldet. Sie stammen aus dem Lager der Glaubensbrüder: aus dem Iran, aus Libyen und Saddam Husseins Irak." (7)

Es bleibt hinzufügen, daß diesen Behauptungen ein Hagel von Dementis folgte, der aber nichts daran geändert hat, daß die Presse derartigen Vermutungen weiter nachgeht.

Atomsöldner für die Diktatoren der Welt?

"Zur Zellteilung des Atomstaats Sowjetunion tritt eine weitere, traumatische Aussicht: daß Soldaten ohne Sold Atomwaffen ins Ausland verhökern oder sowjetische Atomtechniker sich zu Söldnern atomsüchtiger Diktatoren in der Dritten Welt machen. Bricht nun der Damm gegen die Proliferationsflut? Ausschließen kann dies niemand." (8) Die Staatschefs des Westens von Kohl bis Bush haben diese Entwicklung inzwischen sogar zu einer Hauptgefahr erklärt. Die Meldungen darüber sind nicht nur widersprüchlich sondern teilweise ganz offensichtlich Spekulationen oder sogar frei erfunden:

- 500 Atomexperten hätten die Sowjetunion schon verlassen, um in Ländern wie Libyen, Syrien, Südafrika und Pakistan tätig zu werden, erklärte die dänische technische Hochschule. Diese Angabe stamme aus einer "bisher geheimgehaltenen Statistik" vom Zentralinstitut für Rüstungskonversion in Moskau. (9)

- Insbesondere die Inder seien an solchen "Entwicklungshelfern" interessiert, wußte eine andere Zeitung zu berichten. (10)

- Eine andere Quelle aus Japan will herausgefunden haben, daß entlassene Atomphysiker und Raketenfachleute in den USA oder Israel gelandet seien. (11)

- Mit Gehältern von mehr als 100.000 Dollar hätten frühere sowjetische Atomexperten ihre Arbeit in Libyen aufgenommen, behauptete die Londoner Zeitung "Sunday Express". Als "Beweis" ließ sie den 46jährigen Igor Tschernijew zu Wort kommen, der nun in Libyen "besser leben möchte" und dafür an einem Projekt in der Aubari-Wüste arbeite. Woran, nannte die Zeitung nicht. (12)

Den USA lägen keine Bestätigung für Berichte vor, wonach Libyen und andere Drittweltländer den Atomwissenschaftlern aus den GUS-Staaten hochdotierte Angebote gemacht hätten. Gleichzeitig erklärte ein US-Regierungsvertreter, der Westen solle entsprechende Angebote machen, um "die Abwerbung durch die Entwicklungsländer zu verhindern". (13) Normalerweise wäre tatsächlich zu erwarten, daß insbesondere die bisherigen Atommächte sich kräftig einkaufen würden, doch aktuell sind die USA gerade selbst dabei, erstmals Kürzungen und Streichungen beim Personal und den Einrichtungen ihres Wissenschaftspotentials vorzunehmen, weil ihre Produktionskapazität von 6.000 Atombomben pro Jahr nun wirklich nicht mehr zeitgemäß ist.

Das iranische Außenministerium hat "entschieden" Berichte zurückgewiesen, daß man sich um sowjetische Atomwaffenexperten bemühe. Solche Berichte seien "völlig grundlos" und eine "verleumderische Propaganda" bzw. von "Zionisten" lanciert, die das Ansehen des Irans schädigen wollten. (14)

Auch Boris Jelzin bestritt, daß Atomwissenschaftler nach Libyen gegangen seien. Allerdings wolle man die Gehälter der rund 3.000 Wissenschaftler in Rußland von 1.000 auf 4.000 Rubel monatlich anheben, um für die Zukunft der realen Gefahr einer Abwerbung vorzubeugen. (15) Trotzdem, es wird hier einen dramatischen Abbau geben. Insgesamt hat die Sowjetunion nach CIA-Schätzungen noch 1987 26 bis 28 Mrd. Dollar jährlich für die Militärforschung und Entwicklung ausgegeben. 4,2 Mio. Menschen seien dabei beschäftigt gewesen und rund 1,5 Mio. Wissenschaftler. Beim Atomwaffenprogramm seien es 900.000 Beschäftigte, darunter 2.000 Wissenschaftler, gewesen und weitere 3-4.000 bei der Urananreicherung oder Plutoniumherstellung. In einem dramatischen Appell haben sich Mitarbeiter der Atomversuchsanlage von Semipalatinsk in der "Prawda" öffentlich zu Wort gemeldet. Teilweise könnten nicht einmal mehr ihre Gehälter bezahlt werden, die Gelder seien um 40% gekürzt worden. Sie warnten vor einem Zusammenbruch und verwiesen auf Rüstungsfirmen, wo sich inzwischen Banden auf den Waffenhandel spezialisiert hätten. (16) Im wesentlichen wird sich ein Rest von Atomwissenschaftlern mit der Demontage von Atomwaffen beschäftigen. Würden die GUS-Staaten bzw. die USA jeweils ihre Versprechungen einhalten, müßten sie zusammengenommen mindestens rund 20.000 Sprengköpfe demontieren und damit 80.000 kg Plutonium und 400.000 kg hochangereichertes Uran verwalten. Würden sie außerdem noch die mit der Produktion bzw. Beseitigung der Atomwaffen verbundenen Schäden beseitigen, soll das allein für die USA 300 Mrd. Dollar kosten. (17) Eine Aufgabe, die das derzeitige Potential Rußlands bei weitem überfordern dürfte.

Die Rüstungsproduktion

Weniger bedrohlich oder als weniger konkurrenzfähig wird der zukünftige Waffenexport der GUS-Staaten in den Westen eingeschätzt, obwohl auch mit einer "aggressiven Kampagne zum Verkauf hochmoderner Waffen" gerechnet wird. Die Waffenkäufe innerhalb der Sowjetunion seien 1989 und 90 um je 6% auf rund 130 Mrd. Rubel zurückgegangen. (18) Für 1992 sei nur noch ein Achtel der Summe vorgesehen, und rund 1,1 Mio. Menschen könnten in diesem Jahr ihre Rüstungsarbeitsplätze verlieren. Es würden vor allem noch vorhandene Teile montiert. (19) Der Waffenexport sei insgesamt drastisch gesunken auf rund 12,5 Mrd. Dollar 1990, was in etwa der Hälfte des Standes von 1987 entspreche. Die Chancen, Waffen verkaufen zu können, werden als gering eingeschätzt. Nach dem Golfkrieg hätten die sowjetischen Waffen einen schlechten Ruf und es fehle an entsprechender Infrastruktur. Das Hauptgeschäft und der Hauptteil aller Rüstungsbetriebe liege in Rußland. (20)

Die Erblast der Armee

Die Probleme mit der Umstrukturierung der Armee sind gewaltig und brisant. Noch unter Gorbatschow war geplant, die Armee jährlich um 700.000 Mann und den Wehrdienst von 24 auf 18 Monate zu reduzieren. Bis Mitte des Jahres waren nahezu eine halbe Million Mann aus der CSFR und Ungarn abgezogen. Geblieben ist allein ein Streit um die Kosten; die Sowjetunion wollte z.B. von Ungarn 2,7 Mrd. Mark Entschädigung

bekommen, das aber nicht zahlungswillig ist. (21) 200.000 Mann sind aus dem asiatischen Teil abgezogen worden. (22) Ein fester Abzugsplan ist mit der BRD vereinbart, die restlichen 250.000 Mann sollen bis 1994 zurückgezogen werden. Die BRD hat zwar die Unterhaltskosten übernommen und die Finanzierung des Baus von 36.000 Wohnungen in der ehemaligen UdSSR zugesagt und weitere 200 Mio. DM sind für "Fortbildungskosten" vorgesehen. Aber auch die BRD weigert sich, irgendwelche weitere Entschädigungen zu zahlen. Rund 20 Mrd. DM hatte die Sowjetunion verlangt. (23) 38.000 Mann stehen noch in Polen, die bis auf einen Rest von 2.000 Mann bis November 92 zurückgezogen werden sollen. Der Rest soll nach Beendigung des Abzuges aus der BRD 1994 folgen. Auch hier gibt es Streit um Geldforderungen der Armee und die Drohung Polens, den Strom zu sperren, wenn die Armee nicht zahlt. (24)

Hinzu kommen die (nach baltischen Angaben) rund 300.000 Mann der ehemaligen sowjetischen Armee, die noch in den drei baltischen Staaten stationiert sind. Nach dem Putsch versprach Gorbatschow, 1994, nach dem Abschluß des Truppenabzugs aus dem Westen, sollte der Abzug aus den baltischen Staaten folgen. Inzwischen haben die drei baltischen Staaten die GUS aufgefordert, unverzüglich sämtliche Truppen abzuziehen. Waffen und Ausrüstung sollten sie zurücklassen, damit ein Grundstock für die Schaffung eigener Streitkräfte vorhanden sei. (25) Sie wollten das "hochtechnologische Material" und "einen Teil der konventionellen Waffen" übernehmen, erklärte der estnische Präsidentenberater Almann. Auf die baltische Flotte wolle man allerdings verzichten.

Tatsächlich könnte eine Verzögerung zu erheblichen Konflikten führen: Anfang Januar warnte der litauische Ministerpräsident Vagnorius vor "Gegenmaßnahmen" gegen die dort stattfindenden Truppenmanöver. Es sei nicht einzusehen, daß Soldaten, die Litauen ernähre, dort Schäden anrichteten. Dafür verlangte er entsprechende Entschädigungen. "Negative Reaktionen der Bevölkerung" könnten nicht ausgeschlossen werden. Die estnische Regierung hatte sogar die Brotversorgung für die Armee eingestellt, weil Rußland die Vereinbarungen über Weizenlieferung nicht eingehalten habe. (26) Ein Militärkonvoi der Armee, der sich auf dem Weg nach Kaliningrad zu einem Stützpunkt der Ostseeflotte befand, wurde Mitte Januar an der litauischen Grenze beschossen. (27)

70 Prozent der Armee sind derzeit auf Belorußland, die Ukraine und Rußland verteilt. Rußland, das im ersten Quartal dieses Jahres 50,4 Mrd. Rubel für das Militär ausgibt, will 700.000 Mann in diesem Jahr entlassen und insgesamt eine Armee mit 1,4 Mio. Mann behalten. Die Ukraine plant eine Reduzierung der Armee um 700.000 Mann auf eine halbe Millionen in drei Jahren. Belorußland schließlich will 90.000 Mann an Truppen behalten.

Die soziale Lage und die Stimmung in der Armee sind offenkundig brisant: "In kaum einer Armee der Welt sind die Soldaten - und damit ihre Frauen und Kinder - sozial so schlecht gestellt und so wenig abgesichert wie in der UdSSR. Kaum irgendwo haben sie sowenig Rechte und sowenig Schutz gegen Übergriffe wie in der bisherigen Roten Armee. Ihr Sold ist geringer als in fast allen anderen Staaten. (...) Nach Auskunft von Anatoli Alexejew, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im russischen Parlament, gibt es für über 300.000 Offiziere und Fähnriche, die derzeit dienen, nach ihrer Entlassung keine Wohnungen. Viele bereits Entlassene hausen in Höhlen. Die explosive Mischung aus sozialer Unterversorgung, Rechtlosigkeit und Zukunftsängsten wird durch die äußerst angespannte wirtschaftliche und politische Lage noch verschärft. (...) Wenn sich die Armee nicht an einem zweiten Coup beteilige, so Alexejew, sei dies schon ein großer Erfolg." (28) Bei einem Durchschnittslohn von 950 Rubeln pro Monat in Rußland, verdiene ein Leutnant 600, ein Major 800 und ein Oberst 1.000 Rubel. "Weil die meisten Militärs in abgelegenen Regionen Dienst leisten, wo das Leben noch teurer ist und ihre Frauen keine Verdienstmöglichkeiten haben, lebt auch die Mehrzahl der Offiziere unterhalb der Armutsgrenze. (...) Die meisten Offiziere, laut einer Umfrage sind es 70 Prozent, haben keine Ahnung, wie ihre Zukunft aussehen wird." Die "Moskauer Novosti" schrieb dazu mit warnendem Unterton: "In der Armee war Demokratie nie gefragt. Die Soldaten und Kader sind gewohnt, Befehle auszuführen. (...) Die gut ausgebildeten und an Disziplin gewöhnten Offiziere (könnten sich) in der Privatwirtschaft bewähren. Aber die gleichen Qualitäten könnten eine ganz andere Bedeutung erlangen, wenn das Land der Armee den Rücken kehrt." (29)

Der Streit um die Schwarzmeerflotte

Inzwischen sind die meisten der Republiken bestrebt, eilends eigene Armeen aufzubauen. Als Ende des Jahres die GUS- Staaten zusammentraten, um das sowjetische Erbe aufzuteilen, verlangte die Armee noch eine Übergangsphase von drei Jahren unter gemeinsamem Kommando. Damals wollten bereits vier

Republiken nicht mitmachen, inzwischen wollen nur noch vier bei einem gemeinsamen Oberkommando bleiben. Am schnellsten war die Ukraine. Noch im Dezember hatte sich Präsident Krawtschuk zum Oberbefehlshaber der dortigen Truppen ernannt. Mitte Januar sollte die Armee einen neuen Eid auf die Ukraine schwören, was über 10.000 der 50.000 Soldaten erst einmal verweigerten.

Ingesamt ist der Streit unter den zwei großen Republiken um die Zukunft der Armee derzeit am schärfsten und der Ausgang dieses Konflikts von entscheidender Bedeutung für die Zukunft. Beide Seiten erheben Ansprüche auf die Schwarzmeerflotte und die Krim, die 1954 Chruschtschow seiner Heimatrepublik zugeschlagen hatte. Beide Seiten üben sich derzeit in nationalen Tönen. Die Regierung erklärte die Ukraine nun zur Seemacht, für Jelzin aber war die Flotte immer russisch. Das russische Parlament erhob Ansprüche auf die Krim. Jelzin stellte einen Verzicht in Aussicht, wenn die Ukraine ihre Milliarden-Schulden an Rußland begleiche. Zwar hat man sich im Prinzip darauf verständigt, die Flotte und auch die Armee aufzuteilen, doch so einfach liegen die Dinge nicht. Der Kommandeur der Flotte lehnte jede Aufteilung ab und ließ den Flugzeugträger sicherheitshalber auslaufen. Auf der anderen Seite sind noch zwei neue Flugzeugträger, die fast fertiggestellt sind, in der Hand der Ukraine.

Kompliziert ist auch die Lage der Armee. Rund 160.000 Offiziere stammen aus der Ukraine, aber nur 60.000 sind in der Ukraine stationiert. 40% der Offiziere, die den neuen Eid auf die Ukraine leisten sollten, stammen von dort, 44% aber aus Rußland. Tatsächlich ist das Offizierskorps so etwas wie eine russisch oder besser gesagt sowjetische Institution gewesen, das nun auf die einzelnen Republiken eingeschworen werden soll. Mitte Januar lud der Oberbefehlshaber der Armee, Marschall Schaposchnikow, 5.000 Offiziere zu einer Versammlung nach Moskau ein, die live im Fernsehen übertragen wurde. Während eine Demonstration für die Machtübernahme durch die Armee stattfand, hielt man auf der Versammlung beschwörende Reden. Schaposchnikow erklärte Befürchtungen gegenüber einem neuen Staatsstreich als "unbegründet", er werde niemals einen Einsatz der Armee gegen das Volk zulassen. Die Staaten der Gemeinschaft hätten das Recht auf eigene Armeen, doch das sei nicht von heute auf morgen möglich. Die Armee sei die letzte Bastion gegen Desintegration. Es drohe Chaos und eine nationale und internationale Katastrophe. Der Kommandeur der Schwarzmeerflotte, Admiral Kasatonow, warnte davor, "die mächtigste Armee der Welt" aufzuteilen. (30)

In diesem Sinne betrachten sich zahlreiche Armeeangehörige heute als staatenlos und ohne Perspektive. Tatsächlich fällt mir kein geschichtlicher Vergleich für einen Abtritt einer solch mächtigen Armeeinstitution ein, und es wäre wohl auch ein einmaliger Vorgang in der Geschichte, wenn dieser Abgang einigermaßen geordnet und friedlich verliefe, zumal für die Masse der Menschen in der ehemaligen Sowjetunion die Entwicklung mit einem rasanten Niedergang ihres Lebensstandards einhergeht.

HH

Quellen:

1)Zeit, 19.9.91;

2)FR, 18.12.91;

3)Spiegel, 16.12.90;

4)taz, 19.12.91;

5)SZ, 31.12.91;

6)taz, 14.12.91;

7)Spiegel, 6.1.92;

8)Zeit, 10.1.92;

9)SZ, 11./12.1.92;

10)Zeit, 10.1.92;

11)SZ, 22.1.92;

12)SZ, 20.1.92;

13)SZ, 30.1.92;

14)SZ, 30.1.92;

15)HA, 31.1.92;

16)SZ, 21.12.91;

17)SZ, 30.1.92;

18)HA, 25./26.1.92;

19)SZ, 23. u. 24.1.92;

20)HA, 25./26.1.92;

21)SZ, 20.6.91;

22)SZ, 6.11.91;

23)NZZ, 11. u. 13.11.91;

24)SZ, 29.1.92;

25)Tagesanzeiger, 7.1.92; 26)SZ, 11.1.92;

27)SZ, 13.1.92;

28)taz, 11.12.91;

29)Tagesanzeiger, 7.1.92;

30)HA, 17.1., FAZ, 18.1.92

13. Das Fehlen der alten Strukturen von Andreas Skrypietz

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:08

Die aktuelle Versorgungssituation in der ehemaligen Sowjetunion hat nicht nur mit dem Niedergang der Ökonomie in den letzten Jahren zu tun, sondern auch mit dem Zusammenbruch der alten Strukturen. Diese haben, wenn auch nicht gerade blendend, so doch in einem erträglichen Maße zum Funktionieren der alten Ordnung beigetragen. Im Moment ist noch kein Ersatz zu erkennen, jede Republik, jeder Betrieb, jeder Einzelne versucht sich auf eigene Rechnung - nach der Devise: Jeder ist sich selbst der Nächste - durchs Leben zu schlagen. Und über allem versucht sich Rußland mit Jelzin an der Spitze als neue Zentralmacht zu etablieren. Nur würde sie es im Moment nicht so nennen wollen.

Der Zusammenbruch der alten Strukturen zeigt sich am härtesten in der Lebensmittelversorgung der großen Städte. Sie waren und sind auf die Zulieferungen vom Umland und den übrigen ehemaligen Republiken angewiesen. Doch diese erfolgen nicht mehr. Verschiedene Gründe spielen dabei eine Rolle. Zunächst ist da die Aushöhlung der bestehenden Lieferverträge noch unter Gorbatschow zu nennen. Jeder Betrieb hatte das Recht, seine Produkte auf dem Markt zu verkaufen, nach Maßgabe von Angebot und Nachfrage. Das Nachsehen hatten in der Regel die staatlichen Läden, welche die Preise, die Betriebskantinen oder private Anbieter boten, nicht zahlen konnten und gingen in der Regel leer aus. Nur mittels staatlicher Direktiven gelangten Waren zu den festgesetzten Preisen in die staatlichen Läden. Die Betriebe, die bisher für die Versorgung der Städte zuständig waren, nutzten logischerweise dieses Recht, um ihre eigenen Einnahmen zu erhöhen.

Im Zuge des Streits zwischen der Moskauer Zentrale und den Republiken über Machtverteilung, politische Kompetenzen und finanzielle Zuwendungen wurden auch die bisherigen Verträge über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kooperation aufgekündigt. Hauptgrund dieser Kündigungen war stets die Verbesserung der terms of trades für die ehemaligen Republiken. Doch bis heute existiert kein neues Vertragswerk, das die bisherige innersowjetische Arbeitsteilung und Kooperation in irgendeiner Form ersetzt. Die Folgen davon sind kaum überschaubar.

"Moskau bekommt von uns nichts mehr!", so lautet in diesen Tagen die Losung für Politiker und Betriebsleiter. Gerade in den ehemaligen Republiken hat der jahrelange Streit um die innerstaatliche Neuordnung eine abgrundtiefe Abneigung gegen die ehemalige Zentrale hinterlassen. Niemand ist derzeit bereit, für die ehemalige Metropole auch nur eine Kopeke zu zahlen.

Teufelskreis

Alle ehemaligen Republiken der UdSSR haben in ihren Souveränitätserklärungen auch immer Eigentumsvorbehalte formuliert. Nach diesen sind alle Rohstoffe, Bodenschätze, Grund und Boden sowie alle Produkte, die im Land hergestellt werden, entweder Eigentum des Landes oder des entsprechenden Betriebes. Damit sollte Moskau der bislang automatisch vollzogene Zugriff auf diese Dinge entzogen werden. Dies gelang auch größtenteils. Die Folgen dieser durchaus verständlichen Maßnahme treiben aber alle Staaten der GUS weiter in die Krise.

Denn landauf, landab müssen Betriebe schließen, weil das Zuliefermaterial aus anderen Teilen der ehemaligen SU fehlt oder aber die Lager voll sind, weil die bisherigen AbnehmerInnen die Produkte selber herstellen wollen. Hinzu kommt, daß viele Betriebe ihre Produkte entweder gegen Lebensmittel tauschen oder aber in Devisen bezahlt haben wollen. So stehen derzeit einige Kohlegruben im Donezbecken vor der Schließung, weil das Holz zum Abteufen der Streben aus Rußland nicht mehr geliefert wird. Für die Energieversorgung der Ukraine sind diese Gruben aber von existenzieller Bedeutung. So wird es wohl ein Sonderabkommen zwischen Krawtschuk und Jelzin geben; das Holz wird geliefert werden, aber zu welchem Preis, zu welchen Bedingungen wird mensch nicht erfahren. Nach diesem Prinzip werden derzeit alle Probleme der GUS-Staaten gelöst. Doch der Niedergang der Ökonomie wird dadurch nicht aufgehalten werden.

Insgesamt sinkt in der ehemaligen UdSSR die Produktion. Es ist egal, welchen Bereich der Wirtschaft mensch sich anschaut, die Produktion sinkt, die Qualität der verbliebenen Produkte sinkt ebenfalls. Dies ist auch nicht verwunderlich, denn viele müssen während der Arbeitszeit schlangestehen, Tauschgeschäfte absolvieren oder in einer anderen Beschäftigung Geld zusätzlich verdienen. Hinzukommt, daß die Veraltung der Produktionsanlagen in der Sowjetunion dazu zwingt, viele Produktionsstätten zu schließen. Sie sind irreparabel abgenutzt und schrottreif. Dies hat einerseits mit der permanenten Überauslastung der Betriebe zu tun, aber auch mit dem Ausbleiben von Ersatzinvestitionen.

Selbst die Förderung von Rohstoffen, mit denen die Staaten der GUS auf dem Weltmarkt Devisen erwirtschaften können, ist stark rückläufig. Rußland selbst wird nach regierungseigenen Schätzungen in wenigen Jahren von einem Erdöl exportierenden zu einem importierenden Land werden. Nicht, weil die Vorkommen verbraucht sind, sondern weil die Förderung zusammengebrochen ist. So mehren sich derzeit die Meldungen, daß in Aserbaidschan, in Kasachstan und in Rußland immer mehr Förderstellen ihren Betrieb einstellen. In der Regel weil Ersatzteile für den Fortgang der Förderung fehlen. Wird diese nicht in einem überschaubaren Zeitraum wieder aufgenommen, entstehen Wiederherstellungskosten, die oft genauso hoch sind wie die einer Neuerschließung. Ähnliche Meldungen gibt es im Bereich der Diamant- und Goldförderung.

An dieser Stelle schließt sich gewissermaßen der Teufelskreis. In den Tagen der UdSSR wurden die Devisenbringer gefördert, abgebaut und auch verkauft, aber die Gebiete, in denen sie gefördert wurden, hatten nicht ein Jota Mitspracherecht. Sicherlich, im Rahmen des innersowjetischen Verteilungssystems wurden auch sie mit Mitteln bedacht und gefördert, aber eben immer in Abhängigkeit von der Zentrale. Dies führte in vielen Regionen - schon lange vor Glasnost und Perestroika - zu dem Gefühl, Kolonie im eigenen Land zu sein und von Moskau ausgebeutet zu werden. Wie berechtigt oder unberechtigt diese Beurteilungen auch sein mögen, sie trugen mit dazu bei, daß sich die Republiken von der Union lossagten und nun ihr Schicksal auf eigene Rechnung in die Hand nehmen wollen. Doch dies führt zu einem ziemlichen Dilemma, denn erstens sind alle Republiken in punkto Produktion und Wirtschaft auf die anderen angewiesen, und zweitens benötigen sie gerade im Bereich von Rohstofförderung und -vermarktung das Know-how aus der alten Zentrale. Dies beißt sich natürlich mit dem Anspruch, nichts mehr mit Moskau zu tun haben zu wollen. So stehen sie vor der Frage, sich entweder mit den anderen Republiken wesentlich enger als bisher wieder zusammenzuschließen, was auch die Bildung einer neuen Zentrale beinhalten würde, oder aber, sie orientieren sich nach neuen Partnern.

Einen wesentlichen Punkt in diesem Dilemma darf mensch nicht vergessen. In den letzten Jahren ist fast das gesamte Transportwesen der Ex-UdSSR in einer tiefen Krise, teilweise sogar zusammengebrochen. So liegt nach wie vor rund ein Drittel der Transportkapazität der Eisenbahn lahm, blockiert, zerstört, verrottet im Konflikt Aserbaidschan gegen Armenien, Georgien gegen die Südosseten und im Baltikum. Aber auch die Straßentransportkapazitäten sind nicht die besten. Zum einen sind die Überlandverbindungen via Straße im nichteuropäischen Teil der alten SU in keiner Weise mit westeuropäischen Verhältnissen zu vergleichen. Hier wurde seit Jahren nichts investiert. Zum anderen sind die Entfernungen in diesem Reich einfach zu groß, um die Engpässe, die durch den teilweisen Ausfall der Eisenbahn entstanden sind, zu dek- ken. Auch der Luftverkehr steckt in einer schwierigen Situation. Viele Maschinen müssen derzeit am Boden bleiben, weil Aeroflot kein Geld hat, das Flugbenzin zu zahlen. Insgesamt bleiben durch die Situation im Transportsektor vorhandene Waren bei den Betrieben liegen, verderben und müssen vernichtet werden. Darunter leiden besonders die großen Städte, da sie auf diese Zulieferungen angewiesen sind.

Zaghaftes Neues

In einigen Teilen der GUS gibt es aber auch zaghafte Ansätze für neue Formen der Kooperation. So werden innerhalb Rußlands die Stimmen lauter, die verlangen, daß sich die fernöstlichen Teile des Landes von Rußland lossagen sollten. Hintergrund ist die nach wie vor ungelöste Frage des Besitzes, der Ausbeutung und Bezahlung der reichen Rohstoffvorkommen in Sibirien. Die dortigen Autonomen Gebiete haben sich fast durchgängig zu souveränen Republiken erklärt, Eigentumsvorbehalte formuliert und sich in einem Kooperationsrat zusammengeschlossen. Sie verlangen von der Regierung Jelzin anerkannt zu werden und wollen in Zukunft stärker mit Japan, Südkorea und dem nördlichsten Teil der USA zusammenarbeiten. Moskau schweigt bisher zu diesem Punkt. Der Kooperationsrat hat demgegenüber schon Gespräche in Japan und den USA geführt, und es laufen Verhandlungen mit verschiedenen Konsortien, die im Auftrag der Autonomen Gebiete und ihrer Völker neue Rohstoffvorkommen explorieren sollen.

Aserbaidschan ist eine engere Zusammenarbeit mit dem Iran bei der Erdölförderung eingegangen. So wird im Moment der Beginn iranischer Erdölbohrungen im Kaspischen Meer vorbereitet. Aserbaidschan erhofft sich davon eine Steigerung der eigenen Produktion und der Iran langfristigen Zugang zu neuen Vorkommen. Gleichzeitig arbeiten die zentralasiatischen ehemaligen Republiken an einer engeren Zusammenarbeit. So ist an eine gemeinsame Aufnahme in die islamische Konferenz gedacht - Kasachstan ist bereits Mitglied -, aber auch an eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bislang ist geplant, sich stärker an die Zusammenschlüsse in der dortigen Region zu orientieren, als wie bisher nach Moskau zu schauen. Insbesondere wird versucht, Investitionskapital aus den Staaten der OPEC in die Region zu bekommen.

Rußland, die Ukraine und Belorußland wollen sich stärker als bisher den Staaten der Europäischen Gemeinschaft annähern, die Ukraine denkt bereits offen über einen Beitrittsantrag nach. Über die übrigen ehemaligen Republiken der UdSSR läßt sich derzeit noch weniger sagen, da sie entweder wie Georgien sich in einer bürgerkriegsähnlichen Situation befinden, sich wie Moldova einem anderen Staat - Rumänien - anschließen wollen oder mehr oder weniger unbeachtet ihr Dasein fristen wie die baltischen Staaten. Für alle gilt eines aber gleichermaßen: Sie sind auch nach dem Zusammenbrechen der alten Strukturen auf einander angewiesen; mehr gezwungenermaßen denn freiwillig, aber die innersowjetische Arbeitsteilung läßt sich nicht über Nacht, per Dekret, beseitigen. Ebenso wenig entstehen gleichzeitig neue, intakte Gemeinwesen mit vollentfalteter Infrastruktur. Dies wird ein jahrelanger, für alle Beteiligten schmerzhafter Entwicklungsprozeß werden, bei dem sicherlich auch neue Strukturen entstehen, der aber den Menschen auf absehbare Zeit keine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen bringen wird.

Andreas Skrypietz

14. Ghaddafi im Visier - Verkehrsflugzeug getroffen. Der Fall Ustica: ein mißglückter NATO- Putsch?

Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Italien; Libyen · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:07

"Am 27.6.1980 um 20.59 Uhr und 45 Sekunden verschwand die DC-9-I-TIGI der Fluggesellschaft Itavia, in Bologna mit zwei Stunden Verspätung nach Palermo gestartet, von den Radarschirmen in Roma-Ciampino und antwortete nicht auf die Rufe von 'Roma-Controllo'..." So beginnt der im Sommer 1991 vorgelegte parlamentarische Untersuchungsbericht "Inchiesta Ustica". Der Name der nördlich von Sizilien gelegenen Insel ist nicht nur Synonym für eine Katastrophe, bei der 81 Menschen ums Leben kamen. Er steht auch für die jahrelange Verschleppung der Ermittlungen, für falsch gelegte Fährten und andere Interventionen von Geheimdiensten mehrerer NATO-Länder.

Die Mitglieder der commissione stragi ("Massaker-Kommission") des italienischen Parlaments haben einen vollen Terminkalender. Noch vor Ablauf der Legislaturperiode sollen abschließende Berichte zu vier der brisantesten innenpolitischen Dauerskandale vorliegen: Über die geheime Bürgerkriegsarmee Gladio, die Moro-Entführung, die Bombenanschläge in Südtirol und über "Ustica". Nach der Vorverlegung der Wahlen auf Anfang April ist fraglich, ob es noch zu der geplanten Anhörung der beiden starken Männer Italiens - Giulio Andreotti (DC) und Bettino Craxi (PSI) - kommen wird. Daß elfeinhalb Jahre nach der Katastrophe von Ustica immer noch kein abschließendes Urteil über ihre Ursachen vorliegt, ist ein Skandal für sich.

Falsche Fährten

Bereits am Tage nach dem Flugzeugabsturz verkündete Transportminister Rino Formica (PSI) die Einsetzung einer Untersuchungskommission. Die nach ihrem Vorsitzenden Carlo Luzzatti benannte Kommission, eine Untergliederung der commissione stragi, nahm unverzüglich die Arbeit auf. Durch die Mitarbeit des US-Experten Steve Lund von McDonnell-Douglas, der Herstellerfirma der DC- 9, lag ein wesentliches Ermittlungsergebnis schon am 7. Juli 1980, zehn Tage nach dem Absturz, auf dem Tisch: "Neben der DC-9 gab es ein anderes Objekt, das sich in einer Entfernung von zehn bis 13 Meilen parallel bewegte und das dann plötzlich in einer Weise den Kurs änderte, die wie ein Angriffsmanöver erscheinen konnte." Diese Darstellung von Steve Lund, Ergebnis seiner Analysen von Aufzeichnungen der Radarstation Roma-Ciampino, wurde auch von Jhoe Pontecorvo, einem anderen US-Experten, gestützt, der bei seiner Anhörung im Dezember 1991 hinzufügte: "Kein Radarexperte konnte in den Aufzeichnungen von Ciampino die Existenz eines anderen Flugzeuges übersehen."

Trotz dieses eindeutigen Befundes schlossen Mitglieder der Luzzatti-Kommission, darunter der Luftwaffenmajor und Radarexperte (!) Aldo Mosti, in einer Erklärung von Oktober 1980 die Präsenz anderer Flugzeuge kategorisch aus. Minister Formica zog mit seiner These von der "Materialermüdung" als Unglücksursache nach - eine Behauptung, die wesentlich zur Liquidation der Itavia beitrug; zum Nutzen anderer Fluggesellschaften. Führende Militärs bevorzugten die Hypothese einer an Bord explodierten Bombe. Tatsächlich hatte am Tag nach der Katastrophe ein anonymer Anrufer gegenüber der Redaktion des Corriere della sera behauptet, ein "Kamerad" der rechtsterroristischen "Nuclei armati rivoluzonari" (NAR) sei an Bord gewesen, um in Palermo "eine Aktion durchzuführen" - "implizit die Botschaft einer Bombe an Bord" (Panorama). Später stellte sich heraus, daß der namentlich genannte NAR-Militante sich am 27.6.1980 an der Côte d'Azur aufgehalten hatte.

Ghaddafi im Visier

Mit besonderem Eifer wurde versucht, den Verdacht auf Libyen zu lenken. Irgendwann im Sommer 1980 wurde im dichtbewaldeten calabresischen Sila-Gebirge eine abgestürzte libysche MIG-23 mit der Leiche des Piloten gefunden. Ein Augenzeuge will die Maschine am 27. Juni kurz vor dem Absturz gesehen haben; ein anderer gab den 18. Juli als Absturztag an. Auch unter den Sachverständigen gab es keine eindeutige Festlegung auf ein Datum. Die Pathologen legten den Tod des Piloten zunächst exakt auf den 18. Juli fest. Erst später entschlossen sie sich - aufgrund welcher Erkenntnisse oder Einflüsse auch immer - zu einer Rückdatierung. Der Tod des Piloten sei schon 15 oder 20 Tage vor der Autopsie eingetreten. Da diese Untersuchung am 23. Juli stattfand, bliebe zum Datum des DC-9-Abschusses immer noch eine Lük- ke von einer Woche. Den Spitzen der militärischen Geheimdienste SIOS und SISMI scheint zumindest im Nachhinein

daran gelegen, den toten libyschen Piloten aus dem Kreis der Verdächtigen auszuschließen. Schließlich muß er ja nicht in libyschem Auftrag unterwegs gewesen sein. Er könnte auch - so eine schon frühzeitig verbreitete Version - im Auftrag der CIA einen Anschlag auf Ghaddafi geplant haben, der erst im letzten Moment von libyschen Fliegern verhindert worden wäre. Während des innerlibyschen Gefechts wäre die DC-9 dann in die Schußlinie geraten.

An eine libysche Verantwortung für den DC-9-Abschuß scheint in der italienischen Öffentlichkeit heute niemand mehr zu glauben. Die populärste Auflösung des "Ustica-Krimis" faßt die Wochenzeitschrift Panorama so zusammen: "Eine Geschichte, die ganz Rom seit Jahren murmelt: Die DC-9 der Itavia wurde, wahrscheinlich aus Versehen, im Laufe einer geheimen, auf internationaler Ebene organisierten Militäraktion abgeschossen, deren Ziel der Sturz des libyschen Regimes und die physische Eliminierung von Muhammar Ghaddafi war " Guglielmo Sinigaglia, Verbindungsmann zwischen italienischen und französischen Geheimdiensten, ist der Kronzeuge für diese Version. Er sei selbst an Aktionen mit den Codenamen "Tobruk" und "Eagles run to run" beteiligt gewesen, die von Frankreich, Großbritannien, der BRD und Italien organisiert und von den USA gebilligt worden seien und einen Putsch in Libyen zum Ziel hatten. Sinigaglia zufolge bestand der Putschplan aus mehreren Elementen: "Von einem sizilianischen Stützpunkt aus Waffenlieferungen an libysche Rebellen; Abschuß des Flugzeuges, das in der Nacht des 27.6.1980 Ghaddafi von Tripoli nach Warschau bringen sollte, durch ein von einem libyschen Rebellen gesteuertes Flugzeug; Landung eines auf U-Booten verschifften internationalen Kommandos in Libyen zur Unterstützung der Rebellen, um den Staatsstreich durchzuführen. Der Plan schlug fehl, als statt Ghaddafi die DC-9 der Itavia getroffen wurde".

Für diese wilde Story könnte sprechen, daß die abgeschossene Maschine in Bologna mit zahlreichen Kisten beladen worden war. Sinigaglias Erklärung: Diese Kisten, die über Palermo und die sizilianische Südküste nach Libyen geschafft werden sollten, enthielten Maschinengewehre, Phosphorgranaten und hochempfindliche elektronische Geräte für ein anglo-französisches Kommando-Unternehmen.

Haftbefehl gegen italienische Generäle

Zu beweisen ist diese Geschichte natürlich nicht. Untersuchungsrichter Rosario Priore hat Sinigaglia vier Tage lang vernommen. Die jetzt von Priore erlassenen Haftbefehle gegen neun Generäle und vier Oberste stehen nicht unmittelbar mit Sinigaglias Aussagen in Verbindung. Den Militärs wird vor allem Beweismittelunterdrückung - Manipulation von Radaraufzeichnungen - vorgeworfen. Der rätselhafte Radarausfall in Marsala (Sizilien) und das Verschwinden von Radaraufzeichnungen in Licola (bei Neapel) könnten damit demnächst aufgeklärt werden. Ebenso die auf Anweisung der Militärs vorgenommenen Manipulationen an den Radaraufzeichnungen von Ciampino.

Ob auf diesem Wege auch der Hintergrund des Absturzes - der Putschversuch gegen Libyen - bewiesen werden kann, bleibt fraglich. Die mutmaßlichen Hintermänner tragen - all ihren öffentlichen Entrüstungsbekundungen zum Trotz - nicht zur Aufdeckung der Wahrheit bei. So will die Regierung Andreotti in dem Verfahren gegen Bartolucci und andere nicht als Nebenklägerin auftreten, weil das die Aufhebung der im Staatsinteresse so überaus praktischen Geheimhaltung erleichtern könnte. Die US-Regierung hält Dokumente über Ustica zurück, weil sie "Informationen fremder Regierungen und internationale Beziehungen und Aktivitäten der Vereinigten Staaten betreffen". Der französische Geheimdienst steht im Verdacht, die erst 1987 von der Firma Ifremer begonnenen Arbeiten zur Bergung der DC-9 "im nationalen Interesse" behindert zu haben. Das renommierte französische Unternehmen, das auch mit Bergungsarbeiten an der Titanic beauftragt ist, übersah ein wesentliches Detail, das erst im Juni 1991 von der englischen Firma Winpol gefunden wurde: ein Raketengeschoß vom Typ "Mk 30 Standard Rim 67a Extended Range" aus US-Produktion.

Der sensationelle Fund ist, streng genommen, kein Beweis. Jean Roux von Ifremer deutet das - unfreiwillig? - an: "Wenn wir wirklich ein Interesse daran gehabt hätten, daß dieses Stück nicht gefunden wird, hätten wir es sicher nicht dort gelassen." Wer Beweisstücke verschwinden lassen kann, wird vermutlich auch welche "basteln" können. Wenn es die Franzosen nicht waren, könnten es auch die Briten gewesen sein - im Auftrag "ihres" Geheimdienstes. Oder sonst irgendeine "heimtückische Hand, ein hinterlistiger Geist" (Panorama) ganz anderer Nationalität. Wenn Guglielmo Sinigaglias Version stimmt, der antilibysche Putschversuch sei eine französisch-britisch-deutsch-italienische Koproduktion gewesen, könnten auch bundesdeutsche Experten bei der Nachbereitung der mißglückten Aktion geholfen haben.

Es wäre interessant zu erfahren, was Altbundeskanzler Schmidt zum Stichwort "Ustica" einfällt. Alles Verleumdung, ein Abgrund von Staatsverunglimpfung? Vielleicht, aber dieser Fall, in dem sich die Ermittlungsbehörden "mehr mit den falschen Fährten als mit den für das Massaker Verantwortlichen befassen mußten" (Panorama), fordert nun einmal staatsfeindliche Phantasien heraus. Führend ist auf diesem Gebiet taz-Korrespondent Werner Raith, der hartnäckig an der These festhält, die von der italienischen Kunstflugstaffel frecce tricolori im August 1988 verursachte Katastrophe von Ramstein (70 Tote) stehe mit "Ustica" in Verbindung: Zwei der verunglückten Piloten hätten unerwünschte Aussagen über den DC-9-Abschuß machen wollen und seien geringfügigen - im metergenauen Präzisionsflug tödlichen - Manipulationen an ihren Maschinen zum Opfer gefallen.

Kriminalistik und Weltpolitik

Die Ustica-Affäre hat neben ihrer kriminalistischen Seite - der Suche nach dem Täter - auch hochbrisante aktuelle Implikationen. Wenn bewiesen werden könnte, daß führende NATO-Mitgliedsstaaten in einer gemeinsamen geheimdienstlichen und militärischen Aktion die Intervention in Libyen geplant, ja sogar begonnen haben, dann wäre damit eine Politik bloßgestellt, die in ihrer Zielsetzung bis heute unverändert fortgeführt wird. Schon ein Jahr nach der Katastrophe, im August 1981, provozierten US-Kampfflieger einen Zwischenfall über der Großen Syrte nahe der libyschen Küste. Zwei libysche Jäger wurden damals abgeschossen. Der Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek "La Belle", bei dem ein US-Soldat und eine türkische Frau starben, war im April 1986 der US-Regierung Vorwand für einen Bombenangriff auf Tripolis, bei dem 40 Menschen ums Leben kamen, darunter Ghaddafis Adoptivtochter.

Seit dem Ende des Golfkrieges wird Ghaddafi von der imperialistischen Propaganda erneut zum Weltbösewicht Nr.1 aufgebaut. Im November präsentierten US-Präsident Bush und der britische Außenminister Hurd die angeblichen Schuldigen für den Lockerbie-Anschlag von Dezember 1988 (270 Tote): Ghaddafi, den libyschen Geheimdienst und als ausführende Täter zwei Agenten, deren Auslieferung sowohl von Washington als auch von London gefordert wird. Der UNO-Sicherheitsrat forderte darüberhinaus die Mitwirkung Libyens an der Aufklärung des Lockerbie-Attentats und des Anschlags auf ein französisches Verkehrsflugzeug über Niger im Jahre 1989 (171 Tote).

Eine libysche Urheberschaft für die beiden Attentate ist keineswegs erwiesen. Die israelische Regierung hält - wie anfangs auch deutsche, britische und US-amerikanische Behörden - nach wie vor Syrer und Palästinenser für die Lockerbie-Attentäter. Die USA hätten Syrien, den neuen Bündnispartner aus der Allianz gegen Saddam Hussein, aus übergeordneten politischen Erwägungen schonen wollen und als Hauptverdächtigen durch Libyen ersetzt. Ahmad Dschibril, Sprecher der von der PFLP abgespaltenen PFLP-GC ("Generalkommando"), erklärte zu diesem durchsichtigen Manöver: "Drei Jahre lang haben die Amerikaner uns und mit uns Syrien beschuldigt, diesen Anschlag begangen zu haben. Nun schieben sie die Verantwortung Libyen zu, morgen ist es vielleicht der Iran. Diese Leute wechseln ihre Opfer wie ihre Hemden" (zitiert nach "taz", 23.11.91). Offensichtlich besitzen die Amis ein immer wieder gern getragenes Lieblingshemd: Ihre offene Feindschaft gegenüber Libyen ist seit Anfang der siebziger Jahre konstant.

Der vom "Stern" behauptete libysche Versuch, hochrangige russische Atomwissenschaftler gegen 100.000 Dollar Jahresgehalt als "Nuklearsöldner" anzuwerben, setzt neue militärische Schläge gegen Libyen auf die Tagesordnung: Hier scheint "Gefahr im Verzuge". Die Äußerung von Ghaddafis Stellvertreter Abdel Salam Dschallud bei seinem Teheran-Besuch Ende Januar, im Falle eines US-Angriffs auf Libyen werde man "arabische Massen und islamische Bewegungen" gegen die Aggressoren bewaffnen, könnte vor diesem Hintergrund mehr sein als leere Kraftmeierei: echte und zutiefst berechtigte Besorgnis über bevorstehende militärische Aktionen der USA und ihrer Verbündeten. Auch die "Wahrheit über Ustica" wird Libyen nicht retten. Sie könnte aber, vorausgesetzt, sie käme bald ans Licht, das Land zumindest kurzfristig vor imperialistischen Interventionen schützen. Wer gerade des 81fachen Mordes überführt wurde, ist gut beraten, eine gewisse Schamfrist verstreichen zu lassen - bis zum nächsten Sturmangriff für Frieden und Freiheit.

Js.

Quellen:

Inchiesta Ustica - relazione della commissione stragi (Beilage zu Panorama, 21.7.91) sowie diverse Ausgaben von La Repubblica, Corriere della sera, l'Unità, Panorama, taz, FR, FAZ, Spiegel, Kommune, ak (Nr. 311) zwischen dem 4.11.88 und dem 31.1.92.

15. Asylverfahrensgesetz: Kampfgesetz gegen Asylsuchende

Autor: Ulla Jelpke, Albrecht Maurer, Helmut Schröder · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:34

Am 24.1.1992 einigten sich die Innenpolitiker der CDU/CSU, der FDP und der SPD endgültig in konspirativer Sitzung nach neunstündiger Debatte auf einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Asylverfahrensgesetzes. Es war das dritte Treffen zu diesem Anlaß. Vorgelegt wurde bereits am 30.11.1991 ein Gesetzentwurf, der mit den Mitteln der Sonderjustiz und polizeistaatlichem Handeln gegen Asylsuchende vorgehen will. Mit einem sowohl kleinkarierten und schikanösen als auch restriktiven Paragraphenwerk soll die Abschreckung vervollkommnet und der Rechtsschutz der Flüchtlinge verschlechtert werden. Zurecht wurde dieser Gesetzentwurf vom "Komitee für Grundrechte und Demokratie" und dem "Republikanischen Anwaltsverein" (RAV) als "Kampfgesetz gegen Asylsuchende" und als "ein Angriff auf den Rechtsstaat" bezeichnet.

Die schriftliche Fassung des Kompromißentwurfs vom 24.1. liegt noch nicht vor. Da er nicht wesentlich von dem Entwurf vom 30.11.1991 abweichen dürfte - abgesehen von einigen Verschärfungen u.a. in Richtung Aufhebung des Föderalismus -, werden wir diese Fassung im folgenden vorstellen und anschließend einen kleinen Überblick über die weiteren Gesetzesvorhaben und Debatten geben.

Der Kreislauf Knast - Sammellager - Knast

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, das in Artikel 16 des Grundgesetzes garantierte Grundrecht auf Asyl auszuhöhlen und die in Artikel 19 GG abgesicherte Rechtsweggarantie zu beschneiden. Mit dem Gesetzentwurf soll das umgesetzt werden, was in dem sogenannten Kanzlerrundengespräch im Oktober 1991 vereinbart worden ist. Also: Unterhalb einer Grundgesetzänderung soll erreicht werden, daß zukünftig über "offensichtlich unbegründete" Asylanträge innerhalb "von circa sechs Wochen rechtskräftig entschieden und der Aufenthalt beendet werden kann." Als Maßnahmen wurden dafür u.a. ausersonnen: Schnellverfahren im Sinne von kurzen Prozeß machen durch Beschränkung des Gerichtsverfahrens auf eine Instanz, Abkürzung der Klagefrist, Einsetzung von Einzelrichtern, Zurückweisung von Asylanträgen bei verspätetem Vorbringen der Fluchtgründe; abschreckende Maßnahmen wie die Einrichtung von Sammellagern, die Ersetzung von Barmitteln durch Sachleistungen, die Androhung von Haft bei kleinen Verstößen gegen das Ausländer-und Asylverfahrensgesetz und die polizeiliche Ausforschung, Speicherung und Weitergabe der Daten der Asylsuchenden.

In 92 Paragraphen - das ist eine glatte Verdoppelung, von wegen Vereinfachung! - offenbart das Machwerk aus dem Bundesinnenministerium die Möglichkeiten der Gängelung und Entrechtung der AsylbewerberInnen und des offenen verfassungswidrigen Vorgehens und der staatlichen Willkür dabei. Zentraler Eckpunkt des Entwurfs ist die Verpflichtung der Länder zur Einrichtung von Sammellagern (§ 47 "Schaffung und Unterhaltung von Erstaufnahmeeinrichtungen"). Die Erstaufnahmeeinrichtung "soll mindestens 500 Unterbringungsplätze aufweisen".

Die Konzentrierung der Asylsuchenden in diesen Lagern gleicht einer Internierung. Bis auf wenige Ausnahmen sind nach § 50 alle Asylsuchenden "verpflichtet, für die Dauer von längstens drei Monaten in der für ihre Aufnahme zuständigen Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen." Dabei "ist der Ausländer verpflichtet, für die zuständigen Behörden und Gerichte zu bestimmten Zeiten erreichbar zu sein." (§ 50 III)

Der Münchner Rechtsanwalt Hubert Heinhold, Leiter des Ausschusses für Asyl- und Ausländerrecht beim RAV, weist in seinem Gutachten vom 6.1.92 darauf hin, daß bei der Abfassung des Entwurfs im Innenministerium die Hervorrufung von "Assoziationen zu Gefängnisaufenthalten und Lageraufenthalten in vergangenen Zeiten (...) vermutlich beabsichtigt" worden ist. In der Tatsache, daß der Aufenthalt der Asylsuchenden in diesen Sammellagern mit Polizeigewalt und Haftandrohung durchgesetzt wird, sieht Heinhold mit Recht eine "gefängnisähnliche Ausgestaltung". Nach Vorstellungen des BMI und der diesen Kompromiß tragenden Parteien sollen Verstöße gegen die vorgeschriebene Aufenthaltsbeschränkung als "Ordnungswidrigkeit" (§ 88) im Erstfall und im Wiederholungsfall als "Straftat" (§ 87) "mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe" geahndet werden. Zur Ergreifung der AsylbewerberInnen können sie durch die

zuständige Erstaufnahmeeinrichtung, Ausländerbehörde oder das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zur Fahndung ausgeschrieben werden (§ 68).

Die Rechte der Flüchtlinge sollen gnadenlos eingeschränkt werden. Ein informationelles Selbstbestimmungsrecht haben sie nicht. Laut § 7 des Entwurfs sollen "zum Zwecke der Ausführung" des Gesetzes alle personenbezogenen Daten erhoben werden, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Behörden "erforderlich ist". Danach sind die Daten "beim Betroffenen zu erheben. Sie dürfen auch ohne Mitwirkung des Betroffenen bei anderen öffentlichen Stellen, ausländischen Behörden und nichtöffentlichen Behörden erhoben werden", wenn das Asylverfahrensgesetz "oder eine andere Rechtsvorschrift es vorsieht oder zwingend voraussetzt."

Die "Sicherung der Identität" ist in § 15 des Entwurfs festgelegt. Neu ist, daß nun bei allen Asylsuchenden die Identität "durch erkennungsdienstliche Maßnahmen zu sichern" ist. Gemäß § 15 I leistet das Bundeskriminalamt "Amtshilfe bei der Auswertung der (...) gewonnenen Unterlagen". Die Nutzung dieser Daten ist auch zur "Zuordnung von Beweismitteln im Rahmen der Strafverfolgung und der polizeilichen Gefahrenabwehr" (§ 15 IV) möglich. Die Vernichtung dieser Daten kann beliebig hinausgezögert werden, falls die "Unterlagen im Rahmen eines Strafverfahrens oder zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigt werden". Eingearbeitet in diesen Entwurf sind auch schon die Erkundungen des Reiseweges des Asylsuchenden - hierzu muß er bereitwillig Auskunft geben -, um so später europaweit Fluchtrouten kontrollieren und blockieren zu können (§§ 16 und 28).

Eine Feinabstimmung mit den Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes ist noch nötig, hier muß noch im "Hinblick auf die vorgesehene Datenbank `Asylon' des Bundesamtes" nachgebessert werden (§ 9). Nach § 69 können AsylbewerberInnen sogar "auf richterliche Anordnung in Haft genommen werden, wenn seine Identität ungeklärt ist und er unrichtige Angaben über seine Identität gemacht hat". Diese Bürokratensucht, jeden Furz zu reglementieren und zu kontrollieren, muß an den praktischen Problemen der Asylsuchenden mit Papieren, Sprache, Umfeld etc. haben, gemessen werden; dann erst wird deutlich, welche gnadenlose Entrechtung damit möglich wird.

AsylbewerberInnen können aber auch in Haft genommen werden, wenn sie

- sich länger als eine Woche von der Erstaufnahmerichtung entfernen

- einer Zuweisungsverfügung oder einer Wohnsitzaufnahme innerhalb einer Woche nicht Folge leisten

- unter der angegebenen Anschrift nicht erreichbar sind.

Ebenfalls mit dem "unmittelbaren Zwang" der Polizei werden die AsylbewerberInnen traktiert, wenn sie einer Weiterleitung durch die befaßte Behörde zum Sammellager auf dem vorgeschriebenen Reiseweg und Beförderungsmittel nicht "unverzüglich Folge" leisten (§ 23).

Kurzer Prozeß

Durch den neuen Gesetzentwurf soll angeblich das Asylverfahren entbürokratisiert und beschleunigt werden. Das "Komitee für Grundrechte und Demokratie" weist in einem Schreiben vom 29.1.92 an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit Recht daraufhin, daß die in dem Entwurf enthaltene Logik "den Charakter eines `kurzen Prozesses' erhält".

Nach dem Entwurf soll das Verfahren beim Bundesamt innerhalb von zwei Wochen abgeschlossen sein, d.h. die Anhörung des Asylsuchenden muß in der ersten Woche des Aufenthalts in der Erstaufnahmeeinrichtung stattfinden. Diese ungeheure Verschärfung wird noch weiter getrieben. Nach § 28 "bedarf es keiner besonderen Ladung" für den in der Erstaufnahmeeinrichtung wohnenden Asylsuchenden und seinen Bevollmächtigten. Alle später, also nach der Anhörung vorgebrachten Angaben und Beweismittel "bleiben unberücksichtigt". D.h. vom materiellen Kern der Anhörung her, wird dem Asylsuchenden eine optimale juristische Beratung und Betreuung unmöglich gemacht. Mit eng bemessenen Fristen wird das Grundrecht auf Asyl zur Farce gemacht.

Konsequent ist es von daher, daß der Rechtsweg für Asylsuchende gegen die Entscheidungen des Bundesamtes beschnitten wird. Offen bleibt für sie nur der Weg zum Einzelrichter als einzige Instanz. Dabei hat das gerichtliche Verfahren nur dann eine aufschiebende Wirkung, "wenn es in diesem Gesetz ausdrücklich

benannt ist" (§ 11). Nach § 80 des Entwurfs geht das nur in den Fällen der Ablehnung eines Asylantrags als "einfach unbegründet" (§§ 40, 41). In allen anderen Verfahrensfällen hat eine Klage keine aufschiebende Wirkung. Das bezieht sich auch auf den Widerruf einer Anerkennung der Asylberechtigung wegen geänderter Verhältnisse. Die Klagefrist beträgt auch hier eine Woche, und innerhalb dieser Frist müssen auch alle "zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel" angegeben werden (§ 39). Gegen die Entscheidungen der Einzelrichter kann nur in wenigen Fällen geklagt werden. In einem Begleitschreiben des Bundesinnenministerium zum Entwurf heißt es zackig: "Ausschluß jeglicher Rechtsmittel".

Klagen vor dem Verwaltungsgericht sind nach § 83 des Entwurfs "unanfechtbar". Der Instanzenweg wird spätestens hier für Asylsuchende gekappt. Zu Folgeanträgen heißt es in § 74 des Entwurfs: "Innerhalb von zwei Jahren, nachdem eine nach dem Gesetz ergangene Abschiebungsandrohung unanfechtbar geworden ist, ist ein weiteres Asylverfahren ausgeschlossen." Pauschal wird hier das Grundrecht auf Asyl weiter eingeengt und an eine Zweijahresfrist geknüpft, als wenn es keine politischen Veränderungen auf der Welt gäbe, die neue Fluchtursachen und Gefährdungen von Menschenleben bewirken.

Als weiteren schwerwiegenden Angriff auf die Asylsuchenden hält der Entwurf eine Verschärfung der Abschiebepraxis bereit. § 44 regelt, daß bei "Vorliegen eines Abschiebungshindernisses (...) die Abschiebung in den betreffenden Staat für die Dauer von drei Monaten ausgesetzt" ist. Ist die Frist abgelaufen, dann wäre auch eine Abschiebung möglich - ohne daß eine erneute Prüfung stattfände. In § 57 wird die Abschiebehaft verschärft.

Die Bekämpfung der Asylsuchenden mit diesem Gesetzentwurf macht es geradezu erforderlich, daß die Befugnisse des Bundesamtes erweitert werden. Nach § 5 soll das Bundesamt "nach Maßgabe dieses Gesetzes auch für ausländerrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen zuständig sein". Das Bundesamt übernimmt bestimmte Aufgaben von den Ländern:

1. Das Bundesamt wird künftig die Feststellung von Abschiebungshindernissen des § 53 AuslG vornehmen.

2. Das Bundesamt erläßt künftig die Abschiebungsandrohung.

Wo, bitte, ist die Opposition?

Nach der Einigung auf einen Kompromiß zur "Beschleunigung" des Asylverfahrens wurde Gerhard Schröder, sozialdemokratischer Ministerpräsident des "rot- grünen" Niedersachsens, in der Sendung "Bonn direkt" vom 26.1.92 zu den erzielten Ergebnissen befragt. Schröders Position reduziert sich im wesentlichen darauf, daß die Kompetenz für das Asylverfahren insgesamt auf den Bund "verlagert werden" muß, denn "wer die Konzentration nicht macht, der kann die Beschleunigung vergessen". Der Sozialdemokrat Schröder überträgt die Verantwortung für das Asylverfahren an die Bundesregierung und versucht sich dezent aus der Verantwortung zu stehlen. Von diesem eher "linken" Sozialdemokraten hört man keine prinzipielle Ablehnung des Gesetzesentwurfs, der gegen alle juristischen und humanistischen Erwägungen und Prinzipien verstößt und nur die effiziente Abschottung gegen Asylsuchende zum Ausgangspunkt und Ziel hat.

Die SPD insgesamt sieht ihre "Oppositionsrolle" darin, daß sie den Föderalismus gleich freiwillig aufgibt. Jürgen Trittin, grüner Minister für Europaangelegenheiten in Niedersachsen, gibt sich redlich Mühe, den Sozialdemokraten am völligen Umfallen zu hindern. Auf diese Weise gab es immerhin noch eine Diskussion um die Frage der Sammelunterkünfte. CDU und SPD ist es allerdings gelungen, die Diskussion in der Öffentlichkeit auf die Frage zuzuspitzen, ob der Bund leerstehende Kasernen den Ländern kostenlos für die Unterbringung der Asylsuchenden überläßt.

Die Rolle der linken SPD und der Grünen wird immer trauriger. Ihre Zugeständnisse in der Debatte um das Asylverfahrensgesetz ebnen immer mehr der völligen Abschaffung des Artikel 16 GG den Weg. In dem Entwurf zum Asylverfahrensgesetz ist u.a. auch festgelegt, daß "dem Ausländer die Einreise zu verweigern ist, wenn offensichtlich ist, daß er bereits in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher war" (§ 20 I). In eine ähnliche Richtung zielt auch das noch vertraulich gehandelte "Gesetz zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen". Dort wird in der Begründung festgelegt: "Die Regelung schafft die Voraussetzung, einen Asylbegehrenden an den für die Durchführung des Asylverfahrens zuständigen Vertragsstaat zu überstellen,

wenn der Ausländer mit diesem Staat bereits Gebietskontakt vor der Einreise in die Bundesrepublik hatte, unabhängig von der Art und Dauer des Gebietskontaktes."

Angesichts der hier vorgelegten Lagerordnungen, Abschottungs- und Vertreibungsrichtlinien und ihrer Behandlung in der öffentlichen Diskussion packt einen das kalte Grausen. Bewaffnet mit diesen Paragraphen und Handreichungen können die deutschen und europäischen Bürokraten wieder ihr fürchterlichstes Gesicht zeigen und behaupten, sie hätten lediglich Probleme ordentlich zu lösen ...

Ulla Jelpke, Albrecht Maurer, Helmut Schröder

16. Schnelle Abschiebung: Sechs-Wochen-Frist in Baden-Württemberg

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:24

Die in der Kanzlerrunde vom 10.10. letzten Jahres erarbeiteten Vorschläge zur schnelleren Abwicklung des Asylverfahrens werden derzeit als Gesetzesvorlage im Bundesrat eingebracht und in Feinheiten zwischen CDU- und SPD-regierten Ländern abgestimmt. Genau zwei Monate später präsentiert die Landesregierung von Baden-Württemberg schon ein konkretes Konzept zur Umsetzung des "Sechs-Wochen-Modells", das derzeit trotz aller Bedenken seitens des Städtetages und der Gerichte spätestens zum 1. Juli umgesetzt sein soll.

Die ZAST (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) in Karlsruhe wird die zentrale Verteilungsstelle für Baden-Württemberg bleiben. Eine weitere Anlaufstelle soll in Göppingen eingerichtet werden. Vorläufig letztes Glied in der Kette abschreckender Maßnahmen ist die Einrichtung von vier Bezirksstellen in Rastatt, Ludwigsburg, Reutlingen und Freiburg, in denen offiziell jeweils bis zu 500 Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Allerdings gibt es darüber keine klaren Informationen. So war beispielsweise in den "Stuttgarter Nachrichten" vom 12.10.91 von 1600 Flüchtlingen allein in drei möglichen Reutlinger Lagern die Rede.

Die Bezirkssammellager, die derzeit eilig in freiwerdenden Kasernen hergerichtet werden, sollen ähnlich wie die ZAST arbeiten. D.h. mehrere Behörden sind in den Lagern zusammengefaßt: eine Außenstelle des "Bundesamtes für Flüchtlingswesen", die Ausländerbehörde, das Verwaltungsgericht (Einzelrichter), die Bürokratie, die Polizei für Abschiebungen und Ordnungsmaßnahmen... Insgesamt sind nach Informationen der grünen Landtagsabgeordneten Rose Glaser allein im Lager Reutlingen 110 Beschäftigte vorgesehen. Sinn und Zweck dieser Zusammenfassung ist die Beschleunigung von Asylverfahren, oder etwas deutlicher: Flüchtlinge sollen möglichst schnell wieder abgeschoben werden.

Kampf den Abschiebestellen!

Von den Anlaufstellen in Karlsruhe und Göppingen werden die Flüchtlinge, die als "offensichtlich unbegründete" Antragsteller klassifiziert werden (ca. 30% aller Flüchtlinge) auf die Bezirkssammellager weiter verteilt. Was "offensichtlich unbegründet" ist, entscheidet ein Bürokrat in Karlsruhe. Grundlage ist eine Länderliste - eingeteilt in Verfolger- und Nichtverfolgerstaaten.

Die Flüchtlinge mit dem Schreibtischkürzel "o.u."-Antrag sollen im Sechs-Wochen-Prozeß wieder abgeschoben werden. "Das neue Bezirkstellenkonzept ... kostet nicht nur Geld", so Innenminister Schlee in der Pressemitteilung vom 10.12.91, "sondern es trägt auch zur Kostenreduzierung bei. Jeder Monat Verfahrensbeschleunigung allein bei den Modellfällen reduziert die Kosten für das Land um 8,8 Mio. DM".

Das "Sechs-Wochen-Modell" sieht, wenn es denn annährend verwirklicht werden soll, vor: zwei Wochen Verwaltungsverfahren, eine Woche Rechtsmittelfrist, zwei Wochen gerichtliche Eilverfahren, eine Woche Aufenthaltsbeendigung. Mensch stelle sich vor, dieser ist in einem fremden Land mit 35 DM Taschengeld ohne Kontakt nach außen (diese sind, da sie der "Integration" dienen, nicht erwünscht) innerhalb einer Woche Rechtsmittel gegen den ablehnenden Bescheid einlegen zu müssen. Das erscheint schon wegen der Zustände im Lager und der weitgehenden Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Flüchtlinge werden interniert: die Aufenthaltsgestattung gilt nur für den Lagerbereich) aussichtslos. Um ganz sicher zu gehen, wird den Flüchtlingen auch das Petitionsrecht verwehrt. Darüberhinaus sollen alle Flüchtlinge erkennungsdienstlich behandelt werden.

Damit sind Flüchtlinge noch mehr der staatlichen Willkür ausgesetzt. Die Kasernierung von Flüchtlingen bedeutet eine Entmenschlichung, die Hemmschwelle für rassistische Anschläge wird gesenkt. Die in Sammellagern lebenden Menschen sollen als gesichtslose Menschen erscheinen. Damit wird unterstellt, daß sie lediglich auf unsere Kosten leben würden, aus wirtschaftlichen Gründen kämen, also "offensichtlich unbegründet". In diesen Bezirkssammellagern wird es lediglich eine reduzierte Sozialbetreuung geben, kaum gesundheitliche Versorgung, keine Sprachkurse - das alles ist unerwünscht.

Die antirassistischen Initiativen in Baden-Württemberg haben mit dem Ziel, diese Bezirkssammellager zu verhindern, eine engere Koordination ihrer Aktivitäten ins Auge gefaßt. Ziel ist es, die herrschende Asylpolitik anzugreifen und den Rassismus konkret im eigenen Land zu bekämpfen.

In Reutlingen haben zwei unterschiedlich orientierte Bündnisse eine gemeinsame Kundgebung für den 27. Februar geplant.

Bleiberecht für alle!

Hermann, Reutlingen

17. Antisemitismus und Rassismus im größeren Deutschland. Anmerkungen zu einer SPIEGEL-Umfrage

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:44

Der "Spiegel" veröffentlichte im Januar eine Umfrage des Emnid-Instituts und des israelischen Gallup-Instituts über Rassismus und Antisemitismus in Deutschland und das Verhältnis von Deutschen und Juden zueinander (1), die einige bemerkenswerte Einstellungen der deutschen Bevölkerung bekanntmacht. Im Zentrum der nachfolgenden Anmerkungen sollen dabei die nationalistischen und rassistischen sowie insbesondere die antisemitischen Meinungsmerkmale sowie ihre Bewertung stehen. Die Begrenztheit solcher Meinungsumfragen und die Fragwürdigkeit bestimmter Fragestellungen mitbedacht, zeigt sich m.E. dennoch eine erhebliche Substanz für die benannten Ismen, die jenseits ihrer exakten Größenordnung im einzelnen von relevanten Einstellungen in der deutschen Bevölkerung zeugen. Als unmöglich erweist sich - außer an Daten zum aktuell bedingten Rassismus - ohne weitere Vergleichswerte festzustellen, ob es eine qualitative Entwicklung der erfragten Einstellungen mit und nach der Wiedervereinigung gegeben hat.

Wenn 58 Prozent der heutigen Deutschen der Meinung sind, ihre verstorbenen oder noch lebenden deutschen Landsleute hätten von der Massenvernichtung der Juden im Nationalsozialismus überwiegend nichts gewußt, dann zeugt dies von dem hohen Maß an Verdrängung, das auch nicht dadurch "beruhigender" wird, daß erwartungsgemäß die über sechzigjährigen zu 71% auf dieser Ansicht beharren; denn von den 18-29jährigen, moderner belehrten Jüngeren sind es immerhin 44%, die diese Ansicht teilen. Wenn zudem 44% der Bundesbürger dem Nationalsozialismus sowohl gute, als auch schlechte Seiten zuerkennen (bei ähnlicher Staffelung nach Alter), dann bestätigt dies, daß der Boden für eine Revision deutscher Geschichte gut bereitet ist. Die von Politikern, von Historikern und Lehrenden seit Jahren betriebene "Differenzierung" in die positiven Seiten deutscher Geschichte, an die es anzuknüpfen gelte und die Abtrennung der "bösen Seitensprünge" hiervon kann sich nicht nur auf die Erinnerung an das gute Preußen in Abgrenzung zum schlechten Nationalsozialismus stützen, wie jüngst beim Leichenschmaus für Friedrich den Großen geschehen. Sie kann auch dem schlechten Nationalsozialismus die guten deutschen Seiten abgewinnen. Der Wiedergewinnung positiver deutscher Nationalgeschichte steht damit nicht mehr allzuviel im Weg. Daß 27% der Deutschen Hitler sogar für einen großen Staatsmann hielten, wären nicht Weltkrieg und "Judenverfolgung" (so die Um-Frage) gewesen, läßt sogar noch mehr als nur "Differenzierung" zu. Faschisten könnten auf dieser Basis mit Zuspruch rechnen, daß der Nationalsozialismus ohne seine "Entartungen" etwas Positives gewesen sei.

Rassismus

Vor diesem Hintergrund betreibt der "Spiegel" in seiner Bewertung der Umfrage Verharmlosung, wenn er die hohe Zustimmung auf die Frage: "Haben Sie Verständnis für rechtsradikale Tendenzen aufgrund des Ausländerproblems?" dadurch relativiert, daß diese nach Hoyerswerda im Oktober 1991 und den nachfolgenden rassistischen Anschlägen abgenommen habe. 34% im September, 27% im November und 24% im Dezember 1991 hatten Verständnis geäußert. "Die Ängste sind, so scheint es, unbegründet", schreibt der "Spiegel" über israelische Befürchtungen vor einem neuen deutschen Faschismus. Nach dem Schock über die Gewalt sei in der BRD ein "Trend der Vernunft ausgelöst" worden. Ein Viertel der Bevölkerung mit Verständnis für Rechtsradikalismus scheint so wenig besorgniserregend, wie die Tatsache, daß weitere 13% nur deswegen auf Distanz gehen, weil ihnen Brand- und sonstige Anschläge als nicht adäquates Mittel für ein als zu lösendes "Ausländerproblem" erscheinen und viele sich zudem eher opportunistisch dem öffentlich geheuchelten Empörungsdruck beugen.

27% Befragte glauben, daß "wir Deutschen den anderen Völkern überlegen sind". 40% sind der Meinung, "wir sollten darauf achten, daß wir das deutsche Volk rein erhalten und Völkermischung verhindern". Dieses offene Bekenntnis zum Rassismus, wird als solcher gar nicht gewertet (die Frage: "Sind Sie Rassist?" hätten vermutlich nur ganz wenige positiv beantwortet). Die mehrheitliche Ablehnung der deutschen Volksreinheit bedeutet allerdings nicht Antirassismus, sondern bei vielen die Annahme, daß die Probleme zum einen so schlimm noch nicht sind und zum anderen noch mit anderen Mitteln gelöst werden können. Immerhin glauben

66% der Bevölkerung, "die Ausländer mißbrauchen unser soziales System" (30% bejahen dies entschieden, 36% eingeschränkt), weitere 23% finden daran etwas richtig (die Aussage, antworteten sie, "stimmt kaum", aber doch wohl etwas).

Schließlich sei noch die politisch manipulierte Lenkung des Rassismus entlang aktueller politischer Medienkampagnen erwähnt. Der Deutschen zweitliebste "Ausländer" sind die in ihren Herkunftsländern lebenden (die liebsten sind ihnen die vom Italiener um die Ecke). Am wenigsten mögen sie "Neger und Zigeuner", gefolgt von den Asylsuchenden aus Osteuropa. Kroaten aber sollte, so die Mehrheitsmeinung, "nach Einzelfallprüfung" politisches Asyl gewährt werden. Für Kurden aus der Türkei war dies bereits umstritten, während Serben und Albaner von einer Mehrheit "grundsätzlich abgelehnt werden".

Antisemitismus

Kernpunkt der Umfrage war die Untersuchung des Verhältnisses von Deutschen und Juden und des Antisemitismus in Deutschland. Dabei kommt sie zu folgendem Ergebnis: 13% der Deutschen sind danach "harte" Antisemiten, 22% müssen als "gemäßigte" Antisemiten gelten, 17% als fast, 48% als völlig "frei" von Antisemitismus. Dabei warnt der "Spiegel" vor der Erwartung eines natürlichen "Absterbens" des besonders bei Älteren hohen harten Antisemitismus, da dieser mittlerweile bei den 18-29jährigen 12% Zustimmung erfährt.

Auf sechzehn "judenkritische" Fragen sollten die Befragten antworten, bei mehr als sechs Bejahungen (Juden sind "überheblich, rücksichtslos, egoistisch, mißtrauisch") galten sie als harte Antisemiten. Die Bewertung und Befragung ist zweifelhaft. Zum einen verzichtete sie auf die von bedeutsamen antijüdischen Stereotypen, die bei vergleichbaren Befragungen geprüft wurden: "aufs Geld bedacht, geschäftstüchtig" oder "trickreich" z.B., obwohl die meisten Deutschen diese den Juden zuordnen. Zum anderen kommt aufgrund der rein quantitativen Bewertung der Antworten nicht zum angemessenen Ausdruck, daß immerhin 36% aller Deutschen der Behauptung zustimmen: "Juden haben auf der Welt zuviel Einfluß". Obwohl mit dieser Behauptung eines der gängigsten antisemitischen Vorurteile berührt ist, das der Vorstellung von der jüdischen Weltverschwörung nahekommt, fällt der größte Teil der Zustimmer aus der harten antisemitischen Kategorie heraus, weil sie weniger als -aus welchen Gründen auch immer - zustimmend beantwortet haben.

Wandel des Antisemitismus nach 1945

Sowohl die angewandte Methode zur Ermittlung des Antisemitismus in dieser Umfrage ist fragwürdig, als auch der Versuch eines Vergleichs zu früheren Umfragen, da die Erhebungsmethoden zu unterschiedlich sind. Unklar bleibt bei der Emnid-Umfrage des "Spiegel", was die Kriterien für Antisemitismus sind. Werner Bergmann hat in seiner Studie "Sind die Deutschen antisemitisch?" (2) vom "Wandel des Antisemitismus" nach 1945 geschrieben. Er habe seine Funktion "als politische Ideologie verloren, existiert aber als ein diffuses, offiziell unterdrücktes Vorurteil weiter". Marginal scheint danach der religiöse Antisemitismus zu sein (in der aktuellen "Spiegel"-Umfrage bejahten 19%, daß die Juden Schuld am Tode Jesu seien). Zurückgegangen sei der rassische Antisemitismus, der den Juden angeborene Negativeigenschaften zuschreibt. In den neueren Umfragen ist danach gar nicht mehr gefragt worden. Ausnahme hiervon ist eine Erlanger Studie über "Antisemitismus in der ehemaligen DDR" vom April 1991 (3). In ihr haben die Autoren bei 10,9% Zustimmung zur Behauptung "Es gibt Fehler, die liegen den Juden im Blut" und bei 10,2% zu "Juden kann man am Aussehen erkennen" erhalten. Dominant ist nach Bergmann dagegen der wirtschaftliche Antisemitismus (z.B. -jüdische Raffgier-). In der Emnid-Umfrage ist auf seine Ermittlung kaum Wert gelegt worden. Bergmann ortet zudem einen neuen Antisemitismus, den er dem politischen Antisemitismus zuordnet, der mit dem "Nichtvergehen der Vergangenheit" und der "Schuldzumutung" an die Deutschen zusammenhänge. Dieser politische Antisemitismus hat in der Bundesrepublik, in der heute ca. 30.000 Juden leben und der ehemaligen DDR mit schätzungsweise 3.000 Juden selbst "keine reale Basis". Er definiert sich im wesentlichen über die Existenz des Staates Israel als ständiges "Ärgernis" für Schuldansprüche gegenüber den Deutschen. Einen Schub habe der politische Antisemitismus mit der Diskussion um Wiedergutmachungszahlungen an Israel 1952 bekommen. Die Forderung nach einem "Schlußstrich" unter die Vergangenheit habe mit dem Prozeß gegen Eichmann, dem Auschwitz-Prozeß und der Debatte um die Verjährung der Nazi-Verbrechen in den sechziger Jahren verstärkt Zustimmung erfahren und lag 1987 bei 67% in der BRD. Der Aussage, daß Israel "mit den Schuldgefühlen der Deutschen ein Geschäft macht", stimmten über 50% zu (2).

Der Wert von 62% (66% im Westen, 46% im Osten) in der neuesten Emnid-Umfrage bestätigt die hohe Zustimmung zum "Schlußstrich" unter die Geschichte. Nur 20% sind dagegen, 16% verhalten sich indifferent. 42% Deutsche lehnen eine besondere Verantwortung gegenüber den Juden ab (24% haben keine Meinung). 32% bejahen sogar, daß "die Juden mitschuldig (sind), wenn sie gehaßt und verfolgt werden".

Man kann bei diesen zum Teil hohen Zahlen getrost bezweifeln, daß die Wertung von 48% vom Antisemitismus freien und von 22% mit "gemäßigten" antisemitischen Vorurteile zutreffen. Entscheidender als ihre zweifellos schwierige exakte Messung ist der erkennbar hohe Anteil unterschiedlich motivierter, abgestufter antisemitischer Bilder, die sich vor dem Hintergrund so langer Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, obwohl weitgehend "judenfrei" gemacht, als traditionelle Antisemitismusmuster ebenso gehalten haben, wie neue hinzugetreten sind. Sie finden zwar ihre Entsprechung in anderen rassistischen Vorurteilen (traditionell gegen Roma und Sinti, neuerdings gegen Serben). Als Antisemitismus vor dem Hintergrund deutscher Geschichte aber bleiben sie eine Besonderheit, die bei mehr als der Hälfte der deutschen Bevölkerung eine unterschiedlich starke Basis hat, obwohl die meisten von ihnen niemals mit einem einzigen Juden in Berührung gekommen sind (eine Feststellung die nur auf die Hartnäckigkeit des gesellschaftlichen deutschen Antisemitismus verweisen, ihm aber nicht deswegen eine Berechtigung zuerkennen soll, weil er dann verständlicher wäre).

Wirkungen des "verordneten Antifaschismus"?

Durchgängig schneiden die Ossis in der Emnid-Umfrage besser ab, als die Wessis. Von den 13% als hart eingestuften Antisemiten werden 16% dem Westen und 4% der ehemaligen DDR zugeschlagen. Das korrespondiert in allen Einzelfragen mit der Erlanger Umfrage vom April 1991 (3). Sie hatte den "harten Kern" der Antisemiten in der Ex-DDR bei 6% veranschlagt und die völlig bzw. weitgehend vorurteilsfreien Befragten mit 77%. Diese Umfragen belegen, daß es Rassismus und Antisemitismus in nennenswertem Umfang unter den Ex-DDRlerInnen gibt. Sie widerlegen allerdings, daß sie hier eine besondere Note haben und ihr Aufschwung im neuen, größeren Deutschland ihren propagandistisch behaupteten Ursprung im "Totalitarismus" der DDR habe. Das Gegenteil müßte, folgt man den Umfragen, geschlußfolgert werden. Übereinstimmend stellen Emnid und die Erlanger die starke Differenz als "Überraschung" heraus, an deren Grundlagen allerdings kein Gedanke verschwendet wird. Die Erlanger schreiben: "Antisemitismus spielt in den Köpfen der ehemaligen DDR-Bürger nur eine geringe Rolle (...) Auch hat die betont antiisraelische Politik der einstigen Machthaber offenbar wenig abgefärbt." Und der "Spiegel": "Durchgängig äußern sich Ostdeutsche weniger antisemitisch, rechtsradikal und ausländerfeindlich als die Westdeutschen. Während die jahrzehntelange antiisraelische Politik der DDR-Regierung keine Spuren hinterlassen hat, haben sich die meisten DDR-Bürger eine Aversion gegen das NS-Regime bewahrt." In der Erlanger Studie wird erstaunlicherweise eineinhalb Jahre nach dem Sturz der SED-Führung ermittelt, daß 31,7% der DDR-Bürger keine Kommunisten mögen, aber 85,8% keine Neofaschisten. Man muß wegen des erheblich geringeren, festgestellten Antisemitismus in der Ex-DDR nicht in Hermann L. Gremlizas übertriebener Beschwörung von der Gewähr sprechen, die die DDR gegen "eine Wiederholung der in Nürnberg verhandelten Verbrechen" bot (Konkret 2/92), um diesen bedeutsamen Unterschied zwischen Ost und West hervorzuheben. Es gibt auf der anderen Seite zahlreiche Indikatoren, die Ansätze zu verstärktem Rassismus und Antisemitismus enthalten, die mit der gesamtdeutschen Entwicklung verstärkt werden dürften. Es gibt neben der stark unterschiedlichen Ablehnung von Neofaschisten und Kommunisten die fast 50prozentige ablehnende Nennung von Homosexuellen, Prostituierten und AIDS-Infizierten und die 20prozentige von "Negern" und "Asylanten" (Erlangen). Richtig ist sicherlich, daß der DDR-Staat allemal eine größere Gewähr gegen faschistische Entwicklungen geboten hat, als der Weststaat. Die Resistenz der ehemaligen DDR-Bürger allerdings muß sich erst noch erweisen. Der erkennbare Unterschied sollte allerdings all jenen, die heute von StaSi und Aufarbeitung reden und im erbärmlichen Chor der westlichen Vergangenheitsbewältiger den "verordneten Antifaschismus" der DDR anklagen, um die Ohren geschlagen werden. Aus linker Sicht gibt es am Antifaschismus der DDR viel zu kritisieren. Der Kern nichtbewältigten Antifaschismus und die materielle und personelle Basis für faschistische Kontinuitäten ist im Westen angesiedelt und anzugreifen.

hr.

Anmerkungen

1) "Spiegel"-Umfrage des Emnid-Instituts in Bielefeld und des Gallup-Instituts in Tel Aviv, "Spiegel" vom 13. und 20. Januar 1992. Befragt wurden 2000 Westdeutsche und 1000 Ostdeutsche sowie 1000 jüdische Israeli. Die Umfrageauswertung und Ergebnistabellen können bezogen werden bei: SPIEGEL-Dokumentation, Postfach 110420, 2000 Hamburg 11

2) Werner Bergmann, Sind die Deutschen antisemitisch? Meinungsumfragen von 1946-1987 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Werner Bergmann/Rainer Erb, Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, Verlag Buderich und Leske, 1991

3) Reinhard Wittenberg, Bernhard Prosch & Martin Abraham, Antisemitismus in der ehemaligen DDR, Ergebnisse der ersten Repräsentativumfrage und einer Befragung von Jugendlichen, April 1991, Sozialwissenschaftliches Institut der Universität Erlangen-Nürnberg

18. Eine Bilanz des Schreckens: Offiziell 2074 rassistische Übergriffe 1991

Offiziell 2.074 rassistische Übergriffe 1991

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:23

In der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS/Linke Liste über ausländerfeindliche und rechtsextremistische Aktivitäten und Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland heißt es: "Dem Bundeskriminalamt wurden für die Zeit vom 1. Januar bis 3. Dezember 1991 insgesamt 2.074 fremden-/ausländerfeindliche Straftaten gemeldet, darunter 325 Brandanschläge und 188 Angriffe gegen Personen." Die übrigen 1.561 Übergriffe firmieren unter sonstige Straftaten, u.a. Sachbeschädigungen, Propagandadelikte. Schlußfolgerungen, welche Straftaten dem BKA gemeldet werden und welche nicht, können aus den Antworten allerdings nicht gezogen werden. Wenn die Anzahl auch höher liegt als die noch Ende Dezember 1991 vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Werthebach bekanntgegebene Anzahl von 1.552 Übergriffen, liegt die tatsächliche Zahl mit Sicherheit noch weit darüber. In England gehen die zuständigen Stellen z.B. bei Angriffen auf AusländerInnen und deren Einrichtungen von einer zehnfachen Dunkelziffer aus. Wie hoch die Dunkelziffer in der BRD anzusetzen ist, weiß z.Zt. kein Mensch, aber warum sollte sie niedriger sein?

Nach einer Meldung der FR vom 11.12.1991 ist die Zahl der Gewalttätigkeiten in den neuen Bundesländern von 246 in 1990 auf 1823 in 1991 angestiegen, also versiebenfacht. Zur gleichen Zeit hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (nach Meldungen der Agentur Reuter) von 790 Gewalttaten in 1991 in den alten Bundesländern (Vergleichszahl für 1990: 128) und von 362 in den neuen Bundesländern Kenntnis. Interessanterweise weiß die Bundesregierung zu dieser Zeit nur von 340 in den neuen Bundesländern, aber von 1.734 in den alten.

Auch die Angaben von Bundesregierung und den Betroffenen gehen weit auseinander, das liegt zum Teil an der Zuordnung: was sind rassistische Übergriffe und was normale Schlägereien. So heißt es in der Antwort: "... Darüber hinaus wurden in Dresden und in Saarlouis jeweils ein Ausländer tödlich verletzt (der Tod eines 19jährigen Türken am 13. November 1991 in Berlin steht nach Erkenntnissen der zuständigen Ermittlungsbehörden nicht im Zusammenhang mit ausländerfeindlichen Ausschreitungen)." Gemeint ist der türkische Schüler Mete Eksi, der von drei jungen Männern lebensgefährlich verletzt wurde und an den Verletzungen starb. Vertreter von Flüchtlingsgruppen teilen am 29.10.91 mit, daß in den letzten zwei Monaten sechs Ausländer an den Folgen von Mißhandlungen gestorben sind. Zehn Flüchtlinge schwebten noch in Lebensgefahr und 40 hätten durch Angriffe bleibende Gesundheitsschäden erlitten.

Mit absoluter Sicherheit ist auch die in der Statistik angegebene Zahl für Berlin mit 24 Übergriffen völliger Unsinn. Das ND berichtet am 28.12.1991, daß in den ersten neun Monaten in Berlin rund 60 Übergriffe von Skinheads auf Ausländer bekannt sind.

Auch wenn davon auszugehen ist, daß die Zahlen um ein Vielfaches höher liegen, läßt sich aufgrund der Aufschlüsselung nach den verschiedenen Bundesländern feststellen, daß das sprunghafte Anwachsen rassistischer Übergriffe nicht allein auf ein neu dazugekommendes Täterpotential im Osten zurückzuführen ist, sondern sich der größere Teil der Übergriffe in den alten Bundesländern ereignet hat. Offensichtlich ermutigt durch die Vereinigung von DDR und BRD sind die Rassisten und Rechtsradikalen in den alten und den neuen Bundesländern aus ihren Löchern gekrochen und toben sich jetzt aus.

In den alten Bundesländern (79,2% der Bevölkerung) wurden 83,6% der aufgeführten Straftaten begangen. In Nordrhein-Westfalen (21,6% der BRD) sind allein 631 (33%) der Straftaten begangen worden.

Auf die Frage, welche Täterkreise für die rassistischen Ausschreitungen verantwortlich sind, lautet die Antwort: "... wurden dem Bundeskriminalamt 662 Tatverdächtige ... gemeldet... . Bei 73 der vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) erfaßten Tatbeteiligten lagen bereits verfassungsrelevante Erkenntnisse vor. 30 der bekannt gewordenen Täter sind als Mitglieder bzw. Anhänger rechtsextremistischer Organisationen wie der ‚Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei' (FAP), der ‚Deutschen Alternative' (DA) oder ‚Nationalistischen Front' (NF) bekannt gewesen. Bei Anschlägen und Übergriffen traten häufig Skinheads auf, deren Aktionen sich als

besonders gewalttätig darstellten." Eine Seite weiter findet sich in der Antwort die Aufschlüsselung von 776 bekannt gewordenen Tatverdächtigen wieder. 12 der Beteiligten waren Frauen, 236 männliche Jugendliche bis 17 Jahren, 358 männliche Jugendliche bis 21 Jahre, die übrigen sind über 21 Jahre. 387 der bekannt gewordenen Täter wurden vorläufig festgenommen. Bei 57 wurde Untersuchungshaft verhängt.

Nicht für nötig gehalten wird die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe Bekämpfung ausländerfeindlicher und rassistischer Übergriffe, weil es sich überwiegend um örtliche Täter handele. Vorgesehen ist die Einrichtung einer Datei beim BKA, mit deren Hilfe die im Rahmen eines geplanten Sondermeldedienstes eingehenden Meldungen verarbeitet werden sollen. Das militante Potential wird auf mindestens 4.500 Rechtsextremisten und die Mitgliederzahl rechtsextremistischer Organisationen auf 40.000 im gesamten Bundesgebiet geschätzt.

ga.

Tabelle 1

Verhängung von

Untersuchungshaft in

Baden-Württemberg 9 Bayern 3 Berlin - Brandenburg 7 Bremen 3 Hamburg 2 Hessen 2 Mecklemburg-Vorpommern 1 Niedersachsen - Nordrhein-Westfalen 16 Rheinland-Pfalz 5 Saarland - Sachsen 9 Sachsen-Anhalt- Schleswig-Holstein - Thüringen -

Gesamt 57

Tabelle 2

LänderEinwohnerzahl(%)Brand-/Sprengstoff-Angriffe

sonst. Straftaten u.a.

in TausendBRDanschlägegegen PersonenSachbeschädigungen, Propagandadelikte

Baden-Württemberg 9.61912,22919216

Bayern 11.22114,2124106

Berlin 3.4104,33417

Brandenburg 2.6413,3101052

Bremen 6740,8815

Hamburg 1.6262,1328

Hessen 5.6617,12216118

Mecklemburg-Vorpommern1.9642,520529

Niedersachsen 7.2849,24013255

Nordrhein-Westfalen 17.10421,610744480

Rheinland-Pfalz 3.7024,79320

Saarland 1.0651,33544

Sachsen 4.9016,2241750

Sachsen-Anhalt 2.9653,7162654

Schleswig-Holstein 2.5953,313896

Thüringen 2.6843,461011

Gesamt 3251881.561

Tabelle 3

LänderEinwohnerzahl(%)Brand-/Sprengstoff-Angriffe

sonst. Straftaten u.a.

in TausendBRDanschlägegegen PersonenSachbeschädigungen, Propagandadelikte

87 88 89 90 87 88 89 90 87 88 89 90

Baden-Württemberg 9.61912,2 - - 4 3 - 2 2 1 23 27 55 46

Bayern 11.22114,6 - - 6 - - 1 1 1 15 14 6 2

Berlin 3.4104,3 - 2 1 - 2 - - - 1 4 1 1

Brandenburg 2.6413,3 X X X - X X X 2 X X X

-

Bremen 6740,8 - - - 1 - - - -

- - - -

Hamburg 1.6262,1 - - 1 - - - 1 - 7 1 1 1

Hessen 5.6617,1 1 - 5 2 4 -

1 - 10 35 41 20

Mecklemburg-Vorpommern1.9642,5 X X X

- X X X 1 X X

X -

Niedersachsen 7.2849,2 1 - 5 3 1

- 4 3 40 54 66 59

Nordrhein-Westfalen 17.10421,6 - - 2 10 5 5 1 14 78 87 59 67

Rheinland-Pfalz 3.7024,7 - - -

- - 1 - -

7 3 1 1

Saarland 1.0651,3 - - -

- - - - -

- - - -

Sachsen 4.9016,2 X X X - X X X - X X X 2

Sachsen-Anhalt 2.9653,7 X X X -

X X X - X X X 2

Schleswig-Holstein 2.5953,3 - - 2

- - - - 2 7 5 6 3

Thüringen 2.6843,4 X X X - X X X 1 X X X

-

Gesamt 2 12 23 19 10 9 10 25 118 230 236 202

- = keine gemeldeten Übergriffe X = es liegt keine Statistik vor

19. "... Übergriffe gegen Roma und Sinti sind nicht bekannt." BVerfG hebt negativen Asylbeschluß gegen Detmolder Roma auf

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:04

Am 8.11.91 hob das Bundesverfassungsgericht einen negativen Asylbeschluß des Verwaltungsgerichtes Minden gegen einen in Detmold lebenden Roma aus Rumänien auf, weil der Beschluß des Verwaltungsgerichts Minden den "verfassungsrechtlichen Anforderungen" nicht genügte. Kernpunkt der Kassierung des Urteils war, daß nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts das Mindener Urteil die Frage der Gruppenverfolgung der Roma in Rumänien nicht ausreichend geklärt habe. Pikant an diesem Urteil ist dabei, daß das Mindener Gericht sich in seinem Urteil auf "Lageberichte und Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes" von Anfang 91 gestützt hatte, in denen es lapidar geheißen habe, daß Übergriffe gegen Sinti und Roma nicht bekannt seien, und außerdem diese den Schutz staatlicher Stellen in Anspruch nehmen könnten.

Insofern ist dieses Urteil für die Betroffenen ein Erfolg, da hier eine apriori-Gültigkeit staatlicher Lageberichte in Frage gestellt und betont wird, daß zur Wahrung des Grundrechts auf Asyl eine weitgehende Übereinstimmung verschiedener - auch nichtstaatlicher - sachverständiger Stellen (Gesellschaft für bedrohte Völker, amnesty international) nötig ist, soll ohne detaillierte Prüfung des Einzelfalls entschieden werden können. Es ist aber zu befürchten, daß im Laufe der Zeit die offiziellen Lageberichte des Auswärtigen Amtes von den Gerichten immer weniger kritisiert werden; außerdem wird dieses Urteil kaum denjenigen Asylbewerbern zugute kommen, die schon an den Grenzen aufgrund dieser Lageberichte zurückgewiesen werden und keine Möglichkeit mehr haben, ein rechtsförmiges Verfahren zu bekommen.

Angesichts dieses Urteils erklärte die Flüchtlingshilfe Detmold: "Alle bisher gefällten Beschlüsse des Verwaltungsgerichtes Minden - in Bezug auf die Frage der Gruppenverfolgung der Roma in Rumänien - sind mit dem durch das Bundesverfassungsgericht aufgehobenen Beschluß weitgehend identisch. Sie sind deshalb verfassungswidrig. Die Ausländerbehörde der Stadt Detmold ist deshalb in der Pflicht, alle bisher ausgesprochenen Abschiebeandrohungen umgehend zu widerrufen.

" Ob die betroffenen Roma aber von diesem Urteil profitieren können, scheint fraglich: Etwa 20 waren vor dem Urteil schon aus dem Kreis Lippe geflohen, nachdem einer nach Rumänien abgeschoben worden war. Mit Stand November 91 waren 2 weitere Roma von Abschiebung bedroht, bei 21 weiteren war das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen.

Ein exemplarischer Fall ...

Die betroffene Roma-Familie war am 30.7.1990 in die BRD eingereist (ein Ehepaar mit 7 Kindern) und hatte am 3.8.90 die Anerkennung als Asylberechtigte beantragt. Einer Ladung zur Anhörung vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge leisteten sie keine Folge, ließen aber durch Verfahrensbevollmächtigte vortragen, daß sie als Roma unterdrückt worden waren, beim Einkauf seien sie verjagt worden, die Polizei sei mehrmals in ihre Wohnung eingedrungen (auch nach dem Sturz Ceaucescus).

Am 28.5.91 wurde ihr Verfahren durch das Bundesamt negativ entschieden. Die Lebensbedingungen in Rumänien stellten keine besondere Verfolgung der Roma dar. Eine Beeinträchtigung als Roma sei auch nach Auskunft durch das Auswärtige Amt vom 8.10.90 ausgeschlossen. Die Roma-Familie wurde zur Ausreise aufgefordert und die Abschiebung angedroht.

Gegen diesen Bescheid legte die Roma- Familie Beschwerde ein und begründete diese damit, daß nach den Kriterien des Bundesverfassungsgerichts vom 23.1.91 (Jeziden II) eine Gruppenverfolgung von Roma in Rumänien gegeben sei. Sie verwiesen dabei auf mehrere Artikel aus 1990 und 1991, sowie auf Berichte der Gesellschaft für bedrohte Völker sowie von amnesty international. Mit Beschluß vom 20.8.91 lehnte das Verwaltungsgericht Minden einen Antrag auf aufschiebende Wirkung (Aussetzung der Abschiebung) ab, mit der Begründung, daß die von den Roma vorgetragenen "unsubstantiierten Andeutungen" eine Verfolgung "nicht annähernd glaubhaft" machen würden. Das Gericht bezog sich erneut auf die Auskunft des Auswärtigen

Amtes an das Bundesamt vom 8.10.90, sowie auf die Lageberichte des Auswärtigen Amtes vom 28.5. und 9.1.91. Beigezogen wurde ebenfalls eine Kammer-Generalakte Rumänien, aus der hervorginge, daß die Roma heute in Rumänien nichts zu befürchten hätten.

Ganz im Sinne einer europäischen Vereinheitlichung des Asylverfahrens führte das Verwaltungsgericht Minden aus: "Es sei ferner davon auszugehen, daß die Beachtung der Menschenrechte und demokratischer Grundsätze auch in überschaubarer Zukunft die ernsthaft gewollte Einstellung und Praxis der rumänischen Regierungen sein werde. Auch die Asylbehörden anderer Länder sähen keine Gefahr einer politischen Verfolgung in Rumänien. Nach alledem sei es ausgeschlossen, daß die Beschwerdeführer in Rumänien politisch gefährdet seien oder sein würden."

... mit untypischem Ende

Gegen diesen Beschluß legten die Roma Verfassungsbeschwerde ein, die dann insofern erfolgreich war, als der Beschluß des Verwaltungsgerichts Minden kassiert wurde und nunmehr erneut über den Fall verhandelt werden muß. Kernpunkt des Urteils des BVG ist dabei, daß es nicht ausreicht, wenn die Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes allein der Entscheidung zugrunde gelegt werden und aus diesen allein die offensichtliche Aussichtslosigkeit des Roma-Antrages geschlossen werden könne. Eine solche Offensichtlichkeit sei nur bei solchen "Fallgestaltungen (gegeben), denen eine gefestigte obergerichtliche Rechtsprechung zugrunde liegt. Dies ist hier nicht ersichtlich." Das Fehlen einer solchen "gefestigten Rechtssprechung" schließe ein "Offensichtlichkeitsurteil" zwar nicht aus; "es bedarf dann aber regelmäßig eindeutiger und widerspruchsfreier Auskünfte und Stellungnahmen sachverständiger Stellen, die die Entscheidung des Gerichts tragen. Diesen Anforderungen werden die beiden Lageberichte und die Auskunft des Auswärtigen Amtes (...) nicht gerecht." Diese Stellungnahmen führten lediglich aus, daß staatliche Verfolgung nicht bekannt geworden sei, bzw. Übergriffe gegen Sinti und Roma nicht bekannt geworden seien, diese vielmehr staatlichen Schutz erlangen könnten. "Die Überzeugungskraft dieser lapidaren Äußerungen wird durch die von den Beschwerdeführern vorgelegten Zeitungsausschnitte und sonstigen Auskünfte, die Übergriffe auf Roma in Rumänien dokumentieren, erschüttert, so daß das Gericht gehalten war, sich mit dem Vorbringen der Beschwerdeführer auseinanderzusetzen."

Zur Lage der Roma in Rumänien

Ganz im Gegensatz zu den schönfärberischen Lageberichten des Auswärtigen Amtes über die Lage der Roma in Rumänien kommen zwei Stellungnahmen sachverständiger Stellen, d.h. von amnesty international und der Gesellschaft für bedrohte Völker, zu völlig gegenteiligen Ergebnissen. So teilte die "Gesellschaft für bedrohte Völker" der "Flüchtlingshilfe Detmold" am 31.10.91 mit: "Unsere Menschenrechtsorganisation kommt nach Auswertung der uns vorliegenden Quellen zum Ergebnis, daß die Übergriffe auf Roma-Familien und die Ausschreitungen in Roma-Stadtvierteln weit über das hinausgehen, was dem Spektrum von "Diskriminierungen" zuzurechnen ist. Es handelt sich hier um gezielte Ausschreitungen gegen eine ethnische Gruppe, die von den staatlichen Behörden nicht verhindert, sondern teilweise sogar geduldet werden. Auch können wir nicht davon ausgehen, daß die ethnische Minderheit der Roma in absehbarer Zeit geachtet und respektiert und in Sicherheit vor Übergriffen in Rumänien wird leben können." Und: "Zahlreiche Überfälle sind Tage im voraus geplant worden; zum großen Teil waren Bewohner der jeweiligen Ortschaften und der umliegenden Dörfer beteiligt. Vor den von der "Demokratischen Union der Roma-Zigeuner" dokumentierten Übergriffen läuteten jeweils die Kirchenglocken in den betroffenen Ortschaften. Für etliche Dorfbewohner wurde das Läuten als Signal aufgefaßt, sich an den Ausschreitungen gegen die Roma zu beteiligen - für die betroffenen Roma-Familien war es ein Signal, sich - soweit überhaupt möglich - überstürzt auf die Flucht zu begeben."

Nahezu gleichlautend dokumentiert "amnesty international" per 1.9.91 die Lage der Roma in Rumänien und ihre Verfolgung, die sich u.a. ausdrückt in:

- "gegen Personen gerichtete brutale Attacken (z.T. mit Todesfolge), die vereinzelt, aber auch immer häufiger in organisierter Form durch Gruppen von jeweils 300 bis 3000 Angehörigen der übrigen Bevölkerung verübt werden ...

- Niederbrennung oder schwere Beschädigung ganzer Roma-Siedlungen sowie Zerstörung und Raub des gesamten Hab und Gutes der betroffenen Familien ...

- gewaltsame Vertreibung von Roma- Familien aus ihren bisherigen Wohngebieten ...".

Diese Entwicklung zeige an, daß sich die Gefährdung der Roma ständig erhöhe, inzwischen sogar in Gebieten Rumäniens, in denen die übrige Bevölkerung bisher konfliktlos mit den Roma zusammengelebt habe: "Es vergeht kein Monat mehr, in dem nicht neue pogromartige Ausschreitungen gegen Roma registriert werden." Die sich rapide verschlechternde Wirtschaftslage spiele bei der Eskalation der Gewalt gegen die Roma eine nicht unbeträchtliche Rolle. Es bestehe die starke Tendenz, diese Minderheit für alle Probleme im Land verantwortlich zu machen. Für die Rumänien-Koordinationsgruppe von amnesty international stellt Gisela Langhoff deshalb abschließend in diesem Bericht fest: "Sicherheit für ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit und ihren Besitz sowie minimale Existenzgrundlagen sind (für die Roma) immer weniger gegeben.

E., Antifa Hamburg

Zusammengestellt aufgrund von Informationsmaterial der

Flüchtlingshilfe Detmold

Postfach 1309

D-4930 Detmold

Dort kann auch eine umfangreiche Informationsmappe "Bleiberecht für Roma" bestellt werden.

20. Grüne Grenzen. Zur Einwanderungspolitik von Bündnis "90/Grüne

Autor: Ulla Jelpke, Dieter Liehmann · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:33

von Ulla Jelpke und Dieter Liehmann

Der herrschende Diskurs über die Ausländer- und Asylpolitik und den sich aggressiv äußernden alltäglichen Rassismus wird auf zwei Ebenen geführt. In der praktischen Politik dreht sich derzeit alles um die Beschleunigung der Asylverfahren, die Eindämmung des angeblichen "Asylmißbrauchs" und die Abschaffung des Asyl-Grundrechts nach Artikel 16 Abs. 2. Parallel dazu wird, ebenso parteienübergreifend und quer zu den herrschenden Fronten, eine sich weitsichtig gebende Diskussion über eine staatlich regulierte Einwanderungspolitik geführt. Sie basiert darauf, daß dieses Land auch künftig aus demographischen und volkswirtschaftlichen Gründen eine Zuwanderung an ArbeitsimmigrantInnen benötigt, die über festgesetzte jährliche Quoten aus nationalem Interesse gesellschaftlich akzeptabel gestaltet werden soll.

Die Psychologin Ute Osterkamp kennzeichnete diese Positionen, die vom Bundespräsidenten, Heiner Geißler, Oberbürgermeister Rommel, Teilen der FDP, der SPD, dem IG Metall-Vorstand, Claus Leggewie bis zum Bündnis '90/Die Grünen reichen, als einen "hintergründigen Rassismus", der sich vom offenen nur dadurch unterscheidet, daß "sie sich nicht gegen `Fremde', sondern gegen die sog. Masse richtet bzw. Teile des eigenen Volkes vorschiebt, um sich der Fremden zu erwehren" (Osterkamp 1991).

Bündnis '90/Die Grünen liegen damit voll im Trend, denn sie haben aus ihrer Sicht ein ganzes Bündel von Gesetzen zur staatlichen Regulierung der Zuwanderung in den Bundestag eingebracht und wollen versuchen, "das Spannungsverhältnis zwischen dem Erfordernis der Begrenzung der Zuwanderung aus sozialen und kulturellen (!) Gründen einerseits und dem Wunsch vieler Menschen außerhalb des Bundesgebietes, in die Bundesrepublik Deutschland einzuwandern, aufzulösen" (1). Mit der quotierten Zuwanderung sollen, so das Anliegen von Bündnis '90/Die Grünen als Zugeständnis an den offenen Rassismus, "soziale Spannungen vermieden oder gemildert werden" (ebenda). Beabsichtigt ist mit dem Gesetzes-Setting ferner, das Asyl-Grundrecht zu erweitern und durch eine strikte Trennung zwischen Einwanderung und Zuflucht zu bewahren, sowie die bei uns lebenden und noch kommenden Zuwanderer in ihren sozialen, materiellen und demokratischen Grundrechten mit den Deutschen gleichzustellen.

Bündnis '90/Die Grünen beteiligen sich am links-liberalen Rand am herrschenden Diskurs, haben treffsicher den künftigen politischen Mainstream erkannt und folgerichtig mit der grünen "Politik der offenen Grenzen" gebrochen, der sie den Vorwurf machen, wegen des Verzichts auf "sozialverträgliche" Gestaltung dem Rassismus Vorschub zu leisten.

Der herrschende Diskurs...

Heiner Geißler oder der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel, beide in der CDU, wollen, daß die Bundesrepublik sich offen zu einem Einwanderungsland bekennt. Im Unterschied zur übrigen Rechten betonen sie die Notwendigkeit einer regulierten Einwanderung aus demographischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen.

Nach neuesten Prognosen wird die deutsche Bevölkerung in den nächsten 40 Jahren von 76 auf gerade mal 60 Millionen sinken, der Ausländeranteil von derzeit 5,4 auf 8,9 Millionen steigen. Heute würden - so Heiner Geißler - 100 Beitragszahler 36 Rentner finanzieren, im Jahre 2030 wären es schon 74. Aus demographischen Gründen schlägt er die "gesteuerte Einwanderung auf der Basis jährlich festzulegender Kontingente" vor, denn die "begrenzte oder kontrollierte Zuwanderung liegt in unserem nationalen Interesse. Natürlich richtet sie sich nach der demographischen Entwicklung, der Arbeitskräftenachfrage" (2). Im Unterschied zu den Grünen jedoch möchte Geißler die quotierte Einwanderung als Vehikel zur Aushebelung des Asyl-Grundrechts verwenden, denn es gehe nicht an, daß sich die Einwanderung faktisch über das Asylverfahren vollziehe (ebenda). Die BuchautorInnen Ute Knight und Wolfgang Kowalsky stimmen Geißler im Prinzip zu und wollen folgerichtig die politisch Verfolgten in die Gesamtquote mit aufnehmen (Knight/Kowalsky 1991).

Im Gegensatz dazu fordern Bündnis '90/Die Grünen, der Vorstand der IG Metall in ihrem Positionspapier "Asylrecht und Einwanderungspolitik" und Prof. Karl A. Otto, Mitglied der SPD, die uneingeschränkte Beibehaltung des Asyl- Grundrechts (3). Allerdings gibt es Stimmen in den Reihen der Grünen, die über eine Ergänzung des Artikel 16 Absatz 2 mit sich reden lassen würden. Der Dezernent für multikulturelle Angelegenheiten im Frankfurter Magistrat, Daniel Cohn- Bendit, wäre bereit, "eine Diskussion über die Neuformulierung des Artikels 16 ... zu führen, wenn damit gleichzeitig ein Einwanderungsrecht und ein neues Staatsangehörigkeitsrecht im Grundgesetz verankert werden würde" (4).

Freimütig gestehen sowohl Bündnis '90/Die Grünen als auch etwa Knight/Kowalsky freimütig zu, daß "Quoten stets angreifbar sind, diskutabel und verbesserungsbedürftig, denn es gibt keine per se richtige oder gerechte Lösung" (Knight/ Kowalsky 1991). Das scheint ihnen der Preis wert zu sein, mit Quoten eben auch Zuwanderer ein- und vor allem auch auszuschließen - als Zugeständnis an den sich offen artikulierenden Rassismus.

Zahlen über die jährlich für die Deutschen "zumutbaren" Einwanderer wird man übrigens meist vergeblich suchen. Darauf reagieren insbesondere Vertreter von Bündnis '90/Die Grünen allergisch, um sich den Pelz nicht naßmachen zu müssen. Lutz Hoffmann, kein Grüner, aber Quotierungsbefürworter, hält für die "nächsten Jahrzehnte" eine jährliche Zahl von 500 000 bis einer Million Zuwanderungen aus volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig (Hoffmann 1991). Das ist genau jene Größenordnung, die auch schon heute, nimmt man Asylsuchende und Aussiedler zusammen, erreicht wird.

... und die angesächsischen Vorbilder

Das Gesetzespaket von Bündnis '90/Die Grünen nimmt direkten Bezug auf die gesetzlichen Regelungen in den "klassischen" Einwanderungsländern (USA, Kanada, Australien) - vornehmlich auf die US-Bestimmungen. Im Ausländerrecht der USA wird zwischen den immigrants (Einwanderern), den refugees (Kontingentflüchtlingen) und den asylees (die Zufluchtsuchenden) unterschieden. Immigrants und refugees unterliegen jährlich festgelegten Quoten, die asylees einem Asylverfahren (Frowein/Stein 1987).

Am 1.10.1991 trat der neue `1990 Immigration Act' in Kraft, der folgende Einwanderungsquoten vorsieht:

- 10.000 "Investor Visa" pro Jahr erhalten reiche Investoren, die in den USA mindestens 1 Mio. Dollar zur Schaffung von 10 Arbeitsplätzen anlegen. Damit sollen in den kommenden 5 Jahren 10 Mrd. Dollar ins Land gelockt werden, die dafür im Gegenzug die begehrte "Green Card", einen Einwanderungspaß, erhalten. Nach 5 Jahren Aufenthalt besteht dann ein Anspruch auf einen US-Paß.

- Bis 1994 sollen bis zu 700.000 (bisher 500.000) Menschen pro Jahr einwandern dürfen, darunter sind bis zu 520.000 (bisher 80.000) Green Cards für den Familiennachzug vorbehalten. In den Genuß kommen jene Verwandte, deren Angehörige in den USA die US-Staatsbürgerschaft besitzen oder eine ständige Aufenthaltserlaubnis vorweisen können.

- In einem gesonderten "Permanent Diversity Program" wollen die US-Behörden vorwiegend weiße, qualifizierte Arbeitskräfte ins Land holen. Pro Jahr sollen es 140.000 (bisher 54.000) Arbeitskräfte sein, wenn der US-Unternehmer den Nachweis erbringt, daß die Nachfrage nicht durch Einheimische gedeckt werden kann.

Weitere 40 bis 55.000 Visa sollen an Einwanderer aus jenen Ländern vergeben werden, aus denen nur wenige in die USA immigrieren.

- Die Quote für die refugees ist in etwa konstant geblieben. Im Jahr 1990/91 kamen insgesamt 125.000 Kontingentflüchtlinge in die USA, davon 50.000 aus der ehemaligen Sowjetunion, 25.000 aus Südostasien, 6500 aus anderen osteuropäischen Ländern, 6500 aus dem Nahen Osten, 3500 aus Latein- und Mittelamerika und 3000 aus Afrika.

Das Einwanderungsverfahren gleicht einem Lotteriespiel. Per Los wird in den US-Auslandsvertretungen über die 7 Millionen vorliegenden Einwanderungs-Anträge entschieden. Künftig sind 40% der begehrten Green Cards den irischen Einwanderern vorbehalten, die anderen verteilen sich auf 33 weitere Staaten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß rund 500.000 der 700.000 Eintrittstickets dem Familiennachzug vorbehalten bleiben. Die regionale Herkunft der Einwanderer hat sich drastisch verändert; bis 1965 kamen noch über die Hälfte der

ImmigrantInnen aus Europa. Ende der achtziger Jahre sank deren Anteil auf 8%, während aus Asien nunmehr 30% und aus Lateinamerika 55,7% immigrants kommen (5).

Gegenüber den asylees, den Zufluchtsuchenden, wird ganz ähnlich verfahren wie hierzulande. Im Jahre 1989 wurden offiziell über 100.000 Asylanträge gestellt, die Anerkennungsquote lag unter 5%; die Asylverfahren wurden beschleunigt, Sammellager eingerichtet und strenge Meldepflichten auferlegt. Jährlich schicken die US-Grenzbehörden über 500.000 illegale Einwanderer und Zufluchtsuchende, die über die mexikanische Grenze ins Land gelangen, wieder zurück. Mit bis zu 3 Meter hohen Stahlzäunen versuchen die US-Behörden, die Grenze dicht zu machen. Auch Flüchtlinge aus Haiti, die als "boat people" via Florida Zuflucht suchen, werden nach einem US-Abkommen mit dem diktatorischen Duvaliers-Clan aus dem Jahre 1981 brutal abgeschoben. Bis 1990 mußten 23.000 HaitianerInnen die USA umgehend wieder verlassen. Nur die kubanischen Flüchtlinge erhalten aus ideologischen Gründen umgehend Asyl.

Daß die rigorosen Abschottungsmaßnahmen nicht fruchten, wie auch hierzulande immer wieder beschworen wird, kann in den USA nachgewiesen werden. Die Zahl der illegalen EinwandererInnen wird auf insgesamt 3 bis 4 Millionen geschätzt (ebenda).

In Kanada verpflichtet das 1976 verabschiedete Einwanderungsgesetz die Regierung auf die Festsetzung jährlicher Quoten. Die Richtgröße lag 1990 bei 200.000, 1991 bei 220.000 und wird in diesem Jahr 250.000 betragen. Die Brutto-Einwanderung soll sich jährlich auf rund 1% der Gesamtbevölkerung (USA: 0,4%) belaufen, darunter sind auch die Flüchtlinge subsummiert.

Die Einwanderer werden nach drei Kategorien unterschieden. Im Schnitt der letzten 10 Jahre entfielen auf den Familiennachzug 39%, auf die Flüchtlinge 18% und auf die sog. "Unabhängigen" 43%. Unter die letzte Kategorie fallen die "business immigrants", die in den letzten 5 Jahren über 3 Mrd. kanadische Dollars zur Schaffung von 40.000 Arbeitsplätzen investierten, Selbständige, qualifizierte Facharbeiter und entferntere Verwandte von Kanadiern, die für "ihre" Einwanderer bürgen müssen (6).

In Australien schließlich hat sich ein Wandel vollzogen. Vor 1980 kamen die meisten EinwandererInnen aus Großbritannien und Irland, heute stellen die AsiatInnen mit einem Anteil von 41% die größte regionale Einwanderungsgruppe. Für dieses Jahr hat die australische Regierung auf Druck der Gewerkschaften die jährliche Quote von 126.000 auf 110.000 gesenkt. Über 45% der Zugewanderten kamen im Rahmen der Familienzusammenführung ins Land, 38,5% der EinwandererInnen waren zumeist qualifizierte Arbeitskräfte aus Mangelberufen, die von den dortigen Industrien nachgefragt wurden. Nur ein Fünftel der Zugewanderten sind Flüchtlinge. Darüber hinaus wird geschätzt, daß rund 70.000 illegale EinwandererInnen, vornehmlich aus China, in Australien leben.

Ein Blick auf die praktische Einwanderungspolitik in den angelsächsischen Vorbildern zeigt folgende übereinstimmende Merkmale: Vorrang haben eindeutig der Familiennachzug und die Deckung des Arbeitskräftebedarfs gegenüber den Flüchtlingen, die den geringsten Anteil an den Zugewanderten einnehmen und durch eine restriktive Asylgesetzgebung abgeschreckt und abgeschottet werden. Die nationalen Interessen, der "hintergründige Rassismus" (Ute Osterkamp) waren letztlich ausschlaggebend für die jährlichen Zumessungen. Und diese - nicht die grünen Vorstellungen - dürften auch bei jenen deutschen Einwanderungsbefürwortern die Hauptrolle spielen, die aus "nationalem Interesse" (H. Geißler) die künftigen demographischen und arbeitsmarktpolitischen Defizite beseitigen wollen.

Die Gesetzentwürfe von Bündnis '90/Die Grünen: 1. Die Mär vom "Asylmißbrauch"

Die Überlegungen von Bündnis '90/Die Grünen gehen davon aus, daß es künftig drei Formen der Zuwanderung geben soll: jährlich zu quotierende EinwandererInnen sowie KontingentflüchtlingeaAus Krisen- und Armutsregionen und die "klassischen" Flüchtlinge, die keiner Quotenregelung unterliegen. Durch diese Dreiteilung soll dem "Asylmißbrauch" wirksam begegnet und das Recht auf Zuflucht bewahrt werden.

Dem liegt folgendes Axiom zugrunde: es wird einem Teil der Asylsuchenden unterstellt, daß sie nicht aus Gründen ihrer Verfolgung in den Herkunftsländern in die BRD kommen, sondern eigentlich ihren neuen Lebensmittelpunkt in diesem Lande suchen, also schlicht einwandern wollen. Da hierzu die gesetzliche Grundlagen, nämlich ein Einwanderungsgesetz, fehlt, besteht für viele dieser Menschen nur die Möglichkeit,

ihre Einwanderung über den Asylantrag zu erwirken. Damit erkennen die Vertreter des Bündnis '90/Die Grünen umstandslos die tagein, tagaus gepredigte Mär vom permanenten "Asylmißbrauch" erst einmal an.

Den AusländerInnen wird obendrein noch die Schuld in die Schuhe geschoben, wenn Özan Ceyhun, Referent für Einwanderungs-und Asylpolitik beim grünen Bündnis, zynisch schreibt, daß es eine "Entlastung für das Asylrecht bedeuten würde, wenn die Vielen, die sich ohne Aussicht auf Erfolg in der Bundesrepublik auf das Asylrecht berufen und es damit in Mißkredit (!) bringen, eine ... reale Einwanderungsperspektive geboten bekämen..." (7). Diese Annahme wird jedoch durch Fakten und empirische Daten nicht unterfüttert. Schenkt man den Angaben des Bundesinnenministeriums Glauben, so hätten knapp 80% aller AsylbewerberInnen ihre Länder "vorwiegend aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen verlassen" (8).

Eine Untersuchung der Flüchtlingshilfeorganisation "Pro Asyl" kommt zu ganz anderen Ergebnissen. Von den im Jahre 1989 abgelehnten AsylbewerberInnen wurde 51% ein Bleiberecht bzw. eine Duldung zugesprochen, da sie aufgrund der Gefahr für Leib und Leben den Ausweisungsschutz nach Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention für sich reklamierten. Weitere 6% stellten einen Asylfolgeantrag, bei 18% besteht völlige Unklarheit über den möglichen Verbleib der abgelehnten AsylbewerberInnen. 15% von ihnen reisten wieder aus, 6% wurden abgeschoben - also nur ein Fünftel der 57.605 abgelehnten Asylbewerber aus dem Jahre 1989 verblieben nicht im Bundesgebiet (9).

2. Das Niederlassungsrecht

Wesentliche Verbesserungen enthält das Niederlassungsgesetz. Positiv ist nicht nur die vorgesehene "Stichtagsregelung" als ein einmaliger Akt, mit der eine nachträgliche Legalisierung aller in der BRD lebenden AusländerInnen angestrebt wird. Unterstützenswert ist auch, daß alle EinwandererInnen, sofern sie sich 5 Jahre (für anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose mit deutschen Ausweispapieren gelten 3 Jahre) in der BRD rechtmäßig aufgehalten haben, hinsichtlich ihrer Rechte auf Freizügigkeit, der freien Berufswahl, der sozialen Sicherheit, der Ausbildung und Erziehung, der politischen und bürgerlichen Grundrechte weitgehend mit den deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt werden.

Heimatlose, Staatenlose sowie LebenspartnerInnen auch ohne Trauschein erhalten ein eigenständiges Niederlassungsrecht und damit einen gesicherten Aufenthalt. Nach französischem und angelsächsischen Vorbild erwirbt ein ausländisches Kind bereits durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit (Lus-soli-Prinzip). Eingeschränkt wird die rechtliche Gleichstellung mit Deutschen an zwei Punkten. Zum einen sind Einwanderer auch künftig von beruflichen Tätigkeiten mit hoheitlichen Befugnissen (Richterämter) ausgeschlossen (was von den Grünen hingenommen wird), zweitens wird das ursprüngliche Niederlassungsgesetz an einem zentralen Punkt gegenüber einem früheren Gesetzentwurf der Grünen aus der letzten Legislaturperiode revidiert: das aktive und passive Wahlrecht für AusländerInnen.

"Die Gewährung des Wahlrechts ist angesichts der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ... vom 31.10.1990 ... nur nach einer Änderung des Grundgesetzes möglich", heißt es dazu lapidar in der Gesetzesbegründung (1). Wollen Zugewanderte dennoch das Wahlrecht in Anspruch nehmen, dann bleibt ihnen entweder die, im Gesetzentwurf wesentlich erleichterte, Einbürgerung, ohne die ursprüngliche Staatsangehörigkeit aufgeben zu müssen; oder aber sie werden darauf vertröstet, daß Bündnis '90/Die Grünen das Staatsvolk im Grundgesetz neu definieren; demnach sind alle Menschen BürgerInnen im Sinne des Grundgesetzes, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder "die Rechtsstellung einer Bürgerin oder eines Bürgers (Niederlassungsrecht) erlangt hat..." (ebenda).

Auf die eher simple, aber höchst oppositionelle Idee, das Wahlrecht für ZuwandererInnen einfach als Forderung festzuschreiben und darüber die öffentliche Auseinandersetzung zu suchen, kommt diese politische Gruppierung, die sich irgendwo bei Herrn von Weizsäcker verortet hat, schon gar nicht mehr. Stattdessen wird so getan, als ob ihre Vorschläge dankbar angenommen und mit satter Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden würden.

3. Die Einwanderung - ein Flop

Großspurig verkündete Konrad Weiß, Repräsentant von Bündnis '90/Die Grünen im Bundestag, daß auch die "deutsche Industrie - das weiß ich aus Gesprächen - mehrheitlich der Auffassung" sei, daß diese Republik de facto ein Einwanderungsland ist (10). Mit dem Herzstück grüner Gestaltungskraft, dem Einwanderungsgesetz,

soll die quotierte Einwanderung erfolgen. Die Einwanderungswilligen müssen demzufolge einen Einwanderungsantrag bei den bundesdeutschen Auslandsvertretungen stellen, der ihnen nach bestimmten Kriterien "bewilligt" wird - sofern sie unter die jährliche Quote fallen. Sind sie als EinwandererInnen aufgenommen, kommen sie in den Genuß des Niederlassungsrechts (siehe oben).

Offen gelassen - oder vergessen? - wurde von den GesetzinitiatorInnen ein Kriterienkatalog über die regionale Herkunft, die - siehe USA - eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Dafür enthält das Gesetz eine Prioritätenliste, wer bevorzugt einwandern darf und wer in die Warteschleife gerät. Und siehe da: die Präferenzen sind ganz ähnlich getimed wie die geltenden Praktiken in den USA, Kanada oder Australien. Präferenz Nummer eins bleibt dem Familiennachzug vorbehalten; die Gründe liegen in den Interessen des Aufnahmelandes begründet, da sich Verwandte unproblematischer integrieren lassen. Priorität Nummer zwei ist das bekundete Interesse der EinwandererInnen an einer beruflichen Aus- und Weiterbildung. Also möglichst junge, dynamische, flexible Arbeitskräfte sind gefragt, damit sie den deutschen Wohlstand mehren und die Renten sichern helfen. An dritter Stelle folgt das sogenannte Sponsoring - die Einladung durch eine Privatperson oder private wie staatliche Institutionen - Konzerne oder andere Institutionen importieren sich "ihre" auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittenen EinwandererInnen. Auf Rang vier rangiert "die Beschäftigung bei einem Arbeitgeber". Das fällt wiederum unter die Kategorie der ArbeitsimmigrantInnen.

Laut Begründung wollen die AutorInnen mit solchen Kriterien "personenbezogene Einwanderungsgründe gegenüber ökonomischen Einwanderungsgründen ... privilegieren". Aber das ist nur Schnörkel, denn die Einwanderungskriterien entsprechen haargenau den deutsch-nationalen Interessen. Doch man kann all das getrost schnell wieder vergessen, wenn auch das Kleingedruckte mitgelesen wird. Da heißt es im § 22, daß das Bundesvertriebenengesetz "zum 31. Dezember 1999" außer Kraft tritt. Damit liegen die grünen GesetzebastlerInnen nun voll im herrschenden Trend.

Stillschweigend werfen Bündnis '90/ Die Grünen den Regierenden ja vor, keine regulierte Einwanderungspolitik zu betreiben. Das ist schlicht falsch. Erstens ist im § 10 des neuen Ausländergesetzes die Möglichkeit gegeben, gezielt und zeitlich befristet Arbeitskräfte ins Land zu holen. Entsprechende Verträge mit Polen und der CSFR existieren bereits. Die weitaus wichtigere Variante herrschender Einwanderungspolitik wird seit Bestehen der BRD über ihr spezifisches Einwanderungsgesetz betrieben: das Bundesvertriebenengesetz. Rund 15 Millionen "deutschstämmige" AussiedlerInnen aus Osteuropa und knapp 4,4 Millionen ÜbersiedlerInnen aus der DDR haben die Nachfrage nach Arbeitskräften befriedigen können. Nach rund 400.000 AussiedlerInnen im vorletzten Jahr kamen 1991 etwa 200.000 - bei Einreiseanträgen allein aus der Post-Sowjetunion von über 700.000. Der Grund: Die deutschen Auslandsvertretungen in Moskau und anderen osteuropäischen Ländern bearbeiten und prüfen die Anträge der "Deutschstämmigen" gründlicher, so daß längere Wartezeiten entstehen.

So sieht derzeit die Praxis bundesdeutscher Einwanderungspolitik aus: Über die langsamere "Abwicklung" der Anträge wird de facto eine staatlich regulierte Einwanderungspolitik betrieben. Und die Grünen wollen dies - bis 1999 - tolerieren und akzeptieren somit auch den herrschenden Konsens über die privilegierte Aufnahme von "deutschstämmigen" Aussiedlern, der rassistisch untersetzten Einwanderungspolitik der Regierung. Rechnet mensch die grob geschätzte Zahl der "Deutschstämmigen" - ca. 3 Millionen sollen es noch sein - bis 1999 hoch und unterstellt eine jährliche Aufnahmequote dieser EinwandererInnen von etwa einer Viertelmillion jährlich, dann vollziehen die Ost-West-Grünen die de-facto-Einwanderungspolitik nach Blut-und-Boden-Kriterien mit.

Da müßte selbst einen gestandenen Einwanderungsbefürworter wie dem Sozialdemokraten Karl A. Otto die Zornesröte ergreifen, der sich für eine "sofortige Beendigung der bisherigen Aussiedlerpolitik" stark macht und gegen die völkischen Einwanderungskategorien polemisiert (3).

4. Flüchtlinge, Flüchtlinge und Einwanderer

Die Einwanderungskonzeption von Bündnis '90/Die Grünen basiert erstens auf der Quotierung und zweitens auf der strikten Scheidung zwischen EinwandererInnen, Flüchtlingen, die in ihren Herkunftsländern verfolgt werden und Flüchtlingen aus Krisen- und Armutsregionen. So gilt für die EinwandererInnen, daß sie drei Jahre zuvor keinen Asylantrag gestellt haben dürfen, um ein Hin- und Herpendeln zwischen Einwanderung und Flucht zu vermeiden. Im Gesetzentwurf "über die Rechtsstellung von Flüchtlingen" (Flüchtlingsgesetz) wird

zwischen Flüchtlingen (§§ 1-16) und den Kontingentflüchtlingen (§§ 17, 18) unterschieden (1). Der Verfolgungsbegriff für die Flüchtlinge ist erweitert worden. Demnach können Flüchtlinge nicht nur aus Gründen ihrer politischen, rassischen und religiösen Verfolgung anerkannt werden, sondern auch aus Gründen geschlechtsspezifischer Verfolgung oder Verfolgung wegen ihrer sexuellen Orientierung, im Falle von Krieg, Bürgerkrieg, Zwang zum Kriegsdienst, drohender Menschenrechtsverletzungen, Todesstrafe oder Folter (§ 1). Die Trennung zwischen anerkannten AsylbewerberInnen auf Basis des Grundgesetzes und den bei uns "geduldeten" Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention wird sinnvollerweise aufgehoben. Ihre Rechtsstellung entspricht der der Einwanderer.

Das Asylverfahren soll über ein neu zu schaffendes "Bundesflüchtlingsamt" samt Außenstellen durch einen "Anerkennungsausschuß" laufen, wobei auch Gruppenverfolgung als Asylgrund anerkannt wird. Das Asylverfahren ist binnen 6 Monaten abzuschließen. Die Rechtswegegarantie soll in vollem Umfang wiederhergestellt, die Beschneidung der Instanzenwege durch das Asylverfahrensgesetz aufgehoben, Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen am Verfahren beteiligt werden. Eine Art Vetorecht gegen die staatlichen Entscheidungen gibt es nicht, der "Anerkennungsausschuß" entscheidet mit seiner Stimmenmehrheit über den Asylantrag (§ 10).

Als einen "Auffangstatbestand" sieht der Gesetzentwurf auch ein "Bleiberecht" vor, das Flüchtlinge zusätzlich vor der Abschiebung schützt, wenn "eine Gefährdung für ihre Gesundheit oder ihr Leben zu befürchten" ist (§ 19, Gesetzesbegründung). Für diese Flüchtlinge, die unter den erweiterten Verfolgungsbegriff fallen, gilt keine Quotierung, während eine andere Kategorie von Flüchtlingen - jene aus "Krisengebieten ..., die in ihrer Heimat von Krieg oder Bürgerkrieg, von Hunger oder Umweltkatastrophen betroffen sind" - ausdrücklich kontingentiert werden sollen (§ 17). Ausgenommen von dieser Quotierung bleibt die Aufnahme von Menschen aus "humanitären Gründen".

Diese Scheidung zwischen "Flüchtlingen" und "Flüchtlingen" ist mehr als problematisch. Zum einen heben Bündnis '90/Die Grünen den von ihnen selbst immer proklamierten Zusammenhang zwischen Armut, Repression und Verfolgung auf. Im Unterschied zu einem früheren Antrag der Grünen werden Armut und soziale Not nicht mehr als Verfolgungsgrund anerkannt, sondern in das Ermessen des Staates gestellt, welche Flüchtlinge aus Krisen-und Armutsregionen aufgenommen werden und welche nicht - übrigens wiederum nach dem Vorbild der USA. Zweitens hält der Gesetzentwurf selbst diese formale Trennung zwischen "Verfolgungs- und Armutsflüchtlingen" nicht konsequent durch, wenn "Krieg und Bürgerkrieg" sowohl einen Asylanspruch als auch die Aufnahme bzw. Nichtaufnahme von Kontingentflüchtlingen begründen sollen. In der Praxis stellt sich das Problem schon heute im Falle kroatischer oder serbischer Flüchtlinge: Werden sie als AsylbewerberInnen anerkannt, oder fallen sie unter die Quotenregelung?

Die Selektion nach Quoten

Nach den Vorstellungen von Bündnis '90/Die Grünen soll alljährlich eine staatliche "Einwanderungskommission", in der auch Menschenrechtsorganisationen, einE VertreterIn des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), VertreterInnen der Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mitwirken, nach öffentlichen Anhörungen die Zuwanderungsquoten für EinwandererInnen und Kontingentflüchtlinge festlegen, die "dem Gesetzgeber ... die verantwortliche Entscheidung darüber auferlegt, wie liberal und weltoffen die Bundesrepublik Deutschland ist; aber auch die Einschätzung darüber, mit welchen Maßnahmen soziale Spannungen vermieden oder gemildert werden können" (Begründung zu § 10 Einwanderungsgesetz). Dabei sei zu "beachten", daß die Aufnahme von Flüchtlingen aus "humanitären Gründen" eindeutigen Vorrang vor der Aufnahme von EinwandererInnen genießen soll. Wie das dann konkret aussehen könnte, darüber schweigen sich die GesetzesinitiatorInnen bewußt aus, weil sie sich in einem unauflösbaren Widerspruch verfangen haben.

Nimmt man die grünen Intentionen beim Wort, dann kämen nicht weniger, sondern mehr AusländerInnen in diese Republik. Denn würde nach dem erweiterten Flüchtlingsbegriff verfahren, der ja keiner Quotierung unterliegt, dann dürfte die Zahl der jährlichen AsylbewerberInnen noch erheblich zunehmen. Nichts dagegen. Dies hätte aber auf der anderen Seite verhältnismäßig niedrige Quoten für Kontingentflüchtlinge und EinwandererInnen zur Folge, was die Grünen eigentlich ja gar nicht wollen, denn mit ihrer Einwanderungspolitik soll eine zusätzliche Zugangsmöglichkeit geschaffen werden. Oder aber Bündnis `90/Die Grünen würden tatsächlich ein deutliches Mehr an Zuwanderung insgesamt wollen - dann müßten sie dies

auch öffentlich so begründen und rutschten ins nächste Dilemma, wie dies den tumben Teutonen nahegebracht werden könnte, denen doch mit diesem Instrumentarium die "multikulturelle Gesellschaft" schmackhaft gemacht werden soll.

In der Praxis kämen Bündnis '90/Die Grünen nicht an der Tatsache vorbei, auch am Asylrecht Abstriche zu machen. Denn bei ihrer Anerkennung der Geltung des Bundesvertriebenengesetzes bis zum Jahre 1999 müssen sie gleichzeitig hinnehmen, daß aufgrund dieses rassistisch unterfütterten Einwanderungsrechts den AussiedlerInnen de jure ein Vorrang bei der Aufnahme eingeräumt werden muß - auf Kosten der Flüchtlinge. Die politische Botschaft von Bündnis '90/Die Grünen ist daher auch eine andere: Man gesteht den Herrschenden zu, daß die Einwanderung einer staatlichen Reglementierung bedarf, und man hält den "Asylmißbrauch" für ein Problem, daß durch die "Entschlackung" und Quotierung entschärft werden soll.

Einwanderung und das Grundrecht auf Asyl

VertreterInnen von Bündnis '90/Die Grünen bestreiten energisch, wenn ihnen der Vorwurf gemacht wird, mit ihrer "sozialverträglichen" Einwanderungspolitik das Asyl-Grundrecht "zu Grabe zu tragen" so etwa "Pro Asyl" (9). Denn alle Personen, die nicht unter das Einwanderungsgesetz und die Quoten fallen, hätten ja nach wie vor die Möglichkeit, ihren individuellen Rechtsanspruch auf Asyl zu nutzen, um an der Quotenregelung vorbei dennoch ihren Aufenthalt durchzusetzen. Das aber würde das gesamte Gesetzes-Setting wie ein Kartenhaus zum Einsturz bringen, so daß auch Bündnis '90/Die Grünen an einer Modifizierung des Grundgesetzartikels mitwirken müßten, was von Cohn- Bendit ja bereits befürwortet wird. Dem wird entgegengehalten, daß durch die Schaffung von drei verschiedenen Zuwanderungskategorien das Asyl-Grundrecht eher eine Stärkung erfährt, wenn man es von seiner "mißbräuchlichen" Anwendung entkleidet.

Wiederum befinden sich die GesetzesinitiatorInnen in einem Dilemma: Entweder sie legen ihr Einwanderungskonzept extensiv aus - dann würde aber auch das Asylrecht wieder, grün-immanent gedacht, "mißbräuchlich" angewendet und die dreigeteilte Zuwanderung ad absurdum geführt. Oder aber, das steht viel eher zu befürchten, Bündnis '90/Die Grünen präferieren eine intensive Auslegung, um ihr Konzept zu retten - dann müßten sie Artikel 16 Abs. 2 mit einem Zusatz ergänzen.

Wer alles daransetzt, nur noch mit statt gegen den Strom zu schwimmen und ganz pragmatisch alles mit sich machen läßt, ob schwarz-gelb-grün oder rot-grün-gelb oder schwarz-rot-gold, wie das in Teilen der einst DDR-Bürgerbewegten der Fall ist, dem ist auch das noch zuzutrauen.

Anmerkungen:

(1) Bündnis '90/Die Grünen, "Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechte von Niederlassungsberechtigten, Einwanderinnen und Einwanderern", Bundestags-Drucksache 12/1714 v. 4.12.91 (Bonn);

ders., "Gesetz über die Rechtsstellung von Flüchtlingen", Stand: 12.11.1991 (noch nicht in den Bundestag eingebracht).

(2) Heiner Geißler, "Wir sind ein Einwanderungsland", in: Die Zeit Nr. 47-1991.

(3) Karl A. Otto, "Plädoyer für ein Einwanderungsgesetz", in: die tageszeitung, 15.9.1990; IG Metall in: Frankfurter Rundschau, 5.12.91.

(4) Der Spiegel Nr. 35-1991.

(5) Der Spiegel Nr. 43-1991 und die tageszeitung v. 15.8.91.

(6) Der Spiegel Nr. 38-1991 und die Frankfurter Allgemeine, 10.8.91.

(7) "Die Brücke" Nr. 6-1991.

(8) Der Bundesminister des Innern, "Flüchtlingskonzeption der Bundesrepublik Deutschland", 25.9.1990 (Bonn).

(9) "Pro Asyl", pax christi, medico international, Gesellschaft für bedrohte Völker, Berliner und Bayerischer Flüchtlingsrat, Ausländerbeauftragter der Stadt Weimar, Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit,

KOMKAR, Internationale Liga für Menschenrechte: "Eine Mauer um Deutschland bauen und mit Wachposten besetzen - Argumente wider die Änderung des Asylrechts", in: Frankfurter Rundschau v. 26.9.1991.

(10) Das Parlament, 1.11.1991

Literatur:

- Frowein/Stein 1987: "Die Rechtsstellung von Ausländern nach staatlichem Recht und Völkerrecht", Teil 2 (1987) - Hoffmann 1991: "Die unaufhaltsame Einwanderung", in: Blätter für deutsche und internationale Politik" Nr. 12-1991, S. 1469 f.

- Knight/Kowalsky 1991: "Deutschland nur den Deutschen", Erlangen (1991)

- Osterkamp 1991: "Alternativen zum hilflosen Antirassismus", in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 12-1991, S. 1459 f.

21. Hungerstreik in Norderstedt. Erklärung der Flüchtlinge aus Norderstedt vom 8.2.1992 (Dokumentation)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:48

Erklärung der Flüchtlinge aus Norderstedt vom 8.2.92

Seit dem 12. September leben wir Flüchtlinge unter schwierigen Umständen in Kirchen. Während dieses fünfmonatigen Widerstands wurden uns Ultimaten gestellt, wurden wir für illegal erklärt, wurde uns mehrere Male mit schneller Abschiebung gedroht.

Außerdem erfuhren wir die Einstellung der humanitären Hilfen, medizinische Versorgung, Lebensmittel, Telefonmöglichkeiten und: Wir müssen in der Kälte schlafen.

Der Grund, weshalb wir noch immer diese Umstände in der Kirche ertragen müssen, ist, daß wir uns weiterhin wehren, nach Ost-Deutschland geschickt zu werden, nachdem wir Anfang November in Greifswald von "fremdenfeindlichen Fußballfans" angegriffen worden sind. Einige von uns waren bereits in Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) und in Thüringen angegriffen worden, bevor wir nach Greifswald gehen mußten. Später, in der Silvesternacht, wurden einige von uns in Schwerin erneut angegriffen.

Was wir in der Schalom-Kirche erdulden, ist die Strafe für unsere Flucht nach Schleswig-Holstein vor den Gewaltausbrüchen gegen Flüchtlinge.

Die Erklärungen verantwortlicher Politiker, die Gewalt sei ein Anzeichen für die Ängste großer Teile der Bevölkerung vor einer Zunahme von Asylsuchenden, ist ein deutliches Zeichen, wie Duldung von Gewalt für ein Verdecken rassistischen Terrors arbeitet. Diese deutsche nationalistische Krankheit, die von Regierenden als Versuch, von ihrer skandalösen Politik abzulenken, gefördert wird, malt ein Bild, als ob Deutschland bevorstünde, von Flüchtlingen "überfallen" oder "überflutet" zu werden.

Bangladesh z.B., eines der ärmsten Länder der Welt, nimmt mehr als eine Million Flüchtlinge auf. 1991 kamen 250.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Ca. 60.000 von ihnen kommen aus Jugoslawien und wollen zurückkehren, wenn der Krieg vorbei ist.

In jenem Bild wird ein Image vorgegeben, in dem wir Flüchtlinge übel, schmutzig, verwerfliche Sündenböcke und Kriminelle sind. Ein Beispiel hierfür findet sich in einer Pressekonferenz, in der Sozialminister Jansen sagt, daß die Flüchtlinge in Norderstedt nicht etwa eine zu bemitleidende Gruppe von Ausländern sei, sondern eine "Power-Gruppe" (vgl. WELT vom 31.1.92).

Die Verurteilung der rassistischen Gewalttäter durch die politisch verantwortlichen war nicht unzweideutig, sondern verbunden mit einer Erklärung, daß die Asylgesetze von Flüchtlingen mißbraucht würden.

Während der fünf Monate Widerstand haben wir unter den Auswirkungen der Nazi-Angriffe in der Ex-DDR und dem Druck, den Kirche und Regierung ausüben, gelitten, aber wir ziehen es vor, in Schleswig-Holstein zu leiden.

Es ist kein Vergnügen für uns, in einer Kirche zu leben, und auch hier besteht die Gefahr eines rassistischen und faschistischen Angriffs. Aber der Unterschied ist, daß wir dann nicht allein und isoliert sein werden wie im Osten.

Ferner ist Isolation eine Methode, die Asylverfahren verschlechtert.

Überall in Deutschland gibt es Rassismus, aber der Grund, warum wir uns hier sicher fühlen, ist, daß die Leute seit Jahren mit AusländerInnen vertraut sind und beschützende und informative Unterstützung leisten.

Wir fühlen uns nicht als "andersartig" unter diesen Leuten. Es gibt auch Menschen, die uns vertreiben wollen.

Um Druck auf die Gruppe auszuüben, haben sie verschiedene Waffen benutzt. Ein Beispiel ist, wie eine Gruppe von Flüchtlingen durch andere Flüchtlinge, die von der Kollaboration zwischen Kirche und Regierung

geschickt wurden, zu überzeugen versucht wurde, in die Ex- DDR zu gehen. Auch drohen sie uns mit einer Polizeiräumung, falls wir nicht dorthin gehen.

Einige Flüchtlinge konnten den unterschiedlichen Druck nicht aushalten und gingen widerwillig in die Ex-DDR. Einige von ihnen, die dort hingehen mußten, sind aus Deutschland geflohen.

Die Flüchtlinge, die jetzt die Zwangsverteilung nicht akzeptieren, sind diejenigen, die die Einschüchterungen und den Druck noch aushalten können.

Ihre letzte Drohung ist eine schnelle Abschiebung nur für diese spezielle Gruppe in der Kirche. Einige von uns, die in die Ex- DDR gehen mußten, konnten aus Deutschland fliehen. Andere leben wieder in den westlichen Bundesländern, gefährden ihre Asylverfahren und geben wie tausende andere Flüchtlinge ihren legalen Status auf.

Dieses Ergebnis ist das beste Beispiel, welches aufzeigt, was sie mit der letzten Einschüchterung, Schnellverfahren nur für uns, welche bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen, beabsichtigen.

Dies ist der letzte Schritt, die letzte Drohung der Regierung, damit wir unsere Forderung, in Schleswig-Holstein zu bleiben, aufgeben.

Im Gegensatz zu dem, was Jansen bisher anstrebte, leben wir Familien, die von Greifswald flohen, immer noch in Schleswig-Holstein, ungeachtet allen Druckes und aller Schwierigkeiten.

Wir können immer noch nicht das Risiko auf uns nehmen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen und wir stellen uns der Drohung beschleunigter Asylverfahren, die bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen.

Wir haben keine andere Möglichkeit als einen gemeinsamen und unbegrenzten Hungerstreik.

Das heißt, daß wir Flüchtlinge für unsere natürlichen Menschenrechte nichts mehr einzusetzen haben außer unsere Körper. Deshalb sind wir, Einzelpersonen und Eltern, heute um 10 Uhr in den Hungerstreik getreten.

Mit Ausnahme der, auf Grund der schwierigen Bedingungen und der Kälte während dieser fünf Monate Widerstandes, erkrankten Flüchtlinge.

Wir fordern hiermit:

- Das Recht, in Schleswig-Holstein

zu bleiben

- Stoppt das unfaire

Asylschnellverfahren

- Stoppt die Abschiebung

Demonstration: Solidarität mit den Flüchtlingen in Norderstedt! Dienstag, 11.2.92, 17 Uhr, Spritzenplatz (Hamburg-Ottensen)

22. Disziplinierung durch Schnüffelei: Eine legale Methode den Krankenstand zu senken?

Rubrik: Gesundheitspolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:22

Das Aushorchen von Mitarbeitern in sogenannten "Krankengesprächen" zwecks Hebung der "Arbeitsmoral" ist eine weit verbreitete Unsitte. Bis 1989 wurden auch bei den Hamburger Aluminium Werken (HAW) solche Verhöre durchgeführt. Auf Antrag des HAW-Betriebsrates befaßten sich 1989 die Hamburger Arbeitsgerichte und eine Einigungsstelle mit dieser Praktik. Das Ergebnis war ein Verbot der "Krankengespräche" durch einen Spruch der Einigungsstelle, der jedoch von der HAW-Geschäftsführung angefochten wurde, da "Krankengespräche" unverzichtbarer Bestandteil der Personalpolitik bei den HAW seien.

Die Methoden, mit denen der Krankenstand bei den HAW gesenkt werden sollte, flogen auf, als in einem Kopiergerät ein internes Papier der Personalabteilung aufgefunden wurde. In diesem Papier heißt es u.a.: "(...) Gespräche mit den Mitarbeitern nach Rückkehr aus längeren krankheitsbedingten Fehlzeiten wie bisher. Gespräche mit Mitarbeitern mit andauernd hohem Krankenstand: Kombination von Abfindungsangeboten und dem Hinweis, daß gleichbleibend hohe Fehlzeiten unzumutbar sind. Im Einzelfall: Versetzungen auf andere (schlechter bezahlte) Arbeitsplätze mit Nachkontrolle der Fehlzeitenentwicklung". Den Gesellschaftern der GmbH wurde in demselben Papier mitgeteilt, zur Senkung des Krankenstandes beigetragen hätten "die intensiven Gespräche mit Mitarbeitern nach Rückkehr von einer Krankheit über deren Ursachen".

Die Personalabteilung benutzte mehrere Jahre lang ein Formular, um die "Krankengespräche" gezielt als Mittel der Personalpolitik einsetzen zu können. Abteilungsleiter wurden aufgefordert, bestimmte Mitarbeiter zu einem Gespräch "vorzuladen". Es sollte dann zum Beispiel gefragt werden, "ob und gegebenenfalls welche konkreten Arbeitsplatzbedingungen der Mitarbeiter für seine Krankheit verantwortlich" mache und "ob in Zukunft mit ähnlich hohen Fehlzeiten zu rechnen" sei. Die über solche Fragen zustandegekommenen und von medizinischen Laien verfaßten "Prognosen" und "Diagnosen" wurden als "Ergebnisnotizen" der Abteilungsleiter an die Personalabteilung weitergereicht. Die in "Krankengesprächen" erlangten Kenntnisse wurde nicht nur nicht vertraulich behandelt, sondern in einigen Fällen sogar herangezogen, um Kündigungen zu begründen.

"Krankengespräche" sind mitbestimmungspflichtig

Das Begehren von Arbeitnehmervertretern, bei den "Krankengesprächen" mitzubestimmen, wurde von der Geschäftsführung abgelehnt. Deshalb wurde das Landesarbeitsgericht Hamburg (LAG) im August 1989 angerufen, um über die Einsetzung einer Einigungsstelle zu entscheiden. Die HAW unterlagen in dem Verfahren. Das LAG urteilte: "Es ist davon auszugehen, daß die HAW-Geschäftsführung die Krankheitsgespräche auch konkret als Mittel der Personalführung und zur Senkung von Fehlzeiten einsetzt. Hierfür sprechen die Verwendung von Formularschreiben an die jeweiligen Vorgesetzten sowie die auszugsweise vorgelegten schriftlichen Äußerungen der Personalleitung über die Entwicklung des Krankenstandes, die als solche nicht in Abrede gestellt worden sind."

Die daraufhin gebildete Einigungsstelle entschied im Dezember 1989:

1. Betriebsleitung und Personalabteilung haben das Recht, Mitarbeiter auf ihre Arbeitsplatzeignung untersuchen zu lassen.

2. Die Untersuchung der Mitarbeiter wird in der Regel auf Veranlassung der Betriebsleitung oder der Personalabteilung vom Betriebsarzt durchgeführt.

3. Befragungen von Mitarbeitern durch betriebliche Vorgesetzte oder deren Beauftragte, die den Gesundheitszustand zum Inhalt haben, sind untersagt.

Die HAW-Geschäftsführung, bemüht, diese Entscheidung zu unterlaufen, sandte im August 1990 im Ton vorgeblicher Besorgnis abgefaßte Briefe - "Wir wissen nicht, warum Sie krank sind ..." - an kranke Mitarbeiter, darunter sogar Opfer von Betriebsunfällen, mit der Aufforderung, sich trotz Arbeitsunfähigkeit umgehend vom Betriebsarzt untersuchen zu lassen. Der HAW-Betriebsrat wies diese Zumutung zurück: "Krank ist krank und das stört HAW. Die Gründe interessieren nicht! Es interessiert nicht, unter welchen Bedingungen gearbeitet

wird. Auch nicht, daß Kollegen wegen ihres Alters nicht mehr jede Belastung ungeschoren überstehen! (...) Wenn HAW wissen will, ob Einschränkungen der Arbeitsplatztauglichkeit gegeben sind, so kann das auch geklärt werden, wenn man wieder arbeitsfähig ist." Damit war auch dieser Versuch der HAW, die abhanden gekommene Handlungsfreiheit zurückgewinnen, gescheitert.

In einer zweiten Runde vor Gericht beantragte die HAW-Geschäftsführung beim Arbeitsgericht Hamburg, den Spruch der Einigungsstelle aufzuheben. Gegen den Punkt 3 der Entscheidung der Einigungsstelle, um den es im wesentlichen ging, brachten die HAW vor: "Der Spruch wird von ihr insoweit angefochten, als in Ziffer 3 untersagt wird, Befragungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch betriebliche Vorgesetzte oder deren Beauftragte, die den Gesundheitszustand zum Inhalt haben, durchzuführen, denn die Einigungsstelle ist zur Regelung dieser Frage nicht zuständig." Begründet wurde diese Auffassung damit, "daß die Führung von Krankengesprächen (...) das Arbeits- oder Leistungsverhalten der Arbeitnehmer betrifft und deshalb nicht mitbestimmungspflichtig ist. Sinn und Zweck der Krankengespräche ist ausschließlich, zu prüfen, ob Arbeitnehmer, die durch lange und häufige Fehlzeiten aufgefallen sind, aus gesundheitlichen Gründen weiterhin in der Lage sind, ihre arbeitsvertraglichen Pflichten zu erfüllen. (...) Krankengespräche sind keine Frage der äußeren Ordnung und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb, sondern das aus dem Arbeitsvertrag zwangsläufig abgeleitete Recht des Arbeitgebers, Kenntnisse darüber zu erhalten, ob der Arbeitnehmer seiner arbeitsvertraglichen Pflicht in Bezug auf die Gesundheit noch nachkommen kann." Überspielt wurde in dieser auf den ersten Blick nicht unschlüssigen Argumentation, daß die HAW hiermit das Recht einklagen wollten, weiterhin die Beurteilung des Gesundheitszustandes erkrankter Mitarbeiter durch Ingenieure und Mitarbeiter der Personalabteilung, medizinische Laien also, die zudem keiner Schweigepflicht unterliegen, vornehmen zu lassen. Genau dies war aber der Anlaß der Intervention des Betriebsrats gewesen.

Der Antrag der HAW wurde im Dezember 90 vom Arbeitsgericht abgewiesen: "Die durch den Spruch der Einigungsstelle zustande gekommene Betriebsvereinbarung vom 15.12.89 ist auch in ihrer Ziffer 3 wirksam." Die in der Urteilsbegründung angeführten rechtlichen Aspekte der "Krankengespräche" sind über den konkreten Fall bei HAW hinaus von genereller Bedeutung:

- "Die Frage, wer im Arbeitsverhältnis für medizinische Diagnosen und arbeitsmedizinische Beurteilungen zuständig ist, hat eine Verrechtlichung erfahren. Das Lohnfortzahlungsgesetz weist es allein der Beurteilung des behandelnden Arztes zu, darüber zu entscheiden, ob ein Arbeitnehmer krankheitsbedingt arbeitsunfähig ist. (...) Auch nach der Erkrankung eines Arbeitnehmers spricht das Gesetz Ärzte an, wenn es um die Beurteilung gesundheitlicher Fragen geht. Dies ergibt sich aus dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG). § 3 ASiG beschreibt die Aufgaben der Betriebsärzte. Dabei ist streitig, ob es sich um originäre Aufgaben der Betriebsärzte handelt oder ob diese Aufgaben eine Konkretisierung von § 618 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) (Fürsorgepflicht des Unternehmens) darstellen und daher Aufgaben des Arbeitgebers sind. Würde man der zuletzt genannten Auffassung folgen, würde sich gleichwohl ergeben, daß der Arbeitgeber sich zur Erfüllung dieser Aufgaben der Betriebsärzte bedienen muß." (Ein logischer Schluß, denn würde etwa ein Arbeitgeber darauf bestehen, in der Frage des Gesundheitsschutzes seine Fürsorgepflicht nach § 618 BGB persönlich z.B. in den "Krankengesprächen" auszuüben, so wäre ihm vorzuwerfen, bewußt darauf zu verzichten, den Sachverstand der im ASiG vorgeschriebenen Arbeitsmediziner einzusetzen.)

- "Der Einwand der Antragstellerin, daß nur ‚Gespräche` geführt werden, während im Gesetz von ‚Untersuchungen` die Rede ist, überzeugt nicht. In welcher Art und Weise Aufgaben gemäß § 3 ASiG im Betrieb umgesetzt und konkretisiert werden, haben Betriebsrat und Arbeitgeber gemeinsam zu regeln. Denn insoweit besteht ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats." (In der Tat ist in diesem Fall der Unterschied zwischen "Gespräch" und "Untersuchung" vollkommen unerheblich. In der Sache wurde von HAW nie begründet, warum durch krankheitsbedingte Fehlzeiten "aufgefallene" Kolleginnen und Kollegen nicht gleich zum Betriebsarzt geschickt werden und weshalb vorher irgendwelche Gespräche zwingend nötig sein würden.)

- "Die Maßnahmen der Beteiligten zu 1) (HAW) weisen einen kollektiven Bezug auf. Objektiv sind Drucksituationen nicht auszuschließen. Die Krankengespräche sind nicht ausschließlich aufgabenbezogen, sondern reichen in die Persönlichkeitssphäre der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hinein. Die Krankengespräche sind nicht erforderlich, um die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen anzuhalten, ihren Arbeitspflichten nachzukommen. Sie sind dazu auch gar nicht geeignet. Denn Laien sind nicht imstande, in einer qualifizierten Art und Weise gesund- heitliche Fragen beurteilen zu können. Es ist also das sogenannte Ordnungsverhalten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen betroffen. Dies gebietet es nach Auffassung der

Kammer, ein Mitbestimmungsrecht auch in Hinblick auf § 87 Abs. 1 Nr. 1 Betriebsverfassungsgesetz anzuerkennen."

Gegen diesen Beschluß des Arbeitsgerichtes Hamburg legte die HAW-Geschäftsführung Beschwerde ein, die vor dem LAG im Juli 1991 verhandelt und wiederum bestätigt wurde, daß "Krankengespräche, wie sie hier vom ArbGeb. praktiziert wurden (...) mitbestimmungspflichtig sind." Die Einigungsstelle habe jedoch mit ihrer Entscheidung "die Grenzen des MBR (Mitbestimmungsrecht) überschritten, indem sie dem ArbGeb. jede Frage nach dem Gesundheitszustand generell untersagt hat." Die Ziffer 3 des Einigungsstellenspruchs wurde daher aufgehoben. Das Urteil ist rechtskräftig, eine weitere Beschwerde wurde nicht zugelassen.

Die Arbeitnehmervertretung bei den HAW wird zur Umsetzung des Mitbestimmungsrechts erneut eine Einigungsstelle anrufen. Möglicherweise wird es auch Arbeiternehmervertretungen anderer Betriebe gelingen, auf der Grundlage des Urteils des LAG Hamburg Einigungsstellen anzurufen.

Der Zeitgeist und das Arbeitsgericht

In der Begründung zur Aufhebung des Einigungsstellenspruchs bildete das LAG mehrere Beispiele von "Krankengesprächen", die nicht vom Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte abgedeckt sind. Die Begründung des LAG hat neben dem juristischen Aspekt auch einen politischen Hintergrund: Sie zeigt, welchen Einfluß die öffentliche Diskussion um das "Krankfeiern" inzwischen schon auf die Rechtsprechung gewonnen hat. So publizierte der "Spiegel" im April 91 eine zur Titelgeschichte erhobene pseudowissenschaftliche Untersuchung mit dem Untertitel "Drückeberger an der Arbeitsfront".

Das LAG befand, "daß beispielsweise Gespräche zwischen ArbGeb. und ArbN., wie sie einer Kündigung vorausgehen und mit deren Hilfe sich der ArbGeb. hinsichtlich der für die Wirksamkeit der personenbedingten Kündigung erforderlichen negativen Krankheitsprognose eine gewisse Sicherheit verschaffen will, nicht mitbestimmungspflichtig sind." Was im Klartext heißt: Der Arbeitnehmer soll - und zwar im "mitbestimmungsfreien Raum" - dem Arbeitgeber helfen, eine Kündigung abzusichern.

Nicht mitbestimmungspflichtig sind nach Meinung des Gerichts auch: "Gespräche, die der ArbGeb. führt, um herauszufinden, ob der ArbN. seine Arbeitsunfähigkeit selbst verschuldet hat im Sinne von § 1 LFG (Lohnfortzahlungsgesetz). Das Prognoseprinzip gilt bei allen Kündigungsgründen, weil die Kündigungsgründe ihrer Natur nach zukunftsbezogen sind. (...) Im Prozeß trägt der ArbGeb. die Darlegungs- und Beweislast für den Kündigungsgrund, zu dem die Negativprognose gehört. (...) Macht ein ArbN. Lohnfortzahlung geltend, ist im Prozeß der ArbGeb. für den Verschuldenseinwand darlegungs- und beweisbelastet. (...) In diesen Fällen bedarf es nicht der Zustimmung des BetrR., wenn sich der ArbGeb. über seine weitere Vorgehensweise durch entsprechende Fragen schlüssig werden will. Hier fehlt es am kollektiven Bezug im Sinne von § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG." Während das Gericht hier den Anschein erweckt, als sei eine Kündigung ohne die Mitwirkung des Arbeitnehmers vor Gericht nicht durchsetzbar, ist tatsächlich für einen Arbeitgeber nichts einfacher, als in den genannten Fällen die "Darlegungs- und Beweislast" umzukehren.

Die Botschaft des LAG läßt sich in drei "Leitsätzen" zusammenfassen:

1. Die kollegiale Frage eines Vorgesetzten nach dem werten Befinden eines Mitarbeiters wie z.B.: "Na, wie geht's?", die mit einem: "Danke, gut! Ich bin in der Lage meine arbeitsvertraglichen Pflichten im vollen Umfang zu erfüllen", beantwortet werden könnte, ist nicht mitbestimmungspflichtig. Mit dieser Frage dürfte wohl niemand ernsthafte Schwierigkeiten haben.

2. Gespräche, mit denen der Arbeitgeber herausfinden will, ob er im Fall einer Erkrankung Lohnfortzahlung leisten muß, sind nicht mitbestimmungspflichtig.

3. Gespräche, die dazu dienen sollen, Gründe für eine Krankheitskündigung zu sammeln, sind nicht mitbestimmungspflichtig.

Bei allen anderen "Krankengesprächen" hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht. Diese Folgerung ist zwar so nicht ausdrücklich in dem Beschluß enthalten, doch läßt die Benennung von ausschließlich nicht mitbestimmungspflichtigen "Krankengesprächen" keinen anderen Schluß zu.

Wie kann man "Krankengespräche" verhindern?

Für eine Verhinderung von "Krankengesprächen" sind die Vorgaben des LAG eigentlich eine recht gute Grundlage. Es könnte etwa im Betrieb der folgende Vorschlag veröffentlicht werden, den man gleichzeitig zur Grundlage für Verhandlungen über eine entsprechende Betriebsvereinbarung macht: Es dürfen ausschließlich solche "Krankengespräche" geführt werden, die zur Vorbereitung einer Kündigung oder der Verweigerung eines Lohnfortzahlungsanspruches dienen sollen. Das dürfte - mit einer sachdienlichen Erläuterung - auch die vertrauensseligsten Kollegen davon abbringen, sich diesen immer noch "freiwilligen" Verhören zu stellen. Dem Ratschlag: "Die Geschäftsführung fragt, wir antworten nicht!" wäre rasche Popularität gewiß.

Wie ist nun zu beweisen, daß im Betrieb mitbestimmungspflichtige Gespräche geführt werden? Da nicht jede Geschäftsführung so blöd ist, die entsprechenden Beweise am Fotokopierer liegenzulassen, müssen andere Wege beschritten werden. Im Rahmen einer Umfrage im Betrieb kann z.B. herausgefunden werden, mit wievielen Kollegen in einem bestimmten Zeitraum "Krankengespräche" geführt worden sind. Die Anzahl der Gespräche dürfte in der Regel die von krankheitsbedingten Kündigungen weit übersteigen. Daraus kann dann getrost der Schluß gezogen werden, daß nicht alle geführten Gespräche mitbestimmungsfrei im Sinne des LAG Hamburg waren, dienten sie doch nicht der Vorbereitung einer Kündigung oder einer sonstigen personellen Maßnahme. Zweck des "Krankengesprächs" war in diesen Fällen offenbar allein die Einschüchterung der Betroffenen mit dem Ziel, die "Krankengespräche als Mittel der Personalführung zur Senkung von Fehlzeiten" einzusetzen. Diese Maßnahme aber fällt unter das Mitbestimmungsrecht. Ein Beweis für diese Absicht ist nicht erforderlich, es genügt, daß die Gespräche geeignet waren, durch direkte oder indirekte Hinweise auf die Gefährdung des Arbeitsplatzes die Fehlzeiten zu senken. Deshalb läßt sich mit solchen Gesprächen, die in der Vergangenheit geführt wurden, ein Mitbestimmungsrecht für die Zukunft ableiten und durchsetzen.

"Krankfeiern" und Grundgesetz

Der angebliche Mißbrauch von Krankschreibungen wurde im Beschluß des LAG mehrfach erörtert: "Verschließt man nicht die Augen davor, daß es im Arbeitsleben Krankschreibungen gibt, die (aus welchen Gründen auch immer) einer kritischen Überprüfung nicht standhalten, und will man dem ArbGeb. nicht generell verwehren, diesbezüglichen Zweifeln durch eine ‚Befragung nach dem Gesundheitszustand` nachzugehen, kann die Entscheidung der Einigungsstelle, soweit sie angefochten ist, keinen Bestand haben."

Anders als hier suggeriert, ist kein Arbeitgeber darauf angewiesen, eine "kritische Überprüfung der Krankschreibungen" von medizinischen Laien der Personalabteilung vornehmen zu lassen. Die Arbeitgeber haben die Möglichkeit, bei Verdacht des "Krankfeierns" Arbeitnehmer von den Vertrauensärzten der Krankenkassen untersuchen zu lassen. Vom Gericht wurde hingegen unterstellt, daß die "Krankengespräche" nur der Selektion "schwarzer Schafe" dienen. Wer wirklich krank sei, werde selbstverständlich in Ruhe gelassen. Auch hier entspricht die Wirklichkeitsauffassung des Gerichts der Wirklichkeit der Betriebe nicht. 1991 wurden von HAW drei Kündigungen gegen Schwerbehinderte betrieben; wären "Krankengespräche" nicht arbeitsgerichtlich untersagt gewesen, würde sicherlich versucht worden sein, auch diesen Kollegen "Kündigungsgründe" zu entlocken.

Der Einsatz von "Krankengesprächen" als Druckmittel gegen angeblich Krankfeiernde ist solange abzulehnen, bis überprüfbare Kriterien für das "Krankfeiern" existieren. Bis dahin sind allein die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen der Ärzte ausschlaggebend.

Auch das Grundgesetz schütze den Arbeitnehmer nicht grundsätzlich vor einer Ausforschung der Persönlichkeit in "Krankengesprächen", befand das LAG in seinem Beschluß: "Es (das Grundgesetz) schützt den ArbN. vor zu weit gehender Kontrolle und Ausforschung der Persönlichkeit. Durch die Wahrnehmung überwiegend schutzwürdiger Interessen können Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht aber gerechtfertigt sein. (...) Im Rahmen der gebotenen Güter- und Interessenabwägung wird man zu dem Ergebnis kommen können, daß jedenfalls dort, wo Zweifel an der Begründetheit einer Krankschreibung angebracht sind, dem Interesse des ArbGeb. gegenüber dem Persönlichkeitsrecht der Vorrang zukommt." Subjektive Zweifel des Arbeitgebers sollen damit ausreichen, den Arbeitnehmer einer möglicherweise in dessen persönlichen Bereich eingreifenden Befragung zu unterziehen.

Diesen Gedankengang fortsetzend erklärte das LAG weiter: "Die objektive Drucksituation, die mit solchen Krankengesprächen (unabhängig von ihrer Freiwilligkeit) verbunden ist, rechtfertigt es ohnehin in der Regel

nicht, das Interesse des ArbGeb. an der Befragung zurücktreten zu lassen. Daß das sog. Krankfeiern nicht durch Berufung auf das Persönlichkeitsrecht grundsätzlich geschützt ist, versteht sich von selbst." Aber gerade "die objektive Drucksituation" ist im Arbeitsleben nicht eben unbedeutend. Ältere, nicht ganz gesunde Kollegen empfinden diesen Druck sehr viel stärker als junge, gesunde, die sowieso nicht zu solchen Gesprächen zitiert werden. Für gesundheitlich angeschlagene Kollegen steht mit dem Arbeitsplatz auch fast immer ihre Existenz auf dem Spiel.

Nicht nur in den Gerichten zeigt die Stimmungsmache gegen Kranke - über den Umweg "gegen das Krankfeiern" - Wirkung. Auch Gewerkschafter sind gegen solche Einflüsse nicht immun. Es ist an der Zeit, auch in den eigenen Reihen eine offene, kontroverse Diskussion über dieses Problem zu führen. Ein Ergebnis dieser Auseinandersetzung könnte eine differenziertere Betrachtung des Problems Krankheit und Arbeit sein, als sie zur Zeit von der veröffentlichten Meinung propagiert wird.

JürS

23. Chance oder Anpassung? Frauenförderung in der Privatwirtschaft

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:32

Die sogenannte Frauenförderung ist derzeit ein zentrales Thema in der Debatte um die Frauenfrage. Gleichberechtigungsgesetze und Frauenförderprogramme versprechen den Frauen mehr "Chancengleichheit". War die Frauenförderung bis vor kurzem noch das Steckenpferd von Grünen, Sozialdemokraten und Gewerkschaften, so hat jetzt auch die Bundesregierung das Thema entdeckt. Sie kündigt ein sogenanntes "Gleichberechtigungsgesetz" an, das noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Aber auch in der autonomen Frauenszene wuchs in den letzten Jahren die Hoffnung, durch gezielte Maßnahmen zur Förderung und Schulung von Frauen mehr "Macht" zu erlangen. Seminare für angehende Managerinnen gehören heute zum Standardprogramm autonomer Frauenbildungszentren. In der "Alternativpresse" häufen sich Anzeigen mit Angeboten, die den Frauen versprechen, bei entsprechender Schulung ein Stück höher auf der Karriereleiter klettern zu können.

Jede Maßnahme, die den Frauen mehr Rechte gibt und die Ungleichbehandlung der Geschlechter ein Stück weit aufhebt, ist zu begrüßen. Auf der anderen Seite hat die Reduzierung auf Forderungen nach Gleichberechtigung und Frauenförderung mit der Emanzipation der Frau insgesamt nur noch wenig zu tun. Da wird die Aufhebung der Ungleichbehandlung der Geschlechter nur noch für einen Teil der Frauen eingefordert, nämlich für die Intelligenz. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung insgesamt, die Teilung von Kopf- und Handarbeit und die Aufhebung der Ausbeutungsverhältnisse stehen überhaupt nicht mehr zur Debatte. Politisch betrachtet erfüllt die sogenannte Frauenförderung die Funktion der Integration. Gesetzgeber und Unternehmer wissen, daß die konservative Haltung nach dem Motto "die Frau gehört ins Haus" bei den meisten Frauen heute nicht mehr gut angesehen ist. Darum müssen Programme her, die den Frauen mehr Rechte versprechen. Ökonomisch betrachtet hat die Frauenförderung die bessere Abschöpfung weiblicher Personalressourcen zum Ziel. Insgesamt sind die Ergebnisse der Frauenförderung aber ziemlich mager.

Frauenförderprogramme im öffentlichen Dienst

In einigen SPD-regierten Ländern gibt es seit zwei bis drei Jahren sogenannte "Frauenfördergesetze", so z.B. in Bremen, NRW und im ehemals rot-grünen Berlin. In Hamburg liegt das Gesetz seit zwei Jahren auf Eis.

Über die Erfolge oder Mißerfolge der Frauenförderung im öffentlichen Dienst gibt es bisher keine Untersuchungen. Beim Durchlesen der Gesetze fällt aber eine entscheidende Sache auf. So ist die bevorzugte Einstellung von Frauen nur bei "gleicher Qualifikation" vorgesehen. Im Berliner Frauenförderungsgesetz wurde aufgrund des Drucks der SPD z.B. die Formulierung "erforderliche Qualifikation" geändert in "gleichwertige" Qualifikation. Eine bevorzugte Einstellung von Frauen bei "gleicher Qualifikation" reicht aber nicht aus. Frauenförderprogramme müßten, wenn sie ihrem Namen gerecht werden wollen, Frauen tatsächlich bevorzugt behandeln, d.h. auch bei niedrigerer Qualifikation müßte die Frau eingestellt werden.

Den Konservativen ist aber sogar die halbherzige Regelung in den SPD-Frauenfördergesetzen noch zu viel. So gab das Oberverwaltungsgericht Münster einem Kläger Recht, der sich durch "bevorzugte Förderung von Frauen bei gleicher Qualifikation" benachteiligt fühlt. Der Fall liegt nun beim Bundesverfassungsgericht, das das Frauenförderungsgesetz auf seine "Verfassungsmäßigkeit" überprüfen wird.

Frauenförderung in der Privatwirtschaft

Gibt es in den USA bereits seit 30 Jahren gesetzliche Vorschriften zur Förderung von Frauen und ethnischen Minderheiten, so war der Begriff Frauenförderung in der BRD bis vor zehn Jahren noch weitgehend unbekannt. In den Unternehmen ist der Gedanke der Frauenförderung erst mit Personalnot und dem drohenden Fachkräftemangel aufgetaucht. Mitte der 80er Jahre waren es schätzungsweise 40 bis 50 Unternehmen in der alten Bundesrepublik, die "Frauenförderung" in ihr Programm geschrieben hatten. Heute ist die Zahl auf etwa achtzig gestiegen, diese konzentrieren sich aber vor allem auf prosperierende Großunternehmen (Chemie, Metall, Handel, Banken und Versicherungen). Nach allen bekannten Untersuchungen bleibt die sogenannte betriebliche Frauenförderung aber auf einzelne Maßnahmen beschränkt. Bei einer Befragung Stuttgarter Betriebe durch die Stuttgarter Gleichstellungstelle stellte sich z.B. heraus, daß Betriebe "in Sachen Frau" vor

allem dann aktiv werden, wenn sie sich selbst einen Nutzen davon versprechen, und sei es nur für die Verbesserung des Firmen-Image. Denn Frauen werden verstärkt als Konsumentinnen gewonnen, hofft man(n) - wenn ihnen "Frauenförderung" im Firmen-Image mitverkauft wird.

Überall dort, wo Frauenförderung gleichzeitig auch Gewinn verspricht, ist sie in das Unternehmensziel mit einbezogen worden. Untersuchungen kommen so z.B. zu dem Ergebnis, daß Frauenförderprogramme entwickelt wurden nicht aus der Einsicht, daß Frauen im Arbeitsleben gleichbehandelt werden sollen, sondern als Reaktion darauf, daß in diesem Jahrzehnt etwa eine halbe Millionen zusätzliche Führungskräfte gebraucht werden. Globalisierung der Märkte, ständig steigende Anforderungen an die Qualität der Produkte und die informationstechnologische Revolution erfordern mehr qualifiziertes Personal. So werden Frauen als unverzichtbare Begabungsreserve angesehen. Daß solche Programme von begrenzter Wirkung für die "Chancengleichheit" sein werden, ist sicher. Sie sollen vor allem der stärkeren Integration der intelligenten Frauen in die bestehenden Arbeitsstrukturen dienen. Die Arbeitsstrukturen selbst werden jedoch nicht in Frage gestellt.

Im großen und ganzen stehen Betriebe der Frauenförderung weiterhin skeptisch gegenüber. Am ehesten befürworten sie Maßnahmen, die dazu dienen, das betriebliche Beschäftigungspotential besser auszuschöpfen. Als eindeutiger Schwerpunkt der betrieblichen Frauenförderung haben sich in den vergangenen Jahren Regelungen zur sogenannten Vereinbarkeit von Beruf und Familie herausgebildet. An zweiter Stelle rangieren Regelungen zur Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitszeit, überwiegend in Form von Teilzeitarbeit, mit all ihren Nachteilen. Dagegen finden Programme zur Aus-, Fort- und Weiterbildung auch während der Arbeitszeit, sowie "Frauenbeauftragte" wenig Zustimmung. Sie sollen in ihrer Unverbindlichkeit kaum mehr als symbolischen Charakter haben.

Fortbildungsangebote für alle Frauen?

Frauen sind bei der beruflichen Weiterbildung nach wie vor unterrepräsentiert, und dies gilt verstärkt für gesellschaftlich unterprivilegierte Teilgruppen. Als Hindernis erweist sich hier wieder die berufliche Erstausbildung in den typischen Frauenberufen. Lediglich eine Minderheit von Frauen mit qualifizierten Berufen und in der Regel mit akademischen Ausbildungsgängen haben weniger Barrieren zu überwinden.

Die Frauenförderungsmaßnahmen lassen sich in zwei Kategorien teilen. In die erste fallen Maßnahmen wie Begabtenförderung auf Führungsebene oder im wissenschaftlichen Forschungsbereich. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelmaßnahmen der Bestenauslese, die nach dem althergebrachten Prinzip von "Teile und Herrsche" funktionieren und einer Solidarisierung von Frauen entgegensteuern. Beispielhaft hierfür wirkt IBM in Stuttgart, die Patenschaften für Stipendiatinnen übernimmt oder wie die BfG, die Pilotseminare speziell für weibliche Führungs- und Fachkräfte anbietet, um den Frauenanteil in Führungspositionen zu steigern. Solche Seminare erweisen sich nach Einschätzung der Gleichstellungsstelle in Stuttgart in der Regel als "Anpassungsqualifikationen", die sich an der Norm männlicher Karrieremuster orientieren: "Zyklische Erwerbsverläufe von Frauen mit ihren Brüchen, ihrem Hin und Her... prallen ab an dieser Linearität." Auf diese Weise werden die Hindernisse, auf die die Frauen in ihrer Lebens- und Berufslaufbahn treffen, weiter reproduziert.

Die Qualifizierung von Frauen an den typischen Frauenarbeitsplätzen auf der unteren Ebene verlangt von den Frauen ebenfalls besonderen Einsatz. Bei Bosch in Stuttgart z.B. müssen sie mindestens über eine Berufausbildung verfügen. Darüberhinaus müssen die Frauen bereit sein, außerhalb der Arbeitszeit zur Verfügung zu stehen, da die Weiterbildungsmaßnahme nur zur Hälfte während der Arbeitszeit stattfinden soll. So herrscht in vielen Unternehmen die Ansicht, daß Frauen und Männer bei der Fortbildung gleich zu behandeln seien. Daß Frauen aber durch ihre besondere Belastung mit Familienarbeit nicht die gleichen Voraussetzungen mitbringen, interessiert die Unternehmen nicht.

Für die ungelernten Arbeiterinnen ist an eine Weiterqualifizierung dagegen nicht gedacht. Sie sind leicht zu ersetzen und sollen auch weiterhin als flexible Reserve fungieren. So können sie je nach konjunktureller Schwankung ohne große Verluste entlassen und später ohne große Kosten schnell wieder eingestellt werden.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie?

In letzter Zeit wird viel über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geredet. Dabei geht es um Angebote an Mütter und Väter, die ihre Erwerbstätigkeit auch nach dem gesetzlichen Erziehungsurlaub weiter unterbrechen wollen. Der Zeitraum der Wiederaufnahme in den Beruf beträgt bei einzelnen Unternehmen bis zu zehn Jahren, die meisten Zusagen gelten allerdings nur bis zu drei Jahren. Eine Untersuchung der 500 größten Unternehmen in der alten Bundesrepublik ergab, daß sich in nur 13% der Betriebe Eltern auf eine Betriebsvereinbarung berufen können, die ihnen eine berufliche Pause für die Betreuung der Kinder zusichert. Die Wiedereinstellung ist aber oft an Voraussetzungen gebunden, wie z.B. längere Betriebszugehörigkeit, im Betrieb absolvierte Ausbildung usw. Außerdem gibt es normalerweise keine Zusage, an den alten Arbeitsplatz zurückkehren zu können.

Meistens ist die Inanspruchnahme einer Freistellung mit einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses verbunden. Eine Rückkehrgarantie gibt es nicht. Wenn der Betrieb keinen "gleichwertigen" Arbeitsplatz anbieten kann, müssen sich die BerufsrückkehrerInnen mit anderen "zumutbaren" Arbeitsplätzen begnügen, d.h. sie müssen u.U. mit einer Verschlechterung ihrer bisherigen Arbeits- und Einkommenssituation rechnen. Dies hat zur Folge, daß fast nur Frauen diese Angebote in Anspruch nehmen, weil sie auf Grund der geringeren Qualifikation mit geringerem Einkommen die Familie eher mit diesem Risiko belasten können. Somit werden tradierte Rollenmuster weiter aufrecht erhalten. Auch die derzeitige Regelung des Erziehungsurlaubs führt dazu, daß hauptsächlich Frauen davon Gebrauch machen.

So befürchten Sozialwissenschaftlerinnen, daß die Unternehmen je nach Arbeitsmarktlage Regulierungsinstrumente in der Personalpolitik entwickeln, die entweder zur selektiven Ausgliederung von Rückkehrerinnen genutzt werden oder mit deren Hilfe sie jeweils geeignete Kandidatinnen aus dem Pool der Rückkehrerinnen für innerbetrieblichen Aufstieg nutzen können (Eva Brumlop in der taz vom 25.1.92).

Frauen in höheren Positionen entscheiden sich darum oft gegen Heirat und Kinder. Von den weiblichen Führungskräften sind nur 58% verheiratet. Dagegen sind 90% der männlichen Führungskräfte verheiratet und haben bis zu drei Kinder. Ermöglicht wird dies durch die Ehefrau, die bei 86% der Männer den Haushalt und die Kinder versorgt.

Teilzeitarbeit eine Lösung?

Von Unternehmern und konservativen Parteienvertretern wird als Alternative zur Berufsunterbrechung die Teilzeitarbeit gepriesen. Sie scheint vordergründig den Interessen der Frauen entgegenzukommen, weil sie eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie verspricht. Die Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit werden jedoch auf ein bestimmtes Berufsspektrum beschränkt, und zwar auf die gering qualifizierten Tätigkeiten am unteren Ende der beruflichen Hierarchie. Teilzeitarbeit für qualifizierte Arbeitsplätze bieten nur sehr wenige Unternehmen an. Bei IBM und BASF in Stuttgart z.B. können MitarbeiterInnen zwischen Teilzeit und Elternurlaub wählen. Die Teilzeitarbeit kann aber nur fortgesetzt werden, wenn es die "betrieblichen Gegebenheiten zulassen."

Somit bleibt die Teilzeitarbeit in den meisten Fällen mit Verzicht auf berufliches Fortkommen, mit geringerer Bezahlung und schlechterem sozialem Status behaftet. Die gegenwärtige Struktur der Teilzeitarbeit verfestigt die übliche Rollenverteilung, weil sie hauptsächlich von Frauen in Anspruch genommen wird. Unter diesen Bedingungen dient Teilzeitarbeit für die Unternehmer weiterhin als Rationalisierungsinstrument zum Personalabbau und zur Senkung der Personalkosten. Auch wenn die Teilzeitbeschäftigung inzwischen in vielen Unternehmen arbeitsvertraglich mit Zustimmung des Betriebsrates geregelt wird, so bleibt für die Betriebsleitung doch immer noch die Entscheidung, in welchen Bereichen eine Erhöhung oder Verringerung der Wochenarbeitszeit möglich ist. Dieser Macht der Unternehmer stehen die ArbeitnehmerInnen gegenüber, die kein Recht auf die Umsetzung ihrer Arbeitswünsche haben. So bleibt ein Knackpunkt bei der Teilzeitarbeit denn auch die Wiederumstellung auf Vollzeitarbeit, wenn dies nicht im Interesse der Unternehmer liegt.

Die vielversprechenden Programme, die Frauen eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie suggerieren, erweisen sich somit als reines Täuschungsmanöver. Dadurch daß Frauen von vornherein durch geringeres Einkommen und weniger qualifizierte Tätigkeiten als Frauen benachteiligt werden, sind sie es, die sich in der Regel für eine Reduzierung der Arbeitszeit entscheiden. Dies wiederum führt dazu, daß sie den Hauptanteil bei der Reproduktionsarbeit übernehmen - ein Kreislauf ohne Ende.

Bevorzugte Einstellung von qualifizierten Bewerberinnen

Zur bevorzugten Einstellung von qualifizierten Bewerberinnen findet sich in den vorliegenden Untersuchungen fast nichts. So kommt es vor, daß theoretisch für Frauen und Männer die gleichen Chancen festgeschrieben sind. Durch ihre familiäre Belastung und Verpflichtung fehlen den Frauen dann aber faktisch gewisse "Zusatzkenntnisse". So können Frauen in den wenigsten Fällen z.B. einen Ortswechsel vorweisen, durch den nach Unternehmergesichtspunkten ein höheres Qualifikationsniveau erreicht wurde.

Begriffe wie "gleiche" Qualifikation oder "verstärkte Berücksichtigung", die bei der Ausschreibung für die Arbeitsplatzvergaben verwendet werden, gehen davon aus, daß Frauen schon die "gleichen" Voraussetzungen mitbringen müssen wie die Männer. Lediglich bei VW wurde in der Betriebsvereinbarung eine Formulierung gewählt, die eine "gleichwertige" Qualifikation benennt. Die Gleichwertigkeit wird daran gemessen, welche Qualifikation zur Ausfüllung einer zu besetzenden Führungsposition notwendig ist. Die ehemalige Frauenbeauftragte von VW berichtet allerdings, daß die Auslese dann über die Bewerbungsgespräche läuft, die so angelegt sind, daß Frauen von vornherein schlechtere Chancen haben.

Die Alibifrau

Etwa knapp ein Drittel der Unternehmen, die Frauenförderung in ihrem Programm haben, sollen eine Berichterstattungspflicht in ihrer Vereinbarung aufgenommen haben, doch ohne entsprechende Sanktionsmaßnahmen für den Fall, daß Frauenförderpläne nicht oder nur unzureichend erstellt werden. Als höchst ambivalent muß nach Meinung der Soziologin Eva Brumlop (taz vom 25.1.92) die Funktion der Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragten gesehen werden, sofern sie vom Unternehmen eingesetzt wurde. Sie ist normalerweise beim Vorstand angesiedelt und hat keine Entscheidungskompetenzen sondern nur begleitende oder beratende Funktion. Aber auch wenn Frauenbeauftragte von Betriebsrat und Unternehmerseite gemeinsam zur Sachfrau berufen werden - wie im Fall VW - haben sie meist Kompetenzprobleme. So erklärte die zurückgetretene Frauenbeauftragte von VW, Gabriele Steckmeister, auf einer Berliner Veranstaltung, daß die Einrichtung von "Stabsstellen zur Frauenförderung" lediglich zur Entlastung des schlechten Gewissens für die Unternehmen und als Befriedungsschritt gesehen werden müßten.

Nach den bisher bekannten Untersuchungen in der Privatwirtschaft sieht also alles danach aus, daß Frauenförderung nur insoweit akzeptiert wird, wie sie dem Prestige des Unternehmens förderlich ist und zur besseren Ausnutzung der "Personalressource" Frau dient - in einer Zeit, in der voraussichtlich mehr qualifizierte Führungskräfte gebraucht werden. Somit bleibt die Frauenförderung nur auf eine kleine Gruppe hochqualifizierte Frauen beschränkt, die große Zahl der Frauen bleibt von der Frauenförderung weitgehend ausgeschlossen. Der Wunsch nach qualifizierter Erwerbsarbeit oder einer besseren Ausgewogeheit und Vereinbarkeit von beruflichem und persönlichem Leben blieb für die Mehrheit der Frauen bisher unerfüllt. Der Verweis von Frauenbeauftragten, daß Frauenförderung einen symbolischen Wert hätte, ist reine Selbstberuhigung.

Außerdem werden mit dem Begriff Frauenförderung die bestehenden Arbeitsstrukturen und die Arbeitsteilung, wie sie in allen gesellschaftlichen Bereichen zwischen den Geschlechtern bestehen, nicht generell in Frage gestellt. Wenn das Hauptziel der Frauenförderung sich darauf beschränkt, Frauen künftig das zu ermöglichen, was bisher Männern vorbehalten war, bleibt sie ohne umfassende Konsequenzen. Sie führt dann lediglich zu einer "Vermännlichung" von Frauen im Beruf, zu einer Anpassung an bestehende patriarchale und nach kapitalistischen Interessen ausgerichtete Strukturen.

Sy.

Verwendete Literatur:

Regine Marquardt, Nicola Poppe: Frauenförderung in Stuttgarter Betrieben - mehr Worte als Taten, Stuttgart 1991;

IG Metall: Frauenförderpolitk der IG Metall, Frankfurt 1990;

Anna Krehnke: Chancengleicheit von hochqualifizierten Angestellten in Unternehmen der Privatwirtschaft, Berlin 1991;

Eva Brumlop: Chance oder Alibi? Frauenförderung in der Privatwirtschaft, taz vom 25.01.92.

24. Von Gleichheit keine Spur. Erwerbstätige Frauen in den alten Bundesländern

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:31

Die Mehrheit der Frauen sucht ihre Lebensinhalte nicht mehr allein in der Familie. Die meisten Frauen wollen heute erwerbstätig sein. So ist die Erwerbstätigkeit der Frauen in den alten Bundesländern in den letzten Jahren auf über 50% gestiegen. Unter den erwerbstätig Beschäftigten haben sie inzwischen einen Anteil von knapp 40% erreicht, wobei allerdings ein großer Teil auf Teilzeitarbeitsplätzen arbeitet. Auch der Anteil der Mütter unter den erwerbstätigen Frauen steigt ständig. Zirka 30% der erwerbstätigen Frauen haben Kinder unter 18 Jahren.

Dennoch sieht die Situation für die erwerbstätige Frau weitaus schlechter aus als für den Mann. Sie arbeitet mehrheitlich in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, befristet, in Teilzeit, geringer entlohnt und auf der untersten Stufe der Qualifikation. Von den 2,3 Millionen nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind 60% Frauen. In höheren Positionen sind Frauen kaum zu finden. Das drückt sich auch in der Leistungsgruppenbesetzung aus.

Halber Lohn für gleiche Arbeit

In der Metallverarbeitung sind z.B. 60% der Arbeiterinnen im ungelernten Bereich (Lohngruppe 3) eingruppiert, aber nur 8% der Männer. In den hochbezahlten Facharbeiterbereichen (Lohngruppe 1) sind nur noch 4,4% aller Frauen, aber über 60% aller Männer zu finden. Arbeiterinnen erhalten durchschnittlich nur etwa 72% des Lohnes ihrer männlichen Kollegen. Fast die Hälfte aller weiblichen Angestellten ist trotz abgeschlossener Berufsausbildung mit einfachen Tätigkeiten betraut. Selbst bei Hoch- oder Fachhochschulabschluß sind noch 20% der Frauen in einfachen Positionen tätig. Allerdings liegt ihre Erwerbsquote mit ca. 70% weit über dem Durchschnitt der üblichen Erwerbstätigkeit von Frauen. Auf der höheren Ebene sind die Männer fast weiterhin unter sich. Unter den leitenden Angestellten sind Frauen mit maximal 4% vertreten. Die Hälfte aller männlichen Angestellten erreicht die höchste Leistungsgruppe, aber nur 9,8% der Frauen. (Lt. Informationen der IG Metall). Insgesamt beziehen Frauen durchschnittlich nur zwei Drittel der Einkommen der Männer! Dies wirkt sich dann auch später auf die Alterversorgung aus. 66,5% der Arbeiterinnen erreichen nur eine Altersrente von bis zu 600 DM monatlich.

"Karriere" als Friseurin

Obwohl junge Frauen durchschnittlich bessere Schulabschlüsse vorweisen können als ihre männlichen Altersgenossen, haben sie geringere Chancen, einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu bekommen. Zwei Drittel aller Jugendlichen, die in den letzten Jahren bei der Ausbildungsplatzsuche leer ausgingen, waren junge Frauen. Ihnen werden nach wie vor nur Ausbildungsplätze in den typischen Frauenberufen angeboten. In den fünf "Frauenberufen" Friseurin, Kauffrau im Einzelhandel, Arzthelferin, Zahnarzthelferin und Rechtsanwaltsgehilfin werden derzeit 28% aller weiblichen Auszubildenden ausgebildet. Dagegen ist der Frauenanteil in den typischen Männerberufen im gewerblich-technischen Bereich mit 8% immer noch sehr gering. Junge Frauen können im gewerblich-technischen Bereich nur einen begrenzten Ausschnitt des Spektrums beruflicher Möglichkeiten nutzen. So nehmen gegenwärtig mehr junge Frauen eine Berufsausbildung als Gärtnerin, Bäckerin, Konditorin, Köchin oder Restaurantfrau auf.

Hinzu kommt, daß Frauen beim Übergang von der Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis ebenfalls größere Schwierigkeiten haben als Männer. Ein Jahr nach Abschluß der Berufausbildung verdienten männliche Erwerbstätige im Durchschnitt ein Viertel mehr als Frauen. Neben den Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen beim Berufseinstieg aufgrund verschiedenartiger Berufsausbildung verdienen Männer aber auch bei gleicher Ausbildung im gleichen Beruf erheblich mehr als Frauen.

Aber auch die Weiterbildungschancen werden nach Geschlechtern verteilt. Wenn in einem Betrieb bezahlte Fortbildung angeboten wird, schickt die Unternehmensleitung vorwiegend männliche Arbeitskräfte in die Kurse. Frauen werden mit dem Argument der größeren Belastung durch die Familienpflichten oft ausgeschlossen.

Verkäuferin, Bürogehilfin oder doch lieber Mutter?

Auch von Arbeitslosigkeit sind Frauen überproportional betroffen. Noch Ende September 1988 betrug die Arbeitslosenquote der Frauen in der alten Bundesrepublik 9,9% gegenüber 7% bei den Männern. Frauen stellen zwar nur knapp 40% der Erwerbstätigen, sind aber mit 49% bei den Arbeitslosen vertreten. Zudem gestaltet sich die Wiedereingliederung für Frauen schwieriger als für Männer. Eine Stelle zu finden, betrachten 58% der arbeitssuchenden Frauen als schwierig und weitere 26% sogar als unmöglich. Mehr als jede dritte Frau sucht schon länger als ein Jahr Arbeit, und knapp die Hälfte hat sich häufiger als viermal beworben. Besonders hohe Anteile arbeitsloser Frauen finden sich sowohl in typischen Männerberufen als auch unter denen, die in typischen Frauenberufen ausgebildet wurden.

Ein großes Problem für Frauen ist die Rückkehr in den Beruf. Die größten Schwierigkeiten hierbei haben die Frauen aus den typischen Frauenberufen (s.o). Diese "Frauenberufe" sind gekennzeichnet durch unterqualifizierten Einsatz nach einer Berufsausbildung, intensivste Nutzung der Arbeitskraft, sehr hohe psychische und physische Belastung, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und äußert geringe Entlohnung. Dies hat zur Folge, daß junge Frauen aus Enttäuschung über ihren Arbeitsplatz ihre Zielvorstellung stärker auf den familiären Bereich lenken. Viele Frauen in den typischen Frauenberufen scheiden darum früher und leichter aus dem Erwerbsleben aus, als dies unter anderen Bedingungen der Fall wäre. Damit ist das Argument von den allein ausschlaggebenden familiären Gründen, weshalb Frauen ihren Beruf verlassen, als Märchen entlarvt. Frauen wollen also nicht nur Beruf und Familie, sie wollen auch beides anders.

Teilzeit-Falle

Die Arbeitszeiten sind nach wie vor so festgelegt, daß ein hoher Grad an Arbeitskraftnutzung gewährleistet ist. Die Vollzeitarbeitsplätze der Männer lassen sich nur deshalb aufrechterhalten, weil die Ehefrau den "Schattenarbeitsplatz" zu Hause besetzt. Berufstätige Frauen dagegen erwartet nach der Schicht im Betrieb die nächste Schicht zu Hause. Noch immer machen Frauen mehr Hausarbeit als die Männer. Ein zwölf- bis 14stündiger Arbeitstag ist für berufstätige Mütter keine Seltenheit. Frauen mit Familie stehen also in der Regel vor der Entscheidung, aus dem Erwerbsleben auszusteigen oder die Doppelbelastung auf sich zu nehmen oder ein Teilzeitarbeitsverhältnis anzunehmen, mit all seinen negativen Folgen wie fehlende sozialversicherungspflichtige Absicherung, äußert geringe Bezahlung, z.T. weniger als 430.- DM monatlich. Durch Teilzeitarbeit versuchen viele Frauen, individuell die Arbeitszeit an ihre Lebenssituation anzupassen. 93% aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen, von denen ein Drittel nicht sozialversicherungspflichtig ist. Trotz der ständig gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten Jahren hat sich das Gesamtvolumen der von Frauen geleisteten Arbeitsstunden nicht vergrößert.

Die Propagierung der Teilzeitarbeit durch Politiker und Kapital kommt den Interessen der Frauen nur scheinbar entgegen. Die negativen Konsequenzen werden wissentlich verschwiegen. Entgegen der Behauptung, daß Frauen eher an Teilzeitarbeit interessiert sind, stagniert der Anteil der Teilzeitarbeit suchenden Frauen. Mehr als Dreiviertel aller arbeitslosen Frauen suchen einen Vollzeitarbeitsplatz.

Unterm Strich läßt sich also feststellen, daß sich auch in den letzten Jahren an der Ungleichbehandlung der Geschlechter im Erwerbsleben in der alten Bundesrepublik wenig geändert hat. Frauen sind trotz zunehmend höherer Qualifikation durch die Bildungsreform in den letzten Jahren im Verhältnis zum männlichem Geschlecht nach wie vor schlechter gestellt, wobei die geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung am stärksten die Frauen aus den sozial schwachen Schichten trifft.

Sy.

Verwendete Literatur:

Gerhard Engelbrech: Frauenspezifische Restriktion des Arbeitsmarktes - Situationsbericht und Erklärungsansätze zu Phasen des Berufsverlaufs anhand von IAB-Ergebnissen, in: Vom Regen in die Traufe, Frankfurt/New York 1990;

Gerhard Engelbrech: Berufliche Erstausbildung und Weiterblidung von Frauen, DGB Gewerkschaftliche Bildungspolitik Mai 1991;

IG Metall: Frauenförderpolitik der IG Metall, 1989;

Michel Judisch, Harmut Meine, Helga Schwitzer, Sybille Stamm: Wider die Lohndiskriminierung von Frauen, WSI Mitteilungen 9/1990;

Anna Krenke: Chancengleicheit von hochqualifizierten Angestellten in Unternehmen der Privatwirtschaft, Berlin 1991.

25. Männerphantasien

Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:10

Männerphantasien 1

Die Redaktion der italienischen Ausgabe der Frauenzeitschrift "Marie Claire" hat sich zum Jahreswechsel eine besondere Gemeinheit einfallen lassen. Elf männlichen italienischen Politikern stellte sie die Frage: "Wenn Sie als Frau aufwachten - wer möchten Sie sein?" Umberto Bossi, Anführer der regionalrassistischen Lega Lombarda, verweigerte als einziger die Antwort: "Das ist mir scheißegal. Ich kann mich nicht einmal gedanklich in Frauenkleider versetzen." Eine befremdlich schroffe Ablehnung, die möglicherweise auf genau entgegengesetzte heimliche Sehnsüchte schließen läßt. Die Übrigen nannten dagegen brav ihre Traumfrauen: Mutter Teresa oder Margaret Thatcher (Christdemokrat Roberto Formigoni), Lauren Bacall (Sozialist Claudio Signorile), Jeanne d'Arc (Neofaschist Gianfranco Fini). Renato Altissimo, Sekretär der Liberalen, möchte vor allem schön sein. Er sieht sich als Fotomodell Brooke von "Beautiful": "Schön, blond, blaue Augen - mein Gegenteil". Ein klein wenig aus dem Rahmen fällt der Ex-Kommunist Achille Occhetto, der "ohne Zögern" antwortete: "Vor allem möchte ich, daß die Frauen mir noch gefielen". Eine verwegene Antwort, über die Occhetto selbst etwas erschrocken gewesen sein muß. Er wünschte sich schnell an die Stelle der englischen Schriftstellerin Virginia Woolf, die immerhin schon seit 50 Jahren tot ist und keinen Skandal mehr macht.

Erstaunlich an diesem Illustriertenspielchen ist vor allem, daß keiner der Befragten auf die Idee kam, sich an die Stelle der eigenen Ehefrau zu wünschen. Ob deutsche Politiker zu ähnlich kritischer Selbsteinschätzung fähig wären?

Js.

Männerphantasien 2

Johannes Dyba, Erzbischof von Fulda, mit seiner Segnung der Hanauer Nuklearbetriebe und dem "Mahnläuten" gegen den "Massenmord an Ungeborenen" weit über die Grenzen seiner Diözese hinaus bekannt geworden, ist Anfang des Jahres erneut in die Schlagzeilen geraten. In seiner monatlichen Kolumne im "Bonifatiusboten" schäumt Dyba gegen die sog. Abtreibungspille RU 468. Nach Einführung der "sanften Babytötungspille" sei zu befürchten, daß "die Einschläferungspille für Oma und Opa folgen" werde. Apocalypse now: "Abtreibung führt zum Tod! Euthanasie führt zum Tod! Aids führt zum Tod! Und Homosexualität führt auch nicht zum Leben!" (aus Dybas Silvesterpredigt, zitiert in der FR vom 8.1.92). Homosexualität ist neben Abtreibung das zweite große Thema, auf das sich der Schrecken verbreitende Prediger spezialisiert hat. Trost zieht er aus der Gewißheit, daß das ruchlose Treiben schwer bestraft werden wird: Die Protagonisten der sexuellen Revolution, die vor zehn Jahren ihr Unwesen getrieben hätten, lägen heute "in den Leichenhallen von San Francisco, London, Amsterdam oder New York".

Wo liegt die Grenze zwischen Überzeugungs- und Triebtäter? Johannes Dyba ist ein Grenzfall.

Js.

26. "Eine gemeinsame politische Identität"? Gegen jegliche MfS-Romantik

Autor: Claudia Gohde · Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:43

Es mag manch einem/einer wie Öl runtergegangen sein, das naßforsche Bekenntnis von Till Meyer zu seiner Tätigkeit für das MfS. Kein verlogen schuldhaftes Geständnis, sondern die klare Linienentscheidung für den mächtigen Verbündeten im antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf gegen das BRD-System, mit Anklängen an das Kundschafterwesen des II. Weltkrieges gegen Deutschland. Eine gemeinsame politische Identität hat Till Meyer festgestellt, auch wenn's Spießer waren, aber eben doch Linke, die sich bei der Partei mit ihren Ansichten nicht unbedingt durchsetzen konnten, die immerhin die RAF-AussteigerInnen schützten und die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt unterstützten.

Dem gegenüber stehen die Sieger der Geschichte, die großen und kleinen Herrschenden der West-BRD, die von einer Talkshow zur nächsten Enthüllungsstory geifern und ihren östlichen Brüdern und Schwestern ihr aufrichtiges Mitleid bekunden, nicht ohne sich zu fragen, ob sie/er nicht auch ... Besonderer Unbeliebtheit in der Linken erfreuen sich die bürgerInnenbewegten AnklägerInnen des MfS, die - ihre sozialistische Vergangenheit über Bord werfend - sich den bürgerlichen Parteien und Medien andienen und unisono mit den Rechtsaußen dieser Republik Denunziation, Verfolgung und Verurteilung all derer betreiben und fordern, die in irgendeiner Form mit Hilfe der Stasi-Akten zu verdächtigen sind. Sie liefern die Munition zu der genüßlich-schaurigen Abrechnung der ehrbaren Wessis und merken anscheinend nicht mal, daß sie sich selber mit zerstören.

Es ist tatsächlich zum Verkriechen. Nun mußte sich die Linke, auch die nicht moskauorientierte, jahrelang die Greuelmärchen über den realen Sozialismus anhören. Und auch wenn unsereins sich nicht vorwerfen lassen muß, alles und jedes verteidigt zu haben, so ist doch vieles, was jetzt über die DDR-Realität zu erfahren ist, als Kalter-Krieg-Propaganda immer zurückgewiesen worden. In vielen Einzelfällen im übrigen auch zu Recht, weil tatsächlich viel Propaganda und wenig Wahrheit dran war. Selbst noch in der Entspannungsphase zwischen Ost und West war der Grat zwischen revanchistischen, vaterländischen und sozialimperialismuskritischen Positionen einerseits und der mehr oder weniger beherzten Verteidigung der sozialistischen Realität oder des sozialistischen Experiments andererseits zu schmal für eine schärfere Kritik. Dieser Grat ist heute eher noch schmaler, aber dafür ist es umso notwendiger geworden, diesen Weg zu finden.

Der Sozialismus ist am Anspruch auf mehr Demokratie jämmerlich gescheitert. Die Geschichte der Verfehlungen in Sachen Demokratie der sich sozialistisch nennenden Staaten ist ebenso lang wie die ihrer Rechtfertigungen, von Kronstadt bis zum 17. Juni, von den Moskauer Prozessen bis zum Tian'anmen-Platz. Wer die Idee des Sozialismus nicht untergehen lassen will, muß dieses Scheitern untersuchen und sich der ganzen Realität stellen.

Die linken Einwände gegen die gegenwärtige Stasi-Debatte sind fast alle richtig:

- Die Tätigkeit der westlichen Geheimdienste bleibt unkritisiert oder wird von den Bürgerbewegten mal am Rande erwähnt. Die Schnüffelmethoden und ungesetzlichen Praktiken der BRD-Dienste sind kein Thema mehr, oder sie erscheinen als geradezu demokratisch gegen die Stasi.

- Die Geschichte des Kalten Krieges wird ausgeblendet. Historische Konstellationen, z.B. die Entstehung der DDR aus der SBZ, der ständige Alleinvertretungsanspruch der BRD für ganz Deutschland und der Revanchismus, sind konstitutiv für die Sicherheitsdoktrin der DDR. Die DDR hatte ein Recht auf Selbstverteidigung.

- Der historische Entwicklungsweg realsozialistischer Sicherheitsapparate wird nicht zur Kenntnis genommen. Wurden im Hochstalinismus noch vermeintliche RegimegegnerInnen zu falschen Geständnissen gepreßt und für Tatbestände verurteilt, die es entweder nicht gab, oder die sie nicht zu verantworten hatten, wurden in den fünfziger Jahren in der DDR noch lange Haftstrafen in unerträglichen Knästen ausgesprochen, so waren die späteren MfS-Methoden der Überwachung (mit dem Ziel des tatsächlichen Nachweises einer Straftat) oder der "Zersetzung" (als Drangsalierung diesseits der Knastschwelle) ein vergleichsweise zivileres Produkt des Poststalinismus.

- Den westdeutschen EifererInnen in der Stasi-Debatte wird vorgehalten, daß sie dazu kein Recht hätten, weil nicht annähernd so viel Energie zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus aufgewendet wurde.

- Wegen der strafrechtlichen Konsequenzen für ehemalige MfS-Angehörige ist jede Enthüllung eine mögliche Denunziation.

- Einige der jetzigen Stasi-Opfer haben ja tatsächlich gegen die DDR konspiriert.

Diese Einwände sind alle richtig. Aber wenn sie nicht mit einer eigenen scharfen Kritik am Repressionsapparat des realen Sozialismus verbunden werden, sind sie nichts wert und dienen schlimmstenfalls der Relativierung und Rechtfertigung.

Der Verweis auf die westlichen Geheimdienste mildert die Kritik an den realsozialistischen nicht ab, weil an letztere eine höhere Moral zu richten ist: der Anspruch auf ein Mehr an Humanismus und Demokratie. Die Hinweise auf die "Zivilisierung" des Stalinismus und auf den Glasnost-Prozeß sind wichtig für die Frage der Reformierbarkeit des Realen Sozialismus und für den Anspruch auf eine reformierbare DDR, aber sie können nicht die Unmenschlichkeit der Überwachungs- und Zersetzungsorgane beschönigen.

Die Einknastung von Andersdenkenden wie Walter Janka, die Bespitzelung in Ehen wie bei den Wollenbergers, die Entfremdung von Kindern wie bei den Poppes, die Zerstörung von Liebesverhältnissen wie bei Biermann, der Mißbrauch von Vertrauensverhältnissen zum Anwalt wie bei Bohley oder zum Arzt wie bei Eggert, Kriminalisierung und Denunziantentum sind durch nichts zu rechtfertigen. Und auch die gerne betriebene Unterscheidung zwischen der guten Aufklärung (Markus Wolf) und der bösen Abwehr ist nicht aufrechtzuerhalten, sieht mensch sich nur die Maßnahmepläne gegen Biermann an (siehe Kasten).

Auch die Logik, daß die Stasi ja immerhin noch den größten Realitätssinn in der DDR hatte und deshalb und auch wegen ihres Einflusses ein sinnvoller Gesprächspartner für Linke war, führt sich ad absurdum. Während Till Meyer über die radikalen Linken informierte, erschienen die Artikel und Bücher, in denen die radikalen Linken in der BRD als Agenten des Kapitals beschimpft und denunziert wurden, weiter. Während die Stasi über ihre unzähligen InformantInnen sich ein Bild über die relativ harmlosen Ziele der Oppositionsgruppen machte, wurden die Zersetzungsmaßnahmen weiter betrieben. Wer hätte es für möglich gehalten, daß die Stasi den RAF-AussteigerInnen Schutz gewährte, aber war das nur zu dem Preis möglich, daß die regierungsoffizielle Propaganda gegen die militante Linke sich in nichts von der BRD-Linie unterschied? Wozu waren die Informationen von Dirk Schneider über die Grünen gut, wenn gleichzeitig in der DKP die Betonriege protegiert wurde und die Kenntnisse von aus der SED-Führung kommenden PDSlerInnen über die Westlinke gegen Null gingen?

Wenn der Einfluß des MfS so umfassend war, warum ist dann in der Politik der Partei nichts Sichtbares davon angekommen außer dem Festhalten an Repression gegen "negative Kräfte"? Die Integrationskraft des MfS beschränkte sich offensichtlich darauf, daß die Mehrheit der InformantInnen bei ihrer guten Absicht bleiben konnte, über diesen weichen Weg Veränderungen herbeizuführen. Für viele von ihnen war das MfS die einzige Möglichkeit, Kritik zu formulieren und Probleme anzusprechen, die in der Partei zu heftigsten Auseinandersetzungen bis Ausschlüssen geführt hätten. Aber die Produkte dieser Gespräche waren lediglich noch mehr Überwachung, noch mehr IMs und noch mehr Schikanen.

Das heißt allerdings nicht, daß das MfS als Staat im Staate oder ohne Wissen der Parteiführung agierte. Im Gegenteil, das Drängen, alles zu wissen, war dem Politbüro ebenso zueigen. Bis in Einzelheiten wurde auf höchster Ebene entschieden. Wer ausgewiesen wurde, welche Telefone angezapft wurden und wer in den Knast wanderte, war in weiten Teilen Chefsache, insbesondere, wenn es dann noch prominente Oppositionelle betraf.

Die "gemeinsame politische Identität", wenn mensch sie denn nach allem noch aufrechterhalten will - und der Anspruch des Sozialismus verknüpft alle, die sich heute noch SozialistInnen oder KommunistInnen nennen, mit dieser Geschichte - zwingt zu einem anderen Herangehen an die Geschichte als die macho-markigen Sprüche von Till Meyer. Freiheit für Mielke? Welche linke Solidarität soll hier angebracht sein? Können wir so weitermachen wie gehabt? Was die Kritik am BRD-Staat angeht, die Unrechtmäßigkeit der Prozesse, die Abwicklung der DDR und die Widerwärtigkeit der Stasi-Debatte, da ist tatsächlich konkrete Kritik und Widerstand angesagt. Aber für die Wiederbelebung des Sozialismusgedankens und um an der Berechtigung

zu einem neuen Experiment festzuhalten, reicht das nicht aus. Nicht wegen der Glaubwürdigkeit gegenüber den AbwicklerInnen und AbrechnerInnen von heute, sondern wegen der Glaubwürdigkeit gegenüber uns selbst und den Menschen, die für eine andere Utopie und Politik gewonnen werden sollen, ist das Annehmen der Wahrheit über den real existiert habenden Sozialismus unumgänglich.

Claudia Gohde

Maßnahmen gegen Biermann

Das im folgenden dokumentierte Strategiepapier des MfS wurde im SPIEGEL 5/1992 veröffentlicht. Es entstand 1976 nach Biermanns Ausbürgerung:

1.

Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung der feindlichen, politisch-ideologischen Wirksamkeit / Verbreitung

a)

im Operationsgebiet (gemeint ist die BRD, Red.) gesteuert

- z.B. geeigneten Journalisten-IM zur Diffamierung einsetzen (sinnentstellende Äußerungen usw. in Presse o.a. Massenmedien veröffentlichen)

- über IM Konflikte zwischen den Verlegern herbeiführen

- Verunsicherung des Verbindungssystems (fiktive Werbungen, HA-VI-Kontrollen, Zoll usw.)

- Einreisesperren durch HA VI.

b)

in DDR

- Förderungsverträge, um vertragsrechtliche Maßnahmen einleiten zu können (Lizenzentzug usw.)

- Manuskriptdiebstähle und Unbrauchbarmachung von technischen Hilfsmitteln / Tonbandgeräte u.a. Geräte zerstören bzw. durch nicht gleich zu erkennende Eingriffe funktionsuntüchtig machen / Filme belichten, Bänder löschen

- Verbreitung sinnentstellender Verfälschung - Nachahmung von Texten und Musik

2.

Maßnahmen zur Zersplitterung und Verunsicherung des Verbindungs- und Anhängerkreises sowie der eigenen Person

- fiktive Werbungen

- Desinformationen hineintragen zur Schaffung von Widersprüchen

- Verdächtigung von Einzelpersonen über Zusammenarbeit mit MfS (kann auch auf eigene Person angewendet werden)

- gezielte betriebliche Aussprachen mit ausgewählten Personen

- Störung des Verbindungssystems / häufige Veränderung der Telefonnummer / Leitungsstörungen verursachen (z.B. wenn wichtige Verabredungen geplant sind)

- Festnahmen (Schaffung von Bedingungen, die zu kriminellen Handlungen führen) z.B. Trunkenheit am Steuer usw.

- Auftritte von "Widersprechern" bei Zusammenkünften organisieren

- ständige ideologische Auseinandersetzung, dosiert, daß er selbst zu zweifeln beginnt

- zielgerichtete Heranziehung zum Wehrdienst.

3.

Maßnahmen zur Schaffung psychischer Belastungen

- Zerstörung seines Persönlichkeitsbildes durch negative Beeinflussung seiner Lebensgewohnheiten, z.B. zum Alkoholmißbrauch veranlassen

zu sexuellen Ausschweifungen (Minderjährige) veranlassen (Möglichkeiten für EV durch K prüfen und veranlassen)

- Liebesverhältnisse, die bestehen, zerstören

- falsche ärztliche Betreuung

- persönliches Eigentum beschädigen

PKW, Wochenendgrundstück, Boot usw.

- bestimmte Vergünstigungen unterbrechen

AWA-Valutaschecks (AWA=Gema der DDR, Red.) auf rechtlicher Grundlage kündigen

Garage kündigen

- Maßnahmen gegen Familienangehörige

z.B. wenn im Ausland wohnhaft durch HA VI öfter "filzen" lassen

- anonyme Anrufe

4.

Maßnahmen zur Auseinandermanipulierung von Zusammenkünften, Veranstaltungen usw.

Hauptmaßnahme:

Ständige offensive Argumentation durch fähige politisch hochgebildete Kräfte, die die Falschheit der Gegenargumente glaubhaft und verständlich widerlegen.

- Gezielte politische Arbeit durch Gegenveranstaltungen, Beeinflussung des Veranstalters

- gezielte Maßnahmen des Staatsapparates

- gezielte Umgruppierungen negativer Kräfte durch Legenden und op. Kombinationen.

auf Personen bezogen

- durch Aussprachen bei staatlichen Stellen (s. Biermann - Löffler)

- durch "Lob" bei den anderen Haß erzeugen (Spaltung, Entfernung voneinander)

- mittels Parteiauftrag bestimmte Personen zur zielgerichteten Veröffentlichung in Parteipresse veranlassen

(s. Hauser Harald)

27. Ein großer therapeutischer Prozeß. Die Entstasiierung Deutschlands

Rubrik: Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:42

"Wir suchten Gerechtigkeit und fanden den Rechtsstaat"

Bärbel Bohley

"Selig sind die um Gerechtigkeit willen verfolgt werden"

Matthäus 5, Vers 10

"Man mag es als ein Omen betrachten: Als am 3. Oktober die DDR der Bundesrepublik Deutschland beitrat, war die erste Bundesbehörde, die im `Beitrittsgebiet' ihre Arbeit aufnahm, die des `Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Daten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes'. Es waren die Stasi-Akten, die die untergegangene DDR dem vereinten Deutschland zuerst in die Wiege legte." (J. Gauck, Die Stasi-Akten, 1991, S.101) Der Mann hat Recht, es war ein Omen und zwar ein denkbar schlechtes. Nicht wegen des dumpfen Fanatikers, der, statt in der Dorfkirche seine Gemeinde zu erbauen, als fleischgewordene protestantische Ethik den Sachwalter der Gerechtigkeit mimt, also auf die erbarmungslose Verfolgung der "Ungerechten" sich spezialisiert. Das böse Vorzeichen liegt vielmehr darin, daß die Einrichtung einer Instanz zur Großreinigung des Volkskörpers eine der ersten administrativen Taten Großdeutschlands war. Denn Reinigung ist alles, was sich unter der Rubrik "Aufarbeitung der Vergangenheit" verbuchen läßt. Als Dreh- und Angelpunkt firmiert der Geheimdienst des besiegten Systems. "Wir wollen das Wissen gewinnen, das die Mächtigen über uns hatten, um uns selber zu befreien," meint Gauck und man wird neugierig, worin diese Befreiung liegt. "Insofern", fährt Gauck fort, "ist unsere Arbeit auch Teil eines großen therapeutischen Prozesses, indem wir uns der Verstrickungen und Verletzungen erinnern, der frühen und langandauernden Ängste, der Alpträume und der Wut, die wir nach dem Sturz der SED so schnell wieder versteckt und verdrängt haben." (S.98f, Hervorhebung jw.) Ins gleiche Horn stößt der Berufsdissident J. Fuchs: "Und wenn jetzt Ehrlichkeit und Offenheit hergestellt wird, ohne Gewalt, ohne Rache, auf der Grundlage von Recht und Verfassung, und wenn wir uns vorstellen, daß wir um eine humane Vergewisserung ringen, um herauszukommen aus der Lüge, um endlich eine soziale und psychische Gesundheit herzustellen, die Ehrlichkeit heißt..." Erneuerung ist ihnen Reinigung, die DDR ein paranoider Kollektivzustand, der Geheimdienstaktenverwalter und seine Propagandisten sehen sich als Seelendoktoren. Ihr Anliegen sei nicht Rache, werden die Geschichtsaufarbeiter nicht müde zu betonen, nicht um die gesellschaftliche Ächtung der "Verstrickten" gehe es ihnen, sondern um die "Bereitschaft zum offenen Gespräch" (Gauck, S.100), um die Produktion von Betroffenheit ("Wo Betroffenheit erkennbar wird, kann Nähe entstehen", Gauck, S.100). In dieser verschwiemelten Sprache, die dem Arsenal westdeutscher Betroffenheitsbewegungen von Öko bis pax entnommen ist, äußert sich der Wille nach echter Volksgemeinschaft, wirklicher Freiheit, und wahrer Gerechtigkeit. Der erfolgreiche Verlauf der massenhaften therapeutischen Operation wird Gesundung genannt, und gesunden müssen wir alle, Täter und Opfer.

Therapeuten und Patienten

Seit bald zwei Jahren vollzieht sich ein Wettlauf der Verfolgten, jeder möchte die Auszeichnung "Opfer des SED-Regimes" mit möglichst wenigen teilen. Die grandiose Opfergemeinschaft "Volk", die im Herbst 1989 zur Selbstbefreiung angetreten sein soll, differenziert sich aus. Diejenigen, die am lautesten aufs Volk sich berufen haben, Bürgerbewegte vom Schlage einer Bohley waren auch die ersten, die sich gegen das Subjekt wandten, als es, statt die Führung der heroischen Männer und Frauen vom Neuen Forum zu akzeptieren, sich den handgreiflicheren Verheißungen der BRD zuwandte und dort auch den Volksbegriff in lang ersehnter Weise besetzt vorfand. Die Gesinnung Leipziger Kirchenleute, die die Bestie zum montäglichen Rundlauf gerufen hatten und, als sie sich wie eine wirkliche Bestie zu gebärden begann, einfach als "Pöbel" beschimpften, schlug um in die Forderung nach einer therapeutischen Gemeinschaft auf dem Weg zur Volksgemeinschaft. Als Therapeut wirklich in Frage kommen dabei nur nur solche, die tapfer gelitten und widerstanden haben. Wer als Therapeut anerkannt werden will, muß die Krankheit diagnostizieren und den Patienten davon überzeugen, daß er wirklich nicht ganz bei Groschen ist. Die Krankheit nun ist schwer zu beschreiben: 40 Jahre Unrechtssystem. Das klingt reichlich abstrakt und wird diejenigen, die sich in der DDR halbwegs gemütlich

eingerichtet haben (also die Mehrheit) kaum davon überzeugen, daß sie nach diesen 40 Jahren alle seelisch beschädigt sind wegen Bevormundung, Angst und Repression. Die Stasi-Akten allein können unmöglich genügen, um diese Diagnose zu stützen, sie sagen häufig nicht mehr aus, als daß Leute ausgeforscht worden sind und andere beim Ausforschen ehrenamtlich mitgeholfen haben. Bespitzelung erscheint dem Alltagsverstand erst dann als richtig böse, wenn sie in der Konsequenz zum Schaden des Opfers geführt hat. Denn bösartige Spitzelsysteme haben sich nicht damit begnügt, über das Objekt der Neugier eine Akte anzulegen, sie haben zugegriffen, gemordet, gefoltert, verschwinden lassen. Die DDR hat sich in den weitaus häufigsten Fällen der letzten 20 Jahre ihrer Existenz (und auf diesen Zeitraum bezieht sich das Gros der Gauck-Akten) mit dem angesammelten Wissen begnügt und im verborgenen danach getrachtet, staatsfeindliche Aktivität präventiv zu unterbinden bzw. zu kanalisieren. Das mit großen Worten gebrandmarkte Grauen des Spitzelsystems läßt sich in den wenigsten Fällen verifizieren. Es kam zu Vorladungen und aufgenötigten Gesprächen mit Staatsfunktionären, es kam zu vorübergehenden Inhaftierungen und zu Ausbürgerungen und auf bestimmte Aktivitäten stand Knast. Der Leidensweg der Vorzeigeopfer bzw. Widerstandshelden nimmt sich im Vergleich zu ihren großen Märtyrer-Worten eher bescheiden aus und vollzog sich für die Betroffenen meistens kalkulierbar. Die Opfer wußten häufig die starke Karte gegen den Staat erfolgreich auszuspielen: das große Interesse der DDR daran, nicht zu heftig in die Negativschlagzeilen der BRD zu geraten. Das macht ein monströses Überwachungssystem nicht sympathischer und keine Festnahme oder Drohung mit beruflichen Nachteilen harmloser, aber es kommt einem irgendwie bekannt vor. Es beschleicht den unbefangenen Beobachter der Verdacht, daß dergleichen Praktiken auch anderswo üblich seien, daß noch der demokratischste Staat geheimdienstlich tätig ist, daß das Anwerben labiler Gestalten im persönlichen Umfeld einer zu bespitzelnden Person zu den üblichen Praktiken aller Geheimdienste gehört etc.

Es muß also der Beweis gelingen, daß die eigentlich gar nicht so unübliche Praxis einem besonders üblen Zweck gedient hat, was in der Umkehrung natürlich bedeutet, daß der richtige Zweck anderswo das Mittel heiligt. Der Zweck war die Sicherheit des untergegangene Staates vor seinen Feinden. Für die FAZ ist das schon hinreichender Grund, weil sie ein sozialistisches System von vorneherein als pervers erachtet, dem Alltagsbürger Ost genügt das nicht. Erst der Nachweis einzigartiger Verbrechen ist geeignet, den Staat in allen Formen seines Tätigwerdens einem Generalverdacht auszusetzen. Diesen Nachweis liefert die BRD-Justiz durch Strafurteil; und wirklich, die DDR reduziert sich zunehmend auf das "unmenschliche Grenzregime". 200 staatliche Morde wurden begangen, der erste ist "gesühnt" (Super!, 21.1.91) durch Urteil vom 20. Januar.

Von der Leibeigenschaft des Staatsbürgers

Doch schlimmer noch als die verwerflichen Morde war der Grund dessentwegen sie begangen wurden: Beschränkung der Auswanderung, um den Staat zu erhalten. "Mit dem Bau der Mauer wurde gleichsam die Leibeigenschaft zur Staatsdoktrin erhoben..." (Gauck, S.45). Die Bürger hatten seither "das Gefühl, wehrlos in der Falle zu sitzen" (ebd.). Die Leibeigenen wurden zur Zwangsarbeit herangezogen, wer nicht arbeitete, bekam kein Geld. Sie wurden auf Loyalität zum Fronherren Staat eingeschworen, wer weniger loyal war wurde kürzer gehalten, wer aktiv gegen den Staat auftrat mußte u.U. mit Gefängnis rechnen. Das Ausgeliefertsein des Bürgers gegenüber dem Staat, dem er untersteht, ist indes kein DDR-spezifisches Problem; besonders an der DDR war jedoch der Wunsch vieler, in einen anderen Staat überzusiedeln, der ihnen nach Kräften verwehrt wurde.

Der BRD-Staat im Vergleich hat das nicht nötig. Er gewährt die Ausreise in Form des Pauschal- oder Individual-Urlaubs und läßt selbst die Auswanderung zu. Dem Traum vieler jüngerer Menschen, nach Kanada, Neuseeland oder Australien auszuwandern, legt er nichts in den Weg. Daß die Mehrheit der Auswanderungswilligen ihr Vorhaben nie auch nur konkret in Angriff nimmt, spricht freilich für sich. Die Ahnung, daß zwar Landschaften und Bevölkerungsdichte in Kanada anders sind, die Erfüllung des Traums vom unabhängigen Leben aber auch dort irgendwie wieder von Steuerbescheiden, Baubehörden und harter, zumeist abhängiger und schlecht bezahlter Arbeit konterkariert wird, ist diesen Glücksuchern fast schon Gewißheit. Der Traum wird stattdessen in Form einer Fototapete konserviert und ein Leben lang als echte Alternative gepflegt. Er versüßt ihnen die Leibeigenschaft an ein ungeliebtes Gesellschaftssystem, das insgeheim als die beste der realisierbaren Welten anerkannt wird. Aber jeder weiß: wenn ichs mal nicht mehr aushalte, dann hau' ich einfach ab nach Mahagonny. Deswegen benützt der BRD-Bürger den Grenzübergang Kiefersfelden, wenn es gen Süden geht, wo er anstandslos abgefertigt wird und vier Woche später kommt er

über Kufstein wieder zurück. Die grüne Grenze meidet er, das Recht des dort herumstreifenden Bundesgrenzschutzes zur Anwendung unmittelbaren Zwangs ist ihm bekannt.

Der DDR-Bürger dagegen hatte ein konkretes Paradies vor Augen, das Land, in dem neben der Erfüllung materieller Wünsche jene Werte, an deren Verwirklichung in der DDR er nicht glaubte, Freiheit, Gerechtigkeit etc., Wirklichkeit wären. Weil die Einführung der Reisefreiheit der DDR in jedem Fall das Kreuz gebrochen hätte, wurde der durch bewachte Landesgrenzen weltweit manifeste staatliche Wille, die Bürger im Zweifel an der Ausreise zu hindern, in der DDR materielle Gewalt. Eine Gewalt, der nicht Pilzesammler und flüchtige Rechtsbrecher zum Opfer gefallen sind, wie z.B. an der bayerisch-österreichischen Grenze, sondern vorwiegend solche Leute, die sich ihrem Staatsbürgerdasein Ost dauerhaft entziehen wollten. Doch unabhängig von dieser Beschränkung, die kaum einer gut hieß, mit der aber viele leben konnten, bestand das Grundproblem der DDR darin, daß die inneren Widersprüche nicht einmal annähernd auszugleichen waren. Dafür stand das Grenzregime an der Westgrenze.

Innere Widersprüche in Staaten werden nie wirklich aufgelöst. Sie können durch Terror unterdrückt werden, was meist nicht lange gut geht oder durch eine staatlich vermittelte Versöhnung der unterschiedlichen Interessen qua Verfahren so ausdifferenziert werden, daß der öffentliche Diskurs nie an die Grundlagen des Staates rührt. Dieser erfolgreichste Weg ist indes nur praktikabel, wenn das Wesen der Widersprüche sich als Sachzwangpaket der Diskussion entzieht, wenn sich also die Austragung von Klassenwidersprüchen und anderer partikularer Interessen stets positiv auf die ehernen Gesetze der herrschenden Gesellschaftsordnung beziehen, das heißt zu ihrem Besten, und nicht ihrer Beseitigung wirken und auch wirken sollen. Der bloße Glaube an Staat und Volksgemeinschaft allein ist nicht geeignet, diese Stabilität zu ersetzen. Ein "objektiver" Faktor als gesellschaftlich anerkanntes Maß, das Art und Menge der billigerweise einzufordernden individuellen Interessen bestimmt und selbst der Kritik entzogen bleibt, ist gefragt und wurde in der Nationalökonomie gefunden, die sich in Konkurrenz mit anderen Nationalökonomien bewähren muß. Diesem Sachzwang haben sich BRD und DDR als warenproduzierende Gesellschaften unterworfen. Der Unterschied bestand in den staatlichen Eingriffen in den freien Tausch, die in der DDR erheblich waren, in der BRD marginal. In der DDR wurde dem sich selbstverwertendem Wert eine Behörde vorangesetzt, die das freie Spiel der Kräfte lenken sollte, ohne daß die Prinzipien einer auf Wertproduktion gegründeten Ökonomie in Frage gestellt wurden. Der "naturwüchsige" Prozeß der Kapitalakkumulation erschien in der DDR als ein gelenkter, das unbefriedigende Resultat als das Werk von Dilettanten, denen der Zorn der Betrogenen ganz persönlich galt. Der Schein, die Staatsökonomie sei das Werk freier Willensentscheidung von Staats- und Parteifunktionären, traf die Staatsmaschine als ganzes, die sich folglich in der erhabenen Abstraktion der Gesetzesherrschaft und scheinbaren Gewaltfreiheit weit weniger perfekt verbergen konnte als die westdeutsche. Konnte das eine Land ganz ohne manipulativen Eingriff die angestrebten 99% Zustimmung bei freien Wahlen stets für sich verbuchen, war der arme Vetter, der sich nichts sehnlicher wünschte als ähnlichen Zuspruch, gezwungen, den Wahlakt überdeutlich zu gängeln. In allen gesellschaftlichen Bereichen stand die DDR unter dem Zwang, ihre Souveränität ständig gegen die Bürger zu behaupten. Der Konsens, daß das System in der Sache richtig sei aber im Detail Reformen bedürfe, war nicht herstellbar, auch leise Kritik ging ständig an die Substanz. Der totale Staatsbürger war bei weitem nicht so weit entwickelt wie in der BRD. Die reale Leibeigenschaft des Individuums in der BRD als freiwillige Unterwerfung unter unpersönliche, außer Diskussion stehende Zwänge, die gleichwohl staatlich vermittelt sind, wurde in der DDR als Machtmißbrauch verstanden, gegen den Widerspruch sich regte.

Adelheid Streidel und die Fremdbestimmung

Das Gefühl, Opfer geheimer Machenschaften zu sein, in seinen Entscheidungen unfrei zu sein und fast immer fremdbestimmt handeln zu müssen, ist in der BRD pathologisch und führt im schlimmsten Fall zu Aktivitäten wie den Attentaten gegen Lafontaine und Schäuble. Die Täter waren beide hellsichtig in ihrem Wahn, sie diagnostizierten den realen gesellschaftlichen Zwang als totale Fremdbestimmung, geeignet, ihr Leben abzuschnüren, und verorteten die Bedrohung in einer sinnlich-übersinnlichen Welt geheimer Machenschaften, die in Form von unterirdischen Organentnahmekliniken oder Beeinflussung durch Strahlen ihnen ans Leder wollten. Für den verzweifelten Befreiungsschlag hielten sie sich an die sehr lebendigen und gleichwohl irrealen Charaktermasken von Spitzenpolitikern, im Irrglauben, das Zentrum der Macht in ihnen vorgestellt zu finden.

In der DDR war der Verdacht, von geheimen Kräften gegängelt zu sein, tatsächlich beweisbar, die geheimen Kräfte hatten Name und Anschrift. Es war wirklich der handwerkelnde Staat, der durch Geheimdienstaktivitäten

den loyalen und kalkulierbaren Bürger herstellen wollte, den der BRD-Staat immer schon hatte. Die ganz realen Bemühungen des Staates, sich seine Bürger durch das verborgene Wirken seiner Organe gefügig zu machen, haben nachträglich den Vorteil, daß die Verfolgten nicht mit Adelheid Streidel in einer geschlossenen Anstalt therapiert werden, sondern die "unterirdischen Ströme" als echte Machenschaft nachweisen und sich ihrerseits als Therapeuten anbieten können. Wobei als Objekt nicht eine Minderheit von verhaltensauffälligen Personen anvisiert ist, sondern eine Mehrheit von "angepaßten" Bürgern in einem verhaltensauffälligen Staat.

Der Staat organisiert sich eine Opposition

Die Werte, denen beide Staaten sich verpflichtet sahen und als verwirklicht anpriesen, und die von den Oppositionellen hier wie dort als nicht oder nicht ausreichend eingelöst angeprangert wurden, sind die des Westens. Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde sind in der BRD verwirklicht, die DDR - so scheint es - hat sich die Lösung der Menschheitsfragen lediglich angemaßt. In der BRD verwirklichen sich die Grundrechte im reibungslosen Zusammenspiel von Rechtsstaat und der ihm eigenen Wirtschaftsweise. Im ungeheuer geschäftigen Getriebe eines öffentlichen Diskurses, der sich noch in der Form der heftigsten Kritik auf die Prinzipien seines Staates einschwört, wird die dauernde Vervollkommnung der Staatsbürgerfreiheiten vorangetrieben. Jeder, der sich auf den Konsens der Demokraten stellt, wird angehört, sein Anliegen ernst genommen. Unbillige Forderungen, die der Logik des Systems, bzw. des rechtsstaatlichen Verfahrens widersprechen, werden entweder als im Keim freiheitsfeindlich zurückgewiesen oder müssen wegen höherrangiger Gemeinwohlinteressen zurückstehen. In der DDR mußte der Staat hoffnungslos hinter seinen selbstgeglaubten Idealen hinterherkeuchen, jede Rechtsstaatsübung geriet ihm angesichts des Unglaubens seiner Bürger zur Farce, die ihn stets an der echteren, d.h. mit dem zugrunde liegenden polit-ökonomischen System besser harfzemonierenden, Version maßen.

Was in der BRD der mündige Bürger selbst in die Hand nimmt, gesellschaftliche Angelegenheiten konstruktiv zu diskutieren und u.U. auch loyale Opposition zu üben, versuchte in der DDR der Staatsapparat über den Geheimdienst selbst zu organisieren, was seine eigene Abdankung in letzter Konsequenz eher noch befördern half. Die strikte Unterbindung jeder Opposition verbat sich in der Versöhnungs-Ära Honecker von selbst, gelegentliche harte Repressionsmaßnahmen z.B. rund um die Biermann-Ausbürgerung hatte weniger die bezweckte Ruhe durch Einschüchterung zur Folge, als die Vermehrung des oppositionellen Potentials durch bis dahin kritisch-loyale Intellektuelle (z.B. Volker Braun). Die Anstrengungen, oppositionelle Nischen zuzulassen und gleichzeitig auf einen konstruktiven Weg zu bringen, waren die konsequente staatliche Antwort auf sein Dilemma, das er allerdings nur vorübergehend entschärfen konnte. Weil die Oppositionellen die eingeräumten Möglichkeiten konsequent und zumeist legal nützten, ohne je von ihrer Linie abzulassen, stand der Staat unter dem Druck, immer intensiver auf sie einwirken zu müssen, ohne auch nur die geringste Chance auf Erfolg zu haben. Die gescheiterten Bemühungen kompensierte er in seiner Sammelleidenschaft, deren Resultate er nicht gegen die Ausgeforschten zu wenden in der Lage war und die ihm auch nicht mehr Erkenntnisse einbrachte, als er eh' schon hatte: daß ihm diese Leute die Gefolgschaft verweigern und diese Haltung auch mühelos multiplizieren konnten, weil sich das Massenbewußtsein immer weiter von ihm abwandte. Die Richtungsagenten in den Oppositionszirkeln (bzw. solche Oppositionelle, die das Ziel Sozialismus weiter verfolgen wollten und irgendwann mit dem Staat gegen die eigenen GesinnungsgenossInnen zu arbeiten begannen) waren gezwungen, entsprechend ihre Ansprüche herunterzuschrauben, sehr viel von der Kritik ihrer Schäfchen anzunehmen, um, ohne enttarnt zu werden, wenigstens in den schlimmsten Punkten zur Mäßigung anstiften zu können. Die Abdankung der DDR ist damit - so scheint es - mindestens auch Produkt seiner eigenen Funktionäre, die zwischen dem, was als gesellschaftliche Planung verkauft wurde und dem freien Spiel der Kräfte lavierend, sich zuletzt auf das realistischere Prinzip einschworen und zusammen mit der evangelischen Kirche eine deutsche Revolution veranstalteten. Die bemerkenswerte Geschwindigkeit, mit der die SED seit Honeckers Sturz den ideologischen Anschluß an die BRD vollzogen hatte und z.B. eine so glaubwürdige Marktwirtschaftlerin wie die Modrow-Wirtschaftsministerin Luft aufbieten konnte, zeugt von einer längst vorvollzogenen Wende im Partei-Mittelbau und im Wissenschaftsbetrieb, die an Radikalität den Bürgerbewegten in nichts nachstanden. Der Verdacht, daß der Stasi-Staat und die 89er Volksbewegung nicht unbedingt zwei völlig unterschiedliche Subjekte gewesen sein müssen, macht seit Monaten DDR-Kritikern zu schaffen, die in ihren Bürgerzirkeln mit einer Mehrheit von Stasi-Mitarbeitern und Informanten zusammengearbeitet haben, die offenbar so wundervoll

mitdiskutiert haben, daß sie bis zuletzt unerkannt blieben. Daß es trotzdem keine Stasi-Revolution war, wird jetzt damit begründet, daß man die Stasis ja im Zweifel überstimmt hätte.

Worin nun das teuflische des angesammelten Materials, bzw. der Materialsammler und ihrer Helfershelfer liegt, bleibt vor diesem Hintergrund genauso schleierhaft wie der Umstand, daß dem armen Sascha Anderson und dem unglücklichen Knud Wollenberger keiner glauben mag, daß sie wirklich auch beim Stasi für die Veränderung der Verhältnisse gearbeitet hatten. Der Glaube an die geheime Kraft des Vertrauensbruchs ist größer, das wird Knud Wollenberger den Scheidungstermin einbringen und Sascha Anderson das lebenslängliche "Arschloch".

Die Revolutionäre nach dem Sieg

Der revolutionäre Impetus der sanften Revolutionäre vom Dritten Weg und den Bürgerbewegungen reduzierte sich auf Formeln, die im BRD-System längst verwirklicht waren. Entsprechend mußten sie im Jahr 1990 erfahren, daß für ihr politisches Anliegen nicht mehr als eine kleine Nische frei war, die ihnen von mitleidigen Wählern und großmütigen Medien-Promotern eingeräumt wurden. Dies erkannt und im Wahlakt besiegelt zu haben war das unbestreitbare Verdienst jenes "Volkes", dessen Verrat an den Revolutionären der ersten Stunde ihm diese nun mit den Mitteln der Säuberung heimzahlen. Ihre moralische Integrität, die dem staatlichen Willen der BRD, mit dem SED-Regime abzurechnen, so gut entgegenkommt, ist das einzige, was ihnen "originär" bleibt. Mit ihrer Integrität müssen sie täglich neu ihre objektive Funktion als Zeugen der öffentlichen Feinderklärung, als Rufmörder und Agenten des generellen Verdachts legitimieren, wissend, daß das Ausfüllen dieser Funktion ihr definitiv letzter Auftritt vor der (noch) ehrfurchtsvoll lauschenden Öffentlichkeit ist. Daß sie unter umgekehrten Vorzeichen im Zuge der Stasi-Jagd in die Logik von Adelheid Streidel verfallen, ist das groteske aber wohlverdiente Schicksal von Betroffenheitsfanatikern, die sich nie bemüht haben, eine Sache zu begreifen. Streidel wähnte sich von unbekannten Mächten verfolgt und stach auf einen Politiker ein, die Bohleys wurden von bekannten Mächten beschattet und wollen sich jetzt mit der Herrschaft des unsichtbaren Zwangs, den sie selber als Apologeten des Rechtsstaats mit herbeigerufen haben, nicht abfinden, also prügeln sie den Stasi-Sack in der Hoffnung, das unbegreifliche Funktionieren eines Systems zu treffen, das sie sich als rerecht ausgemalt hatten und das jetzt ausgerechnet für sie keine Verwendung hat.

Der Gerechtigkeitsstaat

Das paranoide Umsichgreifen von Verdächtigungen, Anschuldigungen, abgeschmackten Psychologisierereien wäre für sich genommen noch kein Grund zur Sorge. Eher Anlaß zum Studium eines gesellschaftlichen Prozesses, der sich als gigantische Anpassungsbemühung an den neuen Staat bei gleichzeitigem Gerangel um die besten Plätze nicht anders als erbärmlich ausnehmen kann. Die große Aufarbeitung ist aber nicht nur das Werk von "überflüssigen" Menschen, die seit vollzogenem Anschluß als Politiker keiner mehr braucht, weil sie, weit entfernt Profis zu sein, als politisierende Dilettanten den rechtsstaatlichen Gang der Dinge mit ihren moralinsauren Interventionen eher stören als befördern. Sie ist auch keine rein auf die ehemalige DDR begrenzte Übung zur Zerstörung von "DDR-Identität" als Voraussetzung zur Etablierung eines Staatsbürgerbewußtseins-West.

Die Dynamik des Reinigungsprozesses scheint inzwischen aus den Fugen jeder staatlichen Rationalität zu geraten. Im Januar wurde über Rundfunk das dringende Ersuchen der Regierungen der FNL an die Bürger verbreitet, nicht aus bloßer Neugier Akteneinsicht zu beantragen. In den ersten drei Januar-Wochen sind über 300.000 Anträge auf Einsicht bei der Gauckbehörde gestellt worden, die ihrerseits mit den Regelanfragen der Länderregierungen bei Neueinstellungen in den Öffentlichen Dienst nicht mehr nachkommt, was dort die Personalengpässe verschärft. Die Behörde selbst wächst mit ihrer Bedeutung: Über 1.000 Planstellen sollen möglichst sofort eingerichtet werden, Spezialabteilungen sind geplant, die sich mit der Untersuchung immer neuer Zusammenhänge befassen sollen, z.B. ein eigenes Referat, das sich mit Wissenschaft und Forschung in der DDR befassen soll. Die Diskussion darüber, wann einer denn als belastet anzusehen sei, entwickelt sich wie selbstläufig und bezieht immer neue Verhaltensweisen und damit auch Personengruppen in den Stasi-Verdacht mit ein. Die Stolpe-Verbindung ist vielleicht die erste Bremse im Umsichgreifen der Paranoia. Sicher sollte auch hier keiner sein: solange es die Pflugbeils und Bohleys gibt, wird weitergebohrt werden, bis auch noch am letzten Politiker mit DDR-Vergangenheit als Ergebnis des "öffentlichen Nachdenkens" etwas Scheiße kleben bleibt. Auch das Establishment West kommt zunehmend unter Druck und muß sich böse

Frage gefallen lassen, die geeignet sind, die gesamte Ostpolitik als Paktieren mit dem Mördersystem erscheinen zu lassen.

Es wäre jedoch vermessen, dem Wirken einiger Künstlergestalten vom Prenzlauer Berg und ihren evangelischen Freunden zu unterstellen, es stünde in ihrer Macht, eine Lawine loszutreten, wo das öffentliche Interesse nicht mehr als einige abstürzende Steinbrocken vertragen konnte. Die Besonderheit der Stasi-Jäger liegt darin, daß sie an einer deutschen Staatsideologie wiederansetzen, die in der BRD zwar immer die heimlich herrschende gewesen ist, die aber lautstark zu vertreten man sich lange gehütet hat: dem autoritären Gerechtigkeitsstaat als substanzhafte Alternative zum formalen Rechtsstaat.

Der Prozeß der immer weitergehenden Enthüllungen und Verdächtigungen, der immer weiter ausgreifenden juristischen Verfolgungen von DDR-Repräsentanten wäre mühelos mit einem Handstreich zu stoppen. Unter Berufung auf die Rechtsstaatlichkeit, zu der auch der Persönlichkeitsschutz und der Datenschutz gehören, hätte sich der ganze Spuk aufhalten lassen. Die vereinten Anstrengungen aller staatstragenden Parteien und der Medien, die DDR als ein historisch gescheitertes System zu beerdigen, dem nur noch eine dauernd schwindende Zahl von Nostalgikern nachtrauert und das die größere BRD als einzige legitime Nachfolgerin beerbt, wäre gegen einige hundert ressentimentbeladene Systemopfer jederzeit durchsetzbar gewesen. Unter Verweis auf das gleiche Rechtsstaatsprinzip wären fast alle Ermittlungsverfahren in Sachen Regierungskriminalität und Mauermorde nie eröffnet worden und die heute damit befaßten Staatsanwälte könnten sich dem Aufbau des Amtsgerichts Eisenhüttenstadt widmen können. Die Umfrageergebnisse in der ehemaligen DDR aber auch in der BRD bestätigen, daß das Interesse an Geschichtsaufarbeitung in der Bevölkerung in dem Maß zunahm, wie die Kampagne um sich griff. Doch genau das scheint beabsichtigt gewesen zu sein. An der Durchsetzung eines nüchternen bürgerlichen Rechts- und Sozialstaats im wiedervereinigten Deutschland hat niemand Interesse. Die soziale Verelendung breiter Kreise der DDR-Bevölkerung und die zu erbringenden finanziellen Opfer von den BRD-Bürgern legen ein breiteres Konzept nahe, das mit der bloßen Propagierung der besten aller Welten und der Faszination, die die neuerworbene Souveränität in der Auseinandersetzung mit den imperialistischen Konkurrenten auf die Leute ausübt, nicht sein Bewenden haben soll. Ein anderer Rechtsstaat soll es werden, der dem Umstand der Wiedervereinigung, der vollen Souveränität und den neuen Aufgaben und Herausforderungen konsequenter zu begegnen in der Lage sein sollte als die alte BRD. Zur ideologischen Vorbereitung jenes anderen Modells boten sich die unverdächtigen Nationalhelden vom DDR-Widerstand an.

Auffällig an den Demokratiebewegten aus der ehemaligen DDR ist ihr dubioses Verhältnis zum Rechtsstaat. Sie werden zwar nicht müde zu betonen, daß ein Anliegen des revolutionären Herbstes 1989 die Einführung des Rechtsstaates gewesen sei, denunzieren ihn aber bereits im Nebensatz. Der sächsische Justizminister Heitmann etwa, der auf eine astreine theologische Vergangenheit zurückblicken kann, faßt das Problem in einem Gespräch (FR, 23.1.92) so: "Wir haben den Rechtsstaat im Osten gewollt. Wir haben das Grundgesetz gewollt. Wir wollen das Recht der Bundesrepublik Deutschland, weil wir meinen: Das ist die sichere Grundlage für ein freiheitliches Staatswesen. Aber es muß zugleich ein Verständnis herüberkommen von Recht und Moral, das über das Formale des Grundgesetzes hinausgeht. Und da habe ich die Beobachtung gemacht, daß im Westen ein ebensolcher Verfall des moralischen Verständnisses gesellschaftlichen Miteinanders eingetreten ist wie im Osten. Und ich glaube, daß der Zerfall moralischen Bewußtseins eines der integrierenden Problemfelder ist, das vom Osten in den Einigungsprozeß 'eingebracht' wird." An einer "Erhellung und Bewertung unserer Vergangeheit mit der Staatssicherheit" zeigt sich Heitmann besonders interessiert: "Das ist ein Vehikel, mit dem wir moralische Linien wieder kenntlich machen können." Was sind moralische Linien im Rechtsstaat? Heitmann gibt einen sehr praktischen Hinweis: "Man denkt, man kann alles mit dem Recht erreichen und nutzt das Recht aus, um seine individuellen Interessen der Gesellschaft gegenüber durchzusetzen. Die Individualisierung innerhalb eines freiheitlichen Rechtsstaats muß ihre Grenzen haben. Sonst funktioniert er nicht mehr." Was Heitmann als "moralische Linien" dem Recht gegenüber setzt, nennt Bärbel Bohley schlicht "Gerechtigkeit". Heitmann benennt das angestrebte Ergebnis deutlich, er sehnt sich nach mehr Gemeinschaft und weniger Egoismus und bringt es als Justizminister gleich auf den Punkt: autoritärer Volksgemeinschaftsstaat gegen schleichende Staatszerstörung durch Wahrnehmung individueller Interessen. Wer seinen persönlichen Egoismus hinter Gemeinschaftswerte zurückstellt, bedarf dazu eines erhöhten "moralischen Bewußtseins", die Stasi-Aufarbeitung ist das "Vehikel" dazu. Die Stasi-Verstrickung ist den Aufklärern Beleg für eine Perversion des Rechts (Ullmann). Der DDR-Bürger ist in unheilvoller Weise als Opfer-Tätergemisch in den Komplex verwoben, die rückhaltlose Aufarbeitung durch Offenlegung ist ein Prozeß

der Läuterung, der den Ex-DDRlern den Vorzug des Gereinigtseins bringt und sie so ermächtigt, ähnliche Prozeduren vom BRD-Bürger zu verlangen. Die öffentlich vollzogene Selbstwäsche bringt sie der Gerechtigkeit näher, denn sie haben ihren Egoismus überwunden; das heißt, sie haben den letzten Rest von Selbstachtung von sich und anderen genommen. Sie sind sich nach der Entstasiierung alle gleich als nackte, erbärmliche Kreaturen, unterm Strich nur Opfer, reif nun für den Aufbruch in die Gemeinschaft, also die Unterwerfung unter den gerechten Staat. Dessen Rückgrat stellen sie sich nun nicht als bloßes Formalprinzip vor, das noch einiges von seinem Entwurf erkennen läßt: Eine Gesellschaft von Individuen, die sich nur durch den Austausch freier Produzenten vermittelt, der wiederum Regeln unterliegt, die die Grenzen der persönlichen Willkür beschreiben. Es soll die Gerechtigkeit sein, und die fordert Gemeinnutz vor Eigennutz.

Vernichtet die Akten!

Vielleicht ist es ja bloß der unappetitlichen Aufdringlichkeit von DDR-Bürgerbewegten geschuldet, daß sie bei der Schilderung ihrer Leiden und Mühen ständig damit beschäftig sind, den Faschismus und besonders die Shoah zu verharmlosen. Da sie in Buchenwald nur als Besucher auf Klassenfahrt gewesen sind, ist es ihnen leider nicht möglich, die dort zu Tode geschundenen durch eine Lager-eigene ständige Ausstellung über die Verfolgten des Stasi-Regimes zu verhöhnen, wie es ihre bürgerbewegten Vorgänger von der Opfergemeinschaft der Verfolgten des Stalinismus seit einem Jahr tun. Ihr Beitrag besteht in Aussprüchen wie "Auschwitz der Seelen" (Fuchs) oder "das ist einfach diese gewalttätige Sprache, die einen Menschen vernichtet" (Bohley) oder der Feststellung eines Ostberliner Stadtrats vom Bündnis 90 im Herbst 1991, daß die jüngste vom Senat beschlossene Kürzung des Sozialetats für diese Haushaltsstelle das gleiche bedeute, wie die Wannseekonferenz für die Juden.

Den Bemühungen des Staats, aus der Stasi-Geschichte das größtmögliche Kapital zur Durchsetzung einer umfassenden Geschichtsrevision zu schlagen, tun sie jedenfalls den besten Dienst.

Die einst auch in dieser Zeitung geäußerte Hoffnung, die Besetzung der Stasi-Archive in der Normannenstraße durch Bürgerbewegte im Frühjahr 1990 könnte außer dem besseren Verständnis für das Funktionieren eines Geheimdienstes den Effekt haben, daß sich eine breite Kampagne gegen die BRD-Geheimdienste anzetteln ließe, hat sich blamiert. Der Erfolg besteht einzig im Akten-Einsichtsrecht, das kein demokratischer Fortschritt ist, sondern das Recht auf Denunziation und Rufmord einräumt. Das handelnde Subjekt bei der Normannenstraßenbesetzung hatte keinerlei emanzipativen Anspruch und konnte ihn auch gar nicht haben. Es ging vielmehr skrupelloser, das heißt konsequenter mit den Akten um, als der BRD-Staat selbst es hätte fertigbringen können, denn es unterlag keinerlei Verdacht und hegte seinerseits gegen den Staat, als dessen Erfüllungsgehilfe es so wirkungsvoll auftritt, nur jene Befürchtung, der sich jeder Staat von seinen Bürgern ausgesetzt sehen möchte, daß er es an Härte in der Verfolgung fehlen lassen könnte. Das Resultat ist beeindruckend: Die liberale Öffentlichkeit ist paralysiert (wer will sich schon des Paktierens mit den Mauermördern bezichtigen lassen?), die Formierung einer autokratischeren Ausgabe Rechtsstaat schreitet munter voran und die Systemgleichsetzung Kommunismus ist gleich Faschismus ist fast schon Allgemeingut. Die Stasiaufarbeitung verhilft dem Rechtsstaat zu seinen "moralischen Linien", wie Steffen Heitmann sie exemplarisch einfordert, die Mauerschützenprozessse und der demnächst anstehende Mielke-Prozeß geben einen Vorgeschmack von dieser Substanz, mit der das Formalrecht gefüllt werden soll.

Für radikale Linke kann es nur die Forderungen nach sofortiger Vernichtung aller Stasiakten, die sofortige Freilassung aller politischen Gefangener aus der DDR und die sofortige Einstellung aller Prozesse gegen DDR-Funktionäre geben. Eine Kampagne mit diesen Zielen wird sich zwar kaum auf die Beine stellen lassen, die ein oder andere Veranstaltung zu diesem Thema ist aber leistbar und könnte geeignet sein, das innerlinke Schweigen zu Stasi und den Folgen zu brechen.

jw./Westberlin, Gruppe K

28. Die Renaissance der Atomindustrie

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:18

Seit der Wiedervereinigung gibt es auch in Deutschland wieder eine Diskussion um den Zubau von Atomkraftwerken. Demgegenüber ist der Widerstand gegen Atomanlagen so gut wie vollkommen zusammengebrochen. Über rot-grüne Ausstiegshoffnungen kanalisiert und ruhiggestellt, hat sich nach Tschernobyl langsam aber mittlerweile offensichtlich eine stillschweigende Gewöhnung an ein Leben mit dem Atomprogramm eingestellt.

Ohne in atomkritischen Kreisen richtig wahrgenommen zu werden, zeichnet sich dagegen auf internationaler Ebene bereits seit einigen Jahren ein neuer Aufschwung der Atomindustrie ab, der zu einem nicht unwesentlichen Teil auch von der deutschen Atomindustrie mitgetragen wird. Mit dem Zusammenbruch des RGW eröffnete sich jetzt insbesondere für die deutsche Atomindustrie ein neuer Expansionspfad, in dem es nicht nur um neue Aufträge geht, wie die Übernahme des CSFR-Atomindustriekonzerns Skoda durch die deutsche Siemens zeigt. In Osteuropa entsteht bereits heute ein neues deutsches Atomprogramm, sozusagen ausgelagert in die "neuen Kolonien". Wenn es nach den Planungen geht, soll der Aufschwung für die Atomindustrie darüberhinaus ab 1995 mit einem Zubau von AKWs auch in Deutschland durchschlagen. Der Artikel zeichnet die Entwicklungen und Planungen im Überblick nach.

Gerade in Deutschland ist es vielen Menschen, insbesondere solchen mit einem grün-deutsch sozialisierten atomkritischen Bewußtsein, oft unvorstellbar, daß es eine Renaissance der Atomenergie geben könne. Eine solche Perspektive paßt offensichtlich nicht ins Bild, daß sich vom ökologischen Fortschritt gemacht wird, der aus der Nischenkultur heraus mittlerweile auch den Kapitalismus erfaßt habe und diesen zeitgeistgemäß transformiere. Ausstiegshoffend wurde sich so an das, was atomprogrammgemäß läuft, langsam gewöhnt. Wackersdorf wurde immerhin gestoppt, und auch der Schnelle Brüter in Kalkar ging nie ans Netz. Was unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Atomindustrie international abläuft, das hat die Ökologiebewegung nie so richtig interessiert.

Vielleicht hilft ein internationaler Maßstab ein wenig, auch die deutsche nationale Entwicklung etwas realistischer zu bestimmen, denn diese ist in jene eingebettet.

Ausbau international - Horrorszenario national

International hat die Atomindustrie ihre Krise bereits seit einigen Jahren überwunden. 1989 war der Tiefstand bei der Neuinbetriebnahme von Atomkraftwerken, mit ganzen drei Blöcken weltweit, erreicht. Spätestens seitdem geht es für die Atomindustrie wieder bergauf. 1990 gingen bereits elf neue Atomkraftwerke, weltweit verstreut, in Betrieb; nochmal 97 weitere sind im Bau. Die Zahlen für die darüberhinaus bestellten und geplanten AKWs korrigieren sich kontinuierlich nach oben.

Ein Überblick über die internationalen Ausbauprogramme und Planungen im Detail findet sich in der "atom" Nr. 35. Neueste Meldung seit der letzten "atom": In Japan geht es nicht nur um weitere elf, sondern um weitere 40 Atomkraftwerke bis zum Jahr 2010. Umfragen hätten eine "große Akzeptanz" der Atomenergie in der Bevölkerung bestätigt. 65 Prozent hielten den Ausbau der Kapazitäten für nötig. (FAZ 5.11.91) Südkorea plant den Bau von 18 weiteren Kernkraftwerken innerhalb der nächsten 15 Jahre. Die neun bereits bestehenden AKWs mit einer Gesamtkapazität von 7.000 MW deckten 1990 fast 50 Prozent der koreanischen Stromproduktion ab. Fünf von den 18 zusätzlich projektierten Anlagen sind derzeit bereits im Bau oder in der Planung. 13 weitere Anlagen sollen bis zum Jahr 2006 errichtet werden. (FAZ 16.12.91)

Der aktuelle Stand im wiedervereinigten Deutschland: Die Atomenergie hat, unter den die Stromversorgung tragenden Energiesparten, im 1. Halbjahr 1991 die Spitzenposition erobert. Mit 32 Prozent hält sie den größten Anteil vor den übrigen Energieträgern Braunkohle mit 30 Prozent und Steinkohle mit 26 Prozent. (FAZ 7.1.92) - Nie war der "Ausstieg" so fern wie heute.

Und mittlerweile gibt es in Deutschland auch wieder Propagandaszenarien für einen zukünftigen Ausbau, in Horrordimensionen wie Anfang der 70er Jahre. Zwei besonders deftige Zukunftsperspektiven für Atomfetischisten stellte der Spiegel in seiner Ausgabe 41 von 1991 vor. Brüterpapst Wolfgang Häfele scheint

den Kalkarfrust überwunden zu haben und in diesem Spiel zu neuem Elan zurückgefunden zu haben. Er schlägt bei einem Kapitaleinsatz von vier Billionen Dollar für die nächsten zehn Jahre weltweit (der neue Generalmaßstab, in dem deutsche Wissenschaftler wieder zu planen scheinen) den Zubau von 2.000 Atomkraftwerksblöcken vor. Beachtlich, doch noch schlägt ihn sein amerikanischer Konkurrenzvisionär Alvin Weinberg bei diesem schlappen Vorschlag um mehr als das doppelte. Seine Vision: 5.000 neue Atomkraftwerke, allerdings im 10fachen Zeitraum, geplant auf ein Jahrhundert. Die einzige Frage, die in diesem Vergleich offen bleibt, ist wohl: Sind die Deutschen einfach gieriger und deshalb schneller, oder nur nicht weitsichtig genug?

Etwas mehr auf dem Boden der Realität, Hans-Ulrich Fabian, Vorstandsmitglied der Preussen Elektra. Seine "Optimallösung" für Deutschland: "Ein Heranführen" des Atomenergieanteils an der Stromerzeugung an 70 Prozent, entsprechend dem französischen Vorbild. Zielvorgabe dafür: 10 - 12 neue (zusätzliche) Atomkraftblöcke à 1.300 MW. Das allerdings kommt den Vorstellungen, die in der Bundesregierung real projektiert werden, schon näher. Die weiteren Planungen für die Atomenergie und der Weg, auf dem sie durchgesetzt werden sollen, sind im "Energiebericht" der Bundesregierung, der im Dezember letzten Jahres zusammen mit dem "Klima-Bericht" verabschiedet wurde, nachzulesen. Konkret mit Zahlen übernahm es Forschungsminister Riesenhuber, das Ziel zu formulieren. In seinem "Bericht Energie und Klima" geht er nicht nur davon aus, daß "die bestehenden Kernkraftwerke mit Nachrüstungen weiter Energie produzieren" werden, sondern, darüberhinaus gelte es für die Erreichung des "ehrgeizigen Ziels einer Kohlendioxid-Reduzierung um 25 Prozent" auch, den Neubau von Atomkraftwerken ins Auge zu fassen. Konkret in Zahlen heißt das bei Riesenhuber: "Für die Reduzierung um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 ist von 1997 an der Neubau von acht Kernkraftwerken mit jeweils 1.300 Megawatt Leistung vorgesehen." (FAZ 12.12.91)

Das sollte man/frau ruhig zweimal lesen, denn das ist die Vorgabe, von der ausgehend wohl zur Zeit mit der SPD darüber verhandelt wird, was zu verwirklichen ist. Aber seit Januar arbeitet auch bereits eine "unabhängige Energiekommission", konziliant unter den Vorsitz des früheren SPD-Bundestagsabgeordneten und Klima-Enquetekommissions-Vorsitzenden Reinhard Überhorst gestellt. Die neue Kommission soll möglichst noch 1992/93 ihre Arbeit abgeschlossen haben und Ergebnisse vorlegen können. Damit ist wohl die nächste Karte der Atomstrategen für ihr Programm 2000 ins Spiel gebracht und wird uns dann demnächst von ihnen auch aufgedeckt werden.

Strom aus Atom: "Vom Atlantik bis an den Ural ..."

Nicht mehr "Von der Maas bis an die Memel...", heißt es heute. Auch damals gingen ja die deutschen Interessen schon weit darüber hinaus. Heute geht es gleich mit Töpfer "Vom Atlantik bis an den Ural...". Das sind die Grenzen, in denen er mit dem bundesdeutschen Entwurf die "Europäische Energiecharta" abgesteckt haben wollte. (FAZ 30.7.91) Die neue Offenheit erfordert dafür heute nicht einmal mehr einen Feldzug. Der Osten drängt auf westliches (Atom-)Know-how.

Am 17. Dezember letzten Jahres wurde diese "Europäische Energiecharta" in Den Haag von insgesamt 45 Ländern, einschließlich der Republiken der ehemaligen Sowjetunion, unterzeichnet. Geschaffen wurde damit ein "Rahmenplan für die Geschäfte", die sich nach dem Zusammenbruch des RGW im Bereich der Energiewirtschaft für das westliche Kapital in den Ländern Osteuropas anbahnen. Klaus Dräger, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Grünen-Europaparlaments-Abgeordneten Hiltrud Breyer, nennt die "Charta" denn auch den "Grundstein für die energiepolitische Kolonisierung des Ostens". Die Kernelemente der Charta sind:

- Schaffung "freien Zugangs zu den vorhandenen und zukünftigen Energieressourcen und zu ihrer Ausbeutung mit langfristigen Rentabilitätsaussichten". (Originalton EG-Entwurf) Es geht vor allem um die Bodenschätze der ehemaligen Sowjetunion. D.h. zum Beispiel auch um den direkten Zugriff der imperialistischen Konzerne auf das dortige Uran.

- Ausbau von Energie-Transitrechten und der dazugehörigen Infrastruktur. Insbesondere geht es dabei um den verstärkten Ausbau von Leitungsnetzen für Strom und deren Verknüpfung. Ziel ist ein europaweiter Stromverbund.

- Modernisierung und Ausbau der "Anlagen zur Produktion, Beförderung und Nutzung von Energie". Dabei geht es insbesondere um die Modernisierung und den Ausbau der Atomanlagen in Osteuropa.

Schon die Gründlichkeit, mit der bei der Ausarbeitung der "Charta" vorgegangen wird, läßt eine Ahnung von den Dimensionen der anstehenden Geschäfte und der damit verbundenen politischen Implikationen aufkommen. Der Aufbau eines Stromverbundnetzes ist allein schon ein Milliardenprojekt. Wenn es nach Töpfer geht, soll es spätestens 1997 verwirklicht sein. (TAZ 30.7.91) Ein erster Schritt dahin: Für die Stromgroßabnehmer in der Industrie soll der europaweite Einkauf von Energie im EG-Verbundnetz bereits ab 1993 möglich werden. (FAZ 24.1.92)

Mit der gemeinsamen Verabschiedung der "Charta" wurden jetzt allerdings noch keine Geschäfte unter Dach und Fach gebracht. Verabschiedet ist erst ein politisches Grundsatzdokument, das einer politischen Absichtserklärung gleichkommt. Erst in der sogenannten "Basis- Vereinbarung" und den Zusatzprotokollen, die im Laufe dieses Jahres ausgehandelt sein sollen, geht es um die konkreten Projekte und Absprachen, die dann auch juristische Verbindlichkeit haben.

Davon unberührt ist das Wettrennen der westlichen Atomkonzerne um die fettesten Brocken in Osteuropa bereits in vollem Gange. Und in diesem Rennen geht es nicht nur um die Modernisierungsaufträge für osteuropäische Atomanlagen, sondern - wörtlich zu nehmen -, ums Ganze. Ganze nationale Atomindustrien werden jetzt von den westlichen Konzernen geschluckt, allen voran von der deutschen Atomindustrie.

Erster Kolonialisierungserfolg: Germanisierung der CSFR-Atomindustrie

Die Entscheidung fiel Ende November. Schon vor dem großen Fischzug hatte sich Siemens in der CSFR gut in Stellung gebracht. Den Auftrag zur Nachrüstung des im Bau befindlichen AKW's in Mochovce mit westlicher Leittechnik hatten die Deutschen bereits ergattert. Und auch der Auftrag zur Erstellung einer sicherheitstechnischen Expertise für die 4 AKWs in Bohunice, die durch eine Serie von Bränden schon unangenehm ins Gespräch gekommen waren, ging an Siemens.

Mitwettbewerber um die Übernahme des Energie- und Maschinenbaukonzerns Skoda Pilsen war die Schweizerische ABB Asea Brown Boveri AG. Die Stimmung sah im Vorfeld nicht gut aus für Siemens. Nach der Übernahme des Automobilkonzerns Skoda durch VW, gab es lange Diskussionen, "ob nach Volkswagen denn wieder ein deutscher Partner für ein tschechoslowakisches Unternehmen gewählt werden solle". Resigniert hieß es nach Vertragsabschluß in Prag "man sehe ein, daß der geographischen Nähe nicht zu entkommen sei." (FAZ 27.11.91)

Ausgehandelt wurde die Gründung eines neuen Gemeinschaftsunternehmens im Energiebereich, in der die Skoda Pilsen AG und die Skoda Prag AG aufgehen und die deutsche Siemens mit 67 Prozent die Mehrheit hält. Von diesen 67 Prozent tritt Siemens 10 Prozent an den französischen Partner Framatome ab. Gleich nach Abschluß des Vertrages, als noch um die prozentuale Beteiligung des französischen Partners spekuliert wurde, stellte Siemens klar, daß sie "auf jeden Fall über die Mehrheit verfügen" werden - nämlich mit jetzt 57 Prozent -, was das politisch-ökonomische Entscheidungsinteresse der Deutschen an dieser Übernahme deutlich werden läßt. Doch damit war der Übernahme-Hunger der deutschen Siemens in der CSFR noch nicht gestillt. Wie die FAZ von einem Siemens-Unterhändler wußte, hatte sich "sein Unternehmen" nur an Skoda interessiert gezeigt, "wenn es neben dem Energie- auch den Transportsektor übernehmen könne." (FAZ 21.9.91) Über dessen Privatisierung war zu der Zeit noch gar nicht entschieden! Aber Siemens Wille ist in der CSFR offenbar mittlerweile schon wieder Befehl. Ein Vierteljahr später kam jetzt die Bestätigung: Auch der Transportsektor der Skoda geht an Siemens. Aus Resignation wird Sarkasmus. Heute heißt es in Prag bereits: Das neue "Protektorat Böhmen und Mähren" nehme allmählich Formen an. (TAZ 24.1.92)

Der Wert des Energiesektors von Skoda wurde bei Vertragsunterzeichnung mit 170 Millionen Dollar beziffert - was geschenkt sein dürfte; beschäftigt sind dort 7.000 Menschen. Im Bereich Energieerzeugung (KWU) der Siemens arbeiten 22.000 Menschen. Das gesamte Umsatzvolumen des Geschäftsbereichs Energieerzeugung (KWU) der Siemens im Geschäftsjahr 1990/91 lag bei 5 Milliarden DM. Die zur Zeit bestehenden Auftragseingänge belaufen sich auf 8,8 Milliarden DM. Mit der Übernahme hat sich Siemens das gesamte Auftragsvolumen zur Modernisierung der tschechoslowakischen Atomindustrie gesichert. Das sind auf jeden Fall, zusätzlich zu Mochovce, die Nachrüstungen für die übrigen sieben laufenden Reaktoren. Darüberhinaus steht noch das atomare Großprojekt der CSFR, der Weiterbau des Atomkraftwerkskomplexes in Temelin mit vier Meilern à 1.000 MW, zur Entscheidung an. Unabhängig davon fallen natürlich auch die von Skoda erschlossenen Drittmärkte an Siemens, worauf der Vorsitzende des Siemens-"Bereichsvorstandes"

Energieerzeugung, Hüttle, gesondert hinwies. Skoda habe sich "interessante dritte Märkte in den Entwicklungsländern erschlossen. Diese Beziehungen sollen genutzt werden." In dem "Boom für den internationalen Kraftwerksbau", der sich nach Hüttles Ansicht abzeichne, könnten die Skoda-Betriebe Siemens sogar "Entlastung bringen", da die eigenen Kapazitäten hier mittlerweile "an Grenzen stießen"! (FAZ 17.12.91)

Diese "Sanierung" der Energieversorgung der CSFR durch Germanisierung war erst der Anfang. Der größte Brocken steht noch bevor: die Modernisierung des Atomkraftwerkparks der ehemaligen Sowjetunion. Auch da wird von Siemens mächtig gedrängelt, aber so einfach wie in der CSFR wird es hier wohl nicht. Für eine Sicherung der Aufträge durch schlichte Übernahme der ganzen "Firma" dürfte der Brocken vielleicht doch zu groß sein. Allein für die Nachrüstung der beiden sowjetischen Reaktorserien errechnete der Siemens-Vorstand ein Investitionsvolumen von sieben bis acht Milliarden Mark. Für ein solches Projekt werden politische Absicherungen für nötig erachtet.

Daß der Imperialismus auch der ehemaligen Sowjetunion gegenüber nicht nur auf Aufträge aus ist, sondern auf ökonomische Eroberung, zeigen die Verhandlungen um die "Europäische Energiecharta". Dort wurde genau an dem Punkt, der von Siemens in der CSFR bereits vorexerziert wurde - der Ermöglichung westlicherseits gewünschter einfacher Übernahme staatlicher Energiebetriebe -, der Daumen angesetzt. Speziell die Bundesregierung tat sich hier hervor. Im Juli letz- ten Jahres, Gorbatschow saß noch im Sattel, hieß es einerseits zwar schon, den Profitgedanken nächstenliebevoll ausschmückend, "Bonn will sowjetischer Energiewirtschaft helfen", andererseits aber "blieben Bedenken gegenüber der sowjetischen Zurückhaltung bei der Verpachtung von Land und der Stärkung des Eigentumsgedankens". (FAZ 17.7.91) Das zielte punktgenau auf den Knackpunkt der Verhandlungen, bei denen sich die Sowjetunion - ansonsten zu jedem Zugeständnis bereit - gegen solche Übernahmegelüste noch sperrte und stattdessen stärker auf eine "Koordinierung und Optimierung" der nationalen Energieprogramme orientierte, um der nationalen Regierung größere Einwirkungsmöglichkeiten zu sichern. Wie gesagt, soll der Abschluß der Verhandlungen um die sogenannte "Basis-Vereinbarung" noch in diesem Jahr erreicht werden. Dann wird auch hier das Tor zur Kolonialisierung mit konkreten Projekte aufgestoßen sein.

Der Imperialismus - statt Ökopapier-Tiger Atomic power im Tank

Die Argumentation, mit der die Atomindustrie heute die Akzeptanz für ihre Ausbauplanungen in Westeuropa und speziell auch in der Bundesrepublik zu erreichen gedenkt, ist ökologischer Natur. Der Rückgriff auf die Atomenergie werde im Kampf gegen die Klimakatastrophe notwendig. Das Argument ist nicht ganz neu. Schon 1977, in dem damals für Furore sorgenden, und auch von Atomkritikern oftmals ganz gerne herangezogenen Atombericht der Ford-Foundation - in der Bundesrepublik bekanntgeworden unter dem Titel "Das Veto" -, wurde die Klimakatastrophe als Argument pro Atomenergie angeführt. Damals steckte die Erforschung des Treibhauseffekts noch in den Kinderschuhen; richtig genaues wußte man/frau nicht. In den Schlußfolgerungen der WissenschaftlerInnen der Ford-Foundation hieß es trotzdem schon: "Während man derzeit nicht in der Lage ist, das Ausmaß der möglichen Umweltschädigung zu beurteilen, könnte ein auf der Basis vermehrten Wissens erkannter globaler Klimaeffekt jeden Vergleich zwischen Kohle- und Atomenergie überflüssig machen. Dies spricht dagegen, sich gegenwärtig allein auf Kohle zu verlassen." ("Das Veto", 199)

In der Bundesrepublik wurde von den Atompropagandisten damals als vermeintlich wirkungsvoller lieber noch auf die Fortschritts-, Leistungs- und Wirtschaftsgläubigkeit der Deutschen gesetzt. Als zentrale Parole klingt wohl noch jedem das, " ... dann gehen die Lichter aus", in den Ohren. Erst mit der Diskussion um Ausstiegsszenarien in den 80ern und mit Tschernobyl hat sich das geändert. Und spätestens seit der Weltklimakonferenz 1988 in Toronto wird zunehmend an der Klima-Argumentation pro Atomenergie gefeilt. Es scheint, die Argumentation verfängt.

In den USA, wo nach der Reaktorkatastrophe von Harrisburg kein Atomkraftwerk mehr gebaut wurde, hat sich 1990 eine versammelte amerikanische WissenschaftlerInnengemeinschaft von 700 MitgliederInnen der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften, darunter 49 NobelpreisträgerInnen, in einem beschwörenden Appell an ihren Präsidenten George Bush gewandt und ihn aufgefordert, alles in seiner Kraft liegende für einen entschlossenen Kampf gegen den Treibhauseffekt zu tun. Dabei wurde sich ausdrücklich auch für die Neuauflage eines Atomenergieprogramms ausgesprochen. Unter den UnterzeichnerInnen des Aufrufs fanden sich auch so prominente Atomenergiegegner wie Amory B. Lovins. Ihr Präsident hat sie erhört. In den USA wurden noch 1990 drei neue atomare Kraftwerksblöcke der 1.000 MW-Klasse in Betrieb gesetzt. Ein neues

Atomenergieprogramm, mit derzeit fünf neuen Atomkraftwerken im Bau und drei weiteren in Planung ist dort ebenfalls bereits voll am Laufen.

In der Bundesrepublik produzierte zeitgleich zu dem Appell der amerikanischen WissenschaftlerInnen, die Klima-Enquetekommission des Bundestages den ersten prominenten Umfaller für die Atomenergie: den sozialdemokratischen Hamburger Wissenschaftssenator Klaus-Michael Meyer-Abich, der sich direkt nach Tschernobyl noch mit seinem Buch "Die Grenzen der Atomwirtschaft", als Atomkritiker hervorgetan hatte. Vier Jahre später, 1990, forderte er zur Bekämpfung der Klimakatastrophe (um zwei Prozent!) auch einen Ausbau bei der Atomenergie. Seine Argumentation: "Wir dürfen uns einer national eingegangenen und von uns gemeinsam zu verantwortenden Gefahr Atomenergie nicht dadurch entziehen, indem wir andere Länder einer anderen Gefahr, der Klimagefahr, aussetzen." (TAZ 6.3.90)

Bei seinem Vorstoß für den Bau zweier neuer Atomkraftwerke in Greifswald und Stendal, im Frühjahr letzten Jahres, bediente sich Bundeswirtschaftsminister Möllemann einer, bis in die Wortwahl identischen Argumention wie Meyer- Abich und prophezeite dann: "Die Debatte über den Kohlendioxid-Ausstoß herkömmlicher Kraftwerke und die damit verbundene Gefahr einer Klimakatastrophe hat erst begonnen. Und in dieser Debatte spielt die Kernenergie weltweit eine neue Rolle." (Spiegel 16/91)

Seitdem ist die Debatte in Deutschland in der Tat nicht mehr verstummt, auch wenn sich in atomkritischen Kreisen scheinbar peinlichst darum bemüht wird, diese Vorgänge nicht zur Kenntnis zu nehmen. Jedes Systemschwein, das auch nur irgendeinen Posten inne hat, von dem es meint, daß er in dieser Debatte von Gewicht sei, hat sich mittlerweile zu Wort gemeldet, ob nun Vorstandsvorsitzender oder Aufsichtsratsmitglied von Kraftwerksbetreiberfirmen, Verbandssprecher - welcher Bandenbildung auch immer - oder Gewerkschaftssekretär, Parteipolitiker und - in solchen Debatten natürlich immer gern zitiert -, jede Menge Wissenschaftspersonal. Für einen Einblick sei hier nur auf die Chronologie in der "atom" Nr. 36, die allerdings nur bis August letzten Jahres reicht, verwiesen. Die Debatte brach da nicht ab, setzte sich vielmehr unvermindert fort, produziert Pressemeldungen Woche für Woche und das meist mehrmals. Der nächste bevorstehende Höhepunkt in der Debatte wird die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen vom 1. bis 12. Juni in Rio werden.

Der "Club of Rome" - in der Ökologiebewegung ja auch lange Zeit gerne zitiert -, hat im Vorfeld dieser Konferenz seine ehemals kritische Position zur Atomenergie schon revidiert. In der neuesten Studie heißt es, man/frau müsse "widerstrebend einräumen", daß angesichts der CO2-Problematik die Verbrennung von Kohle und Öl "möglicherweise noch gefährlicher für die Gesellschaft" sei als die Atomenergie. Die nukleare Option müsse deshalb offengehalten werden.

Die Enquetekommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages wollte sich in ihrem letzten Zwischenbericht ans Parlament noch auf keine einheitliche Empfehlung in der Frage Klima und Atomenergie einigen. Während sich die einen offensiv für die Nutzung der Atomenergie zur Vermeidung klimaschädlicher Emissionen aussprachen, wollten die anderen die Gefahren des Treibhauseffekts noch nicht "gegen die bekannten Risiken und Langzeitwirkungen der Atomenergie ausspielen" lassen. Die möglichen Auswege aus dem "Dilemma" sollen aber noch vor der Konferenz "in einem sachlichen und diskursiven Verfahren" gefunden werden.

Dagegen wird sich was erheben?

Dahinter muß wohl eher ein ganz großes Fragezeichen gesetzt werden. Der Widerstand gegen ein neues Atomprogramm wird insgesamt - wenn es ihn überhaupt noch geben wird - schwerer werden. Wer meint, für die Atomenergie gäbe es hier in Deutschland keine Akzeptanz mehr, der sollte sich fragen, ob er seit Tschernobyl gut geschlafen hat, vielleicht im Winterschlaf lag? Die Atomindustrie zumindest schlief nicht. Der Werbefeldzug mit der drohenden Klimakatastrophe wird von ihr nicht nur systematisch geplant durchgeführt, sondern über seine Ergebnisse wird auch regelmäßig Zwischenbilanz gezogen. Die letzte Studie zum Stand der Akzeptanz, vom "Informationskreis Kernenergie" beim Meinungsforschungsinstitut Allensbach in Auftrag gegeben, datiert vom Januar 1990. Diese Umfrage kam zu dem Ergebnis, "daß im Rahmen der zur Zeit anhaltenden Klimaveränderung die Kernenergie immer positiver beurteilt wird. Waren im Jahre 1984 erst 37% der Bundesbürger davon überzeugt, daß Kernkraftwerke umweltverträglicher sind als Kohlekraftwerke, so teilen heute 45% diese Überzeugung." Speziell für die Zeit nach Tschernobyl, vom Anfangsdatum her

einsetzend mit dem Beginn der Werbekampagne Atomenergie und Klima zu Beginn des Jahres 1988, kam die Umfrage zu dem Ergebnis: "Noch Anfang Februar 1988 unterstützten 43% der Bundesbürger einen baldigen Ausstieg aus der Kernenergie. Bis Juli 1989 hat sich diese Einstellung spürbar geändert: Nur noch 34% der Bevölkerung möchten der Kernenergie in der Bundesrepublik keine Zukunftschancen geben. Für eine Fortsetzung des Kernenergieeinsatzes in der Bundesrepublik sprechen sich heute 54% der Befragten aus. Die Unterstützung für einen Ausstieg aus der Kernenergie ist bei den Anhängern aller vier Bundestagsparteien rückläufig." (vgl. atw 1/90)

(Anti)-atompolitisch ergibt sich ein düsteres bis verheerendes Bild. Düster bei der SPD und den anderen sich atomkritisch verkaufenden Parteien und verheerend, was die radikale Linke und die Anti-AKW-Bewegung - seligen Angedenkens - betrifft.

Bei der SPD zeigt sich ein langsam und beständig immer deutlicheres Abrücken von den alten - ja auch nur formelhaft, unverbindlichen - Ausstiegsbeschlüssen. Auf dem SPD-Parteitag, Ende Mai letzten Jahres in Bremen, wurde die 10-Jahresfrist für den "Ausstieg" gekippt, die ja 1986 erst direkt nach Tschernobyl auf dem Nürnberger Parteitag ins Programm gehoben worden war. Der "Ausstieg" läuft jetzt auch explizit wieder mit open-end. Die Vorentscheidung dazu war im Kontext der Debatte um den neu gesuchten "energiepolitischen Konsens" schon Anfang Mai auf der Konferenz der SPD-Fraktionsvorsitzenden in Bund und Ländern gefallen. Schon in der dort verabschiedeten Entschließung "Energiepolitik der 90er Jahre" hieß es nur noch, die SPD halte "an dem Ziel des Ausstiegs aus der Atomkraft fest." Es folgten im Mai und im Juni die Gewerkschaftskongresse von IG-Bergbau, IG-Chemie und ÖTV mit starken Tönen pro Atomenergie und Aufforderungen an die SPD, diesbezüglich zu einem "energiepolitischen Konsens" zurückzufinden. Muß das für die IG-Bergbau und IG-Chemie nicht weiter verwundern, ist es für die ÖTV doch ein kleines atompolitisches Roll-back, denn hier waren nach Tschernobyl auch schon mal atomkritischere Töne zu hören gewesen. Die Grünen haben sich realpolitisch stromlinienförmig an den Trend der Sozialdemokratie angepaßt; in den Landesregierungen von Niedersachsen und Hessen wird das vorbildhaft durchexerziert, und AtomkraftgegnerInnen werden dabei - wo sie sich, wie in Gorleben, dazwischenstellen - auch schon mal grün und rot durchgeprügelt. Bei der PDS/Linken Liste vertragen sich die Atomkraft"gegnerInnen" - vielleicht deshalb? - von vorneherein in bester Parteidisziplin mit den AtomlobbyistInnen.

Die radikale Linke ist mit sich selbst und anderem beschäftigt. Von der Anti- AKW-Bewegung ist an lebendigen politischen Strukturen - bis auf ein paar Standorte-BIs, die sich lokal noch wacker mühen, einer Zeitschrift wie der "atom" und dem Rundbrief "Anti-Atom-Aktuell" - fast nichts übriggeblieben. Bundeskonferenzen, die diesen Namen verdienen, fanden in den letzten Jahren nicht mehr statt. Auf einem bundesweiten Treffen in Marburg letzten November kamen aber immerhin 80 Leute. Es wurde eine Bestandsaufnahme mit langen Berichten aus den noch arbeitenden und anwesenden BI's gemacht, und es kam eine einigermaßen strukturierte Diskussion ohne große Illusionen zustande. Ein Tiefpunkt ist vielleicht erreicht: Die Anti-AKW-Bewegung ist tot. Das scheint allmählich Konsens. Da wollte Wolfgang Ehmke in der letzten "atom" vielleicht ein wenig Mut machen: "Die Bewegung ist tot, es lebe der Widerstand!", schrieb er. - Womit unweigerlich die bittere Frage im Raum steht: Welcher Widerstand? Auf lokaler Ebene wird es einen Widerstand ja vielleicht auch noch in Zukunft geben. Darüber hinaus ist jedoch nichts in Sicht. Vertrösten auf die Zukunft heißt hier: Warten auf Godot. Woran es mangelt, ist schon allein eine einigermaßen begründete Einschätzung der uns erwartenden atompolitischen Zukunft. Wenn darüber eine Verständigung stattfände, wäre wohl schon viel erreicht. Abschließend deshalb hier nur in kurzer Zusammenfassung vier Schlußfolgerungen aus dem Artikel.

Schlußfolgerungen

Ohne jeden Zweifel kann meines Erachtens heute festgehalten werden:

1. Es gibt eine Renaissance der Atomindustrie. Seit 1989 ist weltweit faktisch wieder ein beschleunigter Zuwachs beim Ausbau festzustellen. Von einem Auslaufen oder gar absehbaren Ende der Atomenergienutzung kann überhaupt keine Rede sein. Selbst 1989, dem Tiefstand der Entwicklung, gab es weltweit noch einen Zubau von AKWs.

2. Bezogen auf die Entwicklung der Atomindustrie in Deutschland müssen, neben dieser grundlegenden, internationalen Dimension der ökonomisch-technologischen Entwicklung, speziell auch die sich - gerade für die deutsche Atomindustrie - mit dem Zusammenbruch des RGW eröffnenden Perspektiven in Betracht

gezogen werden. Mit der Wiedervereinigung ist Deutschland von neuem eine imperialistische Großmacht, die europäische Großmacht schlechthin. Das ist eine neue Dimension, die bisher viel zu wenig gedacht wird. Im einzelnen sind dann wohl noch eine ganze Reihe verschiedener Faktoren in der Entwicklung zu berücksichtigen (Akzeptanzfrage, Klimadebatte etc.), wobei für diese Einschätzung hier in Rechnung gestellt werden muß, daß auf einige dieser Faktoren nicht eingegangen werden konnte: z.B. die Novellierung des Atomgesetzes, die bis 1995 anstehende Neuverhandlung des Jahrhundertvertrages (vgl. dazu u.a. die Chronologie in "atom" Nr. 36) und die Entwicklung neuer atomarer Reaktorlinien speziell z.B. der Hochtemperaturreaktoren. Das müßte noch gesondert analysiert werden.

Mit dieser Einschränkung kann hier aber vielleicht doch schon weiterhin festgehalten werden:

3. Für die Deutsche Atomindustrie eröffnet sich nach der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des RGW auf dem Hintergrund der Herstellung eines einheitlichen europäischen Energiemarktes mit gesamteuropäischem Stromverbund einschließlich Osteuropas ein ganz neuer Expansionspfad mit der Kolonialisierung Osteuropas. Daß bei diesem gigantischen imperialistischen Beutezug allen voran der deutsche Imperialismus die Nase vorn haben wird, zeichnet sich - erstes Beuteopfer CSFR - bereits ab. Auf diesem Expansionspfad wird, über die auf dem Wege der Kolonialisierung geschaffenen direkten Zugriffsmöglichkeiten - über die Modernisierung und den Bau von AKWs dort und deren Bezahlung mit Stromlieferungen für die Konzerne hier - der Atomausbau sozusagen nach außen verlagert, in die neuen "Kolonien".

4. Der Ausbau in Deutschland ab 1995 bleibt darüberhinaus als weitere Option der Atomindustrie drohend bestehen, entweder mit den von Siemens-Framatome in Entwicklung befindlichen, sicherheitstechnisch angeblich verbesserten, dafür auf 1.500 MW vergrößerten Leichtwasserreaktoren, Konvoi-95, oder - als noch etwas längerfristige Option ab dem Jahr 2000 - mit dem Übergang zur neuen Reaktorgeneration vom Typ der Hochtemperaturreaktoren. Auch diese beiden Optionen müssen mitgedacht werden. Abhängig ist die Realisierung hier wohl nicht zuletzt auch von der weiteren Entwicklung des Faktors Akzeptanz, ein Faktor, auf den wir nur noch politisch marginalisierten Einfluß haben.

rh., Gruppe K Hamburg

Anmerkung:

Der Artikel wurde für die kommende Ausgabe der Zeitschrift "atom" (März 92) geschrieben, und wir haben ihn in leicht gekürzter und veränderter Form im Vorabdruck übernommen.

Weitere Artikel zum internationalen Ausbau im Detail und eine chronologische Auflistung der Planungsdebatte in Deutschland erschienen in der "atom" Nr. 35 u. 36.

29. Ralf und Knud sind raus! ... der Prozeß geht weiter

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:30

Am Montag, den 27.1. begann der Prozeß gegen Knud Andresen und Ralf Gauger. Die Vorwürfe, die vor der 5. Strafkammer des Landgerichts Itzehoe verhandelt werden sollen, sind versuchter Mord und versuchter schwerer Eingriff in den Bahnverkehr. Allein daß es so weit gekommen war, macht etwas vom Charakter dieses Verfahrens deutlich: hatten doch die beiden immer wieder öffentlich erklärt, daß sie die angebliche Tat nicht begangen haben. Auch nach juristischen, bürgerlichen Rechtsstaatsmaßstäben war es bisher alles andere als normal zugegangen. Und obwohl die Staatsanwaltschaft sorgsam darauf bedacht war, aus dem Verfahren jeglichen politischen Hintergrund auszublenden, war im Lauf der Zeit unübersehbar geworden, daß sich hier tatsächlich ein politischer Prozeß ankündigte. (S.a. nebenstehenden Kasten "Chronologie eines Verfahren", sowie ak 334, 336, 338)

Die Stimmung vor diesem ersten Prozeßtag war düster. Die Staatsanwaltschaft war den Aussagen der Polizeizeugen gefolgt und hatte beim Verfassen der Anklageschrift noch draufgesattelt. Das Konstrukt war bei der Zulassung der Anklage fast vollständig abgesegnet worden. Recherchen und Gutachten der AnwältInnen, die Erklärungen der beiden, aber auch die Mobilisierung vieler Menschen hatten nicht dazu beitragen können, daß Knud und Ralf aus der U-Haft entlassen und die Beschuldigungen zurückgenommen worden waren.

Hinzu kam, daß der Vorsitzende Richter Selbmann einen Ruf hat, der Schlimmes befürchten ließ. Er war vor zehn Jahren durch den Prozeß gegen Markus Mohr und Michael Duffke bekannt geworden, denen vorgeworfen worden war, während der verbotenen Brokdorf-Demo einen Polizisten angegriffen zu haben. Während dieses Verfahrens hatte er durch eine unerwartet hohe Verurteilung sowie durch massive Behinderung kritischer Öffentlichkeit von sich reden gemacht.

Zu diesem Bild paßte auch die Situation vor dem Landgericht am 27.1. An die 100 PolizistInnen waren aufgeboten worden, um das Gerichtsgebäude vor Interessierten zu "schützen". Gelangten die ca. 30 VertreterInnen der Medien gegen Vorlage ihrer Presseausweise noch relativ unbehelligt ins Landgericht (später wurde allerdings bekannt, daß ein Genosse der SOZ nicht hineingelassen wurde), so wurde nach dem Einlaß von 35 ZuhörerInnen - mehr Menschen faßt der Saal nicht - die Tür rigoros von bewaffneten Bullen abgesperrt. Die im Hintergrund stehenden Gerichtsdiener riefen den lautstark Einlaß begehrenden Menschen ein "Wir sind ausverkauft" entgegen, die Beamten in den vorderen Reihen machten von ihren Schlagstöcken Gebrauch, um die Türen freizuhalten. Auch im Gericht wurden Protestierende von PolizistInnen in voller Kampfmontur von den Fenstern weggedrängt. Ein Trupp Bullen blieb während des Gerichtstages in den Fluren und Hallen des Gebäudes - alles Umstände, die einmal mehr deutlich machten, daß von einem angeblich "normalen" Strafprozeß keineswegs die Rede sein kann.

Als die 5. Strafkammer des Itzehoer Landgerichts um kurz nach 9 Uhr den Saal betrat, um die Verhandlung gegen Knud und Ralf zu eröffnen, nahm so recht niemand Notiz von den fünf Richtern und Schöffen. Am Zuschauereingang des Großen Sitzungssaals versuchten Gerichtsdiener immer noch, einige ZuhörerInnen am Betreten des Raums zu hindern: "Zeigen Sie Ihre Einlaßkarte, sonst kommen Sie hier nicht rein!"

Erst als der Vorsitzende Richter Selbmann anfing, von einer Haftprüfung zu sprechen, war ihm die Aufmerksamkeit der ZuhörerInnen sicher. In einem dreiviertelstündigen weitschweifigen Vortrag begründete er, warum es aus seiner Sicht angebracht sei, den Haftbefehl gegen Knud und Ralf sofort aufzuheben.

Die Gesichtspunkte, die er dafür ins Feld führte, deckten sich weitgehend mit den Argumenten, die die VerteidigerInnen seit einem halben Jahr bei den bisherigen Haftprüfungsterminen für die Aufhebung der U-Haft vorgebracht hatten.

Im wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Gedanken:

Die fortgesetzte Untersuchungshaft begründete sich juristisch darauf, daß der Tatverdacht des Mordversuchs "dringend" sei. Die Frage sei aber, ob es möglich sei - beim derzeitigen Stand der Ermittlungen und Akten -, den Angeklagten tatsächlich zu beweisen, daß sie bei ihrem Anschlag auch bewußt Tote in Kauf genommen hätten. Selbst wenn er voraussetze, daß die Platten wirklich von den beiden auf die Schienen gelegt worden

seien - was ja auch noch bewiesen werden müsse -, dann bezweifele er, daß es möglich sein werde, zwei Angeklagten, die Stein und Bein schwören, daß sie es nicht waren, einen Mordversuch nachzuweisen.

Nach seiner Meinung sei es zur Zeit nur möglich, einen "hinreichenden" Tatverdacht zu begründen - was aber nicht ausreicht, um die beiden im Knast zu behalten.

Diese feine juristische Unterscheidung zwischen "dringend" und "hinreichend" könnte für den weiteren Verlauf des Verfahrens eine große Bedeutung bekommen. In der Sprache der Juristerei ist mit diesem Vorgang nämlich auch angedeutet, daß zwar über den Vorwurf "Mordversuch" verhandelt werden muß, daß er aber eigentlich nicht (mehr) verurteilt werden kann!

Weiterhin bezweifelte Richter Selbmann, daß eine Fluchtgefahr wegen einer zu erwartenden hohen Strafe bestehe. Da es zweifelhaft sei, ob eine Verurteilung wegen Mordversuch noch möglich wäre, bleibe "lediglich" der Vorwurf wegen versuchten Eingriffs in den Schienenverkehr. Der werde im Schnitt mit zwei Jahren Knast bestraft. Da die beiden aber schon ein halbes Jahr in U-Haft gesessen hätten und weiterhin völlig ihr Gesicht verlieren würden, wenn sie jetzt abtauchten, sehe er keine Fluchtgefahr vorliegen. Ein weiterer U-Haftgrund weniger. Auch "Verdunkelungsgefahr" bestehe seiner Ansicht nach nicht (mehr).

Mit diesen Ausführungen hatte Selbmann einen echten Coup gelandet. Entsprechend zeigte sich die Staatsanwältin Roitsch von Almelo reichlich konsterniert. Sie bat um eine kurze Besprechungszeit mit ihrem Kollegen. Zurück im Gerichtssaal wollte sie ihren bisherigen Ausführungen nichts hinzufügen. Weiterhin gehe sie von einem dringenden Tatverdacht aus: wer Steine auf Schienen lege, nehme auch bewußt in Kauf, daß bei einer Zugentgleisung Menschen sterben. Als "Beleg" dafür nannte sie, wie um ihren starrsinnigen Verurteilungswillen noch einmal zu betonen, ausgerechnet ein Zugunglück vom vergangenen Wochenende!

Das Gericht zog sich daraufhin zur Beratung zurück. Nach einer knappen Stunde des Wartens, während der eine kleine Demo durch Itzehoe stattfand - natürlich auch von den uniformierten Verteidigern des Konstrukts begleitet - verkündete das Gericht um 11 Uhr 15: Ralf und Knud werden sofort entlassen!

Der zweite Prozeßtag, das sei hier vorweggenommen, brachte nichts "zur Sache". Die Verteidigung versuchte durch verschiedene Anträge, mehr Menschen die Teilnahme an der Verhandlung zu ermöglichen sowie das Gericht dazu zu bewegen, die Polizei vom Gericht abzuziehen, die auch an diesem Tag wieder massiv vor Ort war. Diese Anträge wurden abgelehnt. Dazu wurde eine Fehlbesetzung des Gerichts gerügt; eine Schöffin, so die VerteidigerInnen, sei nicht ordnungsgemäß gewählt worden. Da sich das Gericht nicht im Stande sah, zu dieser Rüge Stellung zu nehmen, wurde vertagt. Sollten Selbmann und seine Kammer sich der Sicht der VerteidigerInnen anschließen, würde das aber auch keine wesentlichen Veränderungen im Gang der Verhandlung auslösen. Es würde dann eben ein/eine andere/r Schöffe/Schöffin gewählt.

Bei aller Freude über die Freilassung von Knud und Ralf ist es notwendig, die Bedeutung diese Wende im Verfahren zu bewerten. Juristisch und auch von der Sachlage her nämlich hatte sich bis zu diesem Moment seit Monaten nichts verändert. Ebenso lapidar, wie die Begründung für ein halbes Jahr U-Haft war - wer Platten legt, will töten -, so nichtssagend war jetzt auch die Argumentation Selbmanns für die Freilassung: wer möglicherweise Platten legt, will nicht unbedingt töten. Dieser Umschwung kann kaum noch rational nachvollzogen, er muß als Willkür bezeichnet werden - wie so vieles im bisherigen Gang des Verfahrens. Ein Auslöser war sicherlich, daß die öffentliche Aufmerksamkeit im Laufe des letzten halben Jahres ständig präsent war. Ohne die, allerdings recht schwer zu mobilisierende Presse, ohne die "liberale Öffentlichkeit" in Form von engagierten LehrerInnen, ArbeitskollegInnen, SchülerInnen, StudentInnen, ohne die kontinuierliche Solidaritätsarbeit und die Aktionen der linksradikalen und autonomen UnterstützerInnen hätte sich sicherlich nichts bewegt. Das immerwährende Benennen der polizeilichen und staatsanwaltlichen Lügen und Akteure, das Aufzeigen der politischen Zusammenhänge und damit auch der Qualität der politischen Verfolgung hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß Knud und Ralf nicht still und heimlich verurteilt wurden. Was allerdings im Apparat selber passiert ist, darüber kann noch nicht einmal spekuliert werden.

Eine Prognose über den weiteren Verlauf des Prozesses wagt zur Zeit niemand. Fest steht jedoch: die Freilassung von Ralf und Knud kann nur ein allererster Schritt sein. Von einem Freispruch sind die beiden jedoch zur Zeit weit entfernt.

Es besteht jetzt die Gefahr, daß das öffentliche Interesse abnimmt, ein Effekt, den sich das Gericht mit seiner Entscheidung sicherlich auch erhofft. Gründe zur Beruhigung gibt es allerdings gar keine. Das Konstrukt steht weiter im Raum. Wenn auch die Beschuldigung "Mordversuch" durch die Entscheidung Selbmanns kaum noch verurteilt werden kann, gilt es doch jetzt alles daran zu setzen, daß die gesamte Anklage, und damit auch die Aussagen der LKA-Bullen, als das qualifiziert wird, was sie ist: eine Lüge. Dazu wird es auch weiterhin notwendig sein, die innenpolitische Situation mit all ihren Verschärfungen (u.a. durch Sondereinheiten, Geheimdienstmethoden etc.) in der Öffentlichkeit zum Thema zu machen. Nur in diesem Zusammenhang wird es möglich sein, die Justizstrukturen mit den dahinterstehenden (Verfolgungs-)Interessen aufzudecken, die das halbe Jahr U- Haft zu verantworten haben und die nach wie vor eine Verurteilung anstreben.

Freispruch für Knud und Ralf !

kla./Gruppe K, HH

(unter Zuhilfenahme von Material aus "Spreng-Sätze 1")

Kommt zum Prozeß!

Die nächsten Prozeßtage:

Immer montags um 9 Uhr 30

Landgericht Itzehoe, Breitenburger Straße

Treffpunkt in Hamburg:

7 Uhr 30, Sternschanze.

Informationen über:

Infobüro Ralf und Knud

c/o Schwarzmarkt, Paulinenstraße 15

2000 Hamburg 36.

Telefon: 040/316542. Fax: 040/3194581

Spendenkonto: Rechtsanwalt Beuth, Hamburger Sparkasse, BLZ: 200 505 50, Konto-Nr.: 1250/124029

Anderkonto Ralf & Knud

Spreng-Sätze

Zwei Tage nach Beginn des Prozesses gegen Ralf und Knud erschien die erste Ausgabe des Infos "Spreng-Sätze".

In einer Selbstdarstellung heißt es: "Das Lügengebäude gegen Knud und Ralf zeigt Risse an vielen Stellen und ist auf unsicherem Fundament gebaut. Wir wollen dazu beitragen, es zum Einsturz zu bringen, und bloßlegen, wer sich dahinter verbirgt: als Auftraggeber, Architekt, Baufirma, Handwerker ..."

Neben Berichten über den ersten Prozeßtag stehen Einschätzungen über die politische Bedeutung dieses Verfahrens und die Interessen, die daran geknüpft sind. Außerdem liefert es Informationen zu Strukturen und Entwicklungen im Hamburger Polizeiapparat.

Es soll für die Dauer des Prozesses ungefähr alle zwei Wochen in großer Auflage erscheinen und so die vielfältigen Bemühungen, auch andere Menschen als die engste Szene zu ereichen, weiterhin unterstützen.

Wie alle Projekte linker Öffentlichkeit haben die HerausgeberInnen der Spreng-Sätze kein Geld. Bisher ist die Finanzierung des Infos alles andere als sicher. Deshalb werden nicht nur Spenden dringend benötigt. Die HerausgeberInnen fordern Gruppen, Buchläden... oder auch Einzelpersonen auf, eine bestimmte Anzahl zu kaufen und selbst weiterzuverbreiten. So kann darüberhinaus auch eine möglichst vielfältige Verbreitung hergestellt werden. Der Solipreis pro Ausgabe beträgt 30 Pfennig. Auch höhere Beträge sind selbstverständlich willkommen!

Bezug über: Infobüro Ralf und Knud, Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2 HH 36. Bestellungen sind wegen der Portokosten erst ab 15 Stück möglich, Mindestpreis 5 DM, Geld muß beiliegen (oder überwiesen werden, Beleg beilegen) !

Spendenkonto für "Spreng-Sätze": K. Dreyer, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto: 1228/122 386. Stichwort: "Zeitung!" (unbedingt angeben).

Das Info "Spreng-Sätze" soll vom allen interessierten Gruppen unterstützt werden. Weiterhin freuen sich die HerausgeberInnen über Beiträge, Soli-Erklärungen ...

Chronologie der Ereignisse

29.07.91: Ralf Gauger und Knud Andresen wurden in Pinneberg von vier Hamburger LKA-Beamten festgenommen. Die LKA-Beamten waren Knud und Ralf vom Hamburger Stadtteilzentrum "Rote Flora" aus gefolgt und behaupten später, die beiden aus den Augen verloren zu haben, als diese ihr Auto auf einem Parkplatz in der Nähe der Bahngleise abstellten. Einige Zeit später wollen die LKA-Beamten Ralf und Knud zufällig von einer Brücke und aus 400 Metern Entfernung wiederentdeckt und dabei beobachtet haben, wie sie "rechteckige Gegenstände" auf die Schienen der Bahnstrecke Hamburg-Kiel gelegt hätten. Ralf und Knud wurden festgenommen, als sie vom Spazierengehen in einem nahegelegenen Wald zu ihrem Auto zurückkamen. Kurz zuvor war ein Eilzug nach Kiel über "Gegenstände" gefahren.

Wer diese Gegenstände auf die Bahngleise gelegt hat, ist bis heute unklar. Knud und Ralf lehnen eine solche Tat in einer im September erschienen Erklärung aus politischen und moralischen Gründen ab und bezeichnen sie als terroristisch.

Kurz nach der Festnahme wurden Lichtbilder von den Bahngleisen durch die Kripo in Pinneberg gefertigt, die Reste von Betonplatten zusammengesucht und neben den Bahngleisen zusammengelegt. Ein Teilstück wurde sichergestellt, der Rest blieb liegen. Weitere Spuren wurden nicht gesichert, weder am Tatort noch an den Festgenommenen. Diese wurden lediglich erkennungsdienstlich behandelt.

30.7.: Die Haftrichterin in Pinneberg erläßt Haftbefehl. Dieser stützt sich auf die Aussagen der LKA-Beamten und eine schriftliche Aussage des Lokführers des betreffenden Zuges, in der es heißt, daß eine Entgleisung des Zuges nur deswegen nicht eintrat, weil er außerplanmäßig 105 statt 140 km/h fuhr. Der Haftbefehl ergeht wegen "gefährlichen Eingriffs in den Bahn und Schienenverkehr". Der Haftgrund "Fluchtgefahr" wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe (1 - 5 Jahre).

7.8.: Dieser Haftbefehl wird bei der Haftprüfung von der Haftrichterin Peters aufrechterhalten. Auf Initiative der STA Itzehoe erstellte ein Ingenieur der DB eine Stellungnahme, in der es heißt, daß ein Zug mit steigender Geschwindigkeit eine höhere Entgleisungssicherheit habe, jedoch die Anordnung der Platten die Gefahr erhöht habe. Weiter enthält diese Stellungnahme die Bewertung, daß, wer Platten auf Gleise lege auch die Absicht habe, einen Unglücksfall herbeizuführen. Dies ist jedoch eine rechtliche Frage, nämlich die Bewertung eines Vorsatzes und keine technische Frage. Auch damit entlarvt sich der Ingenieur als Gefälligkeitsgutachter.

20.9.: Erneute Haftprüfung. Die Rechtsanwälte weisen nach, daß keine Fluchtgefahr besteht: Knud und Ralf haben einen festen Wohnsitz, eine feste Arbeit bzw. Studium und feste soziale Bindungen. Trotz dieser Argumente erweitert die Haftrichterin den Haftbefehl auf "Mordversuch". Grundlage dieser Entscheidung ist die obengenannte Stellungnahme. Die Staatsanwaltschaft übernimmt diesen Vorwurf in der Anklage.

9.12.: Die Verteidigung reicht eine Stellungnahme zur Anklageschrift ein, dem ein wissenschaftliches Gutachten der Uni Bremen beiliegt, das eine Gefährdung des Bahnverkehrs - sollten tatsächlich Betonplatten auf den Gleisen gelegen haben - ausschließt. Außerdem wird belegt, daß Ralf und Knud aus ihrer politischen Geschichte als Teil der radikalen Linken eine solche Tat niemals begehen würden.

20.12.: Zulassung der Anklage. Das Landgericht nimmt das Gutachten zur Kenntnis und verändert die Anklage: aus dem "gefährlichen Eingriff" wird "versuchter gefährlicher Eingriff". Der Vorwurf "versuchter Mord" bleibt jedoch bestehen, ohne daß der Versuch gemacht wird, ein Motiv zu finden, das eine Absicht hätte begründen können. Das bedeutet: Knud und Ralf müssen weiterhin im Knast sitzen für etwas, was sie nicht getan haben.

27.1.92: Prozeßbeginn. Richter Manfred Selbmann läßt den Vorwurf "versuchter Mord mit dringendem Tatverdacht" fallen mit der Begründung, den Angeklagten könne eine Tötungsabsicht beim gegenwärtigen Stande des Verfahrens nicht nachgewiesen werden und hebt den Haftbefehl auf. Die Staatsanwaltschaft ihrerseits beharrt auf der Anklage "Versuchter Mord".

Somit müssen wir noch immer mit allem rechnen. Daß Ralf und Knud jetzt frei sind, ist ein erster Erfolg. Jetzt muß das ganze Konstrukt gegen die beiden entlarvt werden.

(Entnommen aus: Spreng-Sätze 1)

30. 3 mal 3 ist ungefähr 13

Autor: Knut Mellenthin (Zu einer falsch-richtigen Zitierung durch Henryk M. Broder) · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:36

"Am 9. August 1938 erschien der `Völkische Beobachter', das Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands, mit der Schlagzeile: `In Prag regieren die Juden!' Fast auf den Tag genau 30 Jahre später, am 21. August 1968, erschien das Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, `Neues Deutschland', mit einer ganz ähnlichen Artikelüberschrift: `In Prag regieren die Zionisten!'". (Henryk Broder in der Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", 12.6.76).

Als ich dieser Behauptung vor einigen Jahren nachging, entdeckte ich, daß es unter den angegebenen Daten weder eine solche Artikelüberschrift im "Neuen Deutschland" noch eine solche Schlagzeile im "Völkischen Beobachter" gegeben hatte. Anschließend sah ich die Ausgaben der beiden Zeitungen vom August/September 1938 und 1968 durch. Aus der Tatsache, daß ich auch dabei nicht auf die von Broder zitierten Sätze stieß, zog ich damals die voreilige Schlußfolgerung, die ganze Sache sei "frei erfunden". (1)

Diese These habe ich wiederholt, nachdem Oliver Tolmein in "Konkret" 12/91 schrieb, das "Neue Deutschland" sei am 25. August 1968 mit der Titel-Schlagzeile erschienen: "In Prag regiert der Zionismus". Außerdem ließ ich mich, nach nochmaliger Durchsicht der NDs vom August 1968, zu der sehr weitgehenden Behauptung hinreißen, "daß dort der Begriff 'Zionismus' überhaupt nicht verwendet wurde". (2)

Ich habe mich geirrt. Zwar gab es eine solche Schlagzeile tatsächlich nicht, und es gab auch keinen Satz mit dem zitierten Wortlaut. Aber Oliver Tolmein ist es gelungen, den zugrunde liegenden Originalsatz aufzuspüren. (3) Er steht ziemlich versteckt und scheinbar zusammenhanglos in einem Kommentar, der am 25.8.68 auf der Seite 2 des ND stand. Der Satz lautet dort: "Zionistische Kräfte haben die Führung übernommen". Gemeint ist damit der außerordentliche Parteitag der KPC, der am 22. August 1968, einen Tag nach der Besetzung der Tschechoslowakei unter illegalisierten Bedingungen stattgefunden hatte. Der Satz bezieht sich auf das von diesem Parteitag neugewählte Präsidium des ZK. In dem Kommentar wird, der damaligen Sprachregelung von SED und KPdSU folgend, dem Parteitag der KPC die Legitimität abgesprochen. Eine "illegale Zusammenkunft" sei es gewesen, die Mandate der Delegierten seien nicht überprüft worden, Delegierte aus der Slowakei seien überhaupt nicht vertreten gewesen. Tatsächlich war der Parteitag aufgrund des Handlungsbedarfs durch den Einmarsch sehr improvisatorisch zusammengerufen worden, und für eine Beteiligung des slowakischen Parteiteils hatte die Zeit nicht mehr gereicht. Nur 40 von 300 slowakischen Delegierten waren anwesend. Das bot einige Wochen später die wichtigste Handhabe zur Annullierung des Parteitags.

Ich habe bei Durchsicht von zwei Monaten "Neues Deutschland", was mich mehrere Tage gekostet hat, den nun von Oliver Tolmein aufgespürten Satz tatsächlich übersehen. Die Schadenfreude, nicht gründlich genug gewesen zu sein, trifft mich zu recht. Ich hätte auf jeden Fall das Ergebnis meiner Sichtung vorsichtiger formulieren müssen, da man bei einer solchen Arbeit eben letztlich doch nicht jeden einzelnen Satz wahrnimmt, sondern manche Artikel nur anliest oder überfliegt.

Richtig bleibt auf der anderen Seite, daß es die von Oliver Tolmein zitierte Titel-Schlagzeile tatsächlich nicht gegeben hat und daß der jetzt aufgestöberte Satz etwas anderes aussagt. Tolmein scheint die Differenz nicht wahrzunehmen, aber die Person, die als erste auf den Gedanken kam, den vorgefundenen Originalsatz erheblich umzugestalten, um etwas ganz Bestimmtes besser "beweisen" zu können, hatte den Unterschied offensichtlich begriffen.

Es ist ärgerlich, wenn Tolmein die Feststellung der Tatsachen als "preußischen Bürokratismus" denunziert und mir vorwirft, ich würde Stalinisten und Faschisten "rehabilitieren" wollen. Müssen wir etwa ernsthaft darüber streiten, daß die korrekte Wiedergabe von Zitaten und Fakten zum einfachsten Handwerkszeug einer sinnvollen Auseinandersetzung gehört? Soll man Tolmein so verstehen, daß er das ungestörte Recht auf falsches Zitieren einfordert? Gilt die DDR nun auch in "konkret" als zum Abschuß freigegeben, nach dem Motto "Es kommt nicht so genau drauf an"?

Der Herausgeber von "konkret" ist dafür bekannt, daß er schnell einmal auf die Barrikaden geht, wenn ein von ihm niedergeschriebener Satz nicht ganz richtig wiedergegeben wird. Und vermutlich würde sogar Oliver

Tolmein seine heitere Gelassenheit im Umgang mit Zitaten verlieren, sobald er selbst das Opfer wäre. Was man jeweils für pedantisch und kleinkariert hält, ist offenbar sehr von subjektiven Betroffenheiten und politischen Absichten abhängig.

Der Mangel und die Gefahr der polemischen Debattenform - das meine ich auch selbstkritisch - liegt in der Regel darin, daß ein bestimmtes Ziel vorgegeben ist und dann nur unter diesem Aspekt die passenden Zitate zusammengesucht werden, die zur Bestätigung und Veranschaulichung der eigenen Ansichten am nützlichsten sind. In diesem Sinn braucht man nicht einmal Zitate zu verfälschen, um die Unwahrheit zu sagen. Man muß nur geschickt auswählen oder weglassen.

Um die Sache an einem Beispiel zu verdeutlichen: Von Brecht ist zum 17. Juni 1953 wohl am bekanntesten sein ironisches Bonmot, die DDR-Regierung möge sich ein anderes Volk wählen. Dieses Zitat zeigt Brecht in einer erkennbar kritischen Distanz zur SED-Politik. Andererseits wurde damals in der DDR-Presse nur ein einziger, sehr unkritisch und peinlich unterwürfig klingender Satz aus einem Brief Brechts an Ulbricht publiziert: "Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auszudrücken." Und drittens hat Brecht seine Position zwei Wochen nach dem 17. Juni in einem Brief an Peter Suhrkamp ausführlicher erläutert. Dort wird einerseits seine Kritik an der vorangegangenen SED-Politik, andererseits aber auch seine scharfe Verurteilung des "Volksaufstands" deutlich. Erst diese verschiedenen Äußerungen zusammengenommen ergeben eine Grundlage für ein wahrheitsgemäßes Bild von Brechts Einstellung.

Ebenso müßte der Kommentar-Satz über die "zionistischen Kräfte" im größeren Zusammenhang betrachtet werden, falls mehr beabsichtigt ist als eine oberflächliche Denunzierung der SED und der DDR. Ist das tatsächlich ein typischer, sozusagen offizieller Satz, der Entsprechungen in anderen Verlautbarungen jener Zeit findet? Gibt er gar "die Parteilinie" der SED zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei wieder? Oder handelt es sich um eine eher untypische, vielleicht sogar um eine ziemlich isoliert dastehende Aussage?

Ich meine nach wie vor, daß der zitierte Satz nicht der sonstigen Argumentation der SED zu den tschechoslowakischen Ereignissen entspricht. Er entspricht nach meinen Erkenntnissen auch nicht der allgemeinen Diktion des "Neuen Deutschland" zu den Vorgängen. Der Kontext und Sinn des Satzes muß meiner Ansicht nach zunächst einmal über den Autor des Kommentars erschlossen werden. Das bedeutet zugleich die Trennung von einer schematischen Sichtweise, die jeden einzelnen Satz im damaligen Zentralorgan so interpretiert, als müßte er automatisch "die Parteilinie" wiedergeben und vorher im Politbüro abgesegnet worden sein.

Der Kommentar (4) ist mit dem Kürzel W.K. gekennzeichnet. Ein Vergleich ergibt, daß es sich dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit um Werner Kolmar handelt. Kolmar wurde 1931 geboren, kam 1951 als Volontär zum ND. Von November 1956 bis Oktober 1959 war er ND-Korrespondent in Ungarn, dann von 1962 bis zum Sommer 1968 in Polen. Am 18. August 1968 meldete das ND seine Abberufung aus Warschau und seine Rückkehr in die Hauptredaktion des ND nach Berlin. Kurz nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei wurde Kolmar als Korrespondent nach Prag geschickt, kehrte aber anscheinend schon knapp zwei Wochen später noch einmal in die Hauptredaktion zurück. Am 20. September 1968 meldete das ND auf Seite 7, daß Werner Kolmar einen Tag zuvor "durch einen Autounfall aus unseren Reihen gerissen" worden sei. Der Nachruf schloß mit dem vielleicht bedenkenswerten Satz, daß Kolmar "in der vordersten Linie des Klassenkampfs seine Klassenpflicht erfüllt" habe.

Kolmar war also bis zum August 1968 Korrespondent in Polen, und aus diesem Zusammenhang heraus wirkt sein Seitenhieb gegen "zionistische Kräfte" gar nicht mehr so isoliert. Denn im März und April 1968 war Polen Schauplatz einer heftigen "antizionistischen" Kampagne gewesen. Nach Studentendemonstrationen hatte die KP die Arbeiterschaft unter Parolen mobilisiert, die ihren antijüdischen Sinn teils nur dürftig, teils gar nicht verbargen. Hunderte von Funktionären mit jüdischem Hintergrund wurden entlassen, mehrere Tausend Menschen jüdischer Abstammung verließen das Land. Diese Kampagne nahm Formen an, die den polnischen Parteichef Gomulka schon im März veranlaßten, vor der "oft falsch verstandenen Losung des Kampfes mit dem Zionismus" zu warnen und zu betonen, daß jeder gleiche Rechte habe, "unabhängig davon, ob er sich als Pole, Weißrusse oder Jude bezeichnet". Einziger Maßstab sei die Loyalität zum herrschenden System. (5) Andererseits hat aber auch Gomulka sich an der Instrumentalisierung antijüdischer Ressentiments beteiligt. (6)

Das Attribut "zionistisch" in diesem Zusammenhang bezeichnete nicht primär eine bestimmte Weltanschauung, sondern kann am sinnvollsten durch die Formel "Jude mit verdächtigen reformerischen und pro-westlichen Neigungen" übersetzt werden. Genau in diesem Sinn verwendete es auch Kolmar in einem Artikel, den das ND am 19. März 1968 abdruckte. (7) Er polemisierte dort gegen "zionistische Zentren in Warschau", ohne diesen Begriff jedoch zu definieren und zu präzisieren.

Das ND hat zu Polen im betreffenden Zeitraum (Frühjahr 1968) nur diesen einen längeren und inhaltlich "einschlägigen" Text von Kolmar gebracht, ansonsten im Wesentlichen die Meldungen von ADN übernommen, so daß sich die Frage aufdrängt, wozu das ND überhaupt einen eigenen Korrespondenten in Warschau brauchte oder was Kolmars wirklicher "Einsatzauftrag der Partei" (lt. Nachruf) war. Vermutlich hat Kolmar zumindest während des Aprils 1968 überwiegend in der Berliner Hauptredaktion gearbeitet, denn in dieser Zeit erschienen etliche Kommentare von ihm, die sich mit BRD-Themen, vorwiegend mit dem gerade aktuellen Streit um die Notstandsgesetze, befaßten.

Insgesamt ist das ND in diesem Zeitraum auf die in Polen teilweise sehr heftig und explizit geführte "antizionistische" Kampagne nicht eingestiegen, obwohl es eigentlich üblich war, den Stimmen und Stimmungen der "Bruderparteien" breiteren Raum zu geben. Insofern ist eine Distanz der SED gegenüber der polnischen Kampagne zu vermuten. Zurück zum Kommentar vom 25. August: "Zionistische Kräfte haben die Führung übernommen". Ein Satz, der nicht weiter erklärt wurde und mit dem vermutlich ausgesagt werden sollte, daß nach Ansicht von W.K./Kolmar zuviele Juden im neugewählten Präsidium des ZK seien. Das entsprach Angriffen, wie sie zu dieser Zeit ansonsten vor allem in Teilen der polnischen und der sowjetischen Presse lanciert wurden. Namentlich diffamiert wurden dort in erster Linie die Präsidiumsmitglieder Kriegel, Goldstücker und Sik. Ergänzend muß gesagt werden, daß mit solchen antijüdischen Andeutungen zwar Politik "unter der Hand" gemacht wurde, daß sie aber nicht Gegenstand der parteioffiziellen Deklarationen - beispielsweise zur Legitimierung des Einmarsches - waren.

Ohne das ND und die SED "rehabilitieren" zu wollen, muß die von Oliver Tolmein, wie übrigens auch von Paul Lendvai (8), nahegelegte Auffassung, die DDR habe sich in Sachen "Antizionismus" vergleichsweise besonders hervorgetan, als unzutreffend kritisiert werden. Fragwürdig ist auch Tolmeins durch nichts fundierte These, es habe in der Israel-Berichterstattung der DDR-Medien signifikante Unterschiede zu anderen Ostblock-Staaten gegeben, die auf die Präsenz alter Nazis zurückzuführen seien. Um diese These zu verifizieren, reicht es selbstverständlich nicht aus, ein paar herbe Zitate aus DDR-Medien zusammenzutragen, sondern es müßten sowjetische und polnische Publikationen untersucht und vergleichend dagegengehalten werden.- Dieser Einwand gegen die unbewiesene These von einer ostdeutschen Sonderrolle entlastet die DDR selbstverständlich nicht von Kritik. In diesem Zusammenhang sind besonders die Untersuchungen von Angelika Timm lesenswert. (9)

Zu diskutieren wäre Tolmeins Begriff von Antisemitismus, wenn er über die ND-Berichterstattung zur Tschechoslowakei 1968 schreibt: "Tatsächlich wimmelt es im `Neuen Deutschland' im angegebenen Zeitraum nur so von verschwörungstheoretischen Artikeln, in denen mal Imperialisten, mal die Organisatoren der Kafka-Konferenz von 1963 wie `Goldstücker, einer der Hauptverantwortlichen', und mal die Intellektuellen in toto als `geistige Vorreiter der Konterrevolution' bzw. als deren Anstifter enttarnt werden: Die Rhetorik ist, auch wenn nicht ausdrücklich `Zionisten' oder `Juden' als `Drahtzieher' genannt werden, über weite Strecken antisemitisch - was auch für die Berichterstattung über Israel gilt." (3)

Jede konkrete Demonstration, wovon er eigentlich spricht und in welchen Äußerungen - es müßten doch wohl ziemlich viele sein - zur CSSR er "antisemitische Rhetorik" wahrgenommen hat, ist Tolmein bisher noch schuldig geblieben. Zutreffend ist, daß die DDR-Medien und die SED die tschechoslowakische Entwicklung primär mit äußeren Einflüssen begründeten, an erster Stelle mit der Einmischung und Subversion der imperialistischen BRD-Kräfte. In diesem Sinn ist ein exzessiver Hang zu "Verschwörungstheorien" für den realsozialistischen und ebenso auch für den linksradikalen Diskurs eigentlich immer kennzeichnend gewesen. Solche "Theorien" haben zum Antisemitismus zwar gewisse strukturelle Parallelen, sind darum aber noch lange nicht selbst als antisemitisch zu interpretieren. Wenn in den DDR-Medien hauptsächlich und ganz überwiegend verschiedene BRD-Kreise für die Steuerung der "Subversion" und "Konterrevolution" in der CSSR verantwortlich gemacht wurden, so läßt sich das vernünftigerweise nicht antisemitisch umdeuten.

Bemerkenswert ist, daß H.L. Gremliza im Gegensatz zu Tolmein in "konkret" 2/92 den Versuch macht, die untergegangene DDR noch einmal als "die in Deutschland einzige antifaschistische Kraft von Bedeutung" hochleben zu lassen. Nach Ansicht Gremlizas war es dem Staat DDR "gelungen..., den Antisemitismus seiner Untertanen auf ein in der neueren deutschen Geschichte ungekanntes Maß zu reduzieren". Diesen mir auf Anhieb sehr sympathischen nostalgischen Ausflug begründet Gremliza aber mit nichts weiter als einer "Spiegel"-Untersuchung: ihr zufolge seien antisemitische Ressentiments in den Ex-DDR-Ländern signifikant weniger verbreitet als im alten Bundesgebiet. Das mag sein oder auch nicht. Die Frage wäre aber doch, worin konkret eigentlich gerade in Sachen Antisemitismus die spezielle "antifaschistische Erziehung" der alten DDR bestanden haben soll. Nach allem, was bisher darüber zu lesen war, ist dieses Thema, ebenso wie die jüdische Geschichte, anscheinend in der DDR-Pädagogik weitgehend ignoriert worden. Daß es Antisemitismus auch im Realsozialismus gab, will Gremliza gar nicht bestreiten. Er erklärt ihn aber nur als Zugeständnis an die verblödeten niederen Volksmassen. So kommt er zu der erstaunlichen These, "daß die antisemitischen Phasen der stalinistischen Politik ihre demokratischsten, dem Willen des Volkes nächsten waren." (10)

Antisemitismus hat sich in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Staaten vor allem in den Jahren 1947-52 ausgetobt, als überall im Wortsinne die Köpfe "kosmopolitischer" (=jüdischer) Parteifunktionäre rollten. Gremliza ist vermutlich der erste, der ausgerechnet diese Phase für relativ "demokratisch" hält, und es wäre zu fragen, ob er das ernsthaft aufrechterhalten will. Jedenfalls sind gerade die Auseinandersetzungen und "Säuberungen" jenes Zeitraums nicht vom Massenbewußtsein ausgegangen, sondern müßten primär von inneren Problemen und Logiken der kommunistischen Bewegung her erklärt werden.

Ganz sicher falsch ist auch die Behauptung Gremlizas, "daß Juden heute in der Sowjetunion um ihr Leben bangen müssen wie nie zuvor" (10), soweit es die Worte "wie nie zuvor" angeht. Anscheinend weiß Gremliza nicht, daß in jenem Zeitraum 1947-52 die führenden Kräfte der jüdischen Intelligenz der Sowjetunion "liquidiert" wurden, darunter auch die maßgeblichen Träger des Jüdischen Antifaschistischen Komitees, das während des Weltkriegs gegründet worden war und im November 1948 aufgelöst wurde. Es gibt gerade unter dem "jüdischen Blickwinkel" eigentlich keinen Grund, die Zeit Stalins als wesentlich besser im Vergleich mit den derzeitigen Zuständen anzusehen.

Eine gründlichere Untersuchung von antisemitischen Tendenzen im Realsozialismus müßte von der Kampagne der Jahre 1947-52 ausgehen. Alles, was in dieser Hinsicht 1968 noch geschah, einschließlich der polnischen Ereignisse, stellte nämlich nur noch eine vergleichsweise schwache Nachwirkung und Wiederbelebung von Elementen jener Kampagne dar.

Knut Mellenthin

Anmerkungen

1) "Gedanken über eine Erfindung", ak 277, 15.12.86.

2) "Spätfolgen des Kalten Krieges", ak 337, 16.12.91.

3) "Im Rahmen des Üblichen", konkret 2/92.

4) Tolmein nennt ihn "den Leitkommentar" des ND, wohl um einen offiziellen Charakter zu unterstellen. Diese Kennzeichnung scheint mir falsch. Leitkommentare des ND erschienen gelegentlich auf der Titelseite und waren oft nicht unterzeichnet. Die Rubrik "Kommentare und Meinungen" auf Seite 2, in der der fragliche Text erschien, hatte einen anderen Charakter. Die Themen waren teilweise banal (z.B. Beginn des Studienjahrs, Ende der Rübenernte), und die Zahl der stets mit Kürzeln persönlich gekennzeichneten Autoren war relativ groß. Die Menge der hier untergebrachten Kurztexte, mal einer, mal zwei, mal drei, manchmal keiner, wechselte von Tag zu Tag.

5) Gekürzte Wiedergabe der Gomulka-Rede im ND vom 21.3.68.

6) siehe Pauls Lendvai's Buch "Anti-Semitism in Eastern Europe", 1971 in den USA erschienen.

7) "Polens Arbeiterklasse spricht ein Machtwort", ND vom 19.3.68, S.6.

8) Lendvai behauptet auf S. 283 seines Buches, daß die giftigsten Angriffe gegen "Zionisten" in der Tschechoslowakei aus der DDR gekommen seien. Die offiziellen DDR- Medien hätten mit der Intensität und

Häufigkeit ihrer "antizionistischen Verleumdungen" selbst die Polen übertroffen. Eine seltsame These, da gerade Lendvai auf zig Seiten die heftigsten polnischen Angriffe zusammengetragen hat, während er für die DDR außer dem bekannten Satz von W.K., den er korrekt zitiert, nur noch zwei oder drei weniger überzeugende Beispiele anführt.

9) siehe z.B.: Angelika Timm, "Die verdrängte historische Schuld", in der "Tribüne" Nr. 119/1991. Von der gleichen Autorin: "Wir haben dieses Volk bewußt übersehen", im "Morgen" vom 10./11.11.90.

10) "Von den Übeln", "konkret" 2/91.

31. Verbrecherische Ideologie oder Befreiungsnationalismus? Zur Kritik des linken Antizionismus

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:41

Eine "Selektion entlang völkischer Linien" habe stattgefunden, halten die RZ in einer im letzten ak dokumentierten Erklärung fest (S. 28f). Selbstkritisch wurde damit eine 1976 unter Beteiligung von RZ-Genossen durchgeführte Flugzeugentführung ("Entebbe") reflektiert, in deren Verlauf jüdische Passagiere separiert worden waren. Dazu veröffentlichte "Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier" von "GenossInnen aus der Mehrheit" (S.30) gehen glatt am Zentrum vorbei, und das betrifft auch uns - die verschiedenen Teile des ehemaligen KB, Ex-Mehrheit und Gruppe K. Die Notwendigkeit, den "Antizionismus" der "Neuen Linken" aus den 70er Jahren einer Kritik zu unterziehen, ist eklatant. Denn: Jener war oftmals vom Bestreben nach Entsorgung deutscher Vergangenheit geprägt und von antisemitischen Stereotypen überlagert. Ein Beitrag von Kt. in ak Nr. 337 (Spätfolgen des kalten Krieges, S.34) bewies einmal mehr die aktuelle Brisanz dieser Problematik.

Es ist schon sehr merkwürdig. Auf nahezu einer ak-Seite schafften in ak 338 AutorInnen der Gruppe "Mehrheit", sich mit einem wesentlichen Kern der RZ-Erklärung inhaltlich nicht auseinanderzusetzen. War dort davon die Rede, daß "wir" - also die RZ - "mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil einer historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte", fühlte man sich offensichtlich nicht gemeint. Die stattdessen ausgebreiteten Probleme erwecken dadurch jedenfalls teilweise den Eindruck, zur Vermeidung eines unangenehmen Themas vorgeschoben und aufgepustet zu werden. So grübelt in der radikalen Linken in Wirklichkeit kein Mensch über den Verdacht, das RZ-Papier sei eventuell nicht authentisch. Auch, daß die RZ den behaupteten Tod von Gerd Albartus nicht beweisen und belegen kann, raubt niemandem den Atem: Gründe, Erkenntnisquellen konspirativ zu halten, gibt es viele. Natürlich liegt nun die Verantwortung für die absolute Zuverlässigkeit der Information bei den AutorInnen. Daß der Text der "Mehrheit" - zwar vorsichtig, aber noch deutlich genug - andeutet, Albartus könne ja auch durch sie umgebracht worden sein, ist infam.

Ernster zu nehmen ist der Einwand, die RZ hätte die palästinensische Gruppe, die dem Text zufolge Albartus hinrichtete, im Rahmen der Möglichkeiten konkret belasten, und ihre politische Isolierung herbeiführen müssen. Vieles spricht indes dafür, daß die von der RZ resignierend hingenommene Unmöglichkeit, "eine Form der Reaktion" zu finden, "die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird", solche Überlegungen mit einschließt. Die gemeinte kleine Gruppe ist allem Anschein nach das "PFLP-Generalkommando", das sich kurz vor der Entführung von der großen Organisation PFLP (Habasch) abspaltete (1). Anders als die in der BRD breit vertretene PKK kann jenes PFLP-GK, das vermutlich aus dem Nahen Osten agiert und ausschließlich über Anschläge etc. in Erscheinung tritt, durch eine politische Kampagne in Deutschland in keiner Weise betroffen werden. Mutmaßliche Aktivitäten des PFLP-GK dienen hierzulande vielmehr der bürgerlichen Presse regelmäßig, wie auch jüngst wieder bei Habaschs Parisaufenthalt, dazu, die PFLP massiv zu diskreditieren.

Leider verfolgen die "GenossInnen der Mehrheit" auch mit ihrer Fragestellung, ob bei der Entführung die Selektion wirklich allein nach dem Merkmal "Jude" erfolgte - wie ZeugInnen es vor laufenden Fernsehkameras darstellten -, oder anhand der israelischen Pässe - wie mit einigen Rechenkünsten nachzuweisen versucht wird -, den Zweck, am Entscheidenden vorbeizuschreiben. Denn es macht zwar einen wichtigen Unterschied, ob das Kommando gezielt und offen antisemitisch "Juden" isolierte, oder israelische Staatsbürger. Auch im letzten Fall bliebe es eine in höchstem Maße kritikwürdige Selektion, die zudem von deutschen Akteuren ausgeführt wurde. Selbst wenn jene Rechenkünste zuträfen, gälte: Entebbe war kein Einzelfall, sondern ging mit antisemitischen Elementen im "antizionistischen" Selbstverständnis der Neuen Linken einher und verweist auf tiefgreifende Defizite und Fehler auch in unserer eigenen politischen Geschichte.

Israel - der "Gangster-Staat"?

Mit einer ins Auge springenden Vermeidung hat sich der KB nach Entebbe, nach 1976, um jene tieferliegenden Probleme herumzumogeln versucht. Der ak 84 vom 13.7.76 behandelte ausschließlich die israelische Kommandoaktion im ugandischen Entebbe, die zum Tod der Entführer und ugandischer Soldaten, und zur Befreiung der Geiseln führte. Die Geiselaffaire wurde zum Anlaß genommen, so richtig grundsätzlich mit Israel abzurechnen. Mit keinem Wort dagegen ging der Text auf die Problematik der immerhin von deutschen Linken mitgestalteten Entführung und Selektion ein. Auch in den folgenden Ausgaben des ak findet sich dazu keine Silbe. Dies ist umso verwunderlicher, als der KB ansonsten durchaus auch schon damals der kritischen Diskussion verschiedenster linksradikaler Politikansätze und Aktivitäten, auch des bewaffneten Kampfs, sehr aufgeschlossen gegenüberstand.

Dagegen findet sich im Text die Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Es heißt dort: "Israel ist von daher in besonderer Weise "spezialisiert" auf alle Arten von Aggression, Massenmord und Rechtsbrüchen gegen andere Staaten, wobei es sich zusätzlich einer weitestgehenden "Narrenfreiheit" erfreut, die es der zynischen Berufung auf sechs Millionen ermordete Juden verdankt - die aber im Grunde nichts anderes sind als Opfer derselben menschenverachtenden Politik, die Israel heute praktiziert." Was hier als "im Grunde" dasselbe erklärt wird, ist auf der einen Seite eine sehr gewaltförmige, aber auf ein eng begrenztes Ziel der Geiselbefreiung ausgerichtete militärische Kommandoaktion, die gegen das Völkerrecht verstieß, und auf der anderen Seite die planmäßige Vernichtung des europäischen Judentums. Juden wird die Berufung auf die geschichtliche Verfolgung aberkannt und dadurch die eigene Problematik, der Tätergesellschaft anzugehören, "gelöst".

Der ak-Text von 1976 zeigt an, wie solche Geschichtsrelativierung von links als Spiegelbild rechter Entschuldungsstrategien entstanden ist: Auf den offiziellen Philosemitismus, der Deutschland durch demonstrative Judenachtung wieder groß machen wollte, wurde im Reflex mit einer Ausformung von "Antizionismus" reagiert, die ebenso der Entschuldung diente. Der ak zitierte die bürgerliche Presse wie folgt: "Schreibtisch-Mörder wie der 'Welt'-Chef-Kommentator Kremp geben sich sich nicht einmal mehr Mühe, ihre faschistische Blutgier zu verbergen, wenn sie die "eminente Vernichtungsqualität" des israelischen Überfalls preisen (Welt, 5.7.)." Dem folgte aber nicht die Analyse, daß der WELT-Kommentator den völlig unangemessenen Begriff der "Vernichtungsqualität" ganz offensichtlich deswegen ausgerechnet auf Israel verwandte, weil die Vorstellung von den schuldigen Opfern die Entschuldung der Täter bewirken soll. Der sprachliche Auschwitz-Vergleich wird vielmehr selbst übernommen. Weiter im Zitat: "Passend hierzu der Ausspruch von einem der israelischen Killer: `Wir haben auf jeden geschossen, der uns in die Quere kam'(Bild, 5.7.). 20 ugandische Soldaten wurden dabei `vernichtet', aber wen kümmert das schon." Philosemiten vom Schlage eines Kremp und der Antizionismus im `Arbeiterkampf 1976' sind sich damit darin einig, die Shoah vergessen zu machen, indem die Überlebenden zu den Fortsetzern der Methoden nationalsozialistischer Massenvernichtung erklärt werden: Zwei Wege, das gleiche Ressentiment auszudrücken.

Der KB zeigte sich völlig unfähig, die israelische Aktion angemessen zu beurteilen. Man muß die Aktion - die u.a. zahlreiche ugandische Soldaten das Leben kostete - keinesfalls selbst als "Befreiungsaktion" rechtfertigen, um immerhin wahrzunehmen, daß die Geiselbefreiung israelische Hauptintention gewesen ist. Der ak-Artikel aber wittert in dieser Begründung einen bloßen "Vorwand", ein Ablenkungsmanöver, und akzeptiert die Vokabel "Befreiungsaktion" deswegen nicht. Ohne eine solch verschobene Wahrnehmung hätte das israelische Vorgehen nicht als den NS-Morden vergleichbar bezeichnet werden können. Eigentliches Ziel Israels sei es gewesen, heißt es im Artikel, "ein Kommando-Unternehmen gegen Uganda" durchzuführen. Diese Beschreibung stützt sich darauf, daß in der ganzen westlichen Welt, und ganz besonders in der BRD, die Aktion als positiver Anreiz für Interventionspolitik und Kriege in der 3. Welt rezipiert wurde. Daß aber Israel unabhängig von solchen Zwecken schon immer militärische Aktionen aus eigenen Interessen, also tatsächlich in engem Bezug auf seine Bürger und auch auf nichtisraelische Juden, unternahm, wurde verkannt. Hinter einem solchen Unverständnis steht aber bereits ein Schema, das "Zionismus" nicht als israelische Nationalbewegung erkennen mag, sondern im "Zionismus" die extremste Ausgeburt des Imperialismus, gewissermaßen dessen Steigerungsform, erblickt. Eine auf solche Ansichten fußende Selbstbezeichnung als "antizionistisch" muß aber als eindeutig antisemitisch bekämpft werden.

Im ak 84 ist jedenfalls der Staat Israel in einer speziellen Art und Weise verteufelt, die mit Bemühungen um rationale Analyse nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Die Rede ist von Israel als der "'Avantgarde' des Imperialismus", vom "Gangster-Staat", dessen Errichtung "bei gleichzeitiger Vertreibung von mehr als einer

Million Palästinenser(n)" ein Verbrechen gewesen sei, das "mit Notwendigkeit alle weiteren Verbrechen nach sich zog", und von der besonderen Spezialisierung Israels auf "Massenmord", von Israel als einer "Mörderzentrale".

Antisemitismus und Antizionismus

In der Neuen Linken wurde in den 70er Jahren allgemein - wie im eben Zitierten - die besondere Entstehungsgeschichte Israels zum Anlaß genommen, gerade diesem Staat jedes Existenzrecht abzusprechen. Dem liegt ein völlig unreflektiertes Verhältnis zu Staatsbildung und zum Begriff der Nation in der Neuen Linken zugrunde. Die von der RZ hergestellte Verbindung einer Kritik der Entebbe-Aktion zur früheren unreflektierten Übernahme völkischer Kategorien ist alles andere als willkürlich. "Israel", heißt es beispielsweise im ak-Artikel von 1976, "ist in der Situation eines Gangsters, der in ein fremdes Haus eingedrungen ist, die Bewohner vertrieben hat, und der nun frech behauptet, er befinde sich in `Notwehr', wenn er auf die Bewohner und ihre Kinder ballert, die in ihr Haus zurückwollen." Da die Staatsgründung ein unrechtmäßiger Gewaltakt war, kann dem Staat Legitimation und Existenzrecht auch in der Folge niemals zugesprochen werden. Das Unrecht der Gründung setzt sich zwangsläufig fort (vgl. oben). Die Bewohner sind des fortgesetzten Hausfriedensbruch überführt, die ursprünglichen und deshalb berechtigten Bewohner haben ihrerseits das Recht, die Zwangsräumung gegen die Hausbesetzer einzuleiten - dem Rechtsbrecher stehen keine Notwehrrechte zu. Die Vorliebe, das Recht bürgerlicher Staaten zur Untermauerung von Forderungen zu zitieren, wird hier zur Manie, sich zum Weltrichter aufzuwerfen, und unterschiedlichen Menschengruppen die Staatsgründung post festum zuzuerkennen oder abzusprechen. Es fällt auf, daß es immer nur den einen negativen Bescheid gibt: Israel. Dagegen gilt als ebenso "natürlich", daß den Palästinensern ein ewiges und vererbbares Recht auf "ihren Boden" zuzuerkennen sei. Die gesamte Neue Linke, auch der KB, bezog sich positiv auf die Gründungscharta der PLO, die eine besondere, vererbbare Verwurzelung der Palästinenser mit dem palästinensischen Boden der Definition als Nation zugrundelegte.

Zionismus ist die israelische Nationalbewegung, die Legitimationsideologie des Staates. Der Zionismus erzählt wie jeder Nationalismus die alten Geschichten vom Volk, das vorausgesetzt wird, von seinem Recht auf Selbstbestimmung, das es wie andere Völker hätte, von einem Siedlungsraum, der ihm als uraltes Erbe zustünde und natürlich vom Recht, sich seinen Staat zu machen, und sei es mit Gewalt. Wie alle nationalen Ideologien hat der Zionismus seine rassistische Komponente: wer nicht zum Volk gehört, soll auch nicht gleichberechtigt im Staat leben dürfen, am besten überhaupt das Territorium verlassen. Die Palästinenser spielen in diesem Zusammenhang, neben ihrer realen Gegnerschaft dem Staat Israel gegenüber, auch die Rolle des Anderen, des Bedrohers, dessen man sich stets von neuem erwehren muß, um auf diesem Wege um so mehr zu erkennen, wie sehr man zusammengehört, ein Volk ist. Dieser Sachverhalt erlaubt aber keinesfalls, Israel als einen besonderen, verbrecherischen Staat aus der aktuellen Staatenwelt herauszuheben. Die Definition der Nation aus der Abgrenzung vom "Anderen" ist regelhaft, nicht die Ausnahme.

Im Prozeß der Nationenwerdung, der sich andernorts allerdings meist über lange Zeiträume erstreckte, wurden oftmals grauenhafte Massaker begangen: In England wurden im 17. Jahrhundert Rachefeldzüge gegen die Schotten unternommen, Frankreich tat das seine gegen Albigenser und Katharer, später gegen Hugenotten, die Türkei gründete sich vor dem Hintergrund von Armeniermassakern, und die Verfolgung der kurdischen Minderheit dient fortwährend dem Beleg der großtürkischen Identität. Auch aktuell ist eine Tendenz der verschiedensten Nationalismen zu Abgrenzung und Rassismus unschwer zu beobachten. Dies alles ist kein Grund, israelische staatliche Repression zu rechtfertigen, aber es verbietet sich, gerade Israel in den grellsten Farben als in seiner Bestialität hervorstechend zu geißeln.

Die Differenz bei der Staatsgründung besteht darin, daß sich der Zionismus nicht, oder doch erfolgloser als andere Nationalismen, den Anschein geben konnte, ein "naturwüchsiges" Produkt zu sein, das sich in Jahrhunderten zu seiner heutigen Form gemausert hat, und weit entfernt von jeder kritischen Analyse quasi als Lebenssachverhalt existiert. Er ist eine rein politische Geburt, die den Plan, einen jüdischen Staat zu gründen, schon begleitete, bevor es ihn gab. Die politisch herbeigeführte Staatsgründung Israels ist - es sei wiederholt - auch eine Geschichte der Vertreibung und Unterdrückung der Palästinenser. Die Dramatik des Palästina-Konflikts kann aber nicht einfach aus einer besonderen Aggressivität Israels erklärt werden, sondern ist wirklich aus dem sehr realen Problem gespeist, daß tatsächlich zwei sich als Völker definierende Gruppen ein und dasselbe Territorium als Staatsgebiet definieren.

Die RZ hat recht mit ihrem Hinweis, daß verschiedene Befreiungsbewegungen bei der Bildung von Staat und Nation einen Homogenisierungsanspruch gegenüber ihrem jeweiligen Staatsvolk erhoben. Tatsächlich darf auch der Zionismus eben nicht nur über die Unterdrückungspraxis, sondern muß andererseits auch als eine nationale Befreiungsbewegung interpretiert werden. Der Zionismus vermittelte den Juden in ideologischer Verbrämung das Versprechen, ein altes Bedürfnis verwirklichen zu können: Irgendwo leben zu können, wo antisemitische Verfolgung, wiederkehrende Pogrome und Enteignungen bis hin zur Massenvernichtung, für Juden nicht mehr zu befürchten wäre. Er diente der Befreiung von Antisemitismen, wie einige andere Nationalismen der Befreiung von rassistisch-kultureller Unterdrückung. Daß der Zionismus sich zur Staatsgründung nicht gegen die verschiedenen unterdrückenden Nationalismen durchsetzen konnte, sondern sich darin gegen die Palästinenser richtete, ist eine historische Besonderheit. Eine andere liegt in der unvergleichlichen antisemitischen Verfolgungsgeschichte.

Der Erfolg des Zionismus seit der Jahrhundertwende in Osteuropa beruht auf den besonders schlechten Bedingungen, denen die Ostjuden im damaligen Russischen Reich (inclusive Russisch-Polen) und im Osten der Habsburg-Monarchie ausgesetzt waren. In Westeuropa verfing er zunächst nicht, die Juden in Deutschland, Frankreich etc. erhofften sich von einem jüdischen Staat wenig Vorteile. Sie bauten auf die Vollendung der Assimilation und sponsorten jüdische Siedlungsprojekte in Palästina aus einer Mischung aus Solidarität mit den Auswanderungswilligen und geheimer Furcht vor übergroßer Zuwanderung armer, traditionalistischer Juden aus dem Osten. Der Siegeszug des Zionismus im Westen wurde durch den deutschen Faschismus bewirkt, der die Behauptung der Zionisten, es gebe ein jüdisches Volk, negativ bestätigte. Auch Westjuden, ob getauft oder ungetauft, machten nun die Erfahrung, daß dem Jude-Sein nicht zu entkommen war. Dies stellt einen sehr praktischer Beweis der zionistischen Ideologie dar, die durch die Judenpolitik der Nazis endgültig einen nicht mehr zu bestreitenden materialistischen Kern bekam. Die Frage, ob ein jüdischer Staat auch ohne die Shoah entstanden wäre, ist nicht entscheidend - reale antisemitische Verfolgung und damit praktische Gründe für viele Juden, auch schon vor 1933 einen eigenen Staat zu wollen, gab es genug. Die Erfahrung nach 1933 hat jedenfalls aus den sehr unterschiedlichen Juden in Europa ein Kollektiv der Verfolgten gemacht. Jede/r Einzelne wurde nach bestimmten Kriterien ausfindig gemacht, eine Wahlmöglichkeit, Jude sein zu wollen, gab es nicht. Die Juden wurden zur Schicksalgemeinschaft gemacht, zum Volk, das zum Schutz einen Staat gründet. Der Zionismus, als Ausdruck des Bestrebens, Schutz vor Antisemitismus zu schaffen, ein Befreiungsnationalismus, hat die Schwierigkeit der kurzen "nationalen" Tradition, die in Bezug auf die Anerkennung des Staates immer wieder Legitimationsprobleme bereitet, mit anderen Befreiungsnationalismen gemeinsam - so formierte sich z.B. die palästinensische Nationalbewegung, auf eine Staatsgründung orientierend, großenteils erst nach 1948.

Heute definiert sich der israelische Staat als ein auf diesen Erinnerungen gründender, vom Sicherheitsgedanken erfüllter Verteidigungsstaat, der sich möglichst alle Optionen zum eignen Schutz offen halten will. Gibt es auch deutliche Differenzierungen in der israelischen Gesellschaft, so besteht doch immer wieder weitgehend ein Konsens, auch völkerrechtswidrige Militärinterventionen und -operationen als gerechtfertigt anzusehen und ein Atomwaffenmonopol in der Region zu beanspruchen. Der Zionismus bleibt in unterschiedlichen Ausprägungen die Staatsideologie, dringend benötigt in einem jungen bürgerlichen Staat, der auf Warenproduktion und Klassenherrschaft gründet und immer wieder die vielen Einzelnen als Staatsvolk bei der Stange halten muß. Eine außergewöhnliche Rolle spielt Israel als Exponent westlicher Lebensbedingungen und Standards in einer Region von Drittweltstaaten und Schwellenländern. Dagegen kann nicht besonders herausgestellt werden, daß Israel "Brückenkopf des US-Imperialismus" sei und es deswegen im Nahen Osten einzigartig dastehe. Andere Staaten der Regionen dienen ihrerseits als "Brückenköpfe des Imperialismus", oder dienen sich für eine solche Funktion soeben an: die Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten ... sind es schon, Irak war es teilweise, Syrien ist auf dem besten Wege. Die Fremdheit Israels im vorderen Orient in kultureller Hinsicht und in Hinsicht auf Lebensbedingungen prädestiniert es, dort bevorzugtes Objekt von Ressentiments der zu kurz Gekommenen zu sein. Israelfeindlichkeit ist erklärte Regierungspropaganda zahlreicher Staaten der Region und, wie der Golfkrieg gezeigt hat, Bestandteil des Massenbewußtseins.

Die Betonung der Fremdheit der Juden in Palästina verweist aber in vielen antiisraelischen Aussagen auch auf im arabisch-islamischen Raum virulente antisemitische Denkmuster. Die Aberkennung der "Staatsfähigkeit" gerade und nur für den Zionismus spielt - manchmal sehr direkt - auf das antisemitische Stereotyp vom ewigen Juden an, der, ewig umherschweifend, heimatlos bleiben muß, weil er "natürliche" Bindungen an heimatlichen Boden nicht einzugehen vermag. Eine solche antisemitische Komponente ist auch im geäußerten

"antizionistischen" Bewußtsein vieler Linker hier zu beobachten, wenn herausgestrichen wird, sich mit der Existenz der Fremdlinge auf palästinensischem Boden niemals abfinden zu wollen. Eine Agitationsformel, die das heutige Israel als "jüdischen Siedlerkolonialismus" definieren will, ist deutlich erkennbar aus solchen Ideologiemustern gespeist.

Das antisemitische Stereotyp, dem Juden sei die eigentlich "natürliche" Bindung an Blut und Boden nicht möglich, verweist auf Ursprünge des Antisemitismus in der nationalen Formation, wie die "Kritische Theorie" analysiert hat. Die "Nation" als ideologisches Konstrukt des Bürgertums definiert sich notwendig aus der Abgrenzung vom Anderen, ihr ist Rassismus strukturell eingeschrieben. Sucht aber der Rassismus die anders Nationalen zu diskriminieren, so sieht der Antisemit im Juden die Negation des Prinzips der "natürlichen nationalen Gemeinschaft" verkörpert, weshalb er besonders haßerfüllt zu verfolgen ist.

An dieser Stelle wäre eigentlich eine ausführlichere Erörterung von Theorien des Antisemitismus erforderlich, um darauf basierend verschiedene Argumentationen des "Antizionismus" auf antisemitische Hintergründe untersuchen zu können. Es ist ein wichtiges Problem, daß sich die aus der APO entstandene Neue Linke zwar in Abgrenzung zur Elterngeneration und über die Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus herausbildete, daß der Faschismuskritik aber jede ernsthafte Beschäftigung mit deren Antisemitismus mangelte. Daraus resultierte auch, daß es kaum ernsthafte Beschäftigung mit der Geschichte der Opfer gegeben hat, was wiederum zu theoretischen Defiziten führen mußte, etwa in der "Faschisierungsthese" des KB. Eine ausführliche theoretische Diskussion des Themas "Antisemitismus" ist hier aber nicht leistbar. Es sei an dieser Stelle daher lediglich auf einen u.E. wichtigen Aufsatz verwiesen, auf den 1979 von Moishe Postone veröffentlichten Text "Nationalsozialismus und Antisemitismus", der modernen Antisemitismus, verkürzt gesagt, als die Projektion einer falschen, einseitig gegen das Abstrakte ausgerichteten "Kapitalismuskritik" auf den "Juden" definiert.(2) Auch ohne eine solche theoretische Fundierung scheint es uns immerhin möglich, antisemitische Stereotypen zu benennen, wie sie auch in der NS-Ideologie manifest wurden:

* Juden verkörpern die Abstraktion des "Wuchers" gegenüber dem "schaffenden" Prinzip, dem auch das "bodenständige" Kapital zugerechnet werden kann.

* Mit "Jude" wird antisemitisch, wie bereits angesprochen, Haltlosigkeit, Wurzellosigkeit impliziert, was sich auch im Vorwurf des Kosmopolitismus ausdrücken kann. Als "Jude" gilt das Gegenprinzip zum Bekenntnis zur eigenen Volksgemeinschaft, das heißt zur "natürlichen", schicksalhaften, unauflösbaren Zusammengehörigkeit in der eigenen Nation.

* Der Jude ist, unfähig zu natürlicher Bindung, geprägt von Verstellung und Lüge, ist Fälscher und Intrigant.

* Juden werden im Antisemitismus nicht einfach diskriminiert, sondern ihnen wird eine undurchschaubare, große Macht zugeschrieben, gegen die es sich zur Wehr zu setzen gilt. Der Antisemitismus impliziert eine Theorie der Weltverschwörung, die nur durch die Beseitigung des Bösen, also der Juden, aufgehoben werden kann.

Beispiele dafür, daß "antizionistischen" Argumentationen jene antisemitischen Bilder zugrundeliegen, ließen sich viele anführen. Tatsächlich kann sich auf eine lange erfolglose Suche begeben, wer "antizionistische" Texte zu finden sucht, die davon frei wären. Auch die Tradition "antizionistischer" Komitees und Gruppierungen in der Sowjetunion, welche die ganz besondere Geißelung des Zionismus durch die UN mit herbeiführte, ist z.B. vom Gedanken der zionistischen Weltverschwörung geprägt. Solche Gruppierungen wurden oftmals in den 70er Jahren auch durch die westdeutsche Neue Linke zitiert. Heute sammelt beispielsweise die KP Rußlands, die noch gegen Gorbatschow gegründet wurde, Kräfte, die den Zionismus für den Zusammenbruch der SU verantwortlich machen - auf ihren Demonstrationen gegen Preissteigerungen sind stets auch antisemitische Plakate präsent.

Es ist von großer Bedeutung, zu erkennen, daß jeder "Antizionismus" antisemitisch ist, dem nicht die Definition und Kritik des "Zionismus" als Nationalbewegung zugrunde liegt, der stattdessen die jüdische Unfähigkeit zur Nationenbildung betont, bzw. Juden ein Recht dazu bestreitet und einen ganz besonders gefährlichen weltweiten Einfluß "der Zionisten" behauptet.

KB-Traditionen ...

Im ak wurde die "antizionistische" Selbstdefinition Ende der 70er Jahre stillschweigend zurückgenommen. Im Laufe der 80er Jahre setzte sich eine differenzierte Palästina-Solidarität durch, die das Existenzrecht Israels anerkannte und auf einen Verhandlungsfrieden orientierte, als dessen Resultat neben Israel ein unabhängiger palästinensischer Staat entstehen soll. Die Beschäftigung mit Antisemitismus, und damit mit der Problematik ehemaliger antizionistischer Argumentationsmuster, blieb jedoch außen vor. Daß 1982, während des Libanon-Krieges, der ak unter der Hauptschlagzeile "Die Endlösung der Palästinenserfrage" erscheinen konnte, zeigt überdeutlich die Folgen solcher Vermeidung: alte Muster der Täter-Opfer-Relativierung und antisemitische Stereotype scheinen immer wieder auf. Der Vorstoß einer Frankfurter Genossin 1982, diese neuerliche unbewußte Verharmlosung der Shoah zurückzuweisen und eine Debatte in der gesamten Organisation um das Thema Antisemitismus zu initiieren, fand im KB keinen Widerhall. Die von einer kleinen Gruppe verfaßte, bemerkenswerte Serie zur Geschichte des Antisemitismus wurde zwar nicht unterdrückt, aber auch nicht KB-öffentlich diskutiert. Gleichzeitig verteidigte der Autor der Zeile "Endlösung der Palästinenserfrage?" seine Überschrift. Die Genossin verließ in der Folge dieser Entwicklung den KB.

Im Kontext jener Auseinandersetzung steht ein Streit, der jüngst seine Fortsetzung fand. Die Frankfurter Genossin verfaßte eine ausführliche Kritik von Henryk Broders Buch "Der ewige Antisemit", um die Frage antisemitischer Muster in der eigenen antizionistischen Argumentation zum Thema zu machen. Fünf ak-Nummern später (277) publizierte Kt., ohne Absprache mit der Autorin, einen Artikel, in dem Broder vorgeworfen wurde, mit falschen Zitaten gearbeitet zu haben: Das Zitat "In Prag regieren die Juden" sei im Völkischen Beobachter zum angegebenen Zeitpunkt ebensowenig erschienen, wie das Zitat "in Prag regieren die Zionisten" im August 1968 im "Neuen Deutschland". Die von der Genossin geäußerte Sichtweise, dieser Beitrag Kt.s habe allein der Vermeidung einer wirklichen Auseinandersetzung mit Antisemitismus gedient, wurde damals im KB beinahe nur von der damaligen Frankfurter Gruppe geteilt. Heute kann sie als erwiesen gelten. In ak 337 wiederholte Kt., anläßlich einer Veröffentlichung Oliver Tolmeins in "Konkret", seine "Quellenkritik". U.a. schrieb er: "... die Artikelüberschrift ist frei erfunden. Sie steht weder im ND vom 21. August 1968 noch an anderen Tagen dieses Zeitraums. Es gibt auch keine Aussagen mit ähnlicher Tendenz im damaligen ND, weder in Überschriften noch Artikeln und Kommentar. Selbst die angebliche Schlagzeile aus dem "Völkischen Beobachter" ist frei erfunden." (S.34) Neben Broder unterstellte Kt. nun auch Simon Wiesenthal, der 1968 in einer Dokumentation Kontinuitäten von NS-Antisemiten in die Redaktionsstuben des "Neuen Deutschland" hinein nachgewiesen hatte, antisemitische Tendenzen jener Zeitung im Zeichen des Kalten Krieges bloß erfunden zu haben. In "Konkret" 2/92 wies Oliver Tolmein nach, daß zwar nicht das exakte Zitat, wohl aber die Formulierung, in Prag hätten "zionistische Kräfte die Führung übernommen", im ND vom 25. 8. 1968 den Leitkommentar pointierte. Daß das "Neue Deutschland" antisemitisch argumentierte, konnte Kt. offensichtlich aus einer ausgeklügelten Vermeidungsstrategie oder aus eigenen Ressentiments nicht wahrnehmen.

Abwehr notwendiger Selbstreflexion prägte Kt.s Reaktion auch, als in der Gruppe K Auseinandersetzungen um die Relevanz der Antisemitismusfrage für den Golfkrieg geführt wurden, und in diesem Kontext max. in ak 329 die ehemaligen Haltungen des KB bezüglich Israels analysierte. In den Folgenummern erschien weder eine zustimmende noch eine ablehnende Antwort, sondern ein länglicher Artikel Kt.s zur Geschichte des Zionismus, der in seiner ihrer Hauptaussage zu belegen suchte, daß die Staatsbildung Israels als letztlich vom Holocaust unabhängig anzusehen sei. Nur kurze Absätze widmete die umfassende Darstellung der Zeit von 1933-45.

Resumee

Ist also die Debatte um antisemitische Tendenzen des "Antizionismus" der 70er Jahre in unserem engeren Umfeld keinesfalls akademisch, sondern von Brisanz, so gilt das umso mehr für die Strömungen der radikalen Linken insgesamt. Es ist zu hoffen, daß Diskussionen um die Erklärung der RZ diesen Punkt nicht auslassen. Heute, da Deutschland wieder Großmacht wird, ist für die Reetablierung einer radikalen Linken wesentlich, sich einer Analyse deutscher Vergangenheit zu stellen, die ehemals unbearbeitete Aspekte, wie die Frage einer Analyse des Antisemitismus, mit einbezieht. Ohnehin erweisen Debatten um Rassismus, Wiedervereinigung etc., daß Fragen der Stellung gegenüber Kontinuitäten aus der NS-Zeit - die in allen Fraktionen durch theoretische Defizite geprägt sind - sich immer wieder als relevante Streitpunkte erweisen und auch die radikale Linke fraktionieren.

Ob sich die Linke in Deutschland insgesamt vom Begriff "Antizionismus" verabschieden sollte, ist unseres Erachtens eine Auseinandersetzung wert. Es gibt eine antisemitische Tradition des Antizionismus, die allzu oft

unter "linken" Vorzeichen anzutreffen war und ist; die Relativierung der Shoah und der Rekurs auf antisemitische Muster ist für sie kennzeichnend. Dieser Teil linker Geschichte muß kritisch aufgearbeitet werden, ein so besetzter Antizionismus muß aus linken Zusammenhängen verschwinden.

Die Gruppe K - als Mitbetreiberin des ak - befindet sich aktuell in der schwierigen und ärgerlichen Situation, daß sich die mitherausgebende Gruppe "Mehrheit" gegenüber dieser Problematik in Diskursverweigerung übt, was geeignet ist, den ak als zweideutiges Journal erscheinen zu lassen: Hier wird die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und der eigenen Geschichte als wichtiges Thema hervorgehoben, dort werden Vermeidungsstrategien oder Schlimmeres immer sichtbarer. Inwieweit ein solcher Zustand tragfähig ist, wird die Zukunft erweisen.

jw./Be., Gruppe K

Anmerkungen:

(1) Habasch, Generalsekretär der PFLP, erklärte nach der Entführungsaktion, "eine Gruppe Jugendlicher, die vor einiger Zeit mit der PFLP gebrochen haben", sei für die Entführung verantwortlich. Er dementierte die Aussagen des Kommandos, der PFLP anzugehören. (vgl. ak 85, 26.7.76, S.2)

(2) Dieser Ansatz wurde in der Filmkritik "Pretty Woman und die Logik des Antisemitismus" (ak 334, S36f) kurz vorgestellt. Im nächsten AK wird eine Zusammenfassung im Kontext eines Interviews mit M. Postone erscheinen. Der Aufsatz ist in der Nullnummer der "Bahamas" (Zirkular der Gruppe K), sowie in der letzten Ausgabe von "Kritik und Krise" (ISF Freiburg) dokumentiert.

32. Nach dem Ableben der Radikalen Linken

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:28

Traurig an diesem Ableben ist die Sang- und Klanglosigkeit, die in krassem Gegensatz zu den großspurigen Versprechungen und verbalradikalen Vorsätzen während der RL-Gründungsphase steht. "Die Radikale Linke liefert Zündstoff für die politische Debatte: Die Spanne reicht von kommunistischen Gesellschaftsentwürfen über feministisch orientierte Theorien bis hin zu Legitimationsfragen klandestiner Aktionen", hieß es in der Verlags-Werbung zum ersten RL-Reader.

Da man aber nicht vorhatte, einen Versandhauskatalog linker "Theorie"- und und vor allem "Praxis"-Bereiche zu verfassen (obwohl die meisten Publikationen der RL gerade daran erinnern), bedurfte es einer gemeinsamen politischen Grundlage als Ausgangspunkt für die politische Arbeit. Diese fand man aber nicht in der Analyse der BRD 1989/90 oder in der inhaltlich begründeten Kritik an Kapital und Staat. Stattdessen begriff man sich selbst als Ausgangspunkt: Die Linke, bzw. was davon "im Zeitalter rosa-grüner Besoffenheit" noch übrig war. Desillusionierte Linksgrüne, enttäuschte Frauenbewegte und verbitterte Parteikommunisten rangen mit Unorganisierten und VertreterInnen der verschiedenen "sozialen Bewegungen" um die "Kraft der Negation".

Liest man heute die Beiträge aus dieser Anfangsphase der RL, so findet man darin hauptsächlich Auseinandersetzungen mit den von den Beteiligten bisher betriebenen Politikformen. Die Kritik an diesen und ihre Weiterentwicklung sollten Bestandteil der RL-Politik sein. Wie jedoch eine besondere RL-Politik - also nicht nur eine Addition der unterschiedlichen Vorstellungen der Beteiligten in hin und wieder erscheinenden Anthologien - über das Abhalten von gelegentlichen Kongressen hinaus aussehen sollte, darüber bestand keine gemeinsame Vorstellung.

Obwohl der Zusammenbruch des "Ostblocks" mindestens seit Gorbatschows Machtantritt vorhersehbar war, reagierte die RL denkbar unvorbereitet. Ähnlich ging es ihr später mit der Kapitulation der DDR-Führung und deren Folgen.

Dennoch tat die RL - und das war wohl der in ihr versammelten Routine von BewegungspolitikerInnen geschuldet - genau das Richtige zur richtigen Zeit am richtigen Ort: Sie rief die "Nie-wieder-Deutschland"-Kampagne ins Leben. Der Versuch, den Anschluß der DDR an die BRD und die daraus folgende Erlangung der vollen staatlichen Souveränität des neuen Großdeutschlands in der Kontinuität der barbarischen deutschen Geschichte zu begreifen und von daher zu bekämpfen, zeichnete die RL vor dem Versagen der verbliebenen Restlinken aus. Und der erfolgreiche, was hier heißt: gut besuchte, Verlauf der Aktivitäten der Kampagne zeigte dann auch, was der routinierte Reflex von BewegungspolitikerInnen in der richtigen Situation vermag. Der weitere Verlauf zeigte dann aber auch, was er nicht vermag: Das Initiieren bzw. Betreiben von inhaltlich fundierten Untersuchungen und einer entsprechenden Debatte im überregionalen Rahmen zur Ausweitung der Kampagne. Die inhaltliche Arbeit war auf Einzelne und einzelne Gruppen beschränkt, die aber kaum miteinander kommunizierten. Damit fehlte ein gerade dieser historischen Situation angemessener Kommunikationszusammenhang, der unabdingbar für eine "radikale" linke Politik notwendig gewesen wäre, die ihre eigenen historischen begründeten Warnungen ("Deutschland denken, heißt Auschwitz denken") ernstgenommen hätte.

Die "Nie-wieder-Deutschland"-Kampagne verschwand in der Beliebigkeit des neugroßdeutschen Alltags. Ihre radikale Form war eine Zeitlang geeignet, die innere Widersprüchlichkeit und unzureichende theoretische Substanz ihrer Betreiber zu verbergen. Ihr Inhalt war aber nichts anderes als der Wille zur radikalen Phrase. Auf der letzten größeren Veranstaltung dieser Kampagne in Hamburg Ende 1990 rückte dann auch konsequenterweise die Frage nach Teilnahme oder Boykott der anstehenden großdeutschen "Reichtagswahlen" ins Zentrum der Debatte.

Wie gerufen begann Anfang 1992 der 2. Golfkrieg. Es wurde für die RL möglich, wieder eine Massenbewegung als Hoffnungsträger auszumachen. Daß diese Massenbewegung gegen den Golfkrieg hauptsächlich von etwas Dubiosem, was später auch als "Deutsche Angst" in den internationalen Sprachgebrauch einging, angetrieben wurde, nahm die RL kaum ernst. Der eigene "Antinationalismus" war nie über wenige und dazu noch recht unterschiedliche Ansätze hinausgekommen, die im wesentlichen undiskutiert

blieben. Der schnelle Verlauf des 2. Golfkrieges und die noch größere Schnellebigkeit seiner deutschen Friedensbewegung ließen die RL - deren schlaue Köpfe eher das gemächliche Tempo der "Neuen sozialen Bewegungen" zu Zeiten der guten alten "Blockkonfrontation" gewohnt waren - im Frühjahr 1991 mit einer "Flugschrift" zum Thema erstmal ziemlich allein und scheinbar zu spät gekommen auf der politischen Bühne stehen.

Mit dieser Situation wäre durchaus etwas anzufangen gewesen. Das Bedürfnis nach einer (Er-)Klärung der neuen Welt-Situation resp. "Ordnung", die für viele erst nach diesem zweiten Golfkrieg problematisiert wurde, ist nach wie vor akut. Die bis heute andauernde Reihe von Publikationen zeigt das. Ohne auf die Inhalte der RL-Flugschrift einzugehen, die wir an manchen Stellen recht problematisch finden, können wir feststellen: Hier wurde die Chance verpaßt, radikale Kritik sowohl an der imperialistischen Nach-Kalte-Kriegs-Ordnung als auch an der national bornierten und manchmal auch antisemitischen Friedensbewegung zu üben. Doch dieses Versäumnis war nach den Erfahrungen mit der "Nie-wieder-Deutschland"-Kampagne keine Überraschung.

Insofern war der Vorschlag der Berliner RL-Gruppe auf der Konferenz im Sommer 1992, eine überregionale Veranstaltung zur Bilanzierung der "Nie-wieder-Deutschland"-Kampagne abzuhalten, auf der obendrein noch inhaltliche Grundlagen für eine Weiterarbeit erstellt werden sollten, ein Fehler. Wir haben die inhaltlichen Kapazitäten, die politische Motivation und somit das Organisationsvermögen der Noch-RL überschätzt. Es wäre richtig gewesen, den Vorschlägen nach Auflösung schon im letzten Sommer zuzustimmen, dann hätten wir die Beerdigung längst hinter uns und wären dabei, die verwendbaren Bestandteile des RL-Erbes zu nutzen.

Darum soll es im folgenden gehen. Der faktische Tod des BRDweiten Organisations- und Diskussionszusammenhanges scheint uns evident. Übriggeblieben sind aber hier und da noch einige Gruppen. Genaues wissen wir über sie nicht. Wir gehen aber davon aus, daß sie sich in der gleichen oder einer ähnlichen Situation wie wir in Berlin befinden, und richten den folgenden Vorschlag für eine weitere Arbeit nicht nur an die Berliner RL, sondern auch an andere interessierte Gruppen.

Wir setzen eine weitestgehende Absage an sogenannte "praktische" Betätigungen voraus, mögen sie auch in sehr "radikalem", gar "revolutionärem" Gewande erscheinen. Die Linke hierzulande ist quantitativ und vor allem qualitativ gegenwärtig nicht in der Lage, eine ernstzunehmende Rolle zu spielen.

Voraussetzung der Änderung dieser Situation und schon der Beginn dieser Änderung selbst ist die fundierte und kontinuierliche theoretische Analyse der bestehenden Verhältnisse zum Zwecke ihrer Aufhebung. Motivation unserer theoretischen Arbeit ist die Entwicklung der Voraussetzungen einer radikalen und revolutionären Praxis (diesmal ohne Anführungszeichen), um den Kapitalismus abzuschaffen zugunsten einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft. Insofern ist unsere Vorstellung von theoretischer Arbeit die derzeit adäquate Praxis.

Angelpunkt unserer Anstrengungen sollte die Untersuchung der Rolle des vereinigten Großdeutschlands in der Nach-Kalte-Kriegs-Ordnung sein. Mithin eine Untersuchung der imperialistischen Konkurrenz nach der Niederlage des "Ostblocks". Das schließt eine Diskussion darüber ein, ob Imperialismus heute - aber auch historisch - als Aufteilung der Welt durch "imperialisitische Zentren" oder als quasi subjektlose "Weltherrschaft" des Kapitals vermittels des Weltmarktes zu verstehen ist.

Im einzelnen schlagen wir vor, folgende Themen zu untersuchen und zu diskutieren:

Wie sieht überhaupt das Verhältnis der früheren westlichen Bündnispartner nach ihrem Sieg über den "Ostblock" aus?

Welche Rolle spielt das souveräne Großdeutschland in der Konkurrenz mit seinen früheren Verbündeten?

Festzustellen ist, daß Deutschland heute schon in der Lage ist, auch gegen die ausdrücklich formulierten Interessen seiner früheren Verbündeten eigenständige außenpolitische Projekte anzupacken; man denke an die Zerstückelung Jugoslawiens. Derzeit scheint sich dagegen auf der internationalen Ebene kaum Widerstand zu regen. Man kann vielmehr feststellen, daß ein originär deutsches ideologisches Konstrukt wie das sogenannte "Selbstbestimmungsrecht" - das zukünftig durchaus auch Sprengstoff für die europäische Entwicklung sein könnte - bisher international ohne wesentliche Gegenrede blieb.

Welche Absichten verfolgt Deutschland mit seiner Osteuropapolitik? Wie sehen demgegenüber die Interessen anderer imperialistischer Großmächte aus?

Betrachtet man die gegenwärtig vorherrschenden Tendenzen bei der Entwicklung eines neuen nationalen Selbstbewußtseins, scheinen uns folgende Schwerpunkte von besonderer Relevanz zu sein:

Das souveräne Deutschland legt sich ein neues Geschichtsbewußtsein zu. Während die Nazi-Verbrechen von Phantomen "im deutschen Namen" begangen wurden, blieben der deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft unschuldige Opfer des "Totalitarismus", der nach diesem Verständnis in der DDR 57 Jahre dauerte.

Einerseits ist es durch diese Revision der deutschen Geschichte heute wieder möglich, vergleichsweise unbefangen völkische Gesinnung zu mobilisieren. Die Notwendigkeit und der Prozeß der Wiedervereinigung wurden in erster Linie völkisch begründet. Zu fragen ist hier, wohin sich die völkische Argumentation, der eine erhebliche Integrationswirkung bei der Bewältigung der materiellen Zumutungen der Vereinigung zugedacht ist, entwickelt.

Die demokratische Abrechnung der DDR-Vergangenheit erfolgt über eine unterstellte Kontinuität des NS-Staates und des "DDR-Totalitarismus". Zu fragen wäre, ob die Stasi-Säuberungen und die versuchte Gleichsetzung der NS-Opfer mit den Tätern (z.B. Umwidmung von Gedenkstätten in der Ex-DDR) nicht zwei Seiten derselben Medaille sind. Welche langfristige Funktionalität liegt in der derzeitigen Stasi-Hetze?

Ausgehend von der These, daß Antisemitismus eine ideologische Grundsubstanz warenproduzierender Gesellschaften darstellt, sollten wir uns vor dem Hintergrund der speziellen deutschen Geschichte, aber auch des alten RL-Anspruchs, "Deutschland denken, heißt Auschwitz denken", fragen: Welche Bedeutung kommt dem Antisemitismus im gegenwärtigen und zukünftigen völkischen Diskurs in Deutschland zu.

Angesichts der Zögerlichkeit deutscher Gerichte, Mauerschützen und vor allem deren Befehlsgeber hinter Gitter zu bringen, kann man eine zunehmende Kritik am formalen Recht und traditionell bürgerlichen Vorstellungen des Rechtsstaates feststellen. Das gesunde Volksempfinden wird rehabilitiert. In Verbindung mit der Forderung nach einem Tribunal über die DDR wird zunehmend plebiszitäres Recht eingeklagt. Zu fragen ist hier nicht nur, was radikale Linke vom Volkszorn zu erwarten haben, sondern auch, welchen Sonderweg deutsche Staats- und Rechtsbewußtsein diesmal einschlagen könnte.

Dies ist unser ergänzungsbedürftiger Arbeitsvorschlag für die nächste Zeit. Mit der Diskussion sollte so bald wie möglich begonnen werden.

Dazu scheint es uns auch unerläßlich, das "theoretische Organ" der RL zu erhalten und aus seinem bislang eher kümmerlichen Dasein herauszuführen. Darum plädieren wir dafür, eine Redaktion zu bilden, die dafür garantiert, daß der Rundbrief mindestens zweimal jährlich erscheinen kann. Die Redaktion hätte, anknüpfend an unseren Themenkatalog, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen und diese statt eines bunten Sammelsuriums zu hegen und zu pflegen.

Fünf GenossInnen aus der Berliner RL-Gruppe

33. Globale Flucht vor dem Linksradikalismus. von Christian Schmidt (Antwort auf "Armut und Rassismus", ak 338)

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:19

Knuts Beitrag "Armut und Rassismus" hat einen ernsthaften und einen nicht mehr ernstzunehmenden Teil. Ernsthaft und für die innerlinke Debatte um Rassismus/Imperialismus wichtig sind seine Ausführungen zu den globalen Dimensionen der Fluchtbewegungen und deren ökonomisch-imperialistischen Ursachen. Er weist zu Recht darauf hin, daß eine Definition des Rassismus, die diese historisch-materialistische Komponente nur marginal oder gar nicht thematisiert, konturlos bleiben muß.

Die diversen Versuche, den "Rassismus an sich" zu erfassen, enden meist bei generellen anthropologischen (was ist der Mensch?) oder ethischen (was ist gut und böse?) Grundfragen, die sich letztlich nicht enträtseln lassen: "Rassismus an sich" führt zur Frage nach dem Menschen "an sich". Motiviert sind sie durch das (weithin berechtigte) Ziel, niemanden aus der Schuld zu entlassen, auch die Linke nicht, die sich selbst bei dem Thema gern außen vor hält.

Die Folge ist allerdings, daß bei der Aufdeckung rassistischer Grundmuster "überall", links wie rechts, bei Tätern und sogar bei Opfern, die Konturen verwischt werden, die durch die Tatsachen historischer Gesamtzusammenhänge gesetzt sind. Die Rassismen imperialer Reiche, von der athenischen Xenophobie über die römische civitas, bis zur spanisch-katholischen Mission und dem "Deutschen Wesen", sind solche "objektiven" Tatsachen, denen sich Individuelles anzupassen hatte. Tatsachen sind auch die antikolonialen Befreiungsbewegungen, die objektiv antirassistisch waren, selbst wenn sie ihrerseits wieder Rassismen transportierten. Und schließlich heute: Es gibt die Tatsache des "Weltreichs EG" im Sinne einer imperialistischen Metropole, deren Grenzen weniger politischer als ökonomischer Art sind, als Scheidelinie zwischen Verarmung und Bereicherung. Und der kollektive Rassismus dieser Metropole drückt sich in ihrem Selbstbewußtsein als "Zivilisierte" aus, was immer die Existenz äußerer "Barbaren" implizierte.

Insofern rückt Knut m.E. die Rassismus-Debatte in den Kernbereich, wenn er mit seinen weltweiten Migrationszahlen und deren ökonomischen Hintergründen bebildert, was tatsächlich vor sich geht. Es gibt das Wort vom "Massenmörder Weltmarkt", und eines der Mordinstrumente ist die vom (Arbeits)Markt erzwungene Fluchtbewegung, die Millionen in Todeszonen verschlägt oder sie dort zurückläßt. Davon kriegen Europa und die BRD so gut wie nichts mit. Über neunzig Prozent aller Flüchtlinge und Arbeitsmigranten bewegt sich von einer Elendsregion in die andere.

Dennoch erleben wir, wie sich gerade in den Metropolen explosionsartig einer neuer Rassismus ausbreitet. Ist er in direkten Zusammenhang mit den weltweiten Migrationsbewegungen zu bringen? Knut stiftet diesen Zusammenhang, indem er eine gerade Linie von den Mechanismen des Weltmarktes über die so ausgelösten Fluchtbewegungen bis zum neuerlichen Rassismus zieht. Er schreibt:

"Die Ideologie des Rassismus widerspiegelt die bestehende Verteilung von Reichtum, Wohlleben und Macht auf der Welt. Die Welt ist rassistisch strukturiert im Sinne der `Herrschaft der weißen Rasse'. Die Weltordnung ist in diesem Sinne so perfekt und stabil hierarchisiert..., daß sie zu ihrem Funktionieren kaum noch der Bestätigung durch die Ideologie bedarf."

So einfach ist es eben nicht. Abgesehen von der Kleinigkeit, daß die japanischen Weltmarkt-Beherrscher nicht einfach der "weißen Rasse" zugeschlagen werden sollten, besteht die Ungenauigkeit in dem Begriff "widerspiegeln". Er suggeriert ein Objekt-Subjekt-Verhältnis, bei dem Substanz nur in ersterem besteht, letzteres also nur Reflex ist. Aber einfach aus materiellen Interessen läßt sich der Rassismus gar nicht erklären; denn z.B. ist die beschworene "Asylantenflut" weitgehend Fiktion, und die Wirtschaft weist überzeugend nach, daß "Gastarbeiter" materiell unverzichtbar sind.

Ideologie ist mehr als nur der Reflex auf materielle Verhältnisse oder Interessen. Es gibt so etwas wie das Eigenleben oder Substanzielle menschlicher Denk- und Handlungsweisen. Auf dieses "Phänomen" verweisen z.B. siebzig Jahre Realsozialismus und deren "menschliche Ergebnisse", wie wir sie heute beobachten. Wenn

der Weltmarkt einfach so Rassismus und Ausrottungspolitik widerspiegelt, was hat dann Pol Pot "widergespiegelt"?

Gerade Phänomene wie Nationalismus, Rassismus und Ausrottungswahn entziehen sich dem kalten Kalkül ökonomischer Zweckmäßigkeit, die die Widerspiegelungstheorie unterstellt. Da ist der Versuch, quasi die psychisch-ideologische "Substanz" des Rassismus aufzudecken, allemal auskunftsträchtiger. Denn neben durchsichtigen Interessen, ökonomischen Kalküls und perfekt funktionierenden Apparaten kennzeichnen auch Unlogisches und Wahnhaftes, ein Agieren "ohne Sinn und Verstand" - bis hin zu Massenmord und totalem Krieg - das historische Phänomen Rassismus in seiner schlimmsten Ausprägung. Und die Tatsache, daß es nicht als "Diktatur von oben" verharmlost werden konnte, sondern als "in den Massen schlummernd bzw. erwacht" definiert werden mußte, war wesentlicher Auslöser dafür, diesem "subjektiven Faktor" generell eigenständige Bedeutung beizumessen.

Das heißt nicht, daß rassistischer Irrationalismus völlig unerklärbar wäre; aber es verweist darauf, daß es neben dem (ökonomisch-)interessengeleiteten Mechanismus einen psychisch-ideologischen "Mechanismus" gibt, der mit ersterem durchaus nicht korrelieren muß. Die klassische Darstellung dieses Sachverhalts ist der "Autoritäre Charakter" von Adorno u.a., in dem die Korrelationen zwischen psychischen Verletzungen, Lebenslagen, Alltagsbewußtsein und rassistischer Ideologiebildung untersucht wurden. Seitdem aber diese Zusammenhänge empirisch erforscht und auch durch alltägliche Erfahrungen (z.B. mit extrem autoritären Linken, die fallweise auch mal "faschistoid" reagieren) verifizierbar wurden, muß historischer Materialismus ergänzt werden um die Erkenntnis, daß ideologischer Überbau nicht nur basiert auf materiellen Verhältnissen, sondern auch auf psychischen Strukturen, die den Menschen "beigegeben" sind.

Seither ist es ein linker Fortschritt, nicht mehr zu fragen: Wie spiegelt der Kapitalismus das Patriarchat wider - oder die familiale Sozialisation oder die Schöpfungen von Kunst und Kultur? Und andererseits ist gelernt worden: Die ökonomische Utopie des Sozialismus feite offensichtlich niemanden vor falscher Politik, vor Unterdrückung, Chauvinismus oder eben auch Rassismus. Und nach dieser Erkenntnis zu handeln und zu schreiben, ist gewiß keine Kleinigkeit.

Ihre Relevanz wird sichtbar, wenn im Kontext aktueller Rassismen in der BRD gefordert wird, zur "Lösung" des Problems Arbeitsplätze zu schaffen oder Wohnungen zu bauen - damit der antirassistische "Reflex" seine materielle Basis verliere. Da wird dann erstens mit der "vernünftigen Lösung" des Rassismusproblems ein fälschlich "vernünftiges" rassistisches Motiv unterstellt; zweitens kriegt verrückterweise der beruflich erfolgreiche Eigenheimbesitzer einen Persilschein als Non-Rassist; und drittens muß die so aufgebaute "antirassistische" Kampagne mit tödlicher Sicherheit im Fiasko enden.

Wenn ich also definiere, daß psychische Dispositionen zu autoritärem Verhalten quasi abrufbar sind und im Sinne faschistischer oder rassistischer Politik genutzt werden können, heißt das nicht, daß immer durchschaubare ökonomische Interessen im Spiel sind. Gleichwohl kann ich definieren, daß die marktförmige, kapitalistische Produktionsweise besonders gut mit autoritären, triebunterdrückenden Mechanismen "zurechtkommt", bzw. deren Erfolge auf diesen Mechanismen beruhen. Und ich kann historisch feststellen, daß die imperialistische Ausprägung der Tauschgesellschaft prägend für das gewesen ist, was im Lauf der Geschichte die verbreitesten und brutalsten Formen von Rassismus gewesen sind. Das ist, auch heute, der Mainstream des Rassismus.

Zum nicht mehr ernst zu nehmenden Teil von Knuts Artikel: Er beginnt mit der Frage, welche "Asylpolitik" angesichts der globalen Migrationsströme und ihrer imperialistischen Ursachen zu betreiben sei. Zwei linke Herangehensweisen findet er fatal.

Zum einen die der "Linksmoderaten und Linksliberalen". Ihnen unterstellt er, sie wollten alle aktuell Asylsuchenden aufnehmen; hält ihnen aber vor, nicht zu berücksichtigen, daß ohne die heute restriktive Asylpolitik die derzeitige Zahl von 250.000 erheblich überschritten würde, womit dieser Liberalismus dann schnell am Ende wäre.

Das halte ich für ein Scheinproblem. Denn tatsächlich sehe ich keine relevante Gruppe "Linksliberaler", die so argumentierte. SPD'ler, Grüne, viele Kirchenleute oder z.B. PDS-Parteigänger, was in meinen Augen "Linksmoderate etc." sind, wollen durchaus nicht alle reinlassen, sondern partizipieren am Rassismus, indem

sie die Selektion "humaner" gestalten wollen, mit Quote oder ähnlichem. Dagegen anzuschreiben, hat Knut versäumt. (Aber wer kehrt schon gern den Dreck vor der eigenen Haustür?)

Mit besonderer Verbitterung argumentiert Knut dann gegen die zweite Irrlehre: die der "Deutschen (!) Linksradikalen". Sie zeichneten sich dadurch aus, "daß sie sich für praktische Konsequenzen ihrer politischen Forderungen generell nicht interessieren - sei es nun aus Zynismus oder sei es, weil sie a priori von der Nichtrealisierbarkeit ausgehen."

Das kenne ich. Es ist der alte Streit um "Fundamentalismus oder Realpolitik"; jetzt nur im Weltmaßstab. Und da fragt der Realpolitiker Knut bohrend, "wie sich die Verhältnisse entwickeln könnten, wenn bei Öffnung der Grenzen... tatsächlich zehn oder zwanzig Millionen Armutsmigranten Einlaß in die BRD begehren"?

Da ist sie wieder da, die oft beschworene "Asylantenflut"; diesmal eingesetzt zum Kampf gegen den Linksradikalismus. Aber während der naive Leser noch rätselt, wie Knut mit dem Gespenst fertig wird und Zigmillionen "realpolitisch" im Wohlstand unterbringt, kriegt der schnell die Kurve und schreibt, daß wegen der weiten Entfernungen, Reisekosten usw. gar "keine unbeschränkte Zuwanderung von Zigmillionen Menschen aus Osteuropa oder aus der Dritten Welt zu erwarten wäre."

Zack, ist das Gespenst wieder in der Flasche! Was er vergaß: sein grandioser Vorwurf gegen die Linksradikalen lautet nun absurderweise, daß sie sich nicht für die "praktischen Konsequenzen interessieren", die keinesfalls drohen, sondern nur rassistische Erfindung sind.

Nach diesem Salto mortale in Sachen "Konsequenzen" kommt Knut dann zu seinen "politischen Forderungen" und spricht sich aus für eine "aktive Flüchtlingspolitik, die Transportmittel zur Verfügung stellt". Damit aber diese alternative Weltflüchtlingshilfe "konträr zu kapitalistischen Verwertungsprozessen verläuft", sollen dabei auch "alte Menschen, Krüppel und Waisenkinder berücksichtigt" werden.

So realitätsnahe und doch innigliche Forderungen kannten wir bisher nur von Petra Kelly und Franz Alt. Und alle Leute, die nur "passive" Flüchtlingspolitik praktizieren, in der Flüchtlingsbetreuung, bei Abschiebungen oder zum Schutz Asylsuchender vor dem Mob, sind demnach nicht nur analytisch oberflächlich, sondern auch ausgesprochen herzlos.

Knut aber ist bei seiner Suche nach wirklich konsequenten Forderungen gar nicht mehr aufzuhalten. Nachdem alle Alten, Krüppel und Waisen in die Metropole verfrachtet sind, entdeckt er:

"Die ... Probleme von Hunger und Armut müssen primär in der Dritten Welt und von deren Bewohnern selbst gelöst werden. Schuldigkeit und Verantwortung der Metropolenlinken wäre es, sie dabei zu unterstützen. Das ist aber ohne eine weltrevolutionäre Perspektive schwer vorstellbar ..."

Also: Alles wieder zurück - zur Weltrevolution daheim! Und Knut ist mit dabei? - Nein, Knut schaut in sich selbst und spiegelt wider: "Diese weltrevolutionäre Perspektive hat aber schon seit Jahren an Attraktivität bei den Metropolenlinken verloren." Und: "Ohne eine solche Perspektive bleibt aber nur noch Resignation - oder das Vertrauen in die sagenhaften Selbstheilungskräfte des Kapitalismus ..."

Damit ist Knut erkennbar am Ende. Das ist sein gutes Recht. Aber was ist mit den armen Flüchtlingen, den Kranken und Waisen? Erst wird über sie genüßlich Statistik geführt: Nicht ein paar hunderttausend Flüchtende, nein, Abermillionen! Nicht Millionen, nein, "Hunderte von Millionen" Hungernder! Dann werden sie zu Zigmillionen in Richtung BRD in Marsch gesetzt - erst nur fiktiv, sodann mit Knuts Weltflüchtlingshilfe. Aber kaum sind sie, samt Krüppel und Waisen, angelangt, hetzt Knut sie ein zweites Mal rund um den Globus, zur Weltrevolution daheim. Und dann ist die Sache für ihn erledigt.

Bis vor wenigen Monaten erkannten wir Knuts Redaktionshälfte an ihren AK-Beiträgen über die "Chancen" des Umbruchs im Osten, über das Aufregende der Wahlbewegung oder die Dramatik der PDS-Kiste. Irgendwie scheint da der Vorhang gefallen zu sein. Nur sagt keiner, daß das Theater schon aus ist. Nun wird in ganz anderem Zusammenhang mitgeteilt, daß "Resignation" eingekehrt ist. Und zur Begründung müssen die hungernden Massen in aller Welt herhalten. Das ist nachweislich verlogen, weil vor zwei Jahren dasselbe weltweite Massenelend herrschte, damals aber gerade Knut durchaus nicht resignativ, sondern extrem euphorisch den Aufbruch zur PDS feierte.

Darum: Schreibt lieber ehrlich, wie Heini neulich, daß "offene Grenzen" keine Realpolitik sind; oder daß jetzt in Richtung Marktwirtschaft gedacht wird, wie Knut, Heini und Willy K. im Nachruf auf die UdSSR schrieben. Das schafft Klarheit und ärgert keinen mehr.

34. Shvaygn = Toyt. Interview mit Frank London von den "Klezmatics"

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak339/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:37

"Shvaygn = Toyt", "Schweigen bedeutet Tod" heißt die erste Platte der New Yorker Band "Klezmatics". Ausgedrückt werden soll mit diesem Titel auch, daß nur das Bemühen um die Bewahrung der ostjüdischen Kultur verhindern kann, daß die mit dem Völkermord an den (insbesondere ost-)europäischen Juden zerstörte Kultur im Schweigen, im Nicht-Erinnern, endgültig dem Vergessen anheimfällt.

Das Interview mit Frank London führte Anathema Jones. Es wurde am 4.2.92 im "V-EFFEKT - das kulturbolschewistische Monatsmagazin" bei Radio Z, Nürnberg gesendet.

Es ist der Morgen des 22. November 1991. Im Radio-Z-Studio sitzen Frank London - Trompete, Horn, Keyboards, Gesang bei den Klezmatics - seine Freundin Tina, halbwegs munter, und hinter dem Mischpult eine sehr verschlafene Musikredakteurin: Anathema Jones. Frank London erzählt. Er stammt aus einer New Yorker Vorstadt, lebte acht Jahre in Boston und ist mittlerweile wieder in New York zu Hause. Die Hälfte der Klezmatics kommt aus New York, der Rest stammt aus Kalifornien, Colorado und North Carolina. Die Band besteht aus Juden und Nichtjuden, fünf Männern und einer Frau, Schwulen und Heterosexuellen.

Was ist Klezmer?

Eigentlich die Musik, die wir spielen! Klezmer stammt, historisch betrachtet, von der Instrumentalmusik der osteuropäischen Juden, die um die Jahrhundertwende auf den jüdischen Hochzeiten und anderen Festen spielten - und Klezmer ist die Tanzmusik. So einfach ist das. Und dann mischte sich die Musik der Juden mit der Musik der Menschen, mit denen sie zusammenlebten: Polen, Ungarn, Rumänen, Ukrainer. Von deren Musik wurde Klezmer beeinflußt, und als Millionen Juden um die Jahrhundertwende von Osteuropa in die Neue Welt emigrierten, nach Nord- und Südamerika, spielten sie weiter Klezmer - Musik für die Hochzeiten von Menschen in New York, Argentinien und Rio de Janeiro.

So hat die Klezmermusik überlebt. Sie hat überlebt, weil die Juden überlebt haben, und sie brauchten die Musik für ihre Hochzeiten. Im frühen 20. Jahrhundert gab es dann die Möglichkeit, Schallplattenaufnahmen zu machen. Die Menschen wollten ihre Musik dokumentieren, Aufnahmen von den Bands, die diese Musik in Europa spielten, wurden gemacht. Vor allem in New York, denn da gab es einfach mehr Möglichkeiten, Platten zu machen, als in irgendeinem Dorf. Es gibt auch Aufnahmen aus Europa und der Ukraine, aber sie sind mittlerweile sehr schwer zu finden. Allerdings werden immer wieder welche entdeckt. Die Musik, zumindest die aus Amerika, veränderte sich in den folgenden 50 Jahren, weil alle Musik sich nun eben mal verändert. Und die Juden hatten ja weiterhin Hochzeiten und Feste, und sie hatten immer noch Musik - die aber nun anders klang. Die Bands der 70er entdeckten die Bands der 20er und 30er Jahre, sie entdeckten Dave Tarras und Naftule Brandwein, Klezmorim dieser Zeit, und fanden deren Musik wirklich aufregend. Sie bezogen sich auf diese alten Bands und entdeckten vieles für sich aus dieser Periode, die wir heute die klassische Klezmermusik nennen - die Zeit also, als die ersten Aufnahmen entstanden, bzw. von den frühesten Wurzeln in Europa, von ca. 1900 bis in die 30er.

Was waren die wichtigsten Einflüsse auf Klezmer in diesen Jahren?

Das hing wohl immer davon ab, wo diese jüdischen Musiker lebten. Denn sie spielten ja nicht nur für ihre eigenen Feste, sondern auch für die der Nichtjuden in ihrer Umgebung, um von der Musik leben zu können - so wie es Musiker immer getan haben. Wenn du die alten Klezmerplatten aus den 20er Jahren anhörst, findest du zum Beispiel eine Polka oder eine Mazurka, die von jüdischen Musikern gespielt wird, - aber wir würden es trotzdem einen Klezmersong nennen. Ursprünglich war das vielleicht ein polnisches Hochzeitslied und wahrscheinlich sagten sich die Juden damals: Wir haben unsere Tänze, aber wir sind Kosmopoliten, wir wollen auch diese Polka - und so spielten die Musiker die Polka. Festzumachen ist das eben nur an der Zeit, aus der die Aufnahmen stammen. Es ist Klezmer - auch wenn es eigentlich eine Polka oder Serba oder Doina, ein Tanz aus Rumänien, war - so setzt sich der Einfluß fort. Ich habe eine Platte aus den sechziger Jahren, die "Twisting the Freylach" heißt: Freylach ist ein jüdischer Tanz und der Twist - ist eben der Twist.

Hat auch der Jazz Klezmer beeinflußt?

Ja, aber ich glaube, dieser Einfluß ist sehr gering. Er hängt meiner Ansicht nach eher mit Instrumentaltechniken zusammen - es gab Trompeten und Posaunen im europäischen und US-amerikanischen Klezmer im frühen 20. Jahrhundert - aber das ist wohl eher auf den Einfluß der damals beliebten Militär- und Marschmusik zurückzuführen. Später kannst du bei den Posaunen mehr Glissandi hören, mehr schleifende Töne, und das ist eine Technik, die aus dem Jazz stammt. Aber das ist auch schon alles - Klezmer ist niemals improvisierte Musik geworden, Jazz hat seinen eigenen Rhythmus und diesen Rhythmus hat Klezmer nicht. Es gibt ein Lied aus den 30ern, das "Jewish Blues" heißt, aber das ist gar kein Blues.

Ist die Sprache eurer Lieder ausschließlich Jiddisch?

Absolut. Jiddisch - nicht hebräisch. Wenn wir die Migration der jüdischen Menschen verfolgen - über die letzten 500, 600 Jahre hinweg, dann endete sie via Spanien und Griechenland im Mittleren Osten. Und sie endete auch hier, in Süddeutschland. Jiddisch besteht zu einem sehr großen Teil aus dem Deutsch, das damals gesprochen wurde, aus hebräischen und anderen Sprachelementen. Als die Juden aus Deutschland vertrieben wurden, zogen sie weiter nach Osten, wo das Jiddische, ergänzt um Elemente aus slawischen Sprachen, fortbestand. Wenn wir hier in Deutschland spielen und die Menschen hören uns singen, sagen sie: Oh, ich habe verstanden, was sie singen. Warum verstehe ich das? Was ist das für eine Sprache? Daher kommt eine Verbindung, der sich die Leute meistens nicht bewußt sind.

Sprecht ihr privat auch Jiddisch oder benutzt ihr es nur in euren Liedern?

Ich selber habe es nie richtig gelernt, aber unser Sänger, Lorin, und unsere Violonistin Alicia haben in den letzten Jahren Jiddisch gelernt. Es gibt eine Bewegung von Leuten, die daran interessiert sind, daß Jiddisch als lebendige Sprache weiterexistiert. Das ist auch ein Bezug zum Titel unseres ersten Albums "Shvaygn = Toyt", ein Titel, der viele politische und soziale Bezüge hatte, aber eben auch diesen ganz spezifischen zur jiddischen Sprache: Wenn sie nicht benutzt wird, wird sie sterben. Viele Leute studieren ganz bewußt jiddische Literatur und Poesie und schreiben Jiddisch. Für Irene Klepfish, und Michael Wex, die die Beiträge für das Beiheft zu unserer zweiten Platte geschrieben haben, ist Jiddisch Bestandteil ihrer Kunst und ihres Lebens. Ich stehe auch hinter dieser Bewegung, und das gleiche gilt für den Rest der Band. Denn auch wenn Klezmer eigentlich Instrumentalmusik ist, spielen wir doch viele Lieder, Folksongs und jiddische Theaterlieder. Genau kann ich es nicht sagen, aber wir denken übereinstimmend, daß es eine Verbindung zwischen Sprache und der Musik dieser Sprache gibt. Und wenn du die Sprache von der Musik trennen würdest, würdest du die Essenz der Musik verlieren. Wenn wir auf Englisch singen würden - auch wenn wir weiter dieselbe Musik spielten - hätte es einfach nicht mehr dieselbe Wirkung. Außerdem liegt da die Herkunft der Stücke, und es gibt ihnen eine kulturelle Wurzel. Ich weiß nicht, ob Jiddisch je wieder die Sprache junger assimilierter amerikanischer Juden oder anderer Menschen werden wird, aber es erscheint uns wichtig, daß es keine tote Sprache wird.

Wie hast du Klezmer für dich selbst entdeckt?

In der Schule gab jemand ein Konzert mit jüdischer Musik und jemand, der durch seine Familie diese Musik schon kennengelernt hatte, sagte, laßt uns doch ein paar dieser alten Stücke spielen. Wir haben es dann von einer Platte nachgespielt. Das war vor zwölf Jahren, und aus diesem Konzert entstand die Klezmer Conservatory Band, die auch durch Deutschland getourt ist und in der ich acht oder neun Jahre war. Wir haben diese Musik gelernt, indem wir sie kopiert haben. Ich zog später nach New York und wollte da auch eine Band gründen - so lernten sich die Klezmatics kennen: Wir waren über den Punkt hinaus, wo alles, was wir tun mußten oder wollten, das Nachspielen alter Platten war. So haben wir uns eine zeitgemäßere Form der Annäherung gesucht.

Was sagst du zu der Behauptung, daß es einen Klezmerboom gibt?

Wichtig ist erstmal, wo. In Europa? In den USA? Weltweit? Die Klezmatics sind in Europa, den USA und in Brasilien aufgetreten. Wir spielen für jüdisches und nichtjüdisches Publikum. Die Musik kommt eigentlich immer gut an. Aber ich denke, das hat verschiedene Ursachen. Klezmer bedeutet ganz verschiedenen Leuten viel. Einmal ist Klezmer wirklich aufregende Musik. Ich glaube, ein Teil dieses Booms entsteht dadurch, daß viele Leute diese Musik hören und es viele Bands gibt, die sie spielen. Im Grunde wird jede Band ein Publikum finden, die halbwegs gut spielt, egal ob traditionell oder nicht: einfach weil die Musik Spaß macht. Außerdem ist da der Aspekt der Nostalgie: für die Älteren, die das noch gerne als Erinnerung hören möchten.

Um aber etwas Genaueres sagen zu können, mußt du die Menschen und Orte anschauen. Wenn die Klezmatics in Deutschland spielen, dann existieren diese sprachlichen Verbindungen, obwohl wir die Leute auch zwingen, sich mit der schwierigen Frage der jüdisch-deutschen Beziehungen zu beschäftigen, mit dem Völkermord an den eruopäischen Juden durch die Nazis und der Vernichtung der Kultur. Spielen wir in Brasilien, ist das überhaupt kein Thema. Dort geht es darum, ob die Menschen die Musik mögen, weil sie gut ist, weil wir sehr rhythmisch spielen. Es gibt auch dort viele Juden, die diese Musik hören wollen, die sie vielleicht früher schon gehört haben, aber sie assoziieren andere Dinge damit als Leute in New York.

Wenn du schon von einem Boom reden willst, dann sind die Klezmatics ein erfolgreicher Teil davon: wir erfüllen alle diese Bedürfnisse: das nach Nostalgie, das nach einer rhythmischen Tanzband, das, einfach Klezmer zu hören. Außerdem spielen bei uns viele zeitgenössische Einflüsse ein Rolle, und so können auch Leute was mit uns anfangen, die gute Musik jenseits von Schubladen mögen. Und niemand muß ein Klezmerfan oder ein Fan jüdischer Musik sein oder ein Ethnomusikfan.

Auf der ersten Platte "Shvaygn = Toyt" hat eine andre Band mitgespielt, die "Les Misérables Brass Band".

Es sollte klar sein, daß "Shvaygn = Toyt" nicht nur eine Platte der Klezmatics ist und daß diese Platte eigentlich eher ein Dokument eines Festivals ist, das in Berlin von Piranha Music veranstaltet wurde, des Heimatklängefestivals. Das fand damals zum ersten Mal statt und im Mittelpunkt sollte europäische Musik stehen. Sie haben mich eingeladen, dort zu spielen, und da ich in beiden Bands spiele - sozusagen das Bindeglied bin - sagte ich, wir gehen mit beiden Bands rüber: mit der Klezmerband und mit der Weltmusik-Brassband. Wir gaben jeden Abend Konzerte, zuerst jede Band für sich, dann beide zusammen. Und am Ende dieser Woche sagten wir, eigentlich könnten wir das aufnehmen und sind ins Studio gegangen. Die Brassband war da, weil wir auf diesem Festival waren und einige Stücke, wie die bayerischen Volkslieder und der Avantgardejazz, sind ganz offensichtlich kein Klezmer.

Auf dieser ersten Platte ist ein Stück, "Schneider Zwiefacher", das eigentlich ganz wie Volkmusik klingt. Wie seid ihr auf dieses Stück gekommen?

Eigentlich haben wir es genauso entdeckt, wie die anderen Klezmerstücke. Lorin, unser Sänger und Akkordeonspieler, ist ein Weltmusikfan, er hat eine erstaunliche Plattensammlung. Als wir wußten, daß wir mit der Brassband und den Klezmatics nach Deutschland gehen, haben wir überlegt, was wir neben unserem normalen Programm noch tun könnten, denn wir lieben es, einen kleinen, besonderen Gag einzubauen. Und Lorin sagte: "Ich habe da diese Platten von deutschen Blaskapellen mit bayerischer Volksmusik. Sie sind sehr witzig, sehr alt und rhythmisch sehr interessant und das können wir doch spielen." So haben Lorin und Alicia es gesungen und getanzt, und wir haben es gespielt. Wie Lorin sagen würde: Es war echt der Hammer. Wir hatten viel Spaß mit diesem Stück.

Auf eurer neuen Platte "Rhythm and Jews" sind auch Einflüsse orientalischer Musik.

Auf dieser Platte gibt es ganz viele verschiedene Einflüsse. "Fun Tashlikh" und "Honikzaft" vor allem kommen aus meinem Interesse an zeitgenössischer Musik aus dem mittleren Osten. Es ist schon seltsam mit all diesen Verbindungen, denn neben meiner Musik, dem Klezmer, spiele ich auch auf chassidischen Hochzeiten. Das ist dann keine klassische Klezmermusik, sondern eher zeitgenössische Musik mit einem starken Einfluß aus Israel. Diese Musik hat wiederum viele Charakteristika arabischer Musik - sie kommt nun mal aus dem mittleren Osten - und auch sephardischer Musik, der Musik der orientalischen Juden. Ich habe angefangen, diese Gigs zu spielen und fand, daß das fantastische Musik ist. Ich habe überlegt, ob es da vielleicht auch eine Verbindung gibt, weil es ja jüdische Musik ist und weil ich den Rhythmus einfach mochte. So bin ich auf die Idee gekommen, das miteinander zu verbinden - so wie auch bei den Stücken "Tsiveles Bulgar" oder "Bulgar à la Klezmatics", da gibt es auch Einflüsse orientalischer Improvisationen. Wir haben das mit aufgenommen, weil das im Moment eins meiner Interessengebiete ist und auch Teil der jüdischen Musik, die ich zur Zeit spiele - nicht weil es traditioneller Klezmer ist.

Du gebrauchst öfter den Begriff Weltmusik. Was bedeutet er für dich?

Weltmusik ist in meinen Augen zunächst mal alle Musik auf diesem Planeten, die als ethnische Musik betrachtet werden kann. Wenn du dich mit egal welcher Musik befaßt, mußt du erst mal fragen: wo kommt sie her - aus welcher Gegend, aus welcher Zeit, was war ihre gesellschaftliche Funktion. Weltmusik ist ein

Medienausdruck, der eigentlich eine zu große Kategorie schafft, zu weit greift. Aber ich finde es wichtig, alle Musik, die wir hören, innerhalb ihres Kontextes zu sehen: Zeit, Ort, Funktion - ob es nun die Beatles sind, die Pogues, Rock'n'Roll oder Beethoven. Dann erst können wir mit Kategorien herumspielen.

Um nochmal auf die erste Platte zurückzu- kommen: was bedeutete der Titel "Shvaygn = Toyt" für euch? Woher stammt er?

Ursprünglich stammt dieser Titel von einer Gruppe namens "Act Up" - Aids Coalition To Unleash Power - zunächst ein Zusammenschluß von Schwulen. Aber mittlerweile arbeiten da auch andere Gruppen und Menschen mit, die sich aktiv mit dem Problem Aids befassen. Sie sagten "Schweigen bedeutet Tod": es war ihr großer Slogan, denn niemand redete darüber, niemand gab zu, daß Aids ein Problem ist. Und ich finde, das ist ein sehr aussagekräftiges Statement. Zudem sind bei den Klezmatics zwei Schwule. Aber Aids geht nicht nur Homosexuelle etwas an. Es betrifft alle Menschen auf diesem Planeten und alle sollten sich dessen bewußt sein. Es ist ein Thema in Afrika genauso wie in Brasilien, es ist ein rassen- und klassenübergreifendes Thema. Ich finde diesen Satz wunderbar und dieser Bezug zu Aids war ein Grund, warum wir diesen Satz als Titel nahmen. Wir haben die jiddische Schreibweise genommen, weil es unsere Sprache ist. Dadurch bekam es den Bezug zur Sprache, den ich schon erklärt habe. Aber diese erste Platte hat auch damit zu tun, daß die Klezmatics in Berlin waren, und so ist das auch ein Verweis auf die Nazis. Hier in der Radio Z-Redaktion hängt ein Plakat, auf dem "Schweigen tötet" steht - es bezieht sich auf die Kurden und es bedeutet dasselbe: Wenn wir Ungerechtigkeiten benennen, können wir vielleicht ein paar Leben retten, wenn wir schweigen, passiert gar nichts.

Und dann ist das auch eine witzige Anspielung auf die Musik selbst: wenn Musik nicht gespielt wird, stirbt sie. Außerdem ist es ein Gag am Rande, weil wir gerne sehr laut spielen. Es ist sozusagen das Gegenteil: Lärm ist Leben.

Hat der Titel der neuen Platte "Rhythm and Jews" ebenfalls mehrere Bezüge?

Du kannst ja alle Bedeutungen raten und aufzählen ... Wir verwenden sehr viele verschiedene Rhythmen und legen viel Wert auf verschiedene rhythmische Umgehensweisen mit der Musik. Andere Bands kümmern sich mehr um Melodien und ausgefeilte Arrangements - das tun wir auch. Aber Rhythmus ist zumindest für mich sehr wichtig: andere Rhythmen miteinbeziehen oder Rhythmen verändern. Wir haben das Glück, daß bei uns Dave Licht am Schlagzeug sitzt, der ein einzigartiger Musiker ist - er hat psychedelischen Hardcorerock gespielt und freie Improvisation, er hat mit Ann Magnusson und Bongwater gearbeitet. Mein persönlicher musikalischer Hintergrund war immer stark geprägt von Rhythmus und Percussion. So arbeiten wir z.B. auch mit einem ägyptischen Percussionisten zusammen. Dann gibt es natürlich noch politische Bedeutungen - wenn du sie sehen willst. Und sonst kannst du immer noch drauf tanzen. Ich sehe schon, daß ich noch viel mehr mit Rhythmen und Percussion arbeiten werde. Und Juden? Weil es jüdische Musik ist. Es ist ein guter Gag: Rhythm and Jews.

Was haben die anderen Bandmitglieder für einen musikalischen Hintergrund?

Oh, er ist bei allen ziemlich verrückt und eklektizistisch. Um es zusammenzufassen - da ist fast jede Art von Folk, die du dir vorstellen kannst: griechisch, Latin, Balkan und andere osteuropäische Musik. Wir haben schon fast alles gemacht, auch mit einem philharmonischen Orchester gespielt; das Trompetensolo auf LL Cool Jays Millionenhit "Going back to Calais" habe ich eingespielt, David Krakauer hat mit La Monte Young gearbeitet (ein Ton über drei Stunden oder 300 Noten in 20 Sekunden). Was die Klezmatics anbelangt: dieses Projekt hindert uns nicht, all das andere zu tun. Wir leben nicht nur von den Klezmatics, auch wenn das schön wäre. Allerdings hieße es auch, einiges zu verlieren. In der Tat kommt viel Musik von mir - wenn ich z.B. abends einen Gig für einen trinidadischen Karneval spiele, denke ich - oh, damit könnte man auch arbeiten. Oder, wenn ich für eine Cabaretshow spiele, deren Musik auf Kurt Weill basiert. Alles, was wir hören, trägt dazu bei, daß wir immer interessantere und stimulierendere MusikerInnen werden. Manche beschäftigen sich freilich nur mit Klezmer, jiddischer Kultur und Sprache, wie Lorin oder Alicia: aber auch das vertieft das Wissen. Ich muß eben viele verschiedene Musik spielen, Lorin und Alicia tragen durch ihr Studium jiddischer Kultur zur Band bei. So arbeiten wir horizontal und vertikal - dreidimensional sozusagen.

Das Beiheft zu "Rhythm and Jews" enthält eine Art zweispaltiges kommentiertes Alphabet: auf der linken Seite von rechts nach links geschriebene Wörter mit dem jeweiligen Buchstaben groß geschrieben, rechts immer kurze Erklärungen. Was hat es damit auf sich?

Auf der linken Seite stehen jiddische Wörter, die mit lateinischen Buchstaben geschrieben sind, aber wie im Jiddischen von rechts nach links. Wenn du sie liest, verstehst du wahrscheinlich die Hälfte. Alle Begriffe in der linken Spalte sind jiddische Wörter, es handelt sich um freie Assoziation, oft mit lokalen Bezügen. Geschrieben hat das Irene Klepfish, es ist nicht von den Klezmatics. Wir haben ihr nicht vorgeschrieben, was sie machen soll. Sie ist Dichterin und politische Aktivistin, eine radikale lesbische Feministin, die noch viel mehr links orientiert ist als ich, und ich stehe politisch schon ziemlich links. Sie beschäftigt sich mit Jiddisch, mit Dichtung, sie schreibt und hat schon einige Bücher veröffentlicht, ihr letztes heißt "Dreams of an Insomniac" (Träume einer/eines Schlaflosen). Wir haben sie gebeten, etwas für uns zu schreiben, und das hat sie gemacht.

Es ist schon seltsam, denn neulich sagte jemand in einem Interview: "Ihr schreibt in Eurem Booklet, daß ihr keinen Glauben habt - ist das wahr?" und ich sage: "Das sind nicht wir - das schreibt jemand anderes, wir stellen nur den Raum zur Verfügung." Aber später habe ich nachgedacht und habe festgestellt, manchmal habe ich wirklich keinen Glauben, und manchmal holt so etwas dich dann ganz unerwartet wieder ein. Tina und ich haben über den Glauben an Gott gesprochen. Manchmal ist das sehr schwierig. Es ist auch seltsam, denn wir beschäftigen uns ja mit jüdischen Themen - aber das Herz des Judaismus ist der Glaube, und manchmal gibt das Probleme und manchmal haben wir keinen Glauben.

Bist du wirklich gläubig?

Manchmal, an einigen Tagen ist es leichter als an anderen. Aber es ist eigentlich jeden Tag irgendwie ein Thema. Es war interessant, daß Irene Klepfish ausgerechnet diesen Beitrag schrieb. Ich empfinde das schon als schwierig, aber es bringt auch mich zum Denken. Und das wollten wir, als wir sie baten, etwas zu schreiben: sie sollte uns etwas geben, das wir nicht sagen können und das Menschen zum Nachdenken bringt. Und uns auch. Wir wollten nicht, daß in unserem Booklet steht "Klezmer ist ...". Du hast zwar auch gefragt, was Klezmer ist, aber du hast es auch selbst gesagt. Du schaust eine Platte von Giora Feidman an und da steht: "Klezmer ist die Musik der osteuropäischen Juden". Da braucht es keine Klezmaticsplatte, auf der dasselbe steht. Darauf haben wir keine Lust. Wer das will, soll die Platten anderer Bands anschauen. Wir wollen auch nicht, daß jemand die Platte anschaut, und da steht dann: "Die Klezmatics sind die beste Band der Welt und Frank London spielt das Trompetensolo auf Stück X, ist das nicht wundervoll" - das hörst du schließlich, wenn du die Platte anhörst.

Wir wollen etwas anderes rüberbringen und weil wir uns nicht immer sicher sind, was es genau sein soll, fragen wir andere Menschen: SchriftstellerInnen für die Textbeiträge, KünstlerInnen für die Gestaltung, wir sind Musiker und wir machen die Musik. Wir versuchen, für alles die besten Leute zu finden.

Ist das dann sozusagen die multimediale Botschaft? Musik und Literatur und bildende Kunst als gegenseitige Ergänzung?

Ich bin ein Musikfan, wie du wohl auch, sonst würdest du nicht in diesem Radio arbeiten; ich habe mein ganzes Leben lang Musik gehört - aber Musik ist mehr als die Aufzeichnung von Tönen auf einer Platte: da ist das Cover, da sind die Linernotes. Ich finde es viel interessanter, wenn eine Platte auf verschiedenen Ebenen etwas aussagt und Menschen damit etwas anfangen können. Warum soll ich einen Schritt hinter das zurückgehen, was ich als Kind sehr genossen habe?

Ein ganz anderes Thema: Was sagst du zu den Ereignissen in Crown Heights, zu den Auseinandersetzungen zwischen Juden und Schwarzen, zum Thema Antisemitismus seitens der Farbigen?

Beim Antisemitismus - wir sagen nicht mehr "Farbige", wir sagen Afroamerikaner - spielen zwei, drei Sachen eine wichtige Rolle. Zum einen ist das ein sehr auf eine bestimmte Gegend bezogenes Problem. Crown Heights ist ein Stadtviertel und die Unruhen haben sehr viel mit der Struktur und den Problemen dieses Viertels zu tun, in dem zwei verschiedene Gruppen leben, deren Leben wenig miteinander zu tun hat. Beide Gruppen gelten als Außenseiter, und sie müssen im gleichen Viertel leben, und das gibt immer Spannungen. Dann gibt es immer Leute, die davon leben, daß sie aus solchen Spannungen ein aufregendes Thema machen

und diese Probleme dann meist nur noch verschlimmern. Diese Leute wurden von den Unruhen in Crown Heights angezogen wie die Fliegen vom Honig, und sie haben tatsächlich alles schlimmer gemacht.

Der zunehmende Antisemitismus ist ein internationales Problem, auch dort, wo es gar keine Juden gibt. In den USA gibt es einen ansteigenden Antisemitismus seitens der Schwarzen oder Afroamerikaner, der von verschiedenen Führern noch verstärkt wird. Und das halte ich für ziemlich unglücklich, weil hier nur eine unterdrückte Gruppe ihren Ärger an der anderen ausläßt, weil diese Gruppe in ihren Augen privilegierter ist, die aber in Wirklichkeit genauso eine Minorität ist - und das hilft niemandem, die Ziele zu erreichen, die sie eigentlich erreichen müssen.

Die Klezmatics versuchen, auf ihre Art zu helfen und dem entgegenzusteuern - das heißt, ohne große Reden, sondern indem wir dahin gehen und Konzerte geben und mit schwarzen Musikern zusammenarbeiten - einfach zusammen spielen und den Leuten zeigen, daß das andere alles nur ein Haufen Mist ist.

Für wie gefährlich hältst du diese Entwicklung in den USA?

Ich halte das Anwachsen rechtsgerichteter Aktivitäten, einer Art Neofaschismus, das ja überall auf der Welt festzustellen ist, für sehr gefährlich. Die erste Ebene sind die Angriffe der Unter- und Arbeiterschicht einer Gruppe auf die Unter- und Arbeiterschicht einer anderen Gruppe. Das betrifft nicht nur Schwarze und Juden, nur: das erregt in den Medien die meiste Aufmerksamkeit. Tina und ich haben während der Fahrt darüber geredet, was es bedeutet, Aufmerksamkeit in den Medien zu kriegen - wenn zum Beispiel drei oder auch fünfzehn Neonazis randalieren, kriegen sie weltweit Aufmerksamkeit, aber wenn 60.000 Menschen eine antirassistische Friedensdemonstration machen, berichten die Medien höchstens in einer Notiz davon - aber ich finde 60.000 Menschen wichtiger als drei.

Vor diesen schwarz-jüdischen Unruhen in Crown Heights gab es Unruhen zwischen Koreanern und Schwarzen - ich weiß nicht, ob du davon soviel gelesen und gehört hast? Das heißt nicht, daß ich die Auseinandersetzungen zwischen Afroamerikanern und Juden nicht für ein Problem halte - sie sind ein großes Problem. Aber andererseits: Warum wird über manche Dinge mehr berichtet als über andere? Es gibt große Probleme zwischen all diesen Gruppen, und wir als Leute, denen diese Probleme wichtig sind, sollten uns auch damit auseinandersetzen, warum alle diese Gruppen so gruppenbezogen sind und sich gegenseitig bekämpfen, anstatt zusammenzuarbeiten, um die großen Probleme anzugehen. Sicher sehen viele Leute die Ursache des Ganzen in der wirtschaftlichen Situation. Das Wirtschaftssystem in den USA ist ruiniert, durch Bankskandale und Korruption, und um den Problemen in den Städten abzuhelfen, ist kein Geld da. Darum werden sich diese Probleme auch verschlimmern: wegen der Armut und Arbeitslosigkeit in eben diesen Stadtvierteln. Das ist genauso, wie mir Leute hier wohl erzählen werden: "Wenn diese Punks Arbeit hätten, würden sie hier keinen Aufruhr veranstalten."

Ich versuche immer, an das große Bild zu denken, warum all das passiert, während ich gleichzeitig auch die kleinen, individuellen Zusammenhänge wahrnehmen will - und dann müssen wir nach Crown Heights und dort spielen, schwarze und jüdische Bands zusammen: aber trotzdem dürfen wir den großen Zusammenhang nicht aus den Augen verlieren: die Mißwirtschaft und Vernachlässigung durch den Staat und die ökonomische Verelendung.

Seht ihr euch insofern als politische Band?

Ja.

Wie verbindet ihr den politischen Anspruch mit der tanzbaren Musik?

Du bist wunderbar - du gibst uns Gelegenheit zu einem wunderbaren Statement. Eine unserer Lieblingsjüdinnen seit jeher, Emma Goldmann, hat gesagt: "Wenn du nicht dazu tanzen kannst, ist es nicht meine Revolution."

Diskografie:

The Klezmatics, Shvaygn = Toyt (CD, LP)

The Klezmatics, Rhythm & Jews (CD, LP, MC)

Piranha Records, Vertrieb EFA

35. Quelldatei 15.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak339/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:15

Ungarn

Die ersten freien Wahlen seit über 40 Jahren im April 1990 stellten einen entscheidenden Eckpunkt der Reform des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems in Ungarn dar. Erster Ministerpräsident der neuen Epoche wurde Joszef Antall, der eine Koalition seiner Partei dem Ungarischen Demokratischen Forum, mit der Christlich Demokratischen Volkspartei und der Kleinbauernpartei anführt. (2)

"Die Errichtung einer Marktwirtschaft mit sozialer Absicherung, die Beschleunigung der Privatisierung und Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, die Freigabe der Preise und der Abbau von Subventionen sowie die Sanierung verlustbringender Unternehmen" (3), versprach der damals neu gewählte Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung. Weitere Zielvorgaben Antalls waren "die Einrichtung einer unabhängigen Notenbank und der Aufbau eines Kapitalmarktes sowie die Privatisierung des Handels und des Hotelwesens."

Antall selbst malte ein düsteres Bild des gegenwärtigen Zustandes der Wirtschaft. Einen spürbaren Aufschwung stellte Antall erst für die Mitte dieses Jahrzehnts in Aussicht. Wichtig sei vor allem, die hohe Inflation zurückzuschrauben und ein Anwachsen der Auslandsschulden zu verhindern. (4)

Die Auslandsverschuldung

Der Bruttobestand der Auslandsschulden belief sich 1990 auf etwa 20,9 Mrd. US-Dollar. Gegenüber 1989 bedeutete dies einen Anstieg von 300 Mio. Dollar. Der FAZ-Informationsdienst prognostiziert zum Ende des laufenden Jahres einen Schuldenstand von 23,1 Mrd. Dollar, der 1992 noch einmal auf 24 Mrd. Dollar steigen werde. (5)

Die hohe Auslandsverschuldung ist ein Teil der realsozialistischen Erblast. Sie und die damit verbundenen Auflagen des IWF (Abbau des Haushaltsdefizits) engen die Spielräume der Planung beim marktwirtschaftlichen Umbau der Wirtschaft massiv ein. Die Überbrückungskredite des IWF sorgten dafür, das Land vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren.

Parallel zum Anstieg des Schuldenstands verläuft die Entwicklung des Schuldendienstes. Die Zinszahlungen, die 1989 noch 1,4 Mrd. Dollar ausmachten, stiegen von 1,5 Mrd. Dollar 1990 über 1,7 Mrd. Dollar 1991 auf 1,9 Mrd. Dollar für 1992.

Ähnlich verhält es sich mit den Amortisationen. 1989 wurden 1,95 Mrd. Dollar zurückgezahlt, 1990 waren es 50 Mio. Dollar mehr. Im laufenden Jahr werden Verbindlichkeiten in Höhe von 1,2 Mrd. Dollar fällig, 1992 rechnet man mit 2,2 Mrd. Dollar.

1990 wurden 50% der Güter- und Dienstleistungsexporte für den Schuldendienst verwendet.

Bedingt durch die hohen Auslandsschulden und das schlechte Ergebnis der Leistungsbilanz (siehe weiter unten) mußte Ungarn seine Währungsreserven in Anspruch nehmen. Hierdurch schmolzen die Währungsreserven von 1.246 Mio. Dollar (1989) auf 350 Mio. Dollar (1990). Im laufenden Jahr muß das hohe Leistungsbilanzdefizit fast ausschließlich durch Verschuldung finanziert werden, da die Währungsreserven verbraucht sind.

Ebenso nehmen die Goldreserven Ungarns seit 1987 ab. Betrugen sie 1989 noch einen Gegenwert von 479 Mio. Dollar, so sollen sie 1991 noch einen Wert von 200 Mio. Dollar ausmachen. (6)

Da Ungarn die Vereinbarungen mit den IWF einhalten muß (davon hängen Kreditvergaben ab), wird die Regierung das Haushaltsminus mit drastischen Maßnahmen wie Kürzungen der Subventionen für Unternehmen und der Preisstützungen verringern müssen. Die Folge können Zusammenbrüche von subventionierten Firmen und Entlassungen sein.

Nachdem 1989 die Ausgaben um 50 Mrd. Forint (Ft) über den Einnahmen lagen, machte der IWF die Vergabe eines Überbrückungskredites von einem deutlich reduzierten Defizit abhängig. Die Zielvorgabe von 10 Mrd. Ft Defizit konnte jedoch 1990 nicht eingehalten werden. Strikte Ausgabendisziplin in der zweiten Jahreshälfte begrenzte zwar das Defizit auf 12,9 Mrd. Ft. (7) 1991 werden aber die Ausgaben noch einmal kräftig steigen,

wenn die Importe aus den anderen RGW- Staaten in harten Währungen bezahlt werden müssen. Dann wird das Haushaltsdefizit etwa 80 Mrd. Ft erreichen. (8) U.a. wirkt sich hier negativ aus, daß Ungarn 4 Mio. Tonnen Erdöl zu höheren Preisen auf dem Weltmarkt kaufen muß, um die Lieferausfälle aus der UDSSR zu decken. (9)

Die Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur Ungarns sieht folgendermaßen aus: 40% des Bruttoinlandsprodukts werden in der Industrie erwirtschaftet. Die Landwirtschaft hält ein relativ hohen Anteil mit 24,5%. Der Anteil des Dienstleistungssektors beträgt 35,5%. Ein wichtiger Faktor des Dienstleistungssektors ist der Tourismus.

Der Primärsektor wird von den Genossenschaften dominiert, die Anfang 1990 etwa 60% des Bodens bewirtschafteten. Weitere 4% entfielen auf staatliche Güter. 36% der Anbaufläche wird privat bewirtschaftet. Die wichtigsten Agrarprodukte sind Getreide, Mais, Zuckerrüben, Obst, Gemüse und Fleisch. (10)

Die Landwirtschaft

Ungarn bleibt nach wie vor der größte Nettoagrarexporteur im RGW-Raum. Bedingt durch den Subventionsabbau in der Landwirtschaft reagierten die Bauern 1989 und 1990 mit einer Drosselung der Produktion. 1989 nahm die pflanzliche Produktion noch um 2,4% zu und die Getreideernte erreichte 15,9 t (+ 2%), doch sanken die Obst- (- 5%) und Gemüseerträge (- 11%). Die gesamte tierische Produktion sank 1989 um 2,6%. (11) 1990 sanken die gesamten Erträge im Agrarsektor nochmals um 7%. (12)

Industrie

Auch die Industrieerzeugung sank. Ursache hierfür sind teils der Zusammenbruch des RGW-Marktes, teils die bewußte Umlenkung der Warenströme in den Westen. Dies wurde durch restriktive Ausfuhrgenehmigungen in die RGW-Länder erreicht. Als weiteres kommen die Verteuerungen der Öl-Importe hinzu. (13) Die gesamte Industrieerzeugung ging im 1. Quartal 1990 um 7,7% zurück. Der Rückgang der Aluminiumerzeugung betrug 14.4%, der der Eisen- und Stahlproduktion 11,2%. Auch der Maschinenbau (-15,5%) und die chemische Industrie (-4,7%) verzeichneten tiefere Einbrüche. Den tiefsten Einbruch erlitt allerdings der Fahrzeugbau mit -35,9%. (14)

Inflationsbereinigt schrumpfte das Investitionsvolumen im staatlichen und genossenschaftlichen Sektor aber auch im privaten Sektor. Hier fällt ins Gewicht, daß der defizitäre Staatshaushalt die Regierung zu Kürzungen im Investitionshaushalt zwingt. Die aus dem gleichen Grund verfügten hohen Zinssätze und die Liquiditätsverknappung erschweren dem noch schwach entwickelten privaten Sektor die Investitionstätigkeit. Die Liquiditätsschwierigkeiten der staatlichen Betriebe resultierten aus der Verschuldung der Firmen untereinander. Diese wird mit mindestens 100 Mrd. Ft (rd. 16 Mrd. Dollar) angegeben, die aufgelaufenen Verluste in den Betrieben mit 26 Mrd. Ft (400 Mio. Dollar). (15)

Die beabsichtigte Privatisierung der staatlichen Betriebe ist noch nicht sonderlich weit vorangeschritten. Zuständig für die Privatisierung ist eine staatliche Vermögensagentur. Vorübergehend waren sogenannte "spontane Privatisierungen" verboten worden. Mit spontanen "Privatisierungen" ist der direkte Verkauf durch die Geschäftsleitung gemeint. Laut FR sind es 14%. (16)

Mehrere Direktoren hatten die Betriebe, die sie verwalteten, weit unter Wert verkauft und im Gegenzug Renten oder Posten von dem neuen Eigentümer erhalten. Inzwischen sind spontane Privatisierungen wieder gestattet, sofern die Vermögensverwaltungsagentur keinen Einspruch erhebt. Zudem initiiert die Agentur Privatisierungsprogramme, die in den kommenden Jahren über die Hälfte der Staatsunternehmen zum Kauf anbieten sollen. Aufgrund der schlechten Finanzlage der Bevölkerung (siehe dazu weiter unten) blieben Käufe von Kleinanlegern weitgehend aus. (17)

Das Hauptproblem ist der chronische Kapitalmangel. Der Anteil des Auslandskapitals am Gesamtvermögen soll gegenwärtig nur 2% betragen (gegenüber rund 30% in den Vorkriegsjahren). Hierin enthalten ist auch Fremdkapital aus Joint Ventures, die sich in Ungarn dynamischer entwickelt haben als anderswo. Jedoch mit nur 500 Mio. Dollar brachten sie wenig Kapital ins Land. (18) Zu Recht kann festgestellt werden: "Das hieran beteiligte Auslandskapital erreicht (...) nicht einmal die Größenordnung eines einzigen Großkredits." (19) Deutsche Unternehmen nehmen bei den Joint Ventures die Führungspositionen ein. (20)

Der Binnenmarkt

Starke Subventionskürzungen, auch der Preise, hatte der IWF bei der Aufstellung des Haushaltsbudgets für 1990 gefordert. Daraufhin setzte die Regierung Anfang 1990 die Preise für Lebensmittel herauf, um so das Haushaltsdefizit zu verringern.

"Die Preise für Fleisch stiegen um 32%, für Milchprodukte um 43% und für Brot um 26%. Tabak, Bier und Spirituosen verteuerten sich um 20% bis 25%. Die Gebühren für Wasser und Müllabfuhr wurden mehr als verdreifacht, der öffentliche Nahverkehr kostet seit Anfang 1990 rund 50% bis 80% mehr. Auch die Mieten wurden um 35% heraufgesetzt. Mitte 1990 folgte die nächste Preisanpassung. Alkoholika und Zigaretten verteuerten sich um weitere 20% bis 30%, die Energiepreise wurden 30% bis 50% höher fixiert. Industriewaren verteuerten sich von Januar bis August 1990 im Durchschnitt um 24,5%." (21)

"Kinderkleidung wurde mehr als 100% teurer, Bekleidung für Erwachsene um 21,6% und langlebige Gebrauchsartikel um 22,2%." (22)

Als die Benzinpreise um 65% im Oktober 1990 angehoben wurden, blockierten die Taxi- und LKW-Fahrer mit einem landesweiten Streik nahezu sämtliche wichtigen Straßen. Der Streik wurde von der Bevölkerung unterstützt. Die Regierung begründete die drastische Maßnahme mit gestiegenen Rohölpreisen infolge der Golfkrise. Aufgrund der Proteste mußte die Regierung die Preiserhöhung auf 35% reduzieren. (23)

Gleichzeitig gingen die Reallöhne wegen der Geldentwertung um etwa 2% zurück. "Die Folgen der Kaufkraftverluste bekommt die Bevölkerung immer stärker zu spüren. Etwa zwei Millionen Ungarn leben unter der Armutsgrenze. Kinderreiche Familien, Rentner und alleinstehende Personen, die nicht in der Lage sind, zusätzlich zu verdienen, werden besonders stark belastet." (24) Bei 10 Mio. Einwohnern sind also 20% der Bevölkerung hiervon betroffen. (25)

Aufgrund der oben beschriebenen Kaufkraftverluste ging der Absatz von Gebrauchsgütern insgesamt um 5,6%, bei Bekleidung um 13,2% und bei Nahrungsmitteln um 6,9% zurück. Zugleich wuchsen die Lagerbestände im Einzelhandel stärker. (26) Die Arbeitslosigkeit beträgt z.Zt. 2%, dürfte aber bei weiteren Privatisierungen noch steigen. (27)

Der Außenhandel

Im Außenhandel findet eine bewußte Umorientierung von ehemaligen RGW-Märkten hin zu den westlichen Märkten statt: "Dies äußert sich in der gespaltenen Handelsbilanz, die für 1991 einen knappen Überschuß von 219 Mio. Dollar aufweisen wird. Dabei kann der Anstieg des Westhandels den Rückgang im Güteraustausch mit den RGW-Staaten nicht kompensieren." (28)

Ab 1990 registrierte der Außenhandel im Im- und Export starke Rückgänge: Der Exportwert sank um 4,6% und der Import um 9%. (29) 1990 war der Anteil des Handels mit EG-Staaten erstmals höher als mit dem RGW. Nach Angaben des Ministers für internationale Wirtschaft und Außenhandel, Bela Kadar, soll der Handel mit der EG von derzeit rund einem Drittel des gesamten ungarischen Außenhandels auf über 50% im Jahr 1993 gesteigert werden. (30) Der Anteil des in Rubel abgewickelten Exports betrug dagegen 1990 nur noch 27% (1989 = 42%), auf der Importseite waren es 32% (41%).

"Der Rückgang der ungarischen Ostexporte ist zudem von der Regierung initiiert worden. Seit Januar 1990 müssen Genehmigungen des Handelsministeriums für jede Osttransaktion eingeholt werden. Der dadurch entstehende Verwaltungsaufwand hat viele Exporteure abgeschreckt. Darunter befinden sich meist Händler, deren Produkte auf dem westeuropäischen Markt noch nicht konkurrenzfähig sind und damit die Warenströme nicht einfach umleiten können. Prominentestes Beispiel sind die Ikarus-Werke, deren Omnibusse nur nach Osteuropa verkauft werden können." (31)

Als Begründung hierfür wird in der FAZ-Länderanalyse das bilaterale Clearing im RGW angegeben: "Bei gleichzeitig festen Warenkontingenten können Überschüsse aus dem Handel nicht genutzt werden. Sie stellen somit einen zinslosen Kredit dar." (32) Aber für 1991 gilt das schon nicht mehr, denn: "Ab 1991 werden auch im RGW alle Warenlieferungen auf US-Dollar-Basis abgerechnet und die Kontingente abgeschafft."

Es scheint eher eine radikale Westorientierung Vater des Gedankens zu sein, die auch bereit ist, noch funktionierende RGW-Märkte mit den entsprechenden sozialen Folgen zu liquidieren.

Das Exportgeschäft Ungarns wird von der Grundstoffindustrie dominiert (Grundstoffe, Halbwaren 36,6%). Neben den traditionellen hochwertigen Agrarerzeugnissen (21,7%) halten auch Maschinen und Investitionsgüter einen beträchtlichen Anteil an der Gesamtausfuhr (24%).

Die Einfuhrstruktur wird zur Hälfte von Grundstoffen und Halbwaren bestimmt (50,6%). Dies deutet auf Weiterverarbeitung, meist im Textilbereich hin. Weitere Anteile haben Energie, Strom (11%), Maschinen, Investitionsgüter (18,1%), Konsumgüter (13,2%) und Nahrungsmittel (7,2%). (Bei den Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß sie von 1989 sind). (33)

Um die Exporte zu fördern, um mit den Devisen die Auslandsschulden bedienen zu können, wurde der Forint mehrmals um insgesamt 11% abgewertet. Mehrere Autoren weisen darauf hin, daß dies inflationsfördernd gewirkt hat, da hierdurch die Einfuhren verteuert und der Preisanstieg ebenfalls beschleunigt wurde. (34) Gleichzeitig verschlechterten sich durch die teurer werdenden Investitionsgüter die Möglichkeiten für die kapitalschwachen ungarischen Unternehmen, ihre Maschinenparks zu modernisieren.

"Das vereinigte Deutschland war nach vorläufigen Schätzungen 1990 erstmals der wichtigste Außenhandelspartner Ungarns. Damit konnte die Sowjetunion überholt werden, die 1989 noch einen größeren Warenaustausch mit Ungarn aufwies als beide deutsche Staaten zusammen." (35)

In den achtziger Jahren war der Anteil der BRD kontinuierlich gestiegen. Die ehemalige DDR erreichte mit 6,5% den vierten Platz. Wichtigster Lieferant war 1989 die Sowjetunion, deren Anteil 24,3% betrug. Nach der BRD folgt Österreich (6,9%), die Tschechoslowakei (5,3%), Italien (3,7%), Polen (3,2%) und Jugoslawien (3,0%).

Die Rangfolge der Abnehmerländer der ungarischen Exporte 1989 zeigt ein ähnliches Bild.

Die BRD konnte auch hier mit einem Anteil von 11,6% ihre Stellung als zweitwichtigster Kunde hinter der Sowjetunion (28,3%) sichern. Nach ihnen folgen die CSFR (5,8%), Österreich (5,4%), Italien (4,5%), Jugoslawien (3,5%) sowie die USA (2,8%). (36)

Es wird deutlich, daß die BRD von der Krise bzw. dem Zusammenbruch des RGW-Handels am meisten profitiert hat und hier andere ehemalige RGW-Länder verdrängt. Auch der deutsche Anteil an den Importen anderer osteuropäischer Länder ist vergleichsweise hoch bzw. ist seit 1983 gestiegen. Dennoch wird die BRD nach der Prognose der FAZ-Länderanalyse 1991 erstmals ein Defizit im bilateralen Handel mit Ungarn erzielen. Schon im vergangenen Jahr 1990 betrug der Überschuß nur 0,2 Mrd. DM. 1989 waren es noch 0,9 Mrd. DM. Für diese Entwicklung zeichnen folgende Tendenzen verantwortlich: Der Anstieg der deutschen Importe um 22% ist Ausdruck der intensiveren Westorientierung (z.B. Abwertung des Forint). Der Einbruch der deutschen Exporte (-4,7%) geht auf die Sparpolitik der ungarischen Regierung zurück. (37)

Die FAZ-Länderanalyse prognostiziert: "Am Jahresende 1991 werden die deutschen Einfuhren um geschätzte 360 Mio. DM höher liegen als die Ausfuhren nach Ungarn. Dieser Saldo wird 1992 voraussichtlich rund 750 Mio. DM erreichen."

Die ungarische Exportoffensive in den Westen ist zur Finanzierung des Schuldendienstes und des Haushaltsdefizits notwendig. Für die Modernisierung der eigenen Wirtschaft bleibt kaum etwas übrig. 1988 gingen 53% der Deviseneinnahmen aus dem Export direkt in den Schuldendienst. (38)

Frank Schelm

Anmerkungen:

1) Die Untersuchung gibt den Stand von Juli 1991 wieder

2) vgl. FAZ-Informationsdienste, Länderanalyse Ungarn 1991, S. 4

3) zit. nach Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Juli 1990: "Ungarn zur Jahresmitte 1990" von Manfred Eulert, S. 1

4) ebenda, S. 1

5) a.a.O., S. 13

6) ebenda, S. 14

7) ebenda, S. 10

8) Schätzungen der FAZ-Länderanalyse vom Januar 91, ebenda, S. 10

9) ebenda, S. 11

10) ebenda, S. 7

11) bfai, Juli 1990, S. 2

12) a.a.O., S. 7

13) a.a.O.,S. 2,

14) ebenda, S.2, 4

15) FAZ-Länderanalyse, S. 9, bfai, S. 2

16) FR, 13.3.91: Radikalkur für Ungarn

17) bfai, S. 2

18) bfai, S. 2

19) HWWA-Studie 1990, S. 355/356: "Die ungarische Wirtschaft an der Wende zu den neunziger Jahren - mehr Unsicherheit statt mehr Leistung" von Andreas Wass von Czege

20) FAZ-Länderanalyse, S. 18

21) FAZ-Länderanalyse, S. 10

22) bfai, S. 2; Tagesspiegel 28.10.90: Schwere innenpolitische Krise in Ungarn; Spiegel 45/90

23) FAZ-Länderanalyse, S. 5, 10

24) ebenda, S. 10

25) vgl. bfai, S. 1 sowie HWWA-Studie, S. 337;

Die FAZ-Länderanalyse gibt die Einkommen wie folgt an: Mindestlohn und Renten 5.600 Ft, Durchschnittslohn 12.000 Ft, Existenzminimum 6.000 Ft pro Person basierend auf einer vierköpfigen Familie. Bei Alleinstehenden beträgt das Existenzminimum 8.000 Ft. 1,- DM entsprach etwa 38 Ft. (bfai, S. 1)

26) bfai, S. 3

27) Spiegel 19/1991, S. 194: "In zwei Jahren über den Berg"

28) FAZ-Länderanalyse, S. 11

29) ebenda, S, 11

30) ebenda, S, 12. Die bfai gibt hierzu folgendes an: 43% des Westhandels wickelt Ungarn inzwischen mit der Europäischen Gemeinschaft ab. Mehr als die Hälfte des ungarischen EG-Handels entfällt jetzt auf die Bundesrepublik Deutschland (bfai, S. 3)

31) FAZ-Länderanalyse, S. 12; siehe auch bfai, S. 3 sowie HWWA-Studie S. 333

32) ebenda, S. 12

33) ebenda, S. 12/13

34) vgl. bfai, S. 3; HWWA, S. 335; FAZ-Länderanalyse, S. 10

35) FAZ-Länderanalyse, S. 16; bfai, S. 3

36) ebenda, S. 16

37) ebenda, S. 15

38) HWWA-Studie, S. 359

36. Quelldatei 17.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak339/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:17

CSFR

Bürgerrechtsbewegungen und vor allem die Prager Studenten haben in den Wintermonaten 1989 durch Massendemonstrationen das sozialistische Regime gestürzt und die KP entmachtet. Nach einer Übergangsregierung der nationalen Verständigung, die ihre Hauptaufgaben in der Vorbereitung freier Wahlen und in der schrittweisen Einführung der Marktwirtschaft sah, kam es im Juni 1990 zu Wahlen, aus denen das "Bürgerforum", "die Öffentlichkeit gegen Gewalt" und die "Christliche-Demokratische Bewegung" als Regierungskoalition hervorgingen. Von ihr wurde unter dem Premierminister Marian Calfa mit dem Finanzminister Vaclav Klaus erste Schritte hin zu einer Marktwirtschaft vollzogen. (1) Die marktwirtschaftliche Transformation ist in der CSFR bei weitem noch nicht so vorangeschritten wie in Polen und Ungarn.

Die Auslandsverschuldung

Die CSFR hat mit einem relativ niedrigen Bruttoschuldenstand von etwa 7,8 Mrd. Dollar wesentlich günstigere Ausgangsbedingungen als Ungarn oder Polen. Da aber aufgrund des chronischen Kapitalmangels des Landes die CSFR dringend auf ausländisches Kapital angewiesen ist, um die Transformation zu vollziehen, ist in den nächsten Jahren ein Anstieg der Auslandsverschuldung zu erwarten. Die FAZ Länderanalyse prognostiziert zum Ende des laufenden Jahres einen Anstieg auf 10,9 Mrd. Dollar sowie für das Jahr 1992 einen Anstieg auf 12 Mrd. Dollar. (2)

Mit dem IWF, dem die CSFR seit September 1990 angehört, hat sie weitere Kredite vereinbart. Zur Unterstützung der Reformen erhält die CSFR einen Beistandskredit von insgesamt 1.783 Mio. Dollar

"Der normale Stand-by-Kredit beträgt 620 Mio. Dollar bis Februar 1992, rund 690 Mio. Dollar sind als Energieimporthilfe gedacht, 669 Mio. Dollar sollen die Verschlechterung der Handelsbilanz kompensieren und 210 Mio. Dollar im Falle eines weiteren Ölpreisanstiegs freigegeben werden. Der IWF hat damit den Weg für Kredite anderer Organisationen geebnet. Im Rahmen des PHARE-Programms erhält die CSFR 700 Mio. Dollar als ungebundene Finanzhilfe. Von der EG erwartet die Regierung 500 Mio. Dollar, weitere 400 Mio. Dollar soll die Weltbank bereitstellen. Hinzu kommen bilateral ausgehandelte Kredite. Kürzlich sagte Japan zu, 200 Mio. Dollar zur Verfügung zu stellen. Insgesamt ergibt sich ein Netz von über 4 Mrd. Dollar zur Sicherung der Binnenkonvertibilität und zum Ausgleich externer Schocks." (3)

Der Stand der Währungsreserven hat sich seit Beginn der Transformation verschlechtert. Während 1989 noch Devisen im Wert von über 2 Mrd. Dollar der CSFR zur Verfügung standen, sanken die Bestände 1990 auf fast die Hälfte, nämlich 1260 Mio. Dollar. Die FAZ-Länderanalyse prognostiziert ein weiteres Absinken auf 800 Mio. Dollar für 1991. (4)

Die Ursachen hierfür sind im folgenden zu suchen: In Erwartung der Kronenabwertung hatten viele Betriebe und Privatpersonen ihren Importbedarf, zum Teil gegen Vorkasse gedeckt. Die Umstellung des RGW-Handels auf Hartwährungsbasis hat zusätzliche Devisen gekostet. Einen ähnlichen Verlauf nahmen die Goldreservenbestände. Nachdem 1989 noch Gold im Wert von fast 500 Mio. Dollar gelagert wurde, sanken die Bestände nach nationaler Bewertung auf rund 260 Mio. Dollar 1990. (5)

Die schwachen Reserven der CSFR drohen die Transformation zu gefährden, falls ein weiterer Kapitalabfluß nicht verhindert wird.

Die Industrie

Die Wirtschaft der CSFR wird - im Gegensatz zu Polen und Ungarn - von der Industrieproduktion getragen. Zusammen mit der Bauwirtschaft trug sie 1988 über zwei Drittel zum Nettomaterialprodukt bei und beschäftigt fast die Hälfte der Erwerbsbevölkerung (zusammen 46,2%). Neben der Stahlindustrie sind die Automobil-, die Rüstungs-, die Bekleidungs- sowie die elektrotechnische Industrie bedeutend. (6)

Die strukturellen Defizite sind aber sehr groß. 80% der Güter müssen mit Hilfe eines veralteten Schienennetzes transportiert werden. Material und Energie werden vergeudet und notwendige Investitionen

der Betriebsstätten liegen auf Eis. Der Energieverbrauch ist, gemessen am Output, sehr hoch. Er beträgt fast das Doppelte der Intensität eines durchschnittlichen OECD-Landes. (7)

Dies hat zu einer katastrophalen Umweltsituation geführt. Zukünftig soll die Energiegewinnung aus Kohle um 9% eingeschränkt werden, der Bedarf soll durch Kernkraft gedeckt werden. Die teilweise Umorientierung auf Kernkraft bedeutet eher eine Verlagerung des Umweltrisikos als eine Risikoeinschränkung.

"Zwar deckt die CSFR rund 68% ihres Energiebedarfs aus eigenen Ressourcen, doch ist die wichtige Außenwirtschaft von Energieimporten abhängig. Durch den Golfkrieg und die Lieferschwierigkeiten der Sowjetunion muß insbesondere der Rohölverbrauch gedrosselt werden. Erleichterung bringt ein Kompromiß, den die Regierung gerade mit Moskau geschlossen hat. Es wird der Tschechoslowakei eine jährliche Liefermenge von 13 Mio. Tonnen Rohöl zugesagt, die zum Teil mit Investitions- und Konsumgütern bezahlt werden kann. Die CSFR spart dadurch harte Devisen." (8)

Ein weiteres strukturelles Problem ist, daß die Schwerindustrie in der Slowakei liegt, die sehr wahrscheinlich die Transformation nicht überleben wird. Viele Arbeitsplätze in der Slowakei waren vom jetzt niedergehenden Warenverkehr mit der Sowjetunion abhängig (Rüstung, Rohöllieferungen). Hierdurch wird die Slowakei bei der marktwirtschaftlichen Transformation härter getroffen als die Tschechei, wo der intensive Tourismus positive Wachstumsraten verzeichnet. (9)

Diese Probleme haben bereits zu einer Reihe von Konflikten zwischen den beiden Republiken beigetragen.

Im Januar dieses Jahres wurde mit der "kleinen Privatisierung" begonnen. In diesem Rahmen sollen 130.000 Kleinbetriebe privatisiert werden. Die Objekte werden versteigert. Die Privatisierung wird dezentral von lokalen Komitees durchgeführt. Eine staatliche Stelle, vergleichbar der Treuhandanstalt, gibt es nicht. Obwohl Ausländer erst bei einer möglichen Wiederholung der Auktion zugelassen werden sollen, schien die erste Versteigerung von Strohmännern ausländischer Käufer geprägt zu sein. (10)

Dies ist auch nicht sonderlich verwunderlich, da auch in der CSFR ähnlich wie in Ungarn und Polen in der Durchschnittsbevölkerung eher Kapitalmangel herrscht.

Die "große Privatisierung" schreitet ähnlich wie in Ungarn und Polen nur langsam voran. Die Großbetriebe sollen von der Privatisierung erst entflochten und entschuldet werden.

Probleme und Verzögerungen in der Privatisierung entstehen auch ähnlich wie in Ungarn und Polen durch Ansprüche von früheren Besitzern. Auf Antrag wird ein Teil der enteigneten Betriebe den früheren Besitzern bzw. deren Erben zurückgegeben.

Die Landwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft macht nur 7,2% des Nettomaterialproduktes aus. Die CSFR ist Selbstversorger im Nahrungsmittelbereich. Die wichtigsten Agrarprodukte sind Fleisch, Getreide, Zuckerrüben und Kartoffeln.

Rund 80% des Bodens wird von Genossenschaften bestellt. 18% entfallen auf Sowchosen. Nur 2% der Nutzfläche wird privat bewirtschaftet. (11)

Die versuchte Reprivatisierung kommt seit Mai 1990 kaum voran:

"Zwar können die einst enteigneten Bauern oder deren Erben ihr Land zurückerhalten, doch ist damit die Pflicht zur landwirtschaftlichen Nutzung verbunden. Dies ist jedoch nicht rentabel, da die Parzellen zu klein sind und außerdem hohe Investitionen benötigt werden. Tiere und Gerät verbleiben in Kollektivbesitz. Zudem fallen die sozialen Sicherheiten weg. Die Genossenschaften wollen ihre Mitglieder binden, indem sie die Umwandlung in Aktiengesellschaften anstreben. Die Aktien sollen nach Berufsjahren und Alter gestaffelt an die Bauern verteilt werden."

Die Angst der Bauern vor der Wirtschaftsreform und dem Verlust ihrer sozialen Sicherheit durch Privatisierung hat dazu geführt, daß sie bei den Wahlen im Mai 1990 die KP zur zweitstärksten Kraft gemacht haben. (12)

Der Binnenmarkt

Ähnlich wie in Ungarn und Polen wurden ab Juli 1990 zunächst teilweise sowie zum 1.1.1991 nahezu alle Preise, die bisher subventioniert wurden, freigegeben. Dies hatte folgende Teuerungen zur Folge: "Seit Anfang

Juli kosten beispielsweise Fleisch 24,5%, Milch 62,9%, Brot 53% und Treibstoff 50% mehr. Auch die Verkehrstarife stiegen bis zu 100%." (13)

"Gegen Ende des Jahres wurde auch die Industrie stärker belastet: Die Großhandelspreise stiegen um etwa 50%. Strom kostet den Großabnehmer nun 53% mehr. Erdgas (65%) und allgemeine Heizkosten (74%) verzeichneten den höchsten Anstieg." (14)

Preistreibend wirkten außerdem die Umstellungen im Rohölimport. "Infolge ausbleibender Öllieferungen aus der Sowjetunion - statt der schon gegenüber im Vorjahr reduzierten Menge von 33.000 Tonnen, erreichen täglich rund 20.000 Tonnen die CSFR - müssen höhere Weltmarktpreise gezahlt werden. Der Golfkrieg hat dabei zusätzliche Preiserhöhungen bewirkt. Durch insgesamt drei Abwertungen der Krone gegenüber dem Dollar (8. Januar 1990 um 18,6%, 15. Oktober um 54,4% und 28. Dezember um 17.0%) haben sich auch die Importe spürbar verteuert."

Die Regierung reagiert ähnlich wie in Ungarn und Polen mit einer restriktiven Geldpolitik. Sie erhöhte zum 1. März 1991 die Mindestlöhne nur minimal (von 9,50 Kcs auf 10,80 Kcs pro Stunde) (15) und führte gleichzeitig oberhalb dieser Grenze einen unbefristeten Lohnstopp ein. Zusätzlich wurde eine Ausgleichszahlung von 140 Kronen pro Person monatlich gewährt. (16)

Von diesem Kaufkraftverlust sind vor allem jene 6% der Bevölkerung betroffen (z.B. kinderreiche Familien, alleinerziehende Elternteile, alte Menschen und Rentner ohne Nebeneinkünfte), die bereits in der realsozialistischen Ära, "nach tschechoslowakischen Maßstäben an der Grenze der Bedürftigkeit" lebten. (17)

Das Netto-Monatseinkommen dieser Bevölkerungsgruppe lag pro Kopf unter 1.000 Kcs, während der durchschnittliche Nettolohn 2.620 Kcs betrug. (18) Die Arbeitslosenquote lag im Mai dieses Jahres bei 5%. (19)

Bedingt durch die Kostenexplosion für die Industrie, der abnehmenden Kaufkraft auf dem Binnenmarkt, Schwierigkeiten bei der Rohöllieferung aus der UdSSR sowie die zusammenbrechenden RGW-Märkte ging die Industrieproduktion zurück. So schrumpfte die Wirtschaft 1990 insgesamt um etwa 3%. Im Jahr 1991 wird das Bruttoinlandsprodukt nach Schätzung der FAZ-Länderanalyse um weitere 5% sinken. (20)

In der Bekleidungsindustrie ging 1990 die Produktion um 5,2% zurück, in der Leder- und Schuhindustrie um 3,1%, bei der Kohleförderung um 5,5%, im allgemeinen Maschinenbau um 2% und in der Elektroindustrie um 5%. Schleppende Lieferungen von Rohöl führten zu einer Senkung der Erzeugung in der chemischen und mineralölverarbeitenden Industrie um 9,1%. Die landwirtschaftliche Produktion ging 1990 um 3,5% zurück. (21)

Daß die Einbrüche noch nicht so groß sind, wie in Ungarn, Polen und der Ex- DDR hängt damit zusammen, daß die CSFR erst am Anfang ihrer marktwirtschaftlichen Umstellung ist.

Der Außenhandel

"Das Auseinanderfallen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als wichtigsten Handelspartner, die überaus große Abhängigkeit der CSFR von sowjetischen Erdöl- und Rohstofflieferungen sowie der Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland haben den tschechoslowakischen Außenhandel sehr in Mitleidenschaft gezogen. Der Gesamtumsatz ging daher in den drei ersten Quartalen 1990 um 5,8% zurück. Gleichzeitig stieg das Interesse einheimischer Firmen durch höhere Ausfuhren in den Westen, mehr Devisen zu verdienen, was auf Kosten der Ausfuhren in den RGW-Raum ging." (22)

"Der Warenaustausch mit den RGW-Staaten sank 1990 um 14,1% und wuchs mit den westlichen Ländern (einschließlich der Entwicklungsländer) um 4,5%. Die CSFR exportierte um 20,3% weniger als in der gleichen Vorjahreszeit und bezog gleichzeitig um 7,9% weniger aus diesen Ländern. Vor allem die Ausfuhren nach Polen (-40,4%), in die Sowjetunion (-13,6%) und in die DDR (-19,4%) schwächten sich fühlbar ab."

Die Ex-DDR Betriebe hatten eine Vielzahl von Abnahmeverträgen einseitig gekündigt und damit die CSFR-Exporteure in Schwierigkeiten gebracht.

Im Handel mit den westlichen Industriestaaten und den Entwicklungsländern sanken die CSFR Exporte in den ersten drei Quartalen um 2,6%. Ausgenommen waren Lieferungen in die BRD, nach Italien und Großbritannien. Die Bezüge aus diesen Ländern stiegen um 12,1%. (23)

Bei den Exporten der CSFR überwiegen Rohstoffe, Halbwaren und Konsumartikel, während die Exporte von Maschinenbauerzeugnissen um 21,4% zurückgingen. Umgekehrt nahmen die CSFR-Importe um 38,9% zu. Der Außenhandel der CSFR zeigt insofern ähnliche Tendenzen wie der Außenhandel Polens und Ungarns. Es werden überwiegend Rohstoffe und Halbwaren exportiert und überwiegend Investitionsgüter (z.B. Maschinen) importiert.

Die BRD avanciert 1991 voraussichtlich - ähnlich wie in Ungarn und Polen - zum wichtigsten Handelspartner der CSFR, früher nahm diesen Platz die Sowjetunion ein. Die BRD importiert aus der CSFR Mineralien (15,6%), Metallwaren (13,7%), mineralische Brennstoffe (15,2%) chemische Erzeugnisse (11,5%) sowie prozentual weit abgeschlagen Nahrungsmittel (8,8%), Maschinen und Fahrzeuge (7,6%) und Bekleidungsartikel (5,9%). (24)

Exportiert werden von der BRD in die CSFR - ähnlich wie nach Ungarn und Polen - überwiegend hochwertige Investitionsgüter: So stellt die Warengruppe Maschinenbau, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge zusammen 49,6% der deutschen Exporte. Der Maschinenbau, dominiert von Büro- und Informationstechnik, stellt 36,1% der Ausfuhren, gefolgt von chemischen Erzeugnissen (18,9%) und bearbeiteten Waren (13,2%).

Die Direktinvestitionen sind in der CSFR noch geringer als in Polen und Ungarn. Bis Anfang Oktober 1990 gab es in der CSFR 470 Joint Ventures. Deutsche Firmen machten 20% der Joint Ventures aus.

"Das Gründungskapital lag in 46% der Fälle unter 200.000 Kronen, in 50% zwischen 200.000 Kcs und 10 Mio Kcs und nur in 4% darüber. (25)

Andere Quellen sprechen von einem Anlagekapital pro Joint Venture "von umgerechnet durchschnittlich 15.000". (26)

Das in der Presse ausführlich dargestellte VW-Skoda-Projekt mit einem Investitionsvolumen von 9,5 Mrd. DM bis zum Jahr 2000 ist daher eher die Ausnahme als die Regel. Zentrales Motiv für VW ist der Einstieg in die osteuropäischen Märkte. (27)

Insgesamt ist es so, daß in die Industrie bislang nur wenig Kapital geflossen ist: Das Gros der Joint Ventures ist im Dienstleistungsbereich angesiedelt, meist in beratenden Branchen. Von etwa 2,9 Mrd. Kcs stammen 80% von den ausländischen Partnern. 70% des Gesamtkapitals flossen in den Bausektor.

Frank Schelm

Anmerkungen:

1) vgl. Länderanalyse der FAZ-Informationsdienste, Tschechoslowakei, Februar 1991, S. 5 sowie Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai): Wirtschaftslage Tschechoslowakei am Jahreswechsel 1989/90, von Manfred E. Eulert, S. 1

2) ebenda, S. 12

3) FAZ-Länderanalyse, S. 13

4) ebenda, S. 12

5) ebenda, S. 13

6) ebenda, S. 6

7) ebenda, S. 7

8) ebenda, S. 7

9) ebenda, S. 6/6

10) ebenda, S. 4

11) ebenda, S. 6

12) ebenda, S. 6

13) Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai): Wirtschaftslage Tschechoslowakei am Jahreswechsel 1990/91, von Manfred E. Eulert, S. 4

14) a.a.O., S. 9

15) Der Wechselkurs am 29.11.90 war folgendermaßen: 1,- DM = 15,70 Kcs, 100 Kcs = 6,37 DM (lt. bfai, Jan. 91, S. 1)

16) FAZ-Länderanalyse, S. 9

17) Richard Frensch: Die Tschechoslowakische Wirtschaft an der Wende zu den Neunziger Jahren, vor dem Ende der Planwirtschaft? in: HWWA-Studie S. 292, 1990

18) Die Zahlen sind aus dem Jahr 1988/89, vgl. ebenda, S. 292

19) Jiri Kosta: Nur mit ausländischen Investitionen kann die tschechische Wirtschaft gesunden, FR 19.6.91.

20) FAZ-Länderanalyse, S. 7

21) bfai, Jan. 91, S. 3

22) bfai, Jan. 91, S. 4

23) ebenda, S. 4

24) FAZ-Länderanalyse, S. 16

25) FAZ-Länderanalyse, S. 17

26) bfai, Jan. 91, S. 5

27) vgl. Einstieg des VW-Konzerns bei Skoda, NZZ, 12.12.90; Skoda, die vierte Dimension, Die Zeit, 14.12.90, S. 25; Völlig neuer Mega-Markt, Spiegel Nr. 48/1990, S. 139 sowie FAZ, 11.12.90, S. 17 u. 19

37. Kurzer Prozeß mit Flüchtlingen

Westeuropäische Blockbildung

CD-Datei: daten/aksuche/ak339/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:21

Der folgende Text ist Teils eines längeren Artikels der Roten Hilfe Berlin, abgedruckt in "Rote Hilfe Info 12", Dezember 1991. Das Info ist zu beziehen als Einzelexemplar (DM 1,50 plus Porto) oder im Abo über: RH Berlin, c/o Stüker, Rathenower Str. 61, 1000 Berlin 21

1. Schengen und TREVI

Seit sich 1985 die fünf Staaten der Benelux-Länder, Frankreichs und der BRD in der sog. "Schengener-Vertragsgruppe" zusammengeschlossen haben, werden flüchtlingspolitische Fragen gemeinsam mit den Bereichen "Innere Sicherheit" und Drogenbekämpfung zu allererst auf europarechtlicher Ebene vorbereitet. 1990 wurde der sog. "Schengener Vertrag" unterzeichnet und muß nun von den Parlamenten der alten und auch kürzlich beigetretenen "Schengener Vertragsstaaten" (Italien, Spanien und Portugal) gebilligt werden.

Als besonders effektiv hat sich auch die sog. "TREVI"-Gruppe (Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence International) erwiesen. TREVI bezeichnet eine seit 1976 kontinuierlich tagende Runde der Innenminister aller EG-Staaten, die sich zunächst der Ausarbeitung von Anti-"Terrorismus"-Strategien verschrieben hatte. Seit 1986 treffen sich jeweils einen Tag vor jeder turnusmäßigen TREVI-Sitzung die für Flüchtlings- und Einwanderungsfragen zuständigen Minister zu einem gesonderten Treffen. In dem abgeschotteten TREVI-Zirkel aus Innenministern, Staatssekretären und Vertretern der jeweiligen nationalen Repressionsorganen lassen sich strategische Repressions- und Abschottungsmaßnahmen trefflich abstecken. Hier werden die Vorgaben bis ins Detail hinein ausgearbeitet. Die nachfolgende nationale Umsetzung darf dabei den von TREVI oder Schengen abgesteckten Bereich nicht über-wohl aber unterschreiten.

Auf westeuropäischer Ebene wurden insbesondere folgende Eckpunkte beschlossen und zur Umsetzung an die nationalen Parlamente verweisen:

a) Verhinderung des Betretens westeuropäischen Territoriums

- Abschottung der EG-Außengrenzen, nötigenfalls unter Einsatz des Militärs

- Restriktive Visa-Erteilungspolitik in den Herkunftsländern

- Verhinderung des Erreichens westeuropäischer Flughäfen

b) Asylverfahrensrecht

- Regelungen, daß ein Asylantrag nur in einem EG-Staat gestellt bzw. bearbeitet wird ("Ein-Land-Prinzip").

- Angleichung der asylverfahrensrechtlichen Bestimmungen

c) Aufbau eines westeuropaweiten Datenverbundes

- Erfassung, Speicherung, Veränderung und Weitergabe flüchtlings- und ausländerpolizeilich relevanter Daten (Stichwort: "Schengener Informationssystem")

2. Länderübersicht

Auch nach dem EG-Gipfel im niederländeischen Maastricht am 9./10.12.91, wo eine EG-einheitliche Repressionspolitik (Inneres und Justiz) von den EG-Regierungschefs beschlossen werden sollte, wird es dies für die AusländerInnen- und Flüchtlingspolitik nicht geben. Auch eine Ende November eilig von Italien (derzeit Vorsitz bei der "Schengener Vertragsgruppe") einberufene Konferenz der für Flüchtlingsfragen zuständigen TREVI- Minister konnte nur noch die rechtsunverbindliche Absicht für ein gemeinsam abgestimmtes Vorgehen in folgenden Punkten festhalten: Asyl- und Ausländergesetzgebung, Asylverfahrensbeschleunigung, schnelle und effektive Abschiebepraxis und eine generelle und automatisierte Identitätsfeststellung von Flüchtlingen. Darüber hinaus wird es bei einer "bloß" zwischenstaatlich geregelten Zusammenarbeit, wie z.B. dem "Schengener Vertrag", bleiben.

Auf nationaler Ebene haben die einzelnen Staaten der EG aber in den letzten beiden Jahren eine hektische Betriebsamkeit an den Tag gelegt, ihr eigenes Territorium möglichst "flüchtlingsfrei" zu bekommen:

Großbritannien

Mitte November 1991 verabschiedete das britische Unterhaus mit 311:233 Stimmen das "Asylum Bill":

- Schnellabschiebung von derartig denunzieren "Scheinasylanten" bzw. solchen, die aus "sicheren Staaten" einreisten. "Very few" derjenigen Flüchtlinge, die entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention der UN geduldet wurden (65% aller brit. Asylantragsteller), sollen in GB bleiben dürfen

- Verdoppelung der Geldstrafe auf 2000 Pfund und Rücknahmeverpflichtung für Transportunternehmen, die AusländerInnen mit unzureichenden oder gefälschten Papieren nach GB bringen

- Jedem Flüchtling werden Fingerabdrücke abgenommen

- Verfahrensbeschleunigung: Ein Antrag auf Asyl soll 4 Wochen und ein etwaiges Einspruchsverfahren 9 Wochen dauern

- Abschaffung des Rechts auf einen Rechtsbeistand und auf rechtliches Gehör in einem Asylverfahren

- Verbot politischer Betätigung, "welche die Heimatregierung aufregen könnte"

Frankreich

Ende Mai 1991 ratifizierte die französische Nationalversammlung mit 495:61 Stimmen den "Schengener Vertrag". Am 23.07.91 trat ein Erlaß der Regierung zu Einwanderungs- und Flüchtlingsfragen in Kraft:

- Erschwerte Visaerteilung in den Herkunftsländern

- Verschärfte Bestrafung von Transportunternehmen im o.g. Sinne

- Einrichtung "internationaler Zonen" auf Flughäfen (Dort, d.h. nicht auf französischem Boden gestellte Asylanträge werden erst gar nicht angenommen oder binnen 24 Stunden telefonisch bearbeitet)

- Verschärfte Kriminalisierung von "illegalen EinwanderInnen" ab dem 30.11.91 (derzeit: 300.000 - 1.000.000 Personen)

- Arbeitsverbot für Flüchtlinge

- Wesentliche Verkürzung der Bearbeitungszeit für Asylanträge auf 3 Monate

- Reduzierung der Anzahl von Flüchtlingen, die im Asylverfahren persönlich gehört werden (heutige Quote: 20%)

- Konsequente Abschiebung abgelehnter AsylbewerberInnen (deren Anzahl heute: 100.000)

Niederlande

Dort werden zum 1.1.1992 neue Bestimmungen wirksam:

- Bestrafung von Transportunternehmen im o.g. Sinne

- "Vorsortierung" von Flüchtlingen: Binnen 42 Tagen Bescheid, ob ein Flüchtling einen Asylantrag überhaupt stellen darf. Bei Ablehnung ist eine Asylantragstellung nicht möglich. Dagegen kann nun nicht mehr der volle Rechtsweg ohne aufschiebende Wirkung beschritten werden

- Einrichtung von geschlossenen Sammellagern für Flüchtlinge für die Dauer ihres Anerkennungsverfahrens (Aufenthaltspflicht und tägliches Melden bei Bullen)

Belgien

erklärte sich grundsätzlich einverstanden mit der EG-einheitlichen Abschottung. Verschärfende Gesetzesentwürfe werden von der neu gewählten Regierung erwartet.

Dänemark

führt ebenfalls eine strikte "Vorsortierung" von Flüchtlingen an seinen Grenzen durch. Konsequente Zurückweisung in "sichere Herkunftsländer". Ankündigungen, die soziale Absicherung von anerkannten Flüchtlingen drastisch zu beschneiden.

Italien

Umfassende Neuregelung dieses Bereichs vor dem Beitritt zum "Schengener Vertrag" 1990:

- Einsatz aller militärischen Streitkräfte zur Abschottung der italienischen und damit EG-Außengrenzen (vgl. Vorgehen gegen albanische Flüchtlinge)

- Zurückweisung von Flüchtlingen an der Grenze, ohne daß ein Asylantrag gestellt werden kann

- Abschiebung bei "Gefährdung der öffentlichen und der Staatssicherheit"

- Verschärfte Kriminalisierung aller nach dem 01.12.1989 eingereisten "illegalen EinwanderInnen"

Spanien

Umfassende Neuregelung dieses Bereichs vor Beitritt zum "Schengener Vertrag" im Frühsommer 1991:

- Verschärfte Visavergabe in den Herkunftsländern (insbesondere für die Staaten Nordafrikas soll die Quote erteilter Einreisevisa um 80% gesenkt werden)

- brutale Abschottungsmaßnahmen an der Grenze zu Marokko

- Verschärfte Kriminalisierung von "illegalen EinwanderInnen"

38. Quelldatei 27.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak339/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:27

SPENDEN-ERGEBNIS

In ak 337, vor acht Wochen, haben wir in einem Spendenaufruf für 30.000,- DM für den ak aufgerufen. Bis zum Erscheinen von ak 338 waren 15.360,- DM eingegangen (s. Spendenergebnis in ak 337). Seither sind folgende Spenden eingegangen:

SPENDEN seit ak 338

Summe bis ak 338 15.360,-

A.R., Hamburg 120,-

Kl. Braunschweig 400,-

Ch.B., Konstanz 100,-

Ph.R., Hamburg 100,-

Gruppe Bremerhaven 1.200,-

B.J-B., Hamburg 200,-

N.W., Frankfurt 50,-

ak-Leser Tübingen 500,-

R.M., Hamburg 100,-

H.R., Kaiserslautern 50,-

N.P., Berlin 50,-

fo, Bremen 80,-

L.G., Köln 50,-

Be., Kirn 28,-

U.S., Hamburg 200,-

Antifa-Koll. Hamburg 50,-

M.L., Koeln 200,-

C.G., Hamburg 600,-

J.P., Berlin 500,-

E.J., Berlin 50,-

U.K., Berlin 200,-

B.N., Sprochhoevel 300,-

M.K., Bremen 50,-

N.N., Lüneburg 20,-

S.K., Berlin 50,-

Nyg + Fmr, Berlin 200,-

KB Nürnberg, Teil 2 3.900,-

R., Oberbayern 60,-

M.Sch., Berlin 100,-

B.Sch., Bremen 200,-

–

Summe seit ak 338 9.708,-

Summe bis 6.2.92 25.068,-

39. Quelldatei 29.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak339/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:29

LeserInnenbriefe

Kritik der Methodik

betr.: Kein Ausrutscher, ak 338

Nach dem Leserbrief von cl./Westberlin werden einige versucht sein, den Balanceakt zu üben, einerseits formal den Stil von cl. zu kritisieren und andererseits seiner Stoßrichtung inhaltlich zuzustimmen - ganz nach dem Motto, da sei jemand über das an sich richtige Ziel hinausgeschossen. Eine derartige, abwägende Reaktion wird aber weder dem Leserbrief, noch dessen Autor gerecht.

Schaut mensch sich Art und Stoßrichtung einer ähnlichen, den ak betreffenden Intervention an, die cl. vor ziemlich genau zwei Jahren unternahm, so enträtselt sich die von ihm aktuell gewählte Überschrift, nämlich in der Form, daß sein Leserbrief zwar eine gewisse Steigerung, keineswegs aber einen "Ausrutscher" darstellt. So war es cl., dem es damals gelang, zwar noch keine "Nationalrevolutionäre", dafür immerhin "Sozialdemokraten" im ak zu entlarven (ak 316). Als Zielscheibe diente der langjährige ak-Redakteur, Kai Ehlers, der nicht als "Reißmüller", sondern als "Kai Kautsky" bezeichnet, und dessen Entbindung von seinen Aufgaben "mit sofortiger Wirkung" gefordert wurde.

Mag auch cl.s damaliger Vorstoß im Gegensatz zum heutigen diskutierbare Anhaltspunkte in der Wirklichkeit gehabt haben, so war bereits da kennzeichnend, daß er einen Stil jenseits einer solidarischen Kritik benutzte und daß die Auseinandersetzung dadurch zwar emotional hochgekocht, eine inhaltliche Zuspitzung durch ihn allerdings nicht geleistet wurde. Ähnliches gilt meiner Meinung nach auch für seinen neuen Vorstoß.

Cl. stand von Anfang an dem Projekt des Dach-ak kritisch gegenüber und sah erklärtermaßen keinerlei Sinn in einer solchen Publizistik. Das ist sein gutes Recht. Dazu gehört allerdings nicht, daß er - wie ich es unterstelle - die erste sich bietende Gelegenheit zum Vorwand nimmt, das eh schon äußerst labile Innenverhältnis einer von zwei Strömungen getragenen Zeitung in unverantwortlicher Weise zu belasten. Hätte er wirklich das behauptete Interesse an einer Auseinandersetzung, hätte er wohl kaum eine solchermaßen kontraproduktive Form gewählt, die lediglich geeignet ist, falsche Fragestellungen aufzuwerfen und ebenso falsche Frontstellungen (Schulterschluß) zu erzeugen. Daß eine scharfe Kritik an kt., inklusive selbst des Reißmüller-Vergleiches, argumentativ zu leisten ist, wurde im selben ak an mehreren Stellen belegt. Cl. hat dagegen lediglich bewiesen, daß er bereit ist, sich an "Zuspitzungen" zu berauschen und für den eitlen Selbstbetrug einer "militanten Aufklärung" (cl.) so weit geht, diese Zeitung objektiv zu gefährden und einen politischen Widersacher als psychisch krank darzustellen und ihn in die faschistische Ecke zu rücken.

Wer so handelt und schreibt, bezeugt, daß für ihn Begriffe wie sozialistische Moral und Verantwortlichkeit keine relevante Bedeutung mehr haben. Wieviele "Ausrutscher" sollen cl. noch erlaubt werden, bis sie als seine Methode abgelehnt werden? Die Frage, die cl. daher wirklich aufwirft, und die die Gruppe K vor jeder anderen zu beantworten haben wird, ist die, welche Grundmaßstäbe im politischen Umgang "untereinander" und mit "Gegnern" eingehalten werden sollen und wie lang sie verantwortungsloses Handeln in ihrem Namen verantworten will.

mo./Berlin, Gruppe K

"Amok?"

betr. ak 338: Kein Ausrutscher

Nach dem Artikel von kt. "Winterpause im Bürgerkrieg" (ak 337) und dem Leserbrief von cl. "Kein Ausrutscher, das hat Methode" (ak 338, S. 33; die Seite 35 ist bei mir nicht angekommen, ich bitte um Nachlieferung) gibt es, so glaube ich, vielfältige Gründe für eine erneute Umbenennung der Zeitung. Ich schlage vor, die beiden Kürzelbuchstaben "ak" auseinanderzuziehen und ein "mo" dazwischenzuschieben. Abbestellen will ich noch nicht, da sich das so kurz vor dem Ende der Zeitung nicht lohnt.

hp/Münster

Vorwürfe:

Gerechtfertigte und falsche?

Welcher Teufel mag wohl kt. geritten haben, daß er das nationalistische Selbstbestimmungsrecht der Kroaten und Slowenen unterstützt, und dabei völlig ungeniert in den Tenor der antiserbischen rassistischen Hetze einklingt, der dem Konsens der gleichgeschalteten Presselandschaft des imperialistischen Vierten Reiches eigen ist? Es soll hier weitgehend auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Leitartikel "Winterpause im Bürgerkrieg" in ak 337 von kt. verzichtet werden, da dieses bereits hr. im letzten ak (338) zufriedenstellend besorgt hat. Es sei hier auch auf den Artikel "Eurozentrismus, Selbstbestimmungsrecht, Internationalismus" verwiesen, in dem kt. einer völlig unhistorischen Betrachtungsweise des Begriffes Nation überführt wird, so als sei "Nation" ein Ewigkeitswert, der unabhängig von ökonomischen Bedingungen existiere. Überflüssig zu erwähnen, daß kts Positionen zum Selbstbestimmungsrecht der Kroaten und Slowenen in Kontinuität zu seinem Arrangement mit dem deutschen Imperialismus stehen. Hierbei scheint er offensichtlich völlig die Maßstäbe dessen verloren zu haben, was man als links bezeichnen kann. Seine Ausführungen erwecken den Eindruck, als sei der deutsche Alleingang in der Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens gegenüber der anfänglich zögerlichen Haltung der EG eine linke Angelegenheit, während wir es in der übrigen EG mit den traditionellen imperialistischen Ländern England und Frankreich zu tun haben, denen das eigentliche reaktionäre Element eigen ist. Die deutsche FAZ müßte also im EG-Bereich eine vergleichsweise linke Zeitung sein. Es wird hier in ähnlich haarsträubenden Kategorien gedacht, wie dies auch die KPD in den 20er Jahren tat. Es sei daran erinnert, daß nicht nur die NSDAP, sondern auch die KPD den Versailler Vertrag als "Knebelvertrag" ansah, und daß er von der KPD als Angriff imperialistischer Mächte (England, Frankreich) auf die deutsche Arbeiterklasse gewertet wurde, so als wäre Deutschland keine imperialistische Macht. Ähnlich soll wohl heute Deutschland wieder als friedliche Macht dargestellt werden, die armen und unterdrückten Völkern (Kroaten, Slowenen) zum Selbstbestimmungsrecht verhilft und sich dabei gemeinsam mit diesen gegen böse imperialistische Feinde in der EG zu verteidigen hat.

Daß es sich bei solch suggerierten Positionen um einen Irrsinn handelt, sei hier nicht bestritten. Daß es sich aber dabei um eine Position handelt, die es nicht mal wert sein soll, sie "so nicht unwidersprochen stehen zu lassen", oder die es einem verbieten muß, "mäßigend" auf kt. einzuwirken", weil man sie "damit überhaupt zu einer diskussionsfähigen ... erklären" würde, dem würde ich nicht so eindeutig zustimmen. Zumindest dann nicht, wenn es sich bei dem, der dieses behauptet, um cl. handelt, welcher in ak 333 ("ak dubios") die haarsträubenden Ergüsse eines Wolfgang Pohrt durchaus für diskussionswürdig hält. Im einzelnen habe ich mich in ak 334 kurz mit "ak dubios" auseinandergesetzt. Ich weiß nicht, wie es anderen geht, aber bei mir löst der Name Pohrt immer noch Brechreiz aus! Auch wenn es mittlerweile wieder einige gute Texte von ihm gibt (z.B. "konkret" 1/92 über Jugoslawien), bleibt festzuhalten, daß die Kriegshetze und die Autonome-Nazi-Vergleiche Anfang vergangenen Jahres ebenfalls keine "Ausrutscher" gewesen sein dürften. "Nationalrevolutionäre" und Kriegshetzer sollte man wohl in gleicher Weise bekämpfen. Einen Kriegshetzer für diskussionswürdig zu befinden, und ihn (und andere "konkret"-Autoren) auf einer ganzen ak-Seite mehr oder weniger gegen einen anderen Autor der Gruppe K zu verteidigen, einen "Nationalrevolutionär" aber für nicht diskussionsfähig zu befinden, übersteigt für mich die Grenze des Erträglichen.

Wenn es also erlaubt ist, Wolfgang Pohrt weiterhin zuzugestehen, daß er in bestimmten Themen nach wie vor wertvolle Beiträge liefert, obwohl er in ekelhafter Weise Kriegs- und Hetze gegen Linke betrieben hat, und dies kein Ausrutscher war, dann wage ich hiermit auszusprechen, daß auch kt. trotz seines Nationalismus in bestimmten Fragen meine Zustimmung besitzt.

Nachdem man ein halbes Jahr lang im Zuge des Golfkrieges mit unerträglichem Anti-Antisemitismus, vermeintlichem Anti-Antisemitismus, der mit Aufarbeitung linken Antisemitismus nichts zu tun hat, und Kriegshetze in der Linken vollgedröhnt worden war, kam die ak-Artikel-Trilogie zur Entstehungsgeschichte des Staates Israel im Sommer letzten Jahres als angenehme Abwechslung. Für sich genommen mag man dem Autoren kt. vorwerfen können, daß die historischen Grundlagen für die Entstehung des Staates Israel nur unzureichend genannt sind, da der Holocaust so gut wie gar nicht erwähnt wird. Dieser Vorwurf verkennt jedoch den Kontext und die Intentionen, aus denen heraus der Artikel wahrscheinlich entstand. Ein halbes Jahr unerträglicher anti-antiimperialistischer Revisionismus der Pohrts, Gremlizas, Schneiders und Ulli K.s gab wohl genug Anlaß, um dem etwas entgegenzusetzen, was nicht völlig mit den bisherigen linken antiimperialistischen Positionen brach, und diese Intention halte ich für mehr als verständlich. Hier Antisemitismus zu unterstellen,

sowie auch die schwachsinnige Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus zeugen davon, daß mit dem Schlagwort Antisemitismus nur umhergeworfen werden soll, um andere Linke zu diffamieren, ohne daß eine Aufarbeitung bezweckt ist. Das Verweisen auf das deutsche Wirken durch den Holocaust an der Entstehung des israelischen Staates war wohl deshalb nicht Thema des Artikels, weil dieses als selbstverständlich vorausgesetzt wurde, während dann herausgearbeitet werden sollte, welche sonstigen Ursachen noch eine Rolle spielten, die vorher allzuwenig betont wurden. Man konnte ja vorher beinahe den Eindruck gewinnen, die anderen Imperialisten hätten nie ein Interesse an Israel gehabt.

Fairerweise sei darauf hingewiesen, daß ich in meinem eigenen Laden mit dieser Position relativ allein dastehe, und daß die Gruppe K für diese Position nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Sinnvolle Beiträge zur Aufarbeitung linken Antisemitismus sind z.B. in Be.'s Artikeln "Pretty Woman" (ak 334) und "Neuer deutscher Hauptstadtkult" (ak 337) vorhanden. Solche Gedanken bringen weit mehr als der neurotische Revisionismus linker Positionen!

Ulrich (Gruppe K), Hamburg

Inszenierung einer Schlammschlacht?

betr.: ak 335: "Linker Antisemitismus"

Chronologie und Dokumentation einer Wiesbadener Kontrowerse von sw

Wem die Theaterinszenierungen in einer Provinzhauptstadt zu blaß sind und wer dramaturgisches Talent in sich verspürt, der möchte vielleicht selbst Theater spielen, am liebsten als Regisseur. Dazu bietet sich das schlagzeilenkräftigste Thema an, das alle Sommerlöcher 1991 in der linken und alternativen Presse gefüllt hat: Der linke Antisemitismus.

Dieses Thema läßt sich dann auch spielend bundesweit vermarkten, es muß nicht im Mief der eigenen Provinz versanden, das nationale Rampenlicht ist einem gewiß. Die Inszenierung scheint gelungen. Hinter der Maskierung des objektiven Chronologen im smarten Gewand des Berichterstatters läßt sich mediengerecht Dreck kübeln.

Der Antisemitismusvorwurf an linke Gruppen, die Solidaritätsarbeit zu Palästina machen, ist zur politischen Keule geworden. Dabei geht es längst nicht mehr darum, durch eine kritische Auseinandersetzung Schwächen und Fehler zu überwinden, sondern es geht ganz einfach um Denunziation unbeliebter, linker Fraktionen.

Der ak hat der Diskussion um den linken Antisemitismus viel Raum zur Verfügung gestellt, wobei die Beiträge, die sich entlang den ISF (Initiative sozialistisches Forum)-Positionen orientierten, überwogen. Der unseres Erachtens wichtigste Diskussionsbeitrag zu den Fragen Antizionismus, Palästina-Solidarität, Israel, Antisemitismus ist in dem Papier "Der Erlkönig lebt" geliefert worden. Dieses Papier ist bisher leider nicht im ak veröffentlicht worden. Die Veröffentlichung im ak sollte unbedingt nachgeholt werden, weil der Beitrag die entscheidenden Fragen anspricht.

Zur Wiesbadener Kontroverse

Sie ist im öffentlichen Rahmen weitgehend als Schlagabtausch geführt worden, die Vorwurfs-, Unterstellungs- und Provokationsebene dominierte. Inhaltliche und weiterführende Diskussionen haben nur im internen Rahmen stattgefunden. Der Vorwurf, Antizionismus sei nichts als verkappter Antisemitismus (Thesen des ISF) bis hin zu der Feststellung, daß jede Solidarisierung mit dem Widerstand der PalästinenserInnen gegen die israelische Besatzungs- und Vertreibungspolitik antisemitisch sei, hat in Wiesbaden reiche Blüten getragen, besonders als Reaktion auf den in einem Mainzer Alternativblatt (Dichtung und Wahrheit) veröffentlichen Artikel zu Israel.

Zunächst ist festzuhalten, daß der vom Intifada-Komitee veröffentlichte Artikel zu Israel einige verkürzte Darstellungen und falsch interpretierbare Aussagen enthält. Diese Schwächen und Fehler hätten nicht nur im internen Kreis, sondern auch in der Mainz/Wiesbadener Linken offen reflektiert und diskutiert werden müssen.

Darüberhinaus muß jedoch auch untersucht werden, inwieweit die Kritik an Schwächen und Fehlern in der Palästina-Solidarität und der Vorwurf des linken Antisemitismus das Ziel verfolgen, den antiimperialistischen und revolutionären Teil der Linken mundtot zu machen. "Das Ziel dieser Angriffe scheint uns mehr im Abschied

von der Linken als in dem Bedürfnis nach Beseitigung der fortbestehenden gesellschaftlichen Ursachen des Antisemitismus zu liegen." (Rosenkötter, Jansen, Dietiker: Der Erlkönig lebt, S. 2)

sw hat sich bemüht, die Pauschalisierung des Antisemitisvorwurfs in Wiesbaden zu forcieren. Durch sws zentrales Dogma, wer gegen den Zionismus spricht oder sich gar als antizionistisch versteht, ist Antisemit, erfährt der Begriff Antisemitismus einen inflationären Gebrauch. Er wird, ohne daß er durch eine genauere Analyse im historischen und gesellschaftlichen Kontext definiert wird, als Matrize auf alles übertragen, was sich kritisch mit der israelischen Politik oder mit dem deutschen Verhältnis zu Israel auseinandersetzt.

Durch Provokationen und Diffamierungen hat sich sw persönlich hervorgetan, was in der im ak veröffentlichten Chronologie seine exzentrische Steigerung findet.

Die von ihm beackerten Papiere werden in unverschämter Manier zerpflückt, zurechtzitiert, verdreht etc.

In den benannten Papieren zum Friedenshearing, die als Diskussionsgrundlage zu einem angesetzten Termin an linke Gruppen in Mainz/Wiesbaden verteilt wurden, wird versucht, in der Diskussion um einen Demonstrationsvorschlag Fragen und Inhalte aufzugreifen, die sich während des Golfkrieges zu der Position zu Israel, zu der Verantwortung einer Linken in einem neuen Großdeutschland, zur Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf und zur sogenannten Friedenslösung entwickelt haben.

Dieser Ansatz wird von sw in seiner Chronologie verteufelt. Die Feststellung, daß eine politische Linke in der BRD in der Verantwortung zur deutschen Geschichte steht, die eine bis dahin nicht für möglich gehaltene Vernichtungs- und Tötungsmaschinerie hervorgebracht hat (Intifada-Komitee-Papier vom August 1991), interpretiert sw als Bekenntnis eines kreidefressenden Wolfes. Er unterstellt unverschämt dem Papier der Kommunistischen Hilfe (KH) "taktisch, antisemitische Diskurse", damit seine Vorwürfe aufgehen.

Deshalb ein Absatz aus dem KH-Papier, um zu verdeutlichen, was für sw ein taktischer, antisemitischer Diskurs ist: "Am Widerspruch, daß Verfolgte des Nazi-Regimes die Politik des heutigen Israels mittragen, bleibt jedem Versuch, die NS-Judenverfolgung als Thema der gesellschaftlichen Auseinandersetzung in der BRD festzuhalten und der antiarabischen Kolonialpolitik Israels entgegenzutreten, eine Grenze gezogen. Die Wirklichkeit entzieht sich den einfachen Bogenschlägen."

Desweiteren wird in den Papieren weder jemand als humanistischer Trottel denunziert noch werden proisraelische Positionen generell als kriegshetzerisch benannt. Es sind willkürliche Bestimmungen des sw. D.h. nicht, daß die offizielle Stadtpolitik, wort- und tatführend von Oberbürgermeister Exner, nicht kriegstreiberisch war und dies sehr wohl aus einer proisraelischen Position.

In seinem Fazit übertrifft sich sw dann selbst. Aufgesprungen auf das Verleumdungskarussell, verliert er jeden Realitätsbezug. Werden wir vorher bereits im allgemeinen Rundschlag in die völkische, faschistische Ecke gestellt, so werden jetzt der antizionistischen Linken Aussagen in den Mund geschoben, die so zumindest nicht in Wiesbaden gefallen sind. Sie sind vollends den ISF-Schriften entlehnt und sind bestenfalls als Freiburger Luftspiegelungen, die sw in Wiesbaden empfing, zu interpretieren.

Für die Logik, die sw seinen Beschimpfungen über uns zugrunde legt, findet sich in seiner Chronologie nur ein sehr einfaches Erklärungsmuster. Seinen Standpunkt zur Einschätzung des Konfliktes Israel-Palästina definiert er folgendermaßen: "Nach vollmundiger Bereitschaft, deutsche Verbrechen an Juden nicht vergessen und beschönigen zu wollen, solidarisieren sie sich sogleich mit dem Kampf gegen die Opfer dieser Verbrechen. Da Juden nun einmal in Israel leben und dies in Staatsform auch so wünschen, heißt der Kampf diesem Staat auch Kampf den Juden."

sws platte Sichtweise beschränkt sich auf folgende Gesichtspunkte:

- Einzige Grundlage der Einschätzung der Situation der PalästinenserInnen ist der deutsche Faschismus und die Judenvernichtung.

- Eine Einschätzung zur kolonialen und rassistischen Struktur des Zionismus ist nicht notwendig, ebensowenig eine Analyse der Interessen des israelischen Staates im arabischen Raum und seine Funktion im Rahmen der westlichen imperialistischen Kräfte.

- Einen Widerstand der Palästinenser gegen die Besatzung und Vertreibung darf es nicht geben, weil er sich gegen Juden und Jüdinnen richtet und somit antisemitisch ist.

Damit wird die Verantwortung für den über Jahrhunderte in Europa wütende Antisemitismus an die PalästinenserInnen abgegeben. Es wird nicht unterschieden zwischen europäischen Nationalismus, der seinen Kolonien recht willkürliche nationale Grenzen beschieden hat und der Entwicklung von Nationalismus in den kolonialisierten Gebieten als Reaktion auf die koloniale Unterdrückung.

Es wird folglich auch nicht festgestellt, daß der palästinensische Nationalismus als Reaktion auf die Kolonialisierung geboren wurde.

Daß der faschistisch-völkische Begriff auf alle Volksbewegungen oktroyiert wird, scheint auch gute Methode, aber keine ausgereift analytische zu sein.

Fazit

Es geht gerade nicht darum, notwendige Fragen und Auseinandersetzungen in Schlagabtauschform zu erledigen. Das Bewußtsein für den eigenen historischen Kontext setzt die Auseinandersetzung und das Gewinnen von Analysen und Positionen zu den Voraussetzungen und Bedingungen des deutschen Faschismus, zur Bedeutung des Antisemitismus in der deutschen und europäischen Geschichte und auch die Herausarbeitung der faschistischen und rassistischen Kontinuität bis heute voraus.

Dies muß einen Niederschlag in der politischen Theorie und Praxis finden. Dies muß auch eingehen in die Einschätzung der Geschichte des Zionismus und der israelischen Politik, ohne daß es einzige Kategorie sein kann und in gedankenloser Rechtfertigung des Status quo und zionistischer Politik endet.

28.1.1992

M.B., R.E., C.G., S.P., J.S., M.R., E.W., Beteiligte an der besagten Mainz/Wiesbadener Diskussion

40. Osteuropas "reicher" Westen

Die wirtschaftliche Situation in Ungarn, Polen und der CSFR nach dem Ende der Planwirtschaft

CD-Datei: daten/aksuche/ak339/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:35

Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen gelten, abgesehen von der ex-DDR, als diejenigen Länder Osteuropas, die vergleichsweise noch die besten Aussichten haben, irgendwann den Anschluß an die EG und deren durchschnittliches Wirtschaftsniveau zu finden. Auch sie leiden aber schwer unter Krisenerscheinungen, als deren Hauptpunkte meist genannt werden: Zusammenbruch des Handelsverkehrs mit der Sowjetunion und den anderen ehemaligen RGW-Ländern, der bis 1989 dominierender Faktor im Außenhandel dieser Länder gewesen war; Umorientierung auf westliche Energie-Netze und neue Energie-Lieferanten (rasanter Fall der Erdöl-Produktion in der ehem. UdSSR); Zwang zur Umorientierung auf neue Handelsstrukturen in allerkürzester Zeit; Schwierigkeiten, sich auf westlichen Märkten zu plazieren, wobei nicht nur mangelnde Konkurrenzfähigkeit auf etlichen Gebieten eine Rolle spielt, sondern auch protektionistische Barrieren der kapitalistischen Staaten; insgesamt Schrumpfung der Exportvolumen; Schließung der großen staatlichen Kombinate und Riesenprobleme bei deren Privatisierung; anhaltender Rückgang der inneren Nachfrage, verursacht durch Absinken der Reallöhne und daraus resultierendes Nachlassen der Massenkaufkraft; damit kausal verbunden ein fortgesetzter Rückgang der Industrieproduktion, der durch die Exportprobleme noch verschärft wird; offizielle Arbeitslosenquoten zwischen 8 und 15 Prozent mit teilweise erheblichen "Dunkelziffern"; Rückgang der Staatseinkünfte und steigende Haushaltsdefizite; Absinken der Investitionstätigkeit und daraus sich ergebend eine Verzögerung des Strukturwandels und der Modernisierung; Krise oder Zusammenbruch der nationalen Währungssysteme und hohe Inflationsraten - in Ungarn, das relativ mit Abstand am besten dasteht, etwa 35 % im Jahr 1991. All das bedeutet auch einen fatalen Kreislauf, aus dem sich anscheinend nur durch Zufluß westlichen Kapitals in riesigen Höhen entkommen ließe.

Ein "Ende des Tunnels", so wird jetzt allgemein prognostiziert, sei "unglücklicherweise noch nicht in Sicht". Besonders problematisch ist, daß die Krise in der Hauptsache immer noch dem Zusammenbruch der alten Wirtschaftsordnung und noch nicht dem Aufbau einer neuen geschuldet ist. Mit anderen Worten: die ganz schweren "Schnitte" (Betriebsschließungen, Massenentlassungen in der Industrie und im staatlichen Apparat), die aus Gründen der Effektivität für unvermeidlich gehalten werden, haben die Länder Osteuropas im Wesentlichen noch vor sich. Ausdruck davon ist, daß die registrierte Arbeitslosigkeit in der Ex- DDR deutlich über dem osteuropäischen Durchschnitt liegt. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die Gesamtlage dort schlechter ist, sondern daß dort die kapitalistische Umstrukturierung schon weiter vorangeschritten ist. Insofern wäre es irreführend, die osteuropäischen Länder mechanisch nach Zahlen wie Produktionsrückgang, Arbeitslosenquote usw. zu sortieren und allein daraus eine Art Rangfolge der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten herleiten zu wollen. Wenn beispielsweise für die CSFR 15 Prozent Arbeitslose angegeben werden, für Bulgarien hingegen "nur" 12 Prozent, so bedeutet das dennoch gewiß nicht, daß die CSFR am Ende der ökonomischen Skala zu orten ist. Falsch wäre es auch, die absolute oder relative Höhe der Schulden einzelner Länder als Maßstab überzubewerten. Erheblich wichtiger ist die Kreditfähigkeit auf den internationalen Finanzmärkten, die sich an den Prognosen über die jeweiligen Zukunftsaussichten orientiert.

Seit Jahresanfang sind Assoziationsverträge in Kraft, die Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei enger mit der EG verbinden sollen. Zukunftsaussicht ist eine weitgehende Liberalisierung des Handelsverkehrs innerhalb der nächsten zehn Jahre und irgendwann eine Mitgliedschaft in der EG. Offiziell wendet sich besonders Frankreich gegen eine "zu schnelle" Annäherung der drei Länder an die EG, für die diese "noch nicht reif" seien. Auf der anderen Seite plädiert vor allem die BRD für ein rascheres Tempo; hier scheint man Gefallen an der - substantiell zu nichts verpflichtenden - Rolle einer "Schutzmacht" für die osteuropäischen Staaten zu finden.

Insgesamt äußern sich die Regierungen Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei überwiegend enttäuscht über das bisher erreichte Niveau der Zusammenarbeit mit der EG. Das bezieht sich beispielsweise auf die "Zurückhaltung" bei Finanzhilfen, Krediten und Direktinvestitionen. Es bezieht sich ferner auf protektionistische Widerstände einiger EG-Staaten (in erster Linie Frankreich, Portugal, Griechenland) gegen osteuropäische Exportanstrengungen. Insbesondere gilt das für landwirtschaftliche Produkte, daneben auch für Textilien, Stahl

und Kohle. Das trifft die drei osteuropäischen Länder genau auf den Gebieten, auf denen sie konkurrenzfähig anbieten könnten. Andererseits sehen sie sich von westlichen Importprodukten "überflutet", was die Schwierigkeiten ihrer eigenen Industrien verschärft. Frustriert wurde bisher auch das Interesse der drei Länder, zur raschen Entlastung ihrer Arbeitsmärkte "Gastarbeiter" in relevanter Zahl nach Westeuropa schicken zu können.

41. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak339/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:40

Bundesweites Treffen der Gruppe K

Am Wochenende 29.2./1.3. findet in Mannheim das nächste bundesweite Treffen der Gruppe K statt. Der Samstag ist einer inhaltlichen Debatte unter dem Thema "Neue deutsche Außenpolitik - Schlußfolgerungen für radikale Linke" vorbehalten. Anhand kurzer "Impulsreferate" zu historischen Wurzeln und aktuellem Charakter der deutschen Osteuropapolitik sowie zum Fallbeispiel Jugoslawien soll der Einstieg in die Generaldebatte gewagt werden. Im Vordergrund steht dabei die Debatte um Einschätzungen über die (rationalen oder irrationalen) Triebkräfte, die ökonomischen Perspektiven und die strategischen Ziele jener neuen deutschen Politik und der Versuch, unsere Kritik am "nationalen Selbstbestimmungsrecht" zu präzisieren beziehungsweise diesbezügliche K-Kontroversen zu pointieren. Alle interessierten Freundinnen und Freunde der Gruppe K sind zur Teilnahme an dieser Debatte herzlich eingeladen (Anmeldung über das Büro der Gruppe K: 040/438846 Montag - Donnerstag 17.30 Uhr bis 19 Uhr).

Am Sonntag wird es dann in interner Sitzung um eine Bestandsaufnahme der bisherigen Tätigkeit der gruppe K und den Zustand der BRD-Linken insgesamt gehen, sowie um inhaltliche, strukturelle und publizistische Projekte und Entscheidungen.

42. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak339/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:339:47

KALENDER

Neue Weltordnung

Eine beachtliche Reihe von RednerInnen offeriert die Schweizer "Wochenzeitung" (WoZ) in ihrer Veranstaltungsreihe "Schöne Neue Weltordnung" in den Monaten Februar bis Mai in Zürich. Es sprechen zum Thema am 13.2. Vandana Shiva und Florianne Koechlin; am 4.3. Tony Benn und Jean Ziegler; am 18.3. Jürg Frischknecht und Andreas Gross; am 26.3. Ina Merkel, Gregor Gysi, Boris Kagarlitzky und Michail Nagaitzew; am 15.4. Samir Amin und Ruth Weiss; am 24.4. Fatima Mernissi und Louisa Hanoun; am 4.5. Noam Chomsky. (Die nicht-deutschsprachigen Veranstaltungen werden simultan übersetzt.)

Alle Veranstaltungen beginnen jeweils um 20 Uhr in der Roten Fabrik, Seestr. 395, Zürich.

Autonome Wirklichkeit

Die Amsterdamer Agentur BILWET tourt zur Vorstellung ihres Buches "Bewegungslehre - Botschaften aus der autonomen Wirklichkeit" mit Lesung, Video und Radio im Februar durch die BRD und die Schweiz. Die Veranstaltungen finden - in den jeweils einschlägigen Zentren - statt

in Bremen (15.2.), Hamburg (16.2.), Köln (17.2.), Wuppertal (18.2.), Siegen (19.2.), Bochum (20.2.), Bonn (21.2.), Frankfurt (22.2.), Freiburg (23.2.), Bern (24.2.), Zürich (25.2.), Nürnberg (27.2.), Ostheim/Rhön (28.2.), Dresden (29.2.) und Berlin (1.3.).

Vergangenheitsbewältigung

In einem litauischen Kriegsgefangenenlager war 1947 ein ehemaliger Oberstabsrichter erschlagen worden. In den 50er Jahren wurde in Hamburg Anklage gegen Karl Kielhorn von der damaligen Antifalagerleitung und Gerhard Bögelin, der für den NKWD arbeitete, erhoben. Die BRD-Justiz konnte jedoch der Angeschuldigten nicht habhaft werden, da sie in der DDR lebten. Nach dem DDR-Anschluß wurde der Prozeß neu aufgerollt. Gegen Bögelin und Kielhorn verhandelt wird im

Hamburger Strafjustizgebäude, Raum 345. Die nächsten Prozeßtermine sind festgesetzt auf 17.2., 19.2., 21.2., 25.2. und 27.2. jeweils um 9.00 Uhr.

Protest in der Rosenstraße

Vor dem Morgengrauen des 27.2.1943 rollten Wagenkolonnen mit Soldaten der Waffen-SS durch die Straßen Berlins. Es war der Beginn einer großangelegten Deportationsaktion, die unter der Bezeichnung "Fabrikaktion" bekannt geworden ist. Der Auftrag lautete an diesem Samstag, Berlin "judenfrei" zu machen. Die Soldaten stürmten die Fabriken und trieben die dort Zwangsarbeit leistenden Juden in Sammellager zusammen. Eines dieser Sammellager befand sich im ehemaligen jüdischen Wohlfahrtsamt in der Rosenstraße; dorthin wurden 2500 Juden, vorwiegend aus Mischehen verbracht. Zur Deportation nach Auschwitz kam es jedoch nicht, weil zwölf Tage und Nächte lang Hunderte von "arischen" Menschen - vorwiegend Frauen - vor dem Gebäude standen und die Freilassung ihrer Angehörigen forderten. Die Gestapo gab nach, alle Internierten wurden freigelassen. Eine "Projektgruppe Rosenstraße" hat sich daran gemacht, diese für das Jahr 1943 einzigartige Widerstandsaktion zu erforschen.

Anläßlich des Jahrestages des Rosenstraßenprotestes findet eine Veranstaltung mit ZeitzeugInnen und Beteiligten statt.

28.2.92 um 19 Uhr im Kreiskulturhaus Mitte, direkt am U-Bhf Weinmeisterstraße, Berlin.

Kampagne 1992

Ziel der 2. bundesweiten Aktionskonferenz soll die Diskussion inhaltlicher Positionen, die Schaffung von Arbeitsstrukturen und die Planung von Aktionen sowohl für eine Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München als auch innerhalb der "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand"-Kampagne sein.

29.2., 12 Uhr bis 1.3., 13 Uhr im KBW-Haus, Mainzer Landstraße 147, Frankfurt. (Informationen bei der Anti-WWG-Koordination, c/o Anti-Atom-Büro, Holzstr. 2, 8000 München 2.

Antirassismus

Der "BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus" veranstaltet ein weiteres Treffen

am 7./8. März in Wuppertal. Anforderung der Arbeitsunterlagen und Anmeldung über Infobüro Nicaragua, c/o Thomas Weyland, Postf. 101320, 5600 Wuppertal 1.

Antifaschistische Jugend

Die Junge Linke/JungdemokratInnen veranstalten einen landesweiten Kongreß gegen Faschismus und Rassismus, "mit Referaten, Arbeitsgruppen, Infotischen, Plenumsdiskussionen und Austausch zwischen Leuten, die schon gegen Faschismus aktiv sind oder jetzt aktiv werden wollen."

13.-15.3. in Hannover. Anmeldung über Junge Linke/JungdemokratInnen, Gleisdreieck, Borriesstr. 28, 3000 Hannover 81.

Sozialismus kaputt

In gemeinsamer Anstrengung beraten das IMSF und die Redaktionen von "sozialismus", "utopie kreativ" sowie "Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" über internationalen Kapitalismus und neue Weltordnung nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Die Hauptthemen der Tagung werden sein: 1. Die Linke nach dem Zusammenbruch des Sozialismus - neue Bezugspunkte sozialistischen Denkens, 2. Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung - linke Analysen und Alternativen.

14./15.3., Haus der Jugend, Deutschherrenufer, Frankfurt. Programm und (erforderliche) Anmeldung bei IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt 1.